

Politische Schlagwörter der rot-grünen Ära (1998 – 2005)

**Diskurslinguistische Untersuchung kontroverser Ausdrücke unter
Berücksichtigung ihres diskursiv-kulturellen Rahmens**

Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde der

Philosophischen Fakultät der

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Vorgelegt von

Moshtaq Ali Ali Al-Shameri

Düsseldorf, März 2013

Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist das Ergebnis eines Stipendiums des Deutschen Akademischen Austauschdienstes. Besonderer Dank gilt dem DAAD für das Stipendium und seine hervorragende Betreuung. Er hat sowohl mein Master- als auch mein Promotionsstudium finanziert.

Meinem Doktorvater, Prof. Dr. Martin Wengeler, bin ich für seine vorbehaltlose Unterstützung zu tiefstem Dank verpflichtet. Er hat mein Dissertationsprojekt wissenschaftlich bestens betreut und die einzelnen Fortschritte der Arbeit durch inspirierende und kritische Fachdiskussionen bereichert. Zudem hat er mir bei der Gestaltung der Arbeit stets Freiräume gelassen und sich sehr für meine persönliche und berufliche Weiterentwicklung interessiert. Vielen Dank!

Ein spezieller Dank geht auch an den Zweitgutachter, Prof. Dr. Dietrich Busse, der mir die Teilnahme an seinen Kolloquien ermöglicht und mit seinen Anregungen und Ratschlägen zum guten Gelingen der Arbeit beigetragen hat. Seine hervorragenden theoretischen Reflexionen bilden die Grundlage dieser Arbeit. Vielen Dank für die großzügige Hilfsbereitschaft!

Ein herzliches Dankeschön geht an meine Kollegen und Freunde für die kollegiale Zusammenarbeit sowie für die schönen Momente und gemeinsamen Aktivitäten während des Studiums.

Nicht zuletzt bedanke ich mich sehr herzlich bei meinen Eltern, meinen Geschwistern und meiner Frau für die liebevolle, grenzenlose und uneingeschränkte Unterstützung. Sie haben mir alle Mut zugesprochen und meine innere Ausgeglichenheit und Stärke aufgebaut. Ihnen ist diese Dissertation gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Inhaltsverzeichnis	3
1 Einleitung	8
1.1 Kontextualisierung der Arbeit	8
1.2 Fragestellung	10
1.3 Struktur der Arbeit	12
1.4 Auswahl des Untersuchungszeitraums	13
2 Theoretische Einordnung	14
2.1 Kulturorientierte Sprachwissenschaft	14
2.1.1 Linguistischer Strukturalismus	14
2.1.2 Sprachwissenschaft als Kulturwissenschaft	17
2.1.2.1 Ortner/Sitta: Linguistische Anthropologie	19
2.1.2.2 Andreas Gardt: Handlungssemantik	20
2.1.2.3 Dietrich Busse: Linguistische Epistemologie	21
2.1.2.4 Peter Auer: „Bühlerianisch statt Saussureianisch“	23
2.1.3 Der Kulturbegriff	23
2.1.3.1 Strukturalistisches Kulturverständnis	24
2.1.3.2 Handlungsorientiertes Kulturverständnis	26
2.1.4 Zusammenfassung	30
2.2 Sprache und soziales Wissen	31
2.2.1 Schlagwortanalyse	31
2.2.1.1 Grundlegende Begriffsbestimmungen	31
2.2.1.2 Aktuelle Definitionen des Schlagwortes	34
2.2.1.2.1 Walther Dieckmann	34
2.2.1.2.2 Manfred Kaempfert	34
2.2.1.2.3 Joseph Klein	36
2.2.1.3 Neuere Schlagwortanalysen	38
2.2.1.3.1 Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist	38

2.2.1.3.2	Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext	39
2.2.1.3.3	Schlagwörterbuch der Nachkriegszeit 1945–1949	40
2.2.2	Begriffsgeschichte.....	42
2.2.2.1	Theoretisch-methodische Grundlinien.....	42
2.2.2.2	Kosellecks Sprachbegriff.....	44
2.2.2.3	Das Projekt der „Geschichtlichen Grundbegriffe“	49
2.2.3	Diskursanalyse	51
2.2.3.1	Die Diskursanalyse Michel Foucaults	51
2.2.3.1.1	Foucaults Diskursbegriff.....	51
2.2.3.1.2	Foucaults Sprachbegriff.....	58
2.2.3.2	Busses Diskursanalyse	61
2.2.3.2.1	Busses Sprachbegriff	62
2.2.3.2.2	Historische Semantik	65
2.2.3.2.3	Diskurs als Korpus	69
2.2.4	Hermanns’ Mentalitätsgeschichte.....	71
2.2.5	Weitere relevante Diskursansätze	75
2.2.5.1	Albert Busch	76
2.2.5.2	Matthias Jung	78
2.2.6	Die Düsseldorfer Schule	80
2.2.6.1	Lexik.....	81
2.2.6.2	Metaphorik	85
2.2.6.3	Argumentation	87
2.2.6.4	International vergleichende Diskursanalyse	90
2.2.7	Kritische Diskursanalyse	91
2.2.7.1	Diskurs und Macht.....	93
2.2.7.2	Herrschaftskritik	94
2.2.7.3	Das Subjekt und der Diskurs	98
2.2.7.4	Methodisches Vorgehen	99
2.2.8	Zusammenfassung.....	100

3	Analysemethode	105
3.1	Methodische Konzeption	105
3.2	Methodisches Vorgehen	108
3.2.1	Die Erstellung des Textkorpus.....	108
3.2.2	Die Auswertung des Textkorpus.....	110
3.2.3	Die einzelnen Analyseeinheiten.....	111
4	Empirische Analyse.....	113
4.1	Humanitäre Intervention	113
4.1.1	Einleitung.....	113
4.1.2	Argumentationsanalyse.....	117
4.1.2.1	Argumentationsmuster pro Intervention.....	117
4.1.2.1.1	Der Moral-Topos	117
4.1.2.1.2	Der Zwangs-Topos.....	119
4.1.2.1.3	Der Glaubwürdigkeits-Topos	119
4.1.2.2	Argumentationsmuster kontra Intervention.....	120
4.1.2.2.1	Der Angemessenheits-Topos	120
4.1.2.2.2	Der Topos vom generellen Tötungsverbot.....	121
4.1.2.2.3	Der juristische Topos	122
4.1.2.2.4	Der Topos von der Ausweglosigkeit	124
4.1.3	Zentrale Schlagwörter.....	125
4.1.3.1	Krieg versus humanitäre Intervention	125
4.1.3.2	Kollateralschaden.....	128
4.1.3.3	Freiheitskämpfer versus Terrorist	129
4.1.4	Übergreifendes diskursives Wissen.....	131
4.1.4.1	Die Lehre vom „gerechten Krieg“	131
4.1.4.2	Die Normalisierung Deutschlands.....	133
4.2	Leitkultur.....	136
4.2.1	Einleitung.....	136
4.2.1.1	Identität als historisches Thema.....	136

4.2.1.2	Die Leitkultur-Debatte	138
4.2.2	Argumentationsanalyse.....	143
4.2.2.1	Argumentationsmuster pro Leitkultur	143
4.2.2.1.1	Der Identitäts-Topos	143
4.2.2.1.2	Der Anpassungs-Topos.....	145
4.2.2.1.3	Der Sprach-Topos	146
4.2.2.2	Argumentationsmuster kontra Leitkultur	147
4.2.2.2.1	Der Identitäts-Topos	147
4.2.2.2.2	Der Freiheits-Topos	149
4.2.2.2.3	Der Realitäts- und Feindbild-Topos	152
4.2.3	Zentrale Schlagwörter.....	153
4.2.3.1	Leitkultur versus Verfassungspatriotismus	153
4.2.3.2	Integration – Assimilation oder Multikulti.....	158
4.2.3.3	Parallelgesellschaft	160
4.2.4	Übergreifendes diskursives Wissen.....	163
4.2.4.1	„Schreckliche Assoziationen“.....	163
4.2.4.2	Die Normalisierung deutscher Identität.....	165
4.2.4.3	Wer ist Deutsche(r)?	169
4.3	Terrorismus	171
4.3.1	Einleitung.....	171
4.3.1.1	Der 11. September	171
4.3.1.2	Al-Qaida.....	174
4.3.2	Argumentationsanalyse.....	176
4.3.2.1	Argumentationsmuster pro Militäraktionen	176
4.3.2.1.1	Der juristische Topos	176
4.3.2.1.2	Der Interessen-Topos	177
4.3.2.1.3	Der Topos von der Ausweglosigkeit	179
4.3.2.2	Argumentationsmuster kontra Militäraktionen.....	179
4.3.2.2.1	Der Topos vom generellen Tötungsverbot	179

4.3.2.2.2	Der Ursachen-Topos	181
4.3.2.2.3	Der Gefahren-Topos	182
4.3.2.2.4	Der Missbrauchs-Topos	183
4.3.3	Zentrale Schlagwörter	184
4.3.3.1	Terrorismus versus Freiheitskampf	184
4.3.3.2	Krieg gegen den Terrorismus	189
4.3.3.3	Schläfer... ..	193
4.3.3.4	German Angst	195
4.3.4	Übergreifendes diskursives Wissen	199
4.3.4.1	Ein Angriff auf die USA oder auf „uns“?	199
4.3.4.2	Die Normalisierung Deutschlands	203
4.3.4.3	Die Lehre vom „gerechten Krieg“	205
4.4	Zusammenfassung	206
5	Literaturverzeichnis	211
5.1	Methodisch-Theoretisches	211
5.2	Empirisches	219
5.2.1	Humanitäre Intervention	219
5.2.2	Leitkultur	221
5.2.3	Terrorismus	224

1 Einleitung

1.1 Kontextualisierung der Arbeit

Dass Sprache ein System von Zeichen, Strukturen und Regeln ist, das nur seine eigene Ordnung kennt und – abgesehen von der kulturellen Umgebung der Sprecher – adäquat zu beschreiben ist, daran wird kaum mehr geglaubt. Dass sich die Bedeutung eines Satzes nicht nur mathematisch aus der Gesamtheit der Teilbedeutungen seiner Bestandteile ergibt, sondern andere, im Satz nicht unbedingt vorkommende kulturelle und soziale Elemente enthält, kann auch als ein Konsens gelten. Konkret: Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass eine angemessene Beschreibung des Funktionierens von Sprache ohne eine kulturelle Einbettung sprachlicher Produkte nicht auskommen kann und dass kulturwissenschaftliche Bezüge für *handlungsorientierte* linguistische Arbeiten unentbehrlich sind.¹ Bereits die Tatsache, dass die gleichen sprachlichen Zeichen in verschiedenen Kontexten völlig unterschiedliche kommunikative Funktionen erfüllen können, macht jeden Versuch, Bedeutungen als feste Entitäten im Sinne des linguistischen Strukturalismus zu konzipieren, zunichte und eine Konfrontation mit kontextuellen und situativen Einbettungen sprachlicher Zeichen unumgänglich. Es wird hier davon ausgegangen, dass die kommunikative Sprachhandlung die kleinste Analyseeinheit ist und im Zentrum semantischer Tätigkeit liegt.

In der vorliegenden Dissertation gerät die Frage nach der „Bedeutung“ sprachlicher Zeichen zugunsten der Frage nach dem *sozialen Wissen*, dessen Kenntnis das Gelingen der kommunikativen Handlung erst ermöglicht, in den Hintergrund.² Aufbauend auf diesem handlungsorientierten Sprachverständnis und auf einer Betrachtung von Sprache als einem Teil der Kultur reiht sie sich in die Tradition vieler neuerer Ansätze ein, welche die herkömmlichen Grenzen der Linguistik überschreiten und nicht mehr den *Text* als die größte linguistische Einheit betrachten, die selbstständig und ohne Bezug auf größere Einheiten funktioniert; vielmehr stehen der kollektive Sprachgebrauch und die Erforschung von umfangreichen Textkorpora im Mittelpunkt des Interesses. In dieser Arbeit spielen die Zusammenstellung und die Auswertung eines Textkorpus eine

1 Diese sprachtheoretische Grundlegung orientiert sich in erster Linie an der theoretischen Konzeption von Dietrich Busse, wie sie insbesondere in den Beiträgen „Sprachwissenschaft als Sozialwissenschaft“, „Historische Semantik“ und „Text – Sprache – Wissen“ dargelegt wird. (Siehe Literaturverzeichnis)

2 Vgl. Busse, Dietrich: Kommunikatives Handeln als sprachtheoretisches Grundmodell der Historischen Semantik. In: Ludwig Jäger (Hrsg.): Zur historischen Semantik des deutschen Gefühlswortschatzes. Aspekte, Probleme und Beispiele seiner lexikographischen Erfassung. Aachen 1988. S. 247–272, hier S. 256 f.

zentrale Rolle. Jenseits von exakten Methoden der Naturwissenschaften und algorithmischen Verfahren der Computerlinguistik bildet die *Interpretation* das Fundament dieser kulturwissenschaftlich orientierten Analyse. Es wird hier möglichst versucht, *deskriptiv* zu arbeiten und dem Untersuchungsmaterial zu folgen statt es zu führen, wobei das hermeneutische Vorgehen der Analyse nicht zuletzt den philologischen Charakter der Arbeit dokumentiert.

Zu den bedeutendsten linguistischen Bereichen, in denen Sprache in ihrer kulturellen Dimension erforscht wird, gehören erstens klassische *wortorientierte* linguistische Analysen – gleich ob ihr Gegenstand *Schlagwort*, *Leitvokabel*, *Schlüsselwort* oder einfach *Begriff* heißt – und zweitens neuere linguistische *Diskursanalysen*, die sich mehr für Kontexte und Intertextualität interessieren.

Die *wortorientierten* Analysen gehen in der Regel lexikalisch vor, untersuchen Begrifflichkeiten bezüglich ihrer historischen Semantik und ihres Bedeutungswandels und rekonstruieren damit historisches Geschehen und sich wandelnde sozial-kulturelle Wirklichkeiten und Weltansichten. Solche Untersuchungen gehen entweder diachronisch oder synchronisch vor. In diachronischer Hinsicht beobachtet die Analyse historisch relevanter Begrifflichkeiten über einen längeren Zeitraum den Bedeutungswandel der untersuchten Ausdrücke, welcher bekanntlich mit einem *Wissenswandel* einhergeht, und versucht, diesen zu rekonstruieren. Die Rede ist meist von *Begriffsgeschichten*.³

Eine synchronische Untersuchung konzentriert sich hingegen auf einen kürzeren Zeitraum und untersucht brisante Begrifflichkeiten dieses Zeitraums, ihren programmatischen Gehalt, ihre positiven beziehungsweise negativen Verwendungsweisen und ihre Umstrittenheit im Untersuchungszeitraum. Es geht also in erster Linie nicht um eine allgemeinsprachliche Untersuchung der Bedeutung, wie es in allgemeinen Sprachwörterbüchern der Fall ist, sondern darum, welche spezielle *pragmatische* Bedeutung und welche besondere politische Verwendung der jeweilige Ausdruck im Untersuchungszeitraum hat. Typisch für diese synchronischen Untersuchungen sind sogenannte Schlagwörterbücher.⁴ Diese Dissertation ist eine *synchronische* Untersuchung einiger *Schlagwörter* der rot-grünen Ära (1998–2005) und unternimmt keine historischen Vergleiche.⁵

3 Zum Beispiel das Lexikon von Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Stuttgart 1972–1997.

4 Zum Beispiel Thomas Niehrs *Wörterbuch: Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Sprachgebrauch in Deutschland von 1966 bis 1974*. Wiesbaden 1993.

5 Diese Vergleiche sind indirekt möglich, nämlich dann, wenn die hier behandelten Themenkomplexe und Schlagwörter von anderen Studien in anderen Zeiträumen verfolgt werden.

Diskursanalytische Ansätze suchen hingegen soziales Wissen in *Sprachhandlungen* und interessieren sich nicht sehr für einzelne Ausdrücke. In der Diskursanalyse geht es also um intertextuelle Zusammenhänge und übergreifende Wissens-elemente, die alle Texte eines Korpus umfassen, aber nicht unbedingt in Form von *Begriffen* vorkommen.⁶

In dieser Dissertation wird sowohl diskursanalytisch als auch lexikalisch vorgegangen. Generell bewegt sich diese Arbeit im Kontext der theoretischen Grundlegung der Diskurs-, Mentalitäts- und Korpussemantik von Dietrich Busse, Fritz Hermanns und Wolfgang Teubert und setzt methodische Instrumentarien der Düsseldorfer Schule⁷ ein; sie geht jedoch nicht identisch mit deren Studien vor, sondern verknüpft zwei der drei Analyseeinheiten der Düsseldorfer Schule: Lexik und Argumentation.⁸ Anders als in den bisherigen Arbeiten dieser Schule werden lexikalische Ausdrücke enger mit den Argumentationsmustern verbunden. Neu ist auch der Versuch, über die Rekonstruktion von Pro- und Kontra-Argumenten hinaus hinter der gesamten Argumentationsstruktur kollektive Denkmuster zu suchen. Dieser Aspekt bildet zusammen mit der Argumentationsanalyse – es wird hier mit dem Ausdruck *Topos* operiert – die diskursanalytische Komponente, während sich die lexikalische Analyse vor allem der Schlagwortforschung anreicht. Eine Definition von Schlagwort erfolgt im nächsten Abschnitt. Ohne den Anspruch zu erheben, Anforderungen der Diskurs-, Mentalitäts- und Korpussemantik von Busse, Hermanns und Teubert gerecht zu werden, versucht diese Arbeit, lediglich etliche Elemente dieser aktuellen diskursbezogenen Theorien in die klassische Schlagworttheorie zu integrieren und eine andere Version der Schlagwortanalyse vorzulegen, ohne Vollständigkeitsansprüche und unrealistische theoretische Perfektionen.

1.2 Fragestellung

Das Ziel dieser Dissertation ist eine linguistische Untersuchung der politischen *Schlagwörter* in Deutschland im Zeitraum der rot-grünen Koalition (1998–2005), welcher nach dem Kenntnisstand des Autors noch nicht zusammenhängend erforscht worden ist. Politische *Schlagwörter* nennt man solche Ausdrücke in der Politiksprache, die einen programmatischen Gehalt und eine Zielvorstellung haben, beispielsweise *EU-Erweiterung*, *Terrorismus*, *Leitkultur*, *humanitä-*

6 So der Diskursbegriff von Busse, Teubert und Hermanns; siehe Abschnitt 2.2.3.

7 Siehe Abschnitt 2.2.6.

8 Der Metaphorikbereich wird hier nicht berücksichtigt.

*re Intervention, Integration.*⁹ Charakteristisch für Schlagwörter ist, dass sie über einen bestimmten Zeitraum besonders aktuell sind und zu heftigen Debatten in der Öffentlichkeit führen;¹⁰ daher sind sie in der Regel umstritten. Da sich die öffentliche Diskussion kontinuierlich wandelt, verschwinden dementsprechend brisant gewordene Schlagwörter wieder, und es kommen neue zum Vorschein. Die zentrale Aufgabe dieser Arbeit ist das Explizieren des programmatischen Gehalts, der Verwendungsweisen und der Umstrittenheit der untersuchten Schlagwörter. Der Ausdruck *Schlagwort* hat in polemischen Arbeiten häufig einen (ab)wertenden Charakter,¹¹ wird jedoch in dieser Dissertation *wertneutral* und *deskriptiv* eingesetzt.

Durch die Erstellung und Auswertung eines repräsentativen Textkorpus sollte – so die Ausgangsidee – eine Schlagwortliste in Form eines Wörterbuches zustande kommen, die im Hinblick auf den programmatischen Gehalt und die spezielle Bedeutung des jeweiligen Wortes analysiert wird.¹² Es hat sich allerdings herausgestellt, dass das Material für eine gründliche Analyse des gesamten Zeitraums der rot-grünen Ära zu umfangreich ist und dass eine weitere Einschränkung notwendig ist, zumal die Dissertation an einen bestimmten Zeitplan gebunden ist. Untersucht werden daher lediglich die ersten drei Themenkomplexe in den ersten beiden Jahren des Untersuchungszeitraums (die sog. *humanitäre Intervention* im Kosovo 1999, die *Leitkultur* 2000/2001 und der *Terrorismus* 2001), wobei die chronologische Reihenfolge dieser Themen das Kriterium der Auswahl war. Es wird allerdings nicht behauptet, dass diese drei Diskurse in all ihrer Tiefe und Breite untersucht werden können.

Abweichend von der Tradition der Schlagwortforschung, nach welcher Schlagwörter alphabetisch und fast unabhängig voneinander untersucht werden, und unter dem im theoretischen Teil genauer diskutierten Einfluss der theoretischen Reflexionen Busses, Teuberts und Hermanns werden in dieser Arbeit vor allem methodische Aspekte der Schlagwortanalyse modifiziert, die im methodischen Teil konkreter dargestellt werden. Generell werden in dieser Dissertation zusammenhängende *Themenkomplexe* mitsamt ihren Schlagwörtern und nicht alphabetisch geordnete einzelne Schlagwörter analysiert. Dieses Verfahren zielt auf eine bessere Vernetzung und Aufeinanderbeziehung der Schlagwörter als ein

9 Vgl. Dieckmann, Walther: Information oder Überredung. Zum Wortgebrauch der politischen Werbung in Deutschland seit der Französischen Revolution. Marburg 1964. S. 79 f. sowie Kaempfert, Manfred: Noch einmal zur Wortgeschichte und zum lexikologischen Begriff. In: Muttersprache 100. 1990b, S. 192–203; hier S. 199.

10 Vgl. Kaempfert 1990b, S. 199.

11 Im polemischen Sprachgebrauch gilt das Schlagwort als eine Waffe, mit der man andere erschlägt.

12 Nach der Tradition von Thomas Niehr (1993), Christian Schottmann (1994) und Dieter Felbick (2003).

diskurslinguistisches Anliegen ab. Es wird eine umfassende Argumentationsstruktur des jeweiligen Diskurses dargestellt, auf deren Basis die dazugehörigen Schlagwörter untersucht werden. Die in Form von Pro- und Kontra-Argumenten präsentierte Argumentationsanalyse zeigt gleichzeitig die Umstrittenheit der jeweiligen Schlagwörter als ein Anliegen der Schlagworttheorie.

Ferner wird versucht, weiteres diskursives Wissen, welches das Pro und Kontra umfasst, zu erschließen. Dieser diskurslinguistische Aspekt wurde eingeführt, um Zusammenhänge zu erfassen, die nicht als Schlagwörter vorkommen, für das Verstehen der Schlagwörter jedoch relevant sind. Nicht nur die Schlagwörter innerhalb eines Themenkomplexes werden miteinander verknüpft, auch die drei behandelten Themen werden am Ende der Arbeit auf ihre diskursiven Gemeinsamkeiten hin ansatzweise geprüft. Zusammenfassend ist zu sagen, dass diese Arbeit den Versuch wagt, umsetzbare Ideen der linguistischen Diskursanalyse in der klassischen Schlagwortanalyse einzusetzen, um *mehr* aus einer einfachen Begriffsanalyse zu machen. Es wird möglichst *deskriptiv* und wissenschaftlich distanziert vorgegangen und jede kritische oder wertende Stellungnahme vermieden. Bei der Beschreibung haben daher Argumente und Belege aus dem Textkorpus einen besonderen Stellenwert.

1.3 Struktur der Arbeit

Um die Arbeit in ihren angemessenen theoretischen Kontext einzubetten, ist es sinnvoll, zunächst die Grundideen strukturalistisch-naturwissenschaftlicher linguistischer Sprachkonzeptionen knapp darzustellen. Im Anschluss daran werden aktuelle kulturwissenschaftliche Sprachtheorien reflektiert, welche das Konstrukt *Sprache* kulturorientiert untersuchen und Sprachwissenschaft als Kulturwissenschaft betreiben. So wird ein Vergleich zwischen theoretisch mehr oder minder verfehlten Theorien des Strukturalismus einerseits und aktuellen kulturorientierten Sprachkonzeptionen, die diese Arbeit theoretisch untermauern, auf der anderen Seite möglich und nachvollziehbar. Es wird deutlich gezeigt, wie sich die eine Richtung mit der Sprache als Regelsystem befasst, während sich die andere mit sozialem Wissen und Sprache als sozialer Tatsache beschäftigt. Letztere wird daraufhin detaillierter untersucht, um zu einer genauen Ortsbestimmung und Kontextualisierung der vorliegenden Dissertation in diesem weiten theoretischen Spektrum zu gelangen.

In einem weiteren Schritt werden drei Hauptbereiche der kulturwissenschaftlichen Linguistik, nämlich die Schlagwortanalyse, die Begriffsgeschichte und die Diskursanalyse, ausführlich diskutiert. Generell gilt, dass hier behandelte Ansätze nicht gegeneinander ausgespielt oder pauschal ausgeschlossen wer-

den. Es wird versucht, überall das Brauchbare zu finden. Im methodischen Teil wird dieses Brauchbare zusammengefasst und hinsichtlich seiner Umsetzung erläutert. Zudem werden dort das Textkorpus präsentiert und die einzelnen Analyseeinheiten dargestellt. Danach folgt die empirische Analyse, bestehend aus drei Diskursen, die jeweils in vier Abschnitte unterteilt sind: *Einleitung*, *Argumentationsanalyse*, *Schlagwortanalyse* und *Übergreifendes diskursives Wissen*. Abschließend werden die Ergebnisse zusammengefasst und die benutzten Quellen im Literaturverzeichnis aufgelistet.

1.4 Auswahl des Untersuchungszeitraums

Traditionell befassen sich Schlagwortanalysen mit Zeiträumen aus der politischen Geschichte, die anhand wichtiger Ereignisse, wie etwa einem Regierungswechsel, abgegrenzt werden. Diese Dissertation befasst sich mit dem Zeitraum der rot-grünen Ära (1998–2005), auch wenn sie nicht alle Jahre dieser politischen Epoche erfassen kann. Bekanntlich fand im September 1998 eine historische Bundestagswahl statt, welche die politische Geschichte Deutschlands bis dahin noch nicht erlebt hatte. Zum ersten Mal wurde eine Regierung komplett abgewählt und eine rot-grüne Regierung unter Gerhard Schröder gebildet, ohne dass eine Koalitionspartei an der Vorgängerregierung beteiligt war. Es fand also ein vollständiger Machtwechsel statt. „Zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik war das eigentlich Selbstverständliche selbstverständlich geworden.“¹³ Die sich als „links der Mitte“ einstufende SPD und die Grünen erhielten mehr als 50 % der Stimmen. Dazu kommt, dass die Grünen zum ersten Mal in ihrer Parteigeschichte im Bundestag mitregierten. Ferner repräsentierte die rot-grüne Bundesregierung einen Generationenwechsel, da viele ihrer Mitglieder ihre Wurzeln im 68er-Umfeld hatten, während die Regierung Helmut Kohls noch von der Nachkriegsgeneration geprägt war.¹⁴ Die rot-grüne Bundesregierung konnte nach den Bundestagswahlen 2002 mit einer knappen Mehrheit fortgesetzt werden und wurde 2005 von einer Großen Koalition (SPD und CDU/CSU) unter Angela Merkel ersetzt.

Hypothetisch kann davon ausgegangen werden, dass der historische Machtwechsel 1998 mit einem kulturellen Wandel einherging, der für eine linguistische Untersuchung von Interesse ist.

13 Prantl, Heribert: Rot-Grün. Eine erste Bilanz. Hamburg 1999, S. 9.

14 Vgl. Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlhörer, Reimut: Einführung. Eine Topographie des rot-grünen Projekts. In: Dies. (Hrsg.): Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002. Wiesbaden 2003, S. 9.

2 Theoretische Einordnung

2.1 Kulturorientierte Sprachwissenschaft

2.1.1 Linguistischer Strukturalismus

„Die Sprache ist ein System, dessen Teile in ihrer synchronischen Wechselbeziehung betrachtet werden können und müssen“¹⁵ und das „nichts als seine eigene Ordnung zulässt“¹⁶, heißt es im *Cours* von de Saussure, dem Begründer der modernen Sprachwissenschaft und Wegbereiter des linguistischen Strukturalismus. Auf dieser knappen Formulierung beruht ein Verständnis, welches die Sprache als ein komplexes abstraktes „System“ von Elementen und Strukturen definiert und der Sprachwissenschaft vor allem die Aufgabe zuweist, die internen Beziehungen dieses relationalen, geschlossenen Systems zu erforschen. Bekannt sind die drei Aspekte, unter denen nach de Saussure die Sprache betrachtet werden sollte: *Langue*, *Parole* und *faculte de langage*. Der eigentliche Gegenstand der Sprachwissenschaft sollte die *Langue* sein, bekannt als das *Sprachsystem*. Sprachliche Zeichen, die dieses System bilden, bestehen nach de Saussure aus einem Zeichenkörper (Bezeichnenden oder *signifiant*) und einer Bedeutung (Bezeichneten oder *signifié*), wobei die Beziehung zwischen einem Zeichen und seiner Bedeutung arbiträr sei. Dies bedeutet, dass es keine logische Verbindung zwischen dem Bezeichnenden und dem Bezeichneten gebe und dass die praktizierte Zuordnung von Zeichen und Inhalten willkürlich und beliebig sei.¹⁷ Die *Verwendung* sprachlicher Zeichen sei jedoch nicht beliebig, und die Bezeichnung sei „in Beziehung auf die Sprachgemeinschaft, in der sie gebraucht wird, nicht frei, sondern ihr auferlegt“¹⁸. Hinsichtlich der inneren Ordnung des Sprachsystems definieren sich einzelne Elemente nach dieser Auffassung je nach ihrer Stellung als Bestandteile des Systems und nach ihrer Beziehung und Abgrenzung zu anderen Elementen. Daher spricht man in diesem Konzept oft von einer *negativen* Bestimmung des Zeichens, weil ein Zeichen nur im Vergleich zu anderen Elementen desselben Systems definierbar ist und keine eigene positive Substanz hat.¹⁹ Ausgehend von diesen Überlegungen, die bis weit in die Siebzigerjahre hinein den Untersuchungsgegenstand der Sprachwissenschaft

15 Saussure, Ferdinand de: Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft. Hrsg. von Charles Bally, Albert Sechehaye. Mit einem Nachwort von Peter Ernst. Berlin/New York 2001, S. 27.

16 A.a.O., S. 103.

17 A.a.O., S. 79.

18 A.a.O., S. 83.

19 Vgl. Löbner, Sebastian: Semantik. Eine Einführung. Berlin 2003, S. 193.

geprägt haben, wurde und wird in strukturalistischen Konzepten das Sprachsystem isoliert untersucht, wobei Bezüge zur Sprachgemeinschaft und zu sozialen Bedingungen sprachlicher Kommunikation oft außer Betracht gelassen wurden und werden.²⁰ Es lässt sich jedoch unschwer feststellen, dass de Saussure sein Konzept nicht als ein rein abstraktes System von Strukturen formulierte.²¹ Offensichtlich ist ebenfalls, dass die Sprachforschung nach de Saussure sich zu meist lediglich für das eigengesetzliche *System* interessierte und ihre Aufgabe darin sah, die internen Beziehungen dieses homogenen Systems zu untersuchen, wobei jeder Bezug auf soziale Verwendungszusammenhänge und mit ihnen verbundene Probleme wie dem Bedeutungswandel entweder völlig fehlte oder deutlich unterschätzt wurde.²² Für Saussure ist jedoch Sprache „eine soziale Tatsache“²³. Sogar die *Langue*, das Sprachsystem, ist nach de Saussure ein soziales Phänomen, denn sie wird als System im Gehirn aller Sprecher einer bestimmten Sprachgemeinschaft gespeichert, wobei diese Gemeinschaft sich letztlich *sozial* definiert:

Wenn wir die Summe der Wortbilder, die bei allen Individuen aufgespeichert sind, umspannen könnten, dann hätten wir das soziale Band vor uns, das die Sprache ausmacht. Es ist ein Schatz, den die Praxis des Sprechens in den Personen, die der gleichen Sprachgemeinschaft angehören, niedergelegt hat.²⁴

Dieser Exkurs über Grundprinzipien des Konzepts von de Saussure zielt nicht darauf ab, für dessen „originalen“ Ideen zu plädieren und den Sinn seines Sprachmodells und seiner Teilung der Sprache in *Langue* und *Parole* zu diskutieren, zu zeigen ist nur, wie sehr der soziale Charakter der Sprache bei Saussure eine wichtige Rolle gespielt hat und wie die ihm folgende strukturalistische Strömung den sozialen Aspekt der Sprache ignoriert und sich lediglich mit der *Langue* als eigenständigem System von Elementen und Strukturen befasst hat. Die Gründe für strukturalistische Konzeptionen von Sprache lassen sich generell – wie Antje Hornscheidt in *Linguistik online* richtig anmerkt – auf das Anliegen zurückführen, mithilfe strukturalistischer Modelle eine naturwissenschaftliche Grundlegung für Humanwissenschaften zu schaffen und Sprachwissenschaft in den Naturwissenschaften zu verorten.

20 Vgl. Busse, Dietrich: Sprachwissenschaft als Sozialwissenschaft? In: Dietrich Busse, Thomas Niehr, Martin Wengeler (Hrsg.): *Brisante Semantik. Neuere Konzepte und Forschungsergebnisse einer kulturwissenschaftlichen Linguistik*. Tübingen 2005a, S. 21–43, hier S. 25 f.

21 A.a.O., S. 26.

22 Ebd.

23 de Saussure 2001, S. 27.

24 A.a.O., S. 16.

Die linguistische Aufgabe des 'Beschreibens' konstituiert sich in Opposition zum 'Vorschreiben', eine Reaktion auf die sprachkritische Tradition vor und während de Saussures Zeit, die sprachliche 'Reinheit' durch eine vorschreibende Sprachkritik zu erreichen versuchte und damit aus strukturalistischer Sicht die 'natürliche Entwicklung' der Sprache unzulässig beeinflusste.²⁵

In der Forschung besteht ein weitgehender Konsens darüber, dass die Erforschung der Sprache mit Methoden „exakter“, als Vorbild geltender Wissenschaften wie Mathematik, Physik und Ökonomie Strukturalisten vornehmlich Objektivität, Neutralität und Verbindlichkeit verspricht. Den vielfältigen, anarchischen und irritierenden Sprachgebrauch in seiner ganzen Breite und Tiefe zu erforschen, lässt sich mit der angestrebten Objektivität, Validität und Exaktheit nicht vereinbaren.²⁶ Hingegen ermöglicht es die Untersuchung eines begrenzten homogenen Systems von Elementen, eindeutige Strukturen und Regeln zu abstrahieren und Funktionsweisen sprachlicher Zeichen möglichst logisch und konsequent zu systematisieren. Eine Bezugnahme auf kontextuelle und situative Bedingungen sprachlicher Verständigung wirkt auf das naturwissenschaftliche Ideal wegen ihres *hermeneutischen* Charakters störend und wird aus dem System ausgeschlossen.

Solange das Arbeiten der Naturwissenschaften faktisch so erfolgreich ist, solch große Auswirkungen auf die Gestaltung unserer Wirklichkeit hat, wie es in der Gegenwart der Fall ist, wird der Glaube an die Möglichkeit objektiver Welterkenntnis nicht wirklich erschüttert werden.²⁷

Um einem Missverständnis vorzubeugen: Dieser Exkurs über strukturalistische Grundprinzipien und die gleich folgenden Ausführungen zur Sprachwissenschaft als Kulturwissenschaft beabsichtigen nicht, beide Forschungstraditionen gegeneinander auszuspielen. Gemeint ist auch nicht, die Relevanz der Ergebnisse strukturbezogener Untersuchungen in Frage zu stellen oder etwa eine Überlegenheit kulturbezogener Analysen zu beanspruchen, da nicht jede kulturbezogene Sprachanalyse ein Kunstwerk und nicht jede Systemanalyse a-sozial und überflüssig ist. Gewiss haben zumindest Untersuchungen der unteren Sprachebenen, wie in der Phonologie, der Morphologie und der Syntax, Hervorragendes geleistet, obwohl dies meist ohne kulturelle Bezüge geschah. Der Autor dieser Dissertation schließt sich den Gedankengängen von Andreas Gardt an, der es

25 http://www.linguistik-online.de/14_03/hornscheidt.pdf. 01.02.2010.

26 Vgl. Busse 2005a, S. 27.

27 Gardt, Andreas: Sprachwissenschaft als Kulturwissenschaft. In: Ulrike Haß, Christoph König (Hrsg.): Literaturwissenschaft und Linguistik von 1960 bis heute. Göttingen 2003, S. 271–288, hier S. 281.

„unangebracht“ findet zu versuchen, „im Sprachstrukturellen immer und konsequent das Kulturelle zu erspüren“²⁸.

2.1.2 Sprachwissenschaft als Kulturwissenschaft

Spätestens seit den 1980er-Jahren ist in der Linguistik eine Sprachsicht etabliert, die den Akzent auf den konkreten Sprachgebrauch gelegt, den sozial-historischen Horizont ins Zentrum linguistischer Programmatiken und Forschungsarbeiten gerückt und die Linguistik in den Kulturwissenschaften verortet hat, denn „Sprache zur Sprache wird erst im sozialen Kontext und im kommunikativen Gebrauch“²⁹. Interessanterweise hat bereits de Saussure in seinem *Cours* auf die Flexibilität der Gegenstandsbestimmung der Sprachwissenschaft verwiesen:

Andere Wissenschaften befassen sich mit Gegenständen, die von vornherein gegeben sind und die man nacheinander unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachten kann. Ganz anders auf unserem Gebiet [...] Man kann nicht einmal sagen, daß der Gegenstand früher vorhanden sei als der Gesichtspunkt, aus dem man ihn betrachtet. Vielmehr ist es der Gesichtspunkt, der das Objekt erschafft.³⁰

Abgesehen von der Validität dieser Differenzierung zwischen Linguistik und anderen Wissenschaften lässt diese oft zitierte Stelle leicht erkennen, dass die Eröffnung neuer Perspektiven ein integraler Bestandteil sprachwissenschaftlicher Beschäftigung ist und nicht unbedingt als Gefährdung der Identität wissenschaftlicher Disziplinen betrachtet werden sollte. Tatsächlich sind in den Publikationen der letzten Jahre Bemühungen um die Etablierung einer kulturorientierten Germanistik im Allgemeinen und einer kulturorientierten Linguistik im Besonderen in Theorie und Forschungspraxis nicht zu übersehen. Beispielsweise werden im Sammelband *Grenzen der Germanistik*³¹, in der *Orientierung Kulturwissenschaft*³² und im Themenheft *Germanistik als Kulturwissenschaft*³³ der *Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes* Anschlussmöglichkeiten der

28 A.a.O., S. 278.

29 Ortner, Hanspeter/Sitta, Horst: Was ist der Gegenstand der Sprachwissenschaft? In: Angelika Linke, Hanspeter Ortner, Paul Portmann, (Hrsg.): Sprache und mehr. Ansichten einer Linguistik der sprachlichen Praxis. Tübingen 2003, S. 3–64, hier S. 8.

30 de Saussure 2001, S. 9.

31 Erhart, Walter (Hrsg.): Grenzen der Germanistik. Rephilologisierung oder Erweiterung? Stuttgart/Weimar 2004.

32 Böhme, Hartmut/Matussek, Peter/Müller, Lothar: Orientierung Kulturwissenschaft. Was sie kann, was sie will. 2. Auflage. Reinbek bei Hamburg 2002.

33 Bloh, Ute von/Vollhardt, Friedrich (Hrsg.): Germanistik als Kulturwissenschaft. Mitteilungen des Deutschen Germanistikverbandes H. 4/1999.

germanistischen Disziplinen „Literaturwissenschaft“ und „Mediävistik“ an die Kulturwissenschaft diskutiert. In diesem Heft schreibt zum Beispiel Holger Dainat, dass die Germanistik als Ganzes ihre programmatische Konzeption erweitern muss, nicht nur um ihr methodisches Spektrum zu bereichern, sondern vor allem um den Studierenden der Germanistik neue Berufsperspektiven zu eröffnen. Neue Disziplinen, wie Kultur- und Medienwissenschaften, „die eine größere Anschlussfähigkeit versprechen“, erscheinen wegen der „Ubiquität von Medien und Kultur“ attraktiver, insbesondere im Rahmen einer Politik, „die lieber kulturwissenschaftliche Institute oder medienwissenschaftliche Forschungszentren eröffnet, als die Finanzierung der Universitäten zu sichern“³⁴.

In dieser Situation zielt eine kulturwissenschaftliche Orientierung der Germanistik auf eine Erweiterung des eigenen Programms, um die attraktiven Felder selbst zu besetzen.³⁵

In den *Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes* wird überdies die Ansicht vertreten, dass man literarische Produkte „nicht losgelöst von ihrem kulturellen Kontext auslegen“³⁶ kann und dass es daher sinnvoll ist, die Grenzen des Faches Germanistik und seiner Gegenstände zu erweitern, „um seine Leistungsfähigkeit zu steigern und die längst vollzogenen Öffnungen methodisch zu standardisieren“³⁷.

Auf der anderen Seite reagieren etliche Wissenschaftler mehr oder minder skeptisch auf diese Tendenz zur „Verkulturwissenschaftlichung“ der Germanistik und betrachten sie als Gefährdung der philologischen Identität des Faches. „Seit etwa dreißig Jahren kann sich die Germanistik vor Rettungsversuchen kaum retten“³⁸, schreibt Hans-Harald Müller kritisierend. An dieser Stelle ist nicht vorgesehen, kontroverse Argumentationen bezüglich der Grenzen der Germanistik zu problematisieren, sondern der Verfasser dieser Dissertation beschränkt sich im Folgenden auf den Teilbereich „Sprachwissenschaft“. Bevor spezielle Theorien der Diskursanalyse, der Schlagwort- und Begriffsanalyse, der Mentalitätsgeschichte usw. in den Blick genommen werden, werden an dieser

34 Dainat, Holger: Zukunftsperspektiven. Anmerkungen zur kulturwissenschaftlichen Orientierung der Germanistik. In: *Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes* 46, H. 4 1999, S. 496–506, hier S. 504.

35 Ebd.

36 Bloh, Ute von/Vollhardt, Friedrich: Literaturwissenschaft und Kulturwissenschaft. Prolegomena. In: Dies. (Hrsg.): *Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes*. 1999, S. 482.

37 A.a.O., S. 484.

38 Müller, Hans-Harald: „Aus dem fremdartigsten Säften zusammengebaut“. Die verlorene Einheit der Philologie im Medium der Kulturwissenschaft – Zwei Legenden. In: *Frankfurter Rundschau* vom 2.9.1997, S. 12. Zit. nach Daniel Holger (1999, S. 496).

Stelle allgemeine Überlegungen zur Etablierung einer kulturwissenschaftlich orientierten Linguistik exemplarisch und ohne Vollständigkeitsanspruch diskutiert, welche nach Auffassung des Verfassers wichtige grundlegende Begrifflichkeiten dieser Forschungsrichtung nachvollziehbar und wegbereitend einführen.

2.1.2.1 Ortner/Sitta: Linguistische Anthropologie

Die Linguisten Hanspeter Ortner und Horst Sitta plädieren beispielsweise dafür, „blinde Flecken“ linguistischer Forschung zu korrigieren und „bisher vernachlässigte Facetten“ deutlich herauszustreichen.³⁹ Konkreter fordern sie vier Maßnahmen für die Entwicklung der Sprachwissenschaft, denen nach Ansicht des Verfassers vorbehaltlos zugestimmt werden kann: Erstens, Begründung eines reichen und lebendigen Begriffs von Sprache, „in dem neben dem sprachlichen System auch das sprachliche Verhalten aufgehoben ist“⁴⁰, sodass eine Sprachwissenschaft in diesem Sinne auch „Kultur- und Gesellschaftsanalyse“ betreibt und ein „Mitspracherecht bei der Selbstreflexion und Selbstverständigung der Gesellschaft“⁴¹ legitimiert, zweitens, Etablierung eines revidierten und erweiterten Zeichenbegriffs, der „auch die Anzeichen und Anzeichen-Komplexe umfasst“⁴², weil sie wichtige Elemente der Kognition seien, drittens, Konstituierung einer Maximalsemasiologie neben der bereits etablierten (strukturalistischen) Minimalsemasiologie, denn ein minimalsemasiologisches Vorgehen berücksichtigt lediglich die kleinsten bedeutungstragenden Einheiten und legt normalerweise das „Wort“ als Obergrenze fest. Ferner kritisieren Ortner/Sitta monosemasiologische Ansätze, die davon ausgehen, dass jedes sprachliche Zeichen spendenartig einen einzigen Beitrag zur Bedeutung der Gesamtaussage leistet. Sprachliche Zeichen wissen als „Spender“ nichts voneinander, sie wissen auch nicht, „wohin die Spende fließt und mit welchen anderen Spenden sie zusammenkommt“⁴³. Minimalsemasiologische Sprachbetrachtung habe unter anderem zur Folge, dass größere Einheiten, wie Sinn, Sprachverhalten des Einzelnen und sprachliches Sozialverhalten von Diskursteilnehmern und -gemeinschaften, außer Betracht bleiben.

Der Sprecher, der als Souverän der Produktion seine Gedanken „einkleidet“, erscheint seinem Produkt gegenüber merkwürdig entfremdet.⁴⁴

39 Ortner/Sitta, S. 12.

40 Ebd.

41 A.a.O., S. 13.

42 Ebd.

43 A.a.O., S. 15.

44 A.a.O., S. 16.

Viertens und letztens plädieren Ortner/Sitta für eine linguistische Anthropologie. Hier gehen sie davon aus, dass größere sprachliche Einheiten (wie Text, Äußerung, Diskurs) mehr als eine Folge von Morphemen, Wörtern oder gar Sätzen sind, die in einer geregelten systematischen Weise miteinander kombiniert werden, und dass die Gesamtleistung einer Äußerung nicht die Summe der einzelnen Leistungen der kleineren Einheiten darstellt, sondern „aus der Kombination der Elemente ergeben sich neue Leistungen, die von den Teilen (als Teilen) nicht erbracht werden können“⁴⁵.

Dieses Mehr an Bedeutung, das nicht in den sogenannten „lexikalischen“ Bedeutungen der einzelnen Satzteile enthalten ist, führe uns zum Wissen und zur Erfahrungswelt des Sprechers, zu dem, was er mit den sprachlichen Einheiten transportiere, und dies in einem einmaligen, individuellen Produktionsprozess. Die Linguistische Anthropologie, für die Ortner/Sitta plädieren, sollte das individuelle und soziale Wissen des Sprechers und die Einmaligkeit seiner Sprachproduktion berücksichtigen, die mit (strukturalistisch orientierten) Abstraktionen sogenannter lexikalischer Bedeutungen und grammatikalischer Regeln nicht erfasst werden können.

Sprechen oder Schreiben heißt Wissen verarbeiten, heißt eine Wissensversion schaffen. Sprechen oder Schreiben sind ein In-Szene-Setzen von Wissen auf der Basis von Wissen.⁴⁶

2.1.2.2 Andreas Gardt: Handlungssemantik

Eine solche kulturwissenschaftliche Neuorientierung der Sprachwissenschaft wird auch vom Linguisten Andreas Gardt gefordert. Anhand eines Textbeispiels, nämlich der Lutherschen Bibelübersetzung, zeigt er in seinen theoretischen Reflexionen über den Gegenstand der Sprachwissenschaft, wie systemorientierte Untersuchungen des Lutherschen Textes im Hinblick auf die Wortbildung, die Syntax und andere strukturelle Phänomene durchgeführt wurden und wie hingegen eine kulturwissenschaftlich orientierte Sprachwissenschaft mit diesem Text umgehen sollte.⁴⁷ Eine adäquatere Vorgehensweise wäre nach ihm, neben der eigentlichen Bibelübersetzung noch die Kommentare Luthers zu seinem Werk mit einzubeziehen.⁴⁸ An dieser Stelle hat er allerdings nicht von einem *Korpus* geredet, wie man erwarten könnte.

Dieser Hinweis wird an dieser Stelle trotzdem als äußerst relevant erachtet, impliziert er doch, dass man die Bibelübersetzung im Kontext sämtlicher

45 Ebd.

46 Ortner/Sitta, S. 15. Hervorhebung im Original.

47 Vgl. Gardt, S. 273.

48 Ebd.

Äußerungen Luthers besser verstehen kann. Zudem verweist Gardt zu Recht darauf, dass Luthers Übersetzungskonzeption in engstem Zusammenhang mit seiner Weltsicht steht. Er vertrete nämlich die Ansicht, dass das Wort Gottes an den Menschen gerichtet sei und von diesem unmittelbar und ohne kirchliche Exegeten rezipiert werden sollte. Dementsprechend war Luthers Übersetzung so konzipiert, dass sie ein allgemein verständliches Deutsch verwendete und am Textsinn anstatt an der starren Wortform orientiert war, damit sie ihre beabsichtigte kommunikative Funktion erfüllen konnte. Im Unterschied zu katholischen Exegeten übersetzte Luther nicht Wort für Wort, sondern Sinn für Sinn. Die anhand dieser Übersetzung ausgetragene Kontroverse spielte sich also vor der (philologischen) Folie der umstrittenen Funktion von Sprache in religiösen Texten ab.

Diese Textauffassung ist zutiefst pragmatisch, im modernen fachsprachlichen Sinne des Wortes: Die Sachsemantik der wortorientierten katholischen Exegese wird durch eine geradezu revolutionäre Handlungsemantik ersetzt.⁴⁹

Auch wenn Gardt generell systembezogene Arbeiten nicht für überflüssig hält, ist er davon überzeugt, dass eine kulturbezogene Linguistik eine ‚hard science‘ im Sinne der Naturwissenschaften „weder sein kann noch sein will“⁵⁰. Während strukturalistisch geprägte Modelle für ihn trotz vieler Vorbehalte „Anderes und nicht weniger Wichtiges, Interessantes, Niveauvolles“⁵¹ zu leisten vermögen, begegnen uns bei Dietrich Busse schärfere Formulierungen.

2.1.2.3 Dietrich Busse: Linguistische Epistemologie

Linguistische Versuche, Sprache mit mathematisch-naturwissenschaftlichen Instrumentarien ohne Berücksichtigung der sozialen Verwendungszusammenhänge und kulturellen Kontexte des Sprachgebrauchs zu beschreiben, beruhen nach Busse „auf einer theorie- und interessengeleiteten Selbsttäuschung“⁵². Sie hätten, so Busse, nichts Neues bezüglich der Lösung bisher ungelöster Probleme geleistet und erschöpften sich in der Systematisierung längst bekannter Erkenntnisse, und dies „mit fragwürdigem Gewinn“, da sie letztendlich „unpassende“ Elemente aus dem System, etwa indirekte Sprechakte, einfach ausgeschlossen haben.⁵³ Schließlich subsummiert er solche Modelle unter einer „gebrauchsfernen und damit a-sozialen [...] Sprachtheorie“.⁵⁴ Busse betrachtet die Entwick-

49 Gardt, S. 274.

50 A.a.O., S. 280.

51 A.a.O., S. 271.

52 Busse 2005a, S. 24.

53 A.a.O., S. 36.

54 A.a.O., S. 27.

lung diverser Syntaxtheorien aus der Perspektive der logischen Sprachphilosophie und stellt fest, dass der soziale Aspekt in der Linguistik erst dann in Betracht gezogen wurde, als die Kalkülsprachentheorie in der Philosophie an Dominanz verloren hatte und die Idealsprachenphilosophie durch die Philosophie der natürlichen Sprachen abgelöst wurde. Es vereinigten sich also zwei Strömungen, die Sprache „auf eine Art binnengesteuerten Algorithmus“ reduzieren wollten: das System-Modell und das Modell der Kalkülsprachenphilosophie.

Der Logizismus der einen Seite verband sich mit dem Binarismus der anderen zu einer Mischung, die den Blick auf das soziale Fundament der Sprache versperrte.⁵⁵

Busse argumentiert recht überzeugend dafür, dass Sprache eine soziale Tatsache ist und dass sprachliches Handeln nichts anderes als soziales Handeln ist. Was sprachliche Handlungen von anderen, nichtsprachlichen sozialen Handlungsmustern unterscheidet, sei ihr Dingcharakter als Folge von Lauten oder geschriebenen Buchstaben, den Busse vor allem mit der Erfindung der Schrift als eines dinghaften Objekts verbindet.⁵⁶ Von einer Eigenständigkeit eines Sprachsystems hält er nicht viel, wenn er überhaupt etwas davon hält, weil dieses System „bis in die letzten Feinheiten“ durch kommunikative, sozial definierte Zwecke bestimmt ist und nach wie vor „Regelmäßigkeiten in spezifischen Formen sozialen Handelns“ beschreibt, so wie andere soziale Handlungen mit in einer Gruppe geltenden Mustern und Strukturen konform gehen sollen.

Wenn man diese komplexen Strukturen von Gebrauchsregeln sprachlicher Zeichen ein System nennen will (wie man andere soziale Handlungskomplexe ein „System“ nennt), dann sollte deutlich sein, dass es sich hierbei im Grunde um ein System von Handlungsregeln handelt.⁵⁷

Syntaktische Strukturen sind „in gewissem Sinne [...] soziale Regeln“ und bekommen ihre Funktion „erst im Gebrauch“⁵⁸. Alle Ebenen der Sprachorganisation (Phoneme, Morpheme, Lexeme, Satzteile, Sätze, Äußerungen, Texte) hängen hinsichtlich ihrer Wahl und Funktion, so Busse, mehr oder minder von kontextuellen und situativen Größen ab, wobei der Abhängigkeitsgrad deutlich steige, je höher und komplexer die Stufe des jeweiligen Elements in dieser Organisation ist. Äußerungen und Texte stehen also in einem engeren Zusammenhang mit Situation und Kontext als Phoneme und Morpheme. Ihre Funktion kann nur im Kontext einer kommunikativen Handlung beschrieben werden. Der Perspektivenwechsel, für den er plädiert, bezweckt eine verstärkte Berücksichtigung sozial determinierter Situationen und Kontexte, in deren Rahmen sprachliche Zei-

55 Ebd.

56 Vgl. Busse 2005a, S. 34.

57 A.a.O., S. 35.

58 Busse 1987, S. 149.

chen geäußert werden. Er fordert eine linguistische Epistemologie, eine kulturorientierte Linguistik, die den epistemischen Wissenshintergrund, über den sowohl der Rezipient als auch der Emittent verfügen und ohne den sprachliche Kommunikation nicht funktioniert, in den Mittelpunkt linguistischer Programmatiken rückt.⁵⁹

2.1.2.4 Peter Auer: „Bühlerianisch statt Saussureianisch“

Neben theoretischen Überlegungen erschienen in den letzten Jahren auch empirisch vorgehende Ansätze, welche Sprachwissenschaft als Kulturwissenschaft betreiben. Beispielsweise geht Peter Auer in seinen Analysen von einer Linguistik aus, die *empirisch* statt *spekulativ* vorgeht. So distanziert er sich von strukturalistischen Verfahren, die sich mit Abstraktionen idealer Sprachen oder Sprecher befassen. Dies deshalb, weil „kulturelle Fakten immer durch Individuen [...] und sprachliche Äußerungen und Texte durch sprachlich handelnde Individuen“⁶⁰ geschaffen werden. Zudem sei diese Linguistik, die seine empirischen Analysen theoretisch untermauert, *interpretativ* statt *positivistisch*. Daher ist Linguistik „eine verstehende Wissenschaft“⁶¹. Darüber hinaus ist sie *partikularistisch* statt *universalistisch* und achtet auf Verschiedenheit statt Einheit, weil Kultur „immer mit Ein- und Ausschließungsprozessen, mit Symbolisierungen von Zugehörigkeit und Differenz“⁶² verbunden ist. Wichtig ist auch sein Hinweis, dass Linguistik in diesem Sinne *historisch* statt *zeitindifferent* ist, da es dem Linguisten immer bewusst sein muss, dass sein Gegenstand nicht statisch ist, sondern sich kontinuierlich wandelt. Zusammenfassend ist Sprachwissenschaft in diesem Sinne „Bühlerianisch statt Saussureianisch“⁶³.

2.1.3 Der Kulturbegriff

Sinnvoll ist es wohl, den bisher als quasi selbstverständlich verwendeten Kulturbegriff hinsichtlich seiner Relevanz für das Verständnis einer kulturwissenschaftlich orientierten Linguistik genauer zu betrachten, ohne auf die Geschichte der Bedeutung dieses Begriffs einzugehen oder gar die Bandbreite seiner Verwendung in verschiedenen Disziplinen, die kulturorientiert arbeiten, zu diskutieren. Thematisiert wird hier lediglich ein dieser Arbeit zugrunde liegender Kul-

59 Vgl. Busse 2005a, S. 37 ff.

60 Auer, Peter: Die Linguistik auf dem Weg zur Kulturwissenschaft? In: Freiburger Universitätsblätter 147. Freiburg 2000, S. 55–68, hier S. 60.

61 Ebd.

62 Ebd.

63 A.a.O., S. 61.

turbegriff, welcher sich in das Programm einer Sprachwissenschaft als Kulturwissenschaft integrieren lässt.

2.1.3.1 Strukturalistisches Kulturverständnis

Anfangs ist auf eine hochinteressante Parallele zwischen der strukturalistischen Beschreibung von Sprache in der Linguistik und einer ähnlichen strukturalistischen Betrachtung von *Kultur* unter anderem in der Anthropologie, Ethnologie und Soziologie zu verweisen. Analog zur Definition von Sprache als einem System von Strukturen, Zeichen und Relationen begegnen uns auch bei der Definition von *Kultur* theoretische Ansätze, welche die unterschiedlichen Kulturercheinungen als Elemente abstrahierter Strukturen innerhalb eines umfassenden kulturellen Systems betrachten und Kultur demnach als etwas Abstraktes, Mental-kognitives definieren. Den Ausgangspunkt vieler theoretischer Betrachtungen über derartige Bestimmungen des Kulturbegriffs bildet meist der kognitive Ansatz des US-amerikanischen Anthropologen Ward Goodenough, des wohl bekanntesten Vertreters der *Kognitiven Anthropologie*. Diese Teildisziplin der Kulturanthropologie entstand in den 1950er-Jahren als Reaktion auf behavioristische Kulturmodelle.⁶⁴ Für ihn existiert Kultur „in den Köpfen und Herzen der Menschen“⁶⁵ und steuert ihr Verhalten. Nach diesem Verständnis besteht sie „aus den Konzepten und Modellen, über die Menschen mental verfügen, um ihre Erfahrungen zu organisieren und zu interpretieren“⁶⁶. Mit den Worten Goodenoughs: „A society’s culture consists of whatever it is one has to know or believe in order to operate in a manner acceptable to its members.“⁶⁷ Es handelt sich also um ein kulturelles Wissen, über das ein Individuum verfügen muss, um in einer Gesellschaft angemessen zu funktionieren. Dieses Wissen besteht jedoch nicht aus Dingen und Handlungen, sondern ist eine Kognition, ein mentales Phänomen. Folglich ist die wesentliche Aufgabe einer Kulturanalyse in diesem Sinne, ein System von Regeln aufzustellen, welches jedem, der diesem ethnographischen Algorithmus gehorcht, ein akzeptables Verhalten und ein Sich-Zurecht-Finden ermöglicht.⁶⁸

64 Vgl. Pielenz, Michael: *Argumentation und Metapher*. Tübingen 1993, S. 161.

65 Geertz, Clifford: *Dichte Beschreibung*. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt a. M. 1987, S. 16 f.

66 Schmidt, Siegfried J.: *Kognitive Autonomie und soziale Orientierung*. Konstruktivistische Bemerkungen zum Zusammenhang von Kognition, Kommunikation, Medien und Kultur. Münster 2003, S. 207.

67 Goodenough, W. H.: *Cultural Anthropology and Linguistics*. In: Garvin, P. L. (Hrsg.): *Report of the Seventh Annual Round Table Meeting on Linguistics and Language Study 1957*, Number 9. Washington 1957, S. 167–173, hier S. 167.

68 Vgl. Geertz, S. 17.

Noch deutlicher wird diese Analogie zum linguistischen Strukturalismus in der Ende der 1940er-Jahre entstandenen sogenannten *Kulturologie*, die stärker von der strukturalistischen Bewegung beeinflusst wurde.⁶⁹ Dort gilt Kultur als „ein autonomes System, als eine Ordnung, die auf eigenen Gesetzen und Regeln beruht“.⁷⁰

De Saussures Begrifflichkeit ist nicht zu übersehen. Nach diesem Verständnis sind Menschen, die in bestimmte kulturelle Strukturen hineingeboren werden, zwar wichtig für das Funktionieren solcher Strukturen, aber nicht für ihren Wandel, denn kulturelle Strukturen organisieren sich angeblich selbstständig.⁷¹ Diesem Kulturverständnis ist allerdings vorzuhalten, dass es Kultur als statisches Gefüge von Deutungsmustern und Normen betrachtet und die nach modernen Kulturverständnissen charakteristische *Prozesshaftigkeit* kultureller Phänomene nicht richtig wahrnimmt. Es bewegt sich auf einer rein kognitiven, immateriellen Ebene und lässt Sprechen und Handeln nur noch als Produkte dieser mentalen Modelle erscheinen.⁷² Des Weiteren kann ein solches System Situationen nicht hinreichend kategorisieren, und infolgedessen ist eine kontextabhängige Interpretation dieser Situationen für ein solches System weitgehend eine Überforderung, zumal kognitives Wissen bei den einzelnen Handelnden relativ unterschiedliche Organisationen haben könnte.⁷³ Man könnte noch hinzufügen, dass kulturelles Wissen nach diesem Kulturverständnis nicht erlernbar und vermittelbar zu sein scheint, wenn Kultur sich nicht direkt beobachten lässt und nur in den Köpfen und Herzen von Menschen existiert. Der aufzustellende ethnologische Algorithmus würde in diesem Fall nicht auf Klischees und Spekulationen verzichten können.

Allerdings haben solche kulturellen Systeme oft eine *nationalkulturelle* Prägung und meinen, dass jedes Volk gemeinsame Merkmale, typische Eigenschaften, Normen und Werte hat. So ist zum Beispiel der Kulturbegriff von Johann Gottfried Herder zu verstehen.⁷⁴ Für ihn ist Kultur ethnisch fundiert, sozial homogenisiert und durch die Abgrenzung nach außen bestimmt.⁷⁵ Herders berühmte Beschreibung von Kultur als „Kugel“ der Nation und als autonome „Insel“

69 Vgl. Fleischer, Michael: Kulturtheorie: systemtheoretische und evolutionäre Grundlagen. Oberhausen 2001, S. 34.

70 Ebd.

71 Vgl. Schmidt 2003, S. 209.

72 Vgl. Scholz, Antje: Verständigung als Ziel interkultureller Kommunikation: Eine kommunikationswissenschaftliche Analyse am Beispiel des Goethe-Instituts. Münster 2000, S. 22.

73 Ebd.

74 Vgl. Welsch, Wolfgang: Transkulturalität.
http://www.foruminterkultur.net/uploads/tx_textdb/28.pdf. 08.04.2010.

75 Ebd.

wird oft als „imaginär und fiktiv“ und „deskriptiv falsch und normativ irreführend“⁷⁶ bezeichnet. So wie das behauptete abgeschlossene Sprachsystem in der Linguistik einen Fiktionscharakter hat, gilt auch hier, dass es die deutlich abgegrenzte Kultur, die nach innen für alle Mitglieder einer ethnischen Kulturgemeinschaft als selbstverständlich, typisch und verbindlich gilt und sich nach außen durch klare Differenzen gegenüber anderen Kulturen auszeichnet, „*nie gegeben hat*“.⁷⁷

Generell lässt sich sagen, dass die Konzeption von Kultur als einem idealisierten kognitiven System kulturelle Prozesse sehr verdinglicht, homogenisiert, ihre Historizität in den Hintergrund rückt und dem Individuum, das nur noch als Vollzieher dieser Strukturen dient, zu wenig Handlungsspielraum zuerkennt. „Nicht die Strukturen alleine erzeugen Kultur, sondern auch die Energien der Subjektpositionen sind gefragt“⁷⁸, argumentiert Klaus Puhl. Dieses Kulturverständnis kommt zwar immer noch in Form interessanter Listen mit „typischen“ Verhaltens- und Denkweisen dieser oder jener Kultur vor, wird aber in der modernen Kulturwissenschaft insbesondere unter Berücksichtigung interkultureller Gemeinsamkeiten und Überschneidungen zum Zwecke einer differenzierten Kulturanalyse als unzureichend betrachtet.

Die Verfassung heutiger Gesellschaften und Kulturen lässt sich also keinesfalls als statisch, homogen, notwendigerweise ethnisch fundiert und separatistisch beschreiben. Diese Tatsache wird allerdings selten so knapp formuliert, nahezu immer fügen die Autoren ein „*nicht mehr*“ hinzu [...].⁷⁹

2.1.3.2 Handlungsorientiertes Kulturverständnis

Um nicht missverstanden zu werden: Diese Diskussion des kognitiven Wissenssystems strukturalistischer Prägung hat nicht die Aufgabe, seine gänzliche Ablehnung zu begründen, sondern Brauchbares in ihm zu finden, es zu ergänzen und darauf aufzubauen. Beabsichtigt ist nicht, etwa „Verfehltes“ gegen „Korrektes“ auszuspielen, wie es oft gemacht wird. Ein brauchbarer Gedanke des kognitiven Ansatzes ist beispielsweise die Auffassung von Kultur als einem kollekti-

76 Ebd.

77 Altmayer, Claus: Kulturelle Deutungsmuster in Texten. Prinzipien und Verfahren einer kulturwissenschaftlichen Textanalyse im Fach Deutsch als Fremdsprache. Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht. <http://zif.spz.tu-darmstadt.de/jg-06-3/beitrag/deutungsmuster.htm>. 12.04.2010. Hervorhebung im Original.

78 Puhl, Klaus: Kultur als Struktur oder Differenz: Strukturalismus und Poststrukturalismus. <http://www.uibk.ac.at/philosophie/institut/mitarbeiter/strukturalismus.html>. 10.04.2010.

79 Hammel, Lina: Der Kulturbegriff im wissenschaftlichen Diskurs und seine Bedeutung für die Musikpädagogik. Versuch eines Literaturberichts. <http://home.arcor.de/zfkm/07-hammel1.pdf>. 04.04.2010. Hervorhebung im Original.

ven Wissenssystem, das für ein Individuum unabdingbar ist, damit es in einer Gesellschaft zurechtkommt. Dies ist einwandfrei. Dass es jedoch im Herz und Kopf von Menschen verankert ist und den Menschen mental-psychisch steuert, mag richtig, aber nicht zugänglich sein, da eine deskriptive, empirische Rekonstitution dieses Wissens in diesem Fall nicht leicht vorstellbar ist. An die Stelle dieses ontologischen, mentalen Status von Wissen hat der US-amerikanische Ethnologe Clifford Geertz den zentralen Aspekt des *Handelns* und des *Symbolisierens* herangezogen und zum eigentlichen Gegenstand kulturwissenschaftlicher Betrachtung – er nennt sie eine „dichte Beschreibung“ – gemacht. Die gleiche Wende begegnet uns in der Linguistik. Menschliches Verhalten ist also „symbolisches Handeln“⁸⁰, das eine Bedeutung hat und sich deutlich von seinem ontologischen Status unterscheidet.

Denken besteht nicht aus „Ereignissen im Kopf“ (obwohl Ereignisse dort und anderswo eine notwendige Voraussetzung dafür sind), sondern aus dem Verkehr „signifikanter Symbole“.⁸¹

Kulturmuster sind demnach „organisierte Systeme signifikanter Symbole“, wie Worte, Gesten, Zeichnungen, musikalische Geräusche usw., oder besser: „historisch geschaffene Bedeutungssysteme, mit deren Hilfe wir unserem Leben Gestalt, Ordnung, Richtung und Ziel geben“⁸². Nach Ernst Cassirer lebt der Mensch nicht in einem bloß physikalischen, „sondern in einem symbolischen Universum“⁸³. Als Bestandteile dieses Universums nennt er Sprache, Mythos, Kunst, Religion und Wissenschaft. Das Eigentümliche des Menschen sei „nicht seine metaphysische oder physische Natur, sondern sein Wirken. Dieses Wirken, das System menschlicher Tätigkeiten, definiert und bestimmt die Sphäre des 'Menschseins'“.⁸⁴ Diese handlungsorientierte Auffassung von Kultur wird auch vom Anthropologen Rhys Isaac vertreten:

Eine Kultur kann als ein umfassendes Kommunikationssystem verstanden werden. Sie enthält nicht nur Worte, sondern auch Gestik, Benehmen, Kleidung, Architektur

80 Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt a. M. 1987, S. 16.

81 Geertz, Clifford: Kulturbegriff und Menschenbild. In: Rebekka Habermas, Nils Minkmar (Hrsg.): Das Schwein des Häuptlings. Sechs Aufsätze zur Historischen Anthropologie. Berlin 1992, S. 56–82, hier S. 71.

82 Geertz 1992, S. 79.

83 Cassirer, Ernst: Versuch über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur. Hamburg 2007, S. 50.

84 Cassirer 2007, S. 110.

und viele andere Kodes, vermittelt derer Eingeweihte einander Bedeutungen übermitteln.⁸⁵

All diese Definitionen von Kultur lassen sich zusammenfassend unter dem von Fritz Hermanns geprägten Totalitätsbegriff subsummieren, der Kultur als Totalität von gewohnheitsmäßigen Verhaltensweisen in einer sozialen Gruppe beschreibt.⁸⁶ Es werden zwar in vielen Ansätzen bestimmte Bestandteile einer Kultur (z. B. die sogenannten ‚Schönen Künste‘) als *Kultur* bezeichnet, dies schließt indes nicht aus, dass sich diese Komponenten ergänzen lassen, wie hier das kognitive Wissen als *Kultur* bei Goodenough mit dem Symbol- und Bedeutungssystem ergänzt wurde. Demnach umfasst Kultur kognitives Wissen, Handlungen, Symbole und alles, was Bedeutung hat.

Insbesondere als etwas Historisches; Normiertes (Geregeltes oder Wertbezogenes); Psychologisches (Gelerntes oder Habituelles); Strukturiertes (Systemhaftes); Produziertes (Gesamtheit von Artefakten, Ideen, Symbolen).⁸⁷

Den Unterschied zwischen dem kognitiv-mentalenen Status von Wissen und seiner tatsächlichen Realisierung durch symbolisches Handeln hat Geertz anhand eines Beethoven-Quartetts illustriert. Dieses würde man niemals mit seiner Partitur gleichsetzen, auch nicht mit dem Wissen oder mit den für das Spielen erforderlichen Fähigkeiten oder gar mit dem Verständnis, das Aufführende und Hörer von ihm haben.⁸⁸ Aus der Erkenntnis, dass menschliches Verhalten symbolisches Handeln ist, zieht er den Schluss, dass Kultur öffentlich ist, „weil Bedeutung etwas Öffentliches ist“⁸⁹. Sie ist sozial und mehrfach kontextuell eingebunden. Demnach ist eine Kulturanalyse als eine „dichte Beschreibung“ *deutend* und *interpretiert* Symbole in den verschiedenen Lebensbereichen sowie den Ablauf des sozialen Handelns, in dessen Rahmen diese Symbole geäußert werden.⁹⁰

Diese [Symbole, M. A.] beziehen ihre Bedeutung von der Rolle [...], die sie in einer fortgesetzten Lebensform spielen, und nicht aus den inneren Beziehungen, in denen sie zueinander stehen. [...] Was immer Symbolsysteme „im Rahmen ihrer eigenen Bedingungen“ sein mögen, wo immer sie bestehen, empirisch werden wir ihrer erst

85 Isaac, Rhys: Der entlaufene Sklave. Zur ethnographischen Methode in der Geschichtsschreibung. Ein handlungstheoretischer Ansatz. In: Rebekka Habermas, Nils Minkmar, (Hrsg.): Das Schwein des Häuptlings. Sechs Aufsätze zur Historischen Anthropologie. Berlin 1992, S. 147–185, hier S. 149.

86 Vgl. Hermanns, Fritz: Sprache, Kultur und Identität. Reflexionen über drei Totalitätsbegriffe. In: Andreas Gardt, Ulrike Haß-Zumkehr, Thorsten Roelcke (Hrsg.): Sprachgeschichte als Kulturgeschichte. Berlin/New York 1999, S. 351–391, hier S. 380.

87 Hermanns 1999, S. 379 f.

88 Vgl. Geertz 1987, S. 17 f.

89 Geertz 1987, S. 18.

90 Vgl. a.a.O., S. 25 f.

habhaft, wenn wir Ereignisse untersuchen, und nicht, indem wir abstrahierte Entitäten zu einheitlichen Mustern zusammenfügen.⁹¹

Ein handlungsorientierter Kulturbegriff lässt sich in diesem Sinne um einen *konstruktivistischen* Aspekt erweitern.⁹² Dies bedeutet, dass die Verwendung und Deutung von Symbolen und Zeichen in gesellschaftlichen Praktiken nicht nur Kultur widerspiegeln, sondern Kultur *schaffen*. So hat Kultur keinen ontologischen, statischen Status, sondern ist das Resultat menschlichen Wirkens und Handelns und lässt sich durch eine „dichte“ Analyse der Zeichen- und Bedeutungssysteme der betroffenen sozialen Gruppe rekonstruieren. Allerdings wird dieser konstruktivistische Charakter in vielen Ansätzen auf interkulturelle Kommunikation und interkulturelles Lernen bezogen, in dem Sinne, dass Menschen auf der Basis der Erfahrung von (inter)kulturellen Differenzen eine Wir- und eine Sie-Gruppe bilden und ihr kollektives Ich bezüglich der Wahrnehmung dieser Differenzen definieren. „Kulturen gibt es nicht als solche, kulturelle Erfahrung ist vielmehr immer Erfahrung der Differenz“⁹³, schreibt Auer. Wir nehmen also das Eigene und das Fremde wahr, wenn unsere Interpretations- und Handlungsmuster in interkulturellen Begegnungen aufgrund kultureller Differenzen nicht reibungslos funktionieren.⁹⁴ In *intrakulturellen* Kontexten wird kulturelles Wissen bei sprachlicher Interaktion meist als selbstverständlich vorausgesetzt und kaum reflektiert, obwohl es als Hintergrundwissen eine äußerst relevante Voraussetzung sprachlicher Kommunikation bildet.⁹⁵

Zusammenfassend lässt sich schließlich feststellen, dass sprachliche Kommunikation ein integraler Bestandteil von Kultur als Gesamtheit von Gewohnheiten einer sozialen Gruppe ist. Es ist auch offensichtlich, dass sprachliche Symbole nicht nur eine Bezeichnungsfunktion haben, sondern es zeigt sich in und mit ihnen, welche Bedeutung und welchen Sinn die Mitglieder einer sozialen Gruppe ihrem Leben geben, welche sozialen Wirklichkeiten sie erleben, wie sie denken und wie sie ihren Alltag organisieren und strukturieren. Oder besser mit den Worten Martin Wengelters:

Vor allem in und mit Sprache schaffen sich die Menschen ihre soziale Wirklichkeit so, wie sie sie verstehen und deuten, und sie konstituieren und perpetuieren somit ihr kollektives, soziales Wissen. [...] – natürlich nicht aus dem Nichts heraus, sondern

91 Ebd.

92 Vgl. Auer 2000, S. 59.

93 Ebd.

94 Ebd.

95 Dies ist eine Grundannahme der Diskursanalyse im Sinne Busses. Siehe Abschnitt 2.2.3.2.

wiederum eingebettet in Textwelten, Diskurse, aber auch soziale Felder [...], die ihren sprachlichen Manifestationen bereits vorgängig sind.⁹⁶

Fassen wir zusammen: Wenn man davon ausgeht, dass Sprache eines der bedeutendsten kulturellen Symbolsysteme, wenn nicht das bedeutendste überhaupt, ist, dann befindet sich kulturorientiertes, *sprachwissenschaftliches* Arbeiten im Mittelpunkt dieser Diskussion. Eine Sprachanalyse ist nach diesem Sprach- und Kulturverständnis eine Kulturanalyse und eine kulturorientierte Sprachwissenschaft ist daher eine Art Kulturwissenschaft.

2.1.4 Zusammenfassung

Bei allem Respekt vor der Notwendigkeit der Erforschung sprachlicher Strukturen und Regeln hat sich gezeigt, dass die Reduzierung von Sprache auf die kleinen Sprachebenen der Komplexität sprachlicher „Bedeutung“ nicht gerecht wird. Die Einbettung von Sprache in ihre kulturellen Hintergründe erwies sich als unentbehrlich. Die Betrachtung von Sprache als kulturelles Bedeutungssystem bringt mit sich, dass sie im Rahmen kollektiver menschlicher Tätigkeit und menschlichen Wirkens zu untersuchen ist. Die Einbettung der Sprache in kulturelle Zusammenhänge und gesellschaftliche Praktiken bedeutet konkreter für die Linguistik, dass sie die Grenzen der Textlinguistik überschreiten und sich mit kollektivem Sprachgebrauch befassen muss. Zu den wichtigsten Grundzügen⁹⁷ einer solchen, reichen Linguistik, die auf dem geschilderten Kulturbegriff als Totalitätsbegriff beruht, gehört daher vor allem, dass sie sich nicht mit einzelnen Texten befasst, sondern mit Textkorpora arbeitet. Wie Korpora zu erstellen sind und mit welchen Methoden und Zielsetzungen sie analysiert werden, hängt von der Zielsetzung und Fragestellung der jeweiligen Arbeit ab. Des Weiteren ist eine kulturzentrierte Sprachwissenschaft, die den Anspruch erhebt, Sprachanalyse als Kultur- und Gesellschaftsanalyse zu betreiben, historisch geprägt, in dem Sinne, dass sie sich mit konkreten gesellschaftlichen sprachlichen Prozessen und Handlungen bestimmter sozialer Gruppen in bestimmten Zeitabschnitten befasst und dass ihre Ergebnisse sich auf konkrete historische Kontexte und gesellschaftliche Zusammenhänge beziehen, deren Entwicklung und Umwandlung sich sprachwissenschaftlich rekonstruieren lassen und keine kontextfreien stati-

96 Wengeler, Martin: Linguistik als Kulturwissenschaft. Eine Einführung. In: Ders. (Hrsg.): Linguistik als Kulturwissenschaft. Hildesheim. Zürich. New York 2006, S. 1–23, hier S. 9.

97 Diese Grundzüge hat auch Ingo Warnke zusammengefasst. Vgl. Warnke: Diskurslinguistik als Kulturwissenschaft. In: Walter Erhart (Hrsg.): Grenzen der Germanistik. Rephilologisierung oder Erweiterung? Stuttgart u. a. 2004, S. 308–324.

schen Generalisierungen darstellen. So wie Kultur etwas Prozesshaftes ist, ist Sprache als Teil dieser Kultur auch prozesshaft. Eine weitere Prämisse einer kulturwissenschaftlich orientierten Linguistik, welche ebenfalls im vorigen Exkurs erwähnt und in diesem Resümee unterstrichen werden soll, ist der hermeneutische Charakter, welcher jedem Versuch, die Sprachwissenschaft als eine Naturwissenschaft zu konzipieren und sie mit exakten mathematischen Methoden zu erforschen, eine klare Absage erteilt. Auch wenn es selbstverständlich klingen könnte, soll hinzugefügt werden, dass eine Linguistik im beschriebenen Sinne möglichst deskriptiv sein muss. Die Beschäftigung mit historischen Wissens- und Bedeutungssystemen könnte nämlich leicht dazu führen, dass der Linguist sich mit dieser oder jener sozialen Gruppe identifiziert, seine eigenen Überzeugungen mit anderen, die er prinzipiell nur wissenschaftlich beschreiben sollte, in gewisser Weise verschmilzt und eine polemische statt wissenschaftliche Analyse vorlegt. Es werden im folgenden Teil etliche relevante Disziplinen vorgestellt, die kulturwissenschaftlich arbeiten und Sprache mehr oder minder in ihren kulturellen Dimensionen darstellen. Um den Überblick nicht zu verlieren, werden hier lediglich Ansätze thematisiert, die in engem Bezug zur Fragestellung dieser Arbeit stehen.

2.2 Sprache und soziales Wissen

Das folgende Kapitel bezieht sich in vielen Passagen, insbesondere in den Abschnitten 2.2.2, 2.2.3, 2.2.4 und 2.2.6, auf die vom Verfasser unveröffentlichte Masterarbeit zum Thema „Linguistische Diskursanalyse“, deren grundlegende Gedanken für diese Dissertation grundsätzlich überarbeitet und erweitert wurden.

2.2.1 Schlagwortanalyse

2.2.1.1 Grundlegende Begriffsbestimmungen

Die sogenannte Schlagwortforschung hat eine alte Tradition. Diese Disziplin ist wahrscheinlich eine Angelegenheit speziell deutscher Lexikologie und findet keine Entsprechung in anderen Sprachen.⁹⁸ Auf die Frage, seit wann dieser Ausdruck existiert und welche Lexika und Wörterbücher ihn verzeichnen, wird hier

98 Vgl. Kaempfert, Manfred: Das Schlagwörterbuch. In: Franz Josef Hausmann et al. (Hrsg.): Wörterbücher. Ein internationales Handbuch zur Lexikographie, Band 2, Berlin/New York 1990a, S. 1199–1206, hier S. 1203.

verzichtet, da uns das *Schlagwort* nur als Forschungsprogramm interessiert. Bekanntlich ist dieser Ausdruck in der Umgangssprache und teilweise in wissenschaftlichen Ansätzen negativ besetzt. Von *bloßen* oder *leeren Schlagwörtern* ist meist die Rede, wenn eine nachvollziehbare Begründung des jeweiligen Sachverhaltes fehlt. Allgemeinsprachlich könnte man wohl auch zentrale Begriffe eines politischen Programms rein referierend als dessen *Schlagwörter* bezeichnen, einmal abgesehen von der bibliothekswissenschaftlichen Verwendung des Ausdrucks. Auch in der Forschung wird zuweilen vom *Schlagwort* als einem Ausdruck mit aggressiven und abwertenden Eigenschaften ausgegangen. Jedoch handelt es sich dabei zumeist um polemische Arbeiten, die keinen wissenschaftlichen Anspruch erkennen lassen und hier nicht ausführlich diskutiert werden. Ein Beispiel für diese polemische Konzeption ist die Untersuchung von Albrecht Schau *Von AWACS bis Zwangsanleihe. ABC aktueller Schlagwörter*.⁹⁹ Schau gehört zu den Linken und untersucht lediglich den Wortschatz der CDU, um ihre angeblich bösen Absichten und ihre „Sprachvergewaltigung“¹⁰⁰ aufzuzeigen. In seinem Buch heißt es: „Schlagwörter sind sprachliche Einzelgänger, die erschlagen“, sie seien „Marschflugkörper, die die Radarstationen des Bewusstseins unterfliegen, um dann hinterhältig im menschlichen Hirn wie Blitze einzuschlagen“. Schlagwörter „verseuchen das Denken und Verhalten der Menschen mit der Ideologie der Herrschenden“. Sie „klopfen Köpfe weich, lenken das Denken in Einbahnstraßen, programmieren auf Freund-Feind-Bilder, errichten Schranken, grenzen ein und grenzen aus“.¹⁰¹ Solche polemischen Konzepte befassen sich in der Regel lediglich mit dem Vokabular des politischen Gegners, welches ihnen ermöglicht, Polemik auszuüben. Daher bleibt es zumeist unklar, nach welchen Kriterien die untersuchten *Schlagwörter* ausgewählt werden.

Den ersten empirischen Beitrag zur Schlagwortforschung hat Otto Ladendorf 1906 in Form eines Schlagwörterbuches vorgelegt.¹⁰² Obwohl Ladendorfs theoretisch-methodisches Fundament zurzeit keine Vorbildfunktion hat, wird er wegen seines wissenschaftlichen Anspruchs in wissenschaftlichen Schlagwortanalysen kaum vergessen. Nach ihm ist ein *Schlagwort* durch eine „prägnante Form“ und einen „gesteigerten Gefühlswert“ charakterisiert und steht für einen „bestimmten Standpunkt“¹⁰³. Allerdings betrachtet er die emotionale Komponente von Schlagwörtern als eine immanente Eigenschaft im Sinne des linguistischen Strukturalismus.

99 Schau, Albrecht: *Von AWACS bis Zwangsanleihe. ABC aktueller Schlagwörter*. Göttingen 1985.

100 A.a.O., S. 7.

101 A.a.O., S. 16 f.

102 Ladendorf, Otto: *Historisches Schlagwörterbuch. Ein Versuch*. Straßburg/Berlin 1906.

103 A.a.O., S. XI.

Den Hauptklärungsgrund für die mitunter ganz erstaunliche Wirkung eines schlagenden Wortes gibt [...] der ihm innewohnende *G e f ü h l s w e r t*.¹⁰⁴

Es spricht für Ladendorf, dass er ein Textkorpus ausgewertet und verschiedene Begrifflichkeiten aus Politik, Literatur und Kunst des 19. Jahrhunderts deskriptiv analysiert hat; ihm ist aber vorzuhalten, dass er das programmatische Schlagwort mit dem Modewort verwechselt, das zwar über einen bestimmten Zeitraum sehr aktuell sein kann, aber keinen programmatischen Gehalt hat. Dies ist auch bei Arthur David Nunn der Fall. Dessen Buch *Politische Schlagwörter in Deutschland seit 1945* basiert zwar auf der Auswertung eines umfangreichen Textkorpus und lässt keine polemischen Zwecke erkennen, jedoch ist sein Schlagwortbegriff zu unklar. Sein Wörterbuch erstreckte sich „vom kurzlebigen Modewort bis zum zeitgeschichtlichen Schlagwort“¹⁰⁵ und enthalte „Modeworte, schillernde Journalisten und die flüchtigen Redewendungen des politischen Kommentars“¹⁰⁶. Vom programmatischen Gehalt von Schlagwörtern und von ihrer „Umstrittenheit“ in der Öffentlichkeit kann in den meisten Artikeln nicht die Rede sein.

Wilhelm Bauer fügt einen wichtigen Aspekt in die Definition des Schlagwortes ein. Ihm zufolge treten Schlagwörter „im Hin und Her des Streitens“ aus ihrem „sachlich-logischen Stadium in ihr emotionales“.¹⁰⁷ Er verweist also darauf, dass Schlagwörter über einen historischen Zeitraum brisant sind und dass die emotionale Komponente keine dem Wort innewohnende Qualität ist. Sie ist ein Resultat des konkreten Sprachgebrauchs.

Wulf Wülfing stellt ergänzend fest, dass der Entstehungsort von Schlagwörtern die Öffentlichkeit ist¹⁰⁸ und dass Schlagwörter verwendet werden, um „eine möglichst große Anzahl von Mitmenschen mit Hilfe der Sprache“¹⁰⁹ zu erreichen. Dieser Aspekt ist gewiss eine wichtige Ergänzung, die uns dem aktuellen Forschungsstand einen Schritt näher bringt. Demnach ist der Gegenstand der Schlagwortforschung grundsätzlich der *öffentliche Sprachgebrauch*. Wichtige Merkmale von Schlagwörtern seien Verkürzung, Emotionalisierung, Antirationalität, inhaltliche Unbestimmtheit, scheinbare Klarheit und Wiederholungszwang.¹¹⁰

104 Ebd. Hervorhebung im Original.

105 Nunn, David: *Politische Schlagwörter in Deutschland seit 1945*. Ein lexikographischer und kritischer Beitrag zur Politik. Gießen 1974, S. 19.

106 A.a.O., S. 14.

107 Bauer, Wilhelm: *Das Schlagwort als sozialpsychische und geistesgeschichtliche Erscheinung*. In: *Historische Zeitschrift* (122), 1920, S. 189–240, hier S. 212.

108 Vgl. Wülfing, Wulf: *Schlagworte des Jungen Deutschland*. Berlin 1982, S. 31.

109 A.a.O., S. 29.

110 Vgl. a.a.O., S. 33 ff.

2.2.1.2 Aktuelle Definitionen des Schlagwortes

2.2.1.2.1 *Walther Dieckmann*

Dieckmann hat einen wichtigen Beitrag zur Erforschung politischer Sprache im Allgemeinen und politischer Schlagwörter im Besonderen geleistet. Seine Definition des Schlagwortes wird auch in neueren Studien, wie den *Politischen Leitvokabeln in der Adenauer-Ära*, zitiert und lautet wie folgt:

Es bezeichnet in stilistisch komprimierter und einprägsamer Form als Einzelwort oder Wortverband das gemeinsame Bewusstsein oder Wollen, eine bestimmte Tendenz, ein Ziel oder Programm einer Gruppe gegenüber einer anderen oder einer Mehrzahl von anderen, bewegt sich meist auf einer höheren Abstraktionsebene und vereinfacht die Wirklichkeit gemäß den Erfordernissen des kollektiven Handelns, hat die Aufgabe, Anhänger zu werben und zu sammeln oder den Gegner zu bekämpfen und zu diffamieren, ist in seiner appellativen Funktion Hörerorientiert und zieht seine Wirkungen vornehmlich aus den angelagerten Gefühlswerten.¹¹¹

In dieser Definition kommt die semantische Eigenschaft von Schlagwörtern als Repräsentanten politischer Konzepte und Programme deutlich zum Vorschein. Offensichtlich stellt Dieckmann den *Gebrauch* von Schlagwörtern zur Durchsetzung politischer Ziele in den Vordergrund und betont ihre appellative Funktion. Das Schlagwort dient nach seiner Auffassung der „Beeinflussung der öffentlichen Meinung im System der Meinungsbildung (Erziehung) und Meinungsänderung (Propaganda)“¹¹². Es unterscheidet sich in dieser Hinsicht vom Modewort, welches zwar weit verbreitet sein kann, jedoch nicht zur Beeinflussung der Öffentlichkeit verwendet wird.¹¹³ Dieckmann hat zudem den Begriff der *ideologischen Polysemie* geprägt. Ideologisch polysem seien Wörter, die „verschiedenen Ideologien gemeinsam sind und deren verschiedene Sinndeutungen nebeneinander in einer Sprache auftauchen“¹¹⁴. Gemeint ist eine bewusste oder unbewusste, strategisch einsetzbare Mehrdeutigkeit von Schlagwörtern.

2.2.1.2.2 *Manfred Kaempfert*

Eine gute Zusammenfassung bisheriger Ansätze mit etlichen Modifikationen hat Manfred Kaempfert in zwei Aufsätzen aus dem Jahre 1990 erarbeitet, die den aktuellsten Beitrag zur Theorie des Schlagwortes und das theoretische Fundament aktueller Schlagwörterbücher darstellt. Zunächst hält er den „Deskriptionsbegriff“ *Schlagwort* als linguistischen Terminus von der „pejorativen Bedeu-

111 Dieckmann 1964, S. 79 f.

112 Dieckmann, Walther: Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Heidelberg 1975, S. 102.

113 Vgl. ebd.

114 A.a.O., S. 71.

tungskomponente¹¹⁵ frei. Demnach ist der Ausdruck in der Wissenschaft *wertneutral*. Wörterbücher, die mit dem Ausdruck *Schlagwort* operieren wollen, müssen folglich *deskriptiv* und nicht wertend oder polemisch-kritisch vorgehen. Es sollen daher auch nicht nur negativ besetzte Ausdrücke untersucht werden, mit denen man gegen den politischen Gegner polemisiert.¹¹⁶ Kaempfert nennt als erstes bestimmendes Merkmal die zeitlich begrenzte *Frequenzsteigerung*, welche signalisiert, dass der Ausdruck in seinem Schlagwortsinn usuell geworden ist.¹¹⁷ Des Weiteren zeichnen sich Schlagwörter durch eine *semantische*, eine *pragmatische* und eine *morphologische* Eigenschaft aus. Semantisch referieren sie auf ein politisches Programm, einen Wert oder ein Ziel. Die *pragmatische* Eigenschaft zeigt sich in der Aktualität und Bedeutsamkeit dieser Zielvorstellungen, gleich, ob darüber Konsens oder Dissens besteht.¹¹⁸ *Morphologisch* gesehen haben Schlagwörter, so Kaempfert, den Status von Mehrwortlexemen, sodass Sätze oder satzwertige Ausdrücke, wie Losungen, Slogans usw., ausgeschlossen werden.¹¹⁹ *Emotionalität* und *Gruppengebundenheit* sind weitere Merkmale von Schlagwörtern.¹²⁰ Die appellative Funktion, auf die Dieckmann hinweist, ergibt sich aus der semantischen und der pragmatischen Eigenschaft und wird von Kaempfert als sekundär eingestuft.¹²¹ Die *prägnante Form* hat er nicht als ein Merkmal erwähnt. Auch die oft behauptete *inhaltliche Unbestimmtheit* sei kein wesentliches Charakteristikum, weil Schlagwörter oft zwar vage verwendet werden und dem Rezipienten einen großen Interpretationsspielraum lassen, jedoch prinzipiell Programme und Ziele benennen, die immer formulierbar sind.¹²² Dies ist gewiss korrekt. Als gelungen kann auch sein expliziter Hinweis auf die *Interpretation* als Leistung des Bearbeiters in dem Sinne betrachtet werden, dass Schlagwörter immer *für jemanden* und nicht kontextfrei *an sich* als solche gelten.¹²³ Diese Diskussion um Merkmale könnte nämlich den falschen Eindruck erwecken, dass Schlagwörter statische Größen mit besonderer innewohnender Qualität wären. Ferner hat Kaempfert konkrete empirische Analyseschritte vorgeschlagen, die von späteren Forschern berücksichtigt wurden und zu gelungenen Ergebnissen geführt haben. Bei der Erstellung eines Textkorpus sollten vor allem sprachreflexive Texte im Korpus beachtet werden, die

115 Kaempfert 1990a, S. 1200.

116 Vgl. a.a.O., S. 1202.

117 Vgl. Kaempfert 1990b, S. 199.

118 Ebd.

119 Vgl. Kaempfert 1990a, S. 1200.

120 Vgl. Kaempfert 1990b, S. 199.

121 Vgl. a.a.O., S. 200.

122 Vgl. Kaempfert 1990a, S. 1200.

123 Vgl. Kaempfert 1990b, S. 200.

ein Schlagwort zu definieren und seine Bedeutung zu bestimmen trachten; dies erinnert uns an die Findungsmethode der Düsseldorfer Schule. Zudem nennt er etliche Indikatoren, die auf den Schlagwortcharakter mutmaßlicher Ausdrücke verweisen, wie Auszeichnungen mit Anführungszeichen, Hervorhebungen, Verwendungen als Überschrift, affirmative, polemische, appellative oder argumentative Verwendungen des Ausdrucks usw. Konkreter müssen Schlagwörterbücher den programmatischen und ideellen Gehalt der untersuchten Lexeme explizieren, die Zeit angeben, in der das jeweilige Schlagwort in der Öffentlichkeit brisant war, sowie alle im Korpus vorkommenden Varianten des Schlagwortes und, wenn möglich, einen „Erstbeleg“ anführen. Ferner sollen sie das Schlagwort definieren, die „Umstrittenheit“ des Gedankens aufzeigen und schließlich die „Sinnentleerung“ des Wortes, also das Verschwinden des Schlagwortes beziehungsweise seines Schlagwortcharakters dokumentieren.¹²⁴

2.2.1.2.3 *Joseph Klein*

Obwohl Joseph Klein sein Konzept nicht eindeutig auf den bisher diskutierten Ansätzen aufgebaut hat, lässt sich sein Ansatz gut an diese Diskussion anschließen.

Als 'politische Schlagwörter' werden Wörter dann bezeichnet, wenn sie in öffentlichen Auseinandersetzungen häufig, oft inflatorisch, verwendet werden und wenn sie in komprimierter Form politische Einstellungen ausdrücken oder provozieren.¹²⁵

Zu einer Präzisierung der Definition des Schlagwortes hat Klein beileibe nicht beigetragen. Der Verfasser wagt sogar zu behaupten, dass das Schlagwort bei ihm im Hinblick auf die Definition sogar erneut in eine falsche oder zumindest problematische Ecke gerät. Denn es geht aus etlichen Formulierungen Kleins deutlich hervor, dass er das Schlagwort nicht als eine wertneutrale deskriptive Analysekategorie betrachtet, sondern in kritischer, wertender Hinsicht als eine „Waffe“ bezeichnet.

Sie [Schlagwörter, M. A.] sind eine Hauptwaffe der politischen Auseinandersetzung. Daher sind sie oft selbst umkämpft. [...] Wer dem Gegner die Waffe entwendet, wer sie ihm stumpf macht, oder wer selbst eine spezielle Abwehrwaffe zur Zerstörung eines gegnerischen Waffentyps entwickelt, hat Vorteile im politischen Kampf.¹²⁶

Dies soll keineswegs den wissenschaftlichen Anspruch Kleins in Frage stellen. Gewiss *beschreibt* er letztlich spezielle Funktionen von Sprache in der politischen Kommunikation und will gar nicht polemisieren. Jedoch für eine linguisti-

124 Vgl. Kaempfert 1990a, S. 1202.

125 Klein 1989, S. 11.

126 Ebd.

sche Schlagwortanalyse ist die deskriptive Definition Kaempfers nach Ansicht des Autors dieser Arbeit völlig hinreichend. Dass sich Klein wie früher Dieckmann für die strategische Verwendung von Schlagwörtern in der Politik interessiert, liegt auf der Hand. Eine wichtige Ergänzung Kleins, die in die vorliegende Arbeit einfließt, ist seine Differenzierung der drei Funktionen von Schlagwörtern, die es bei einer Schlagwortanalyse zu explizieren gilt: Inhaltliche Charakterisierung des Sachverhalts, Bewertung des Sachverhalts und Appell an die Adressaten.¹²⁷ Mit anschaulichen Beispielen hat er überzeugend gezeigt, wie Schlagwörter neben ihrer „deskriptiven“ Funktion auch bewerten und indirekt zu konkreten Handlungen provozieren. Diese Funktion ist nichts anderes als das, was Hermanns die „deontische Bedeutung“ eines Schlagwortes genannt hat.¹²⁸

In politischer Sprachverwendung sind [...] Bewertung durch den Sprecher und Appell an den Adressaten, sich der Bewertung anzuschließen, zwei Seiten einer Medaille. Bewertung und Appell sind Ausprägungen desselben deontischen Geltungszusammenhangs [...].¹²⁹

Berühmt ist auch seine Typisierung des „Kampfes“ um Wörter. Er unterscheidet *Bezeichnungskonkurrenz*, *deskriptive Bedeutungskonkurrenz* und *deontische Bedeutungskonkurrenz*. Bei der *Bezeichnungskonkurrenz* referieren mehrere Schlagwörter auf denselben Sachverhalt, evozieren jedoch unterschiedliche Bewertungen und haben somit unterschiedliche Appellfunktionen.¹³⁰ Bei der *deskriptiven* Bedeutungskonkurrenz sind Bedeutungen von „tendenziell parteiübergreifend verwendeten Hochwertwörtern wie *Demokratie*, *Freiheit*, *Gerechtigkeit*, *Solidarität* usw.“ betroffen. Sie komme vor, wenn „semantische Strategen“ der Ansicht sind, dass eine Zentralvokabel in der Bevölkerung allzu sehr mit den inhaltlichen Vorstellungen des politischen Gegners verknüpft ist oder wenn sie in ihrer bisherigen inhaltlichen Fassung an Attraktivität verliert.¹³¹ Derselbe Ausdruck wird von verschiedenen Parteien anders verwendet und gedeutet. Dieckmanns Begriff der „ideologischen Polysemie“ ist nicht weit davon entfernt. Die *deontische* Bedeutungskonkurrenz lässt sich im Zusammenhang mit den Begriffen *Fahnen-* und *Stigmawort* von Hermanns erklären, auf die Klein zurückgreift. Fahnenwörter fordern zum Handeln im Sinne der eigenen Partei. Stigmawörter fordern zum Handeln gegen den Sinn der gegnerischen Partei.

127 Vgl. a.a.O., S. 12.

128 Vgl. Hermanns, Fritz: Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Klein 1989, S. 69–149, hier S. 74.

129 Klein 1989, S. 13.

130 Vgl. a.a.O., S. 17.

131 Vgl. a.a.O., S. 21.

2.2.1.3 Neuere Schlagwortanalysen

2.2.1.3.1 *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist*

Dieses hervorragende Lexikon¹³² wurde zwar nicht als Schlagwörterbuch zum öffentlichen Sprachgebrauch vorgelegt, jedoch bilden Schlagwörter in ihm einen erheblichen Teilbereich. Es besteht aus den Bereichen Politik/Ideologie, Umwelt und Kultur/Bildung, die jeweils mit einer eigenen Einleitung anfangen. Charakterisiert wird der ausgewählte Wortschatz vor allem durch seine „Verwendungsbesonderheiten [...] und deren Konsequenzen für die Möglichkeit sprachlicher Verständigung“.¹³³ Offensichtlich richtet sich das Werk an ein breites Publikum und untersucht Wörter, „deren Gebrauchsweisen die sprachliche Verständigung erschweren oder sogar stören können“, also Wörter, „die unter verschiedenen Gesichtspunkten erklärungsbedürftig“¹³⁴ sind. Diese Schwierigkeiten können darin begründet sein, dass mit einem Ausdruck oft „unterschiedliche Wertsetzungen“ geäußert oder „unterschiedliche Objekte“ bezeichnet werden. Die „Vagheit“ und die „Verwobenheit eines Ausdrucks mit einer fachsprachlichen Nomenklatur“ sowie ungewöhnliche „beschönigende oder übertragene“¹³⁵ Gebrauchsweisen einiger Wörter sind auch mögliche Ursachen für Verständnisschwierigkeiten von „schweren Wörtern“. Durch eine Miteinbeziehung von Kontext- und Weltwissen sollten diese Schwierigkeiten analytisch bewältigt werden. Es wird im Konzept der *brisanten Wörter* auf Dieckmann, Hermanns, Stötzel und andere Bezug genommen, wodurch der Bereich des Schlagwortes im aktuellen Sinne befriedigend gedeckt wird. Bedeutungs- und Bezeichnungskonkurrenzen im Sinne Kleins stehen im Mittelpunkt der Analyse, allerdings ohne Kleins Begrifflichkeit und Typisierung des Schlagwortes. Betont wird beispielsweise, wie „Gruppen sich selber einschätzen und wie sie von anderen eingeschätzt werden“, und wie „dieselbe Sache [...] sprachlich unterschiedlich gefasst und interpretiert“¹³⁶ werden kann. Das Schlagwort wird als die „auffälligste Erscheinung der politischen Meinungssprache“ bezeichnet. In enger Anlehnung an Dieckmann betonen die Autoren die Funktion von Schlagwörtern als Mittel der „Beeinflussung der öffentlichen Meinung im System der Meinungsbildung und Meinungsänderung“¹³⁷ sowie den öffentlichen Charakter der politischen Kommunikation. Modewörter, denen zwar „das Moment der Öffentlichkeit nicht

132 Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras, Gisela: *Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist*. Berlin 1989.

133 A.a.O., S. 9.

134 Ebd.

135 Ebd.

136 Ebd.

137 A.a.O., S. 32.

abgesprochen werden kann, mit denen aber nicht auf die Beeinflussung der Öffentlichkeit ausgegangen wird¹³⁸, werden ausgeklammert. Charakterisiert wird das Schlagwort weiterhin durch seine Gruppengebundenheit und seine spezielle Verwendung, die es zum Schlagwort macht. Viele der oben dargestellten Eigenschaften, die man in der Forschung mit unterschiedlicher Akzentsetzung dem Schlagwort zugeschrieben hat, begegnen uns hier, zum Beispiel die scheinbare Klarheit, die inhaltliche Unbestimmtheit, die Fähigkeit zu verallgemeinern und zu typisieren, der emotionale und wertende Gehalt, der programmatische Gehalt, die griffige Form und der rhetorische Charakter.¹³⁹ Einen Kritikpunkt bildet nach Ansicht des Verfassers die fehlende Akzentsetzung und die fehlende Unterscheidung von zentralen Kriterien, auf die es in diesem breiten Eigenschaftenspektrum ankommt. Problematisch ist auch die Aufteilung der Schlagwörter in Leit- und Stigmawörter im Sinne von Hermanns. In späteren Schlagwörterbüchern, zum Beispiel bei Thomas Niehr, wird diese Klassifizierung nicht für sinnvoll gehalten, weil Schlagwörter in der Regel *umstritten* sind und sich daher nicht eindeutig als positive Fahnen- oder negative Stigmawörter klassifizieren lassen.¹⁴⁰ In den *brisanten Wörtern* ist die „Umstrittenheit“ von Schlagwörtern kein zentrales Merkmal. Wie die Autoren des Lexikons selbst eingestanden haben, war die Auswahl des zu untersuchenden Vokabulars in quantitativer Hinsicht selektiv.¹⁴¹ Die ausgewählten Wörter wurden aber entsprechend dem dargelegten Schlagwortkonzept nach qualitativen Gesichtspunkten ausführlich analysiert. Es wurden Belegtexte angeführt, welche die Bedeutungsangaben argumentativ dokumentieren und das deskriptive Vorgehen der Arbeit unter Beweis stellen. Zusammenfassend lässt sich durchaus sagen, dass das Lexikon sein formuliertes Ziel erreicht, eine nachhaltige Vorbildwirkung auf spätere Arbeiten gehabt und bis dahin den gelungensten empirischen Beitrag zur Schlagwortforschung seit Ladendorf geleistet hat.

2.2.1.3.2 *Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext*

Dies ist die erste empirische Umsetzung des theoretischen Konzepts von Kaempfert. Das Wörterbuch von Thomas Niehr¹⁴², welches den öffentlichen Sprachgebrauch in der BRD von 1966 bis 1974 als thematischen Rahmen hat,

138 Ebd.

139 Vgl. a.a.O., S. 32 f.

140 Vgl. Niehr, Thomas: Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966 bis 1974. Wiesbaden 1993, S. 34 f.

141 Vgl. Strauß/Haß/Harras 1989, S. 10.

142 Niehr, Thomas: Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966 bis 1974. Wiesbaden 1993.

wurde im Jahre 1993 als Dissertation vorgelegt und kann aufgrund seiner hohen Wissenschaftlichkeit und übersichtlichen Strukturierung als vorbildlich gelten. Seine gute Klassifizierung bisheriger Schlagwortanalysen in linguistische, polemisch-kritische und historisch-politologische Arbeiten hat deutlich gezeigt, wie linguistische Arbeiten auf das Korpusprinzip nicht verzichten und wie polemische Arbeiten das Zustandekommen ihrer Schlagwortliste nicht theoretisch begründen.¹⁴³ Die Analyse der einzelnen Artikel ist gut strukturiert und mit Belegen aus dem Textkorpus dokumentiert. Wie bereits erwähnt lehnt Niehr die Klassifizierung von Schlagwörtern in Fahnen- und Stigmawörter ab. Er plädiert dafür, lediglich die „Wortprägungen“ in drei Gruppen einzuteilen (positive, negative und neutrale Prägungen), während „die hinter diesen Schlagwörtern stehenden Programme umstritten“¹⁴⁴ bleiben. Mit anderen Worten, positiv oder negativ im Sinne von Fahnen- und Stigmawörtern seien nicht ganze Schlagwörter mit ihrem programmatischen Gehalt, sondern nur ihre jeweiligen „Wortprägungen“, der programmatische Gehalt bleibe indes umstritten. Dieser Gedanke ist nach Ansicht des Verfassers viel problematischer als die Einteilung der Schlagwörter in Fahnen- und Stigmawörter selbst. Wenn Niehr davon ausgeht, dass das Wort eine positive Prägung hat, während die „hinter ihm stehende“ Bedeutung umstritten und nicht positiv ist, dann objektiviert er die Sprache und landet unbewusst im strukturalistischen Umfeld. Die Klassifizierung der Schlagwörter in Leit- und Stigmawörter ist nach Ansicht des Verfassers überhaupt nicht so gefährlich und geht keineswegs zum Nachteil der Umstrittenheit von Schlagwörtern. Das Problem dieser Umstrittenheit kann man beispielsweise lösen, indem man betont, dass ein Fahnenwort nur von bestimmten Menschengruppen als solches angesehen wird und für andere eventuell als Stigmawort gilt. Wenn ein Schlagwort sowohl als Fahnen- als auch als Stigmawort verwendet wird, dann ist seine Umstrittenheit überdeutlich.

2.2.1.3.3 *Schlagwörterbuch der Nachkriegszeit 1945–1949*

Ebenfalls in der Tradition Kaempfers hat Dieter Felbick 2003 das *Schlagwörterbuch der Nachkriegszeit 1945–1949*¹⁴⁵ veröffentlicht. Der relativ kurze Zeitraum ist gewiss sehr relevant für die junge Geschichte Deutschlands und einer gründlichen linguistischen Analyse wert. Der Autor hat ein gutes Textkorpus ausgewertet, seine Ergebnisse deskriptiv präsentiert und deutlich gezeigt, dass er mit den historisch-politischen Zusammenhängen des Untersuchungszeitraums vertraut ist. Die dem Konzept zugrunde liegende Definition des Schlagwortes

143 Vgl. a.a.O., S. 12 ff.

144 A.a.O., S. 36.

145 Felbick, Dieter: *Schlagwörter der Nachkriegszeit (1945–1949)*. Berlin 2003.

entspricht weitgehend den Definitionen Kaempfers und Dieckmanns und wird hier nicht erneut diskutiert. Neu ist die – allerdings unklare – Einführung des Diskursbegriffs in die Schlagwortanalyse. Das Schlagwort werde „in einem Diskurs über ein brisantes Thema appellativ zur Werbung für oder gegen eine Position gebraucht“¹⁴⁶, wobei der *Diskurs* der „Rahmen, in dem Schlagwörter konstituiert und verwendet werden“¹⁴⁷, sei. Eine zufällige Verwendung des Ausdrucks *Diskurs* ist es sicherlich nicht, denn er bezieht sich, wenn auch nur in einer Fußnote, explizit auf Konzepte der historischen Semantik von Dietrich Busse, Wolfgang Teubert und Fritz Hermanns¹⁴⁸. In jedem Artikel wird der *Diskurs* des jeweiligen Wortes separat nach einer jeweils getrennten Darstellung der *Wort- und Begriffsgeschichte* und des *Themas* erklärt, gefolgt von den in jedem Artikel gleich bleibenden Analyseteilen *Aufkommen*, *Entfaltung*, *Abklingen* und *Nachwirkungen* des analysierten Schlagwortes. Die jeweils unter dem Titel *Diskurs* angeführten Kenntnisse, die zuweilen nur drei Zeilen umfassen, lassen sich nicht nachvollziehbar in den Kontext der historischen Semantik einordnen, wie sie von Busse, Teubert und Hermanns vorgeschlagen wurde. Oft handelt es sich lediglich um unmittelbare situative Bedingungen des Schlagwortes. Dem Verfasser ist auch nach der Lektüre vieler Beispiele nicht deutlich geworden, warum der *Diskurs* als eigene Analyseeinheit unter anderen Einheiten wie *Thema*, *Entfaltung* usw. eingeführt wurde. Jedenfalls hat Felbick versucht, den Schlagwortbegriff auch in theoretischer Hinsicht weiter zu präzisieren, hat ihn aber durch seine übertriebene Kategorienbildung in den Augen des Verfassers unnötig verkompliziert. Er hat eine große Menge von linguistischen Begriffen definiert, um sie vom Schlagwort abzugrenzen, obwohl viele von ihnen gar nicht in einem problematischen Verhältnis zum Schlagwort stehen und in den meisten Ansätzen zur Schlagwortforschung überhaupt nicht vorkommen, wie etwa das *Unwort*, der *Terminus*, die *standardsprachliche Verwendung*, der *Stereotyp* oder das *Vorurteil*.¹⁴⁹ Nach dieser zwar interessanten, aber unnötigen Darstellung dieser zum Teil linguistischen Begriffe unterscheidet er zehn sogenannte Schlagwortvarianten, die hier nicht diskutiert werden.¹⁵⁰ Kurz: Solange man nichts Wesentliches in der Theoriebildung eines Konzeptes ändern möchte, ist es nach Meinung des Verfassers angebrachter, sich auf die Empirie zu konzentrieren, statt Vorhandenes zu verkomplizieren und „Lücken“ zu füllen, die gar nicht vorhanden sind.

146 A.a.O., S. 25.

147 A.a.O., S. 33.

148 Ebd.

149 Vgl. a.a.O., S. 25 ff.

150 Vgl. a.a.O., S. 34 ff.

2.2.2 Begriffsgeschichte

2.2.2.1 Theoretisch-methodische Grundlinien

Die moderne begriffsgeschichtliche Forschung wurde vor allem in der Philosophie und Historiographie betrieben. Im Unterschied zu philosophischen Theorien, welche sich stets für die Genese und den Wandel theoretischen Denkens interessierten, wurden in der Historiographie eigenständige Methoden entwickelt, mit denen die historische Dimension von *Begriffen* analysiert und dadurch eine Geschichte der historischen Erfahrungen und sozialen Praktiken rekonstruiert wurde. Die historiographische Begriffsgeschichte hat kein einheitliches Konzept. Was aber meist im Mittelpunkt theoretischer Reflexionen über diese Forschungstradition steht, ist das Konzept, welches von Reinhart Koselleck, Rolf Reichardt und anderen Neuhistorikern entwickelt und in den *Geschichtlichen Grundbegriffen* zumindest teilweise umgesetzt wurde. Der Versuch, über Sprache einen Zugriff auf soziale Praktiken zu erreichen und Sprachgeschichte als Sozialgeschichte zu betreiben, wurde in der wissenschaftlichen Diskussion hochgeschätzt, aber auch kritisiert. Das Konzept Kosellecks wurde folglich besonders in der Sprachwissenschaft modifiziert und zu neuen Ansätzen weiterentwickelt. In diesem Abschnitt werden die Kerngedanken der Begriffsgeschichte dargestellt, die für die vorliegende Arbeit relevant sind.

Gegenstand der Begriffsgeschichte sind Wörter, deren synchrone und diachrone Interpretation ergibt, dass sie über die deskriptive und interpretative Leistung anderer Wörter hinaus eine besondere Funktion haben, nämlich die, als Leitbegriffe der geschichtlichen Bewegung Strukturen und Ereigniszusammenhänge erschließen zu können.¹⁵¹

In völliger Anlehnung an Koselleck geht Heiner Schulz in dieser knappen Formulierung davon aus, dass es historisch relevante, semantisch aufgeladene *Wörter* gibt, in denen über die „allgemeine“ Bedeutung hinaus sich sozialhistorisches Wissen konzentriert und sie zu *Begriffen* macht. Es geht also um Wörter von besonderer Bedeutung. Als solche nennt Koselleck beispielsweise zentrale Verfassungsbegriffe, Leitbegriffe politischer Bewegungen, Schlüsselworte der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationen und Bezeichnungen dominierender Berufsgruppen und sozialer Schichtungen.¹⁵² Interessant sind sie für die Begriffsgeschichte, wenn deren „Bedeutung“ sich

151 Schulz, Heiner: Begriffsgeschichte und Argumentationsgeschichte. In: Reinhardt Koselleck (Hrsg.): Historische Semantik und Begriffsgeschichte. Stuttgart 1978, S. 43–74, hier S. 44.

152 Vgl. Koselleck, Reinhart: Einleitung zu: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 1, Stuttgart 1972, S. XIII–XXVII, hier S. XIV.

wandelt und sie neue Sinngehalte gewinnen. Dann scheinen sie zwar verständlich zu sein, jedoch „rückwärtsgerichtet meinen sie soziale und politische Sachverhalte, die uns ohne kritischen Kommentar nicht mehr verständlich sind“.¹⁵³ Neben der Erfassung des politischen und sozialen Bedeutungsraums untersucht die Begriffsgeschichte, so Koselleck, sich in *Begriffen* artikulierende soziale Erfahrungen und Wirklichkeiten sowie ihren Wandel.¹⁵⁴ *Begriffe* seien zudem „Faktoren und Indikatoren“ geschichtlicher Bewegung.¹⁵⁵ Als Indikatoren bringen sie die ihnen „innewohnenden“ Zusammenhänge und Weltansichten zu Tage, während sie als Faktoren neue gesellschaftliche Bewegungen bewirken und zur Neugestaltung von Wirklichkeitsauffassungen beitragen.

Begriffe dienen nicht mehr nur, Vorgegebenheiten so oder so zu erfassen, sie greifen aus in die Zukunft. Zunehmend wurden Zukunftsbegriffe geprägt, erst künftig zu erringende Positionen mussten sprachlich vorformuliert werden, um überhaupt bezogen oder errungen werden zu können.¹⁵⁶

Koselleck hat sich bemüht, die Begriffsgeschichte als weitgehend eigenständige Disziplin zu konzipieren und sie theoretisch und methodisch zu begründen, sodass sie trotz Gemeinsamkeiten mit anderen Wissenschaften hinsichtlich der Gegenstandsbestimmung und Erkenntnisinteressen einen eigenen Platz in der Wissenschaftslandschaft besitzt. Die Abgrenzung zu philosophischen Ansätzen kann in den Augen des Verfassers im Hinblick auf die theoretische Grundlegung als gelungen gelten, wenn Koselleck als Forschungsgegenstand die sozialen Erfahrungen und Praktiken bestimmt und Entwicklungen philosophischer Ideen und Theorien, die bekanntlich die philosophische Version der Begriffsgeschichte interessieren, programmatisch ausschließt. Was seine Begriffsgeschichte von der Sozialgeschichte unterscheidet, so Koselleck, sei ihr eigenes methodisch-theoretisches Konzept. Dieses interessiert sich lediglich für sprachliche Texte, während die Sozialgeschichte auch „außersprachliche Inhalte“ untersuche.¹⁵⁷ Die Begriffsgeschichte, wie er sie konzipierte, unterscheidet sich auch von der Linguistik, „speziell der strukturalistischen Linguistik“¹⁵⁸. Da kann man ihm nur zustimmen, da sich letztere vornehmlich mit systematischen und strukturellen Fragen befasst und die soziale Umgebung von Texten ignoriert. Wenn er sagt, dass der *Begriff* „in seiner politisch-sozialen, nicht in seiner linguistischen Funk-

153 A.a.O., S. XV.

154 Vgl. a.a.O., S. XIX.

155 Vgl. a.a.O., S. XIV.

156 Koselleck, Reinhart: Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte. In: Ders. (Hrsg.): Historische Semantik und Begriffsgeschichte. Stuttgart 1978, S. 19–36, hier S. 24.

157 A.a.O., S. 21.

158 Koselleck 1972, S. XXI.

tion¹⁵⁹ untersucht wird, dann meint er mit der „linguistischen Funktion“ gewiss diese im Sinne der strukturalistischen Linguistik. Näheres zu seinem Sprachverständnis findet sich im nächsten Abschnitt.

2.2.2.2 Kosellecks Sprachbegriff

Eine Disziplin, die sich ausschließlich mit sprachlichem Material befasst und Sprache als geeignetes Instrument zur Rekonstruktion sozial-historischer Erfahrungen und Lebensweisen betrachtet, bedarf selbstredend einer linguistischen Begründung des Zusammenhangs von Sprache und sozialem Wissen. Da es sich nicht allgemein um *Sprache* handelt, sondern um bestimmte *Begriffe*, bezieht sich Kosellecks sprachtheoretische Begründung lediglich auf einen Teil der Sprache. Dies ist für die Diskursanalyse, die im nächsten Teil diskutiert wird, eine Reduzierung der Sprache. Koselleck schreibt dem *Begriff* eine ausgesprochen große Bedeutung und eine zentrale Rolle in der Sprache zu, wenn es zum Beispiel heißt, dass die Vielfalt geschichtlicher Erfahrungen und Wirklichkeiten sich in einem Zusammenhang bündeln, „der als solcher nur durch den Begriff gegeben ist und wirklich erfahrbar wird.“¹⁶⁰ Ferner behauptet er, dass es „ohne gemeinsame Begriffe keine Gesellschaft [gibt], vor allem keine politische Handlungseinheit“ und dass eine Gesellschaft und ihre Begriffe „in einem Spannungsverhältnis“¹⁶¹ stehen. Clemens Knobloch spricht zu Recht von „zu viel Ehre und zu viel Gewicht“ des *Begriffs* in dieser theoretischen Grundlegung.

Man neigt dann dazu, den Begriffen als Eigenleistung (im Sinne ihrer Bestimmung als Faktoren des gesellschaftlichen Prozesses) zuzurechnen, was wir lediglich anhand der Begriffe (neben den Strategien noch die fassbarsten Größen des Diskurses) rekonstruieren.¹⁶²

Gemeint ist hier, dass der *Begriff* als sprachliches Zeichen nur im Rahmen einer kommunikativen Sprachhandlung verständlich wird, die in übergreifende Wissenszusammenhänge eingebettet ist. Indem Koselleck den epistemischen Rahmen als *Resultat* – statt als *Voraussetzung* – des Verstehens von *Begriffen* erscheinen lässt, kehrt er die Regel um. Denn Begriffe stehen in Sätzen und werden von ihnen bestimmt, und zwar, so formuliert Horst Günther, „in unter-

159 Ebd.

160 Koselleck 1978, S. 29.

161 A.a.O., S. 20.

162 Knobloch, Clemens: Überlegungen zur Theorie der Begriffsgeschichte aus sprach- und kommunikationswissenschaftlicher Sicht. In: Archiv für Begriffsgeschichte. Bonn 1992, S. 14.

schiedlichen Zusammenhängen, in denen sie erst ihre Bedeutung erhalten¹⁶³. Des Weiteren bleiben bei einer solchen Fokussierung auf *Begriffe* viele Wissenszusammenhänge unbeachtet, die entweder nicht als *Begriffe* oder überhaupt nicht vorkommen, sondern für das Gelingen kommunikativer Sprachhandlungen lediglich *vorausgesetzt* werden.¹⁶⁴ Dieser Hinweis soll hier nicht als ein theoretisches Defizit verstanden werden, denn keine empirische Arbeit kann für sich in Anspruch nehmen, sämtliche Bedeutungszusammenhänge auf allen Sprachebenen befriedigend beschreiben zu können. Dass man sich für bestimmte sprachliche Kategorien (z. B. *Begriffe*) oder bestimmte analytische Verfahren entscheidet, soll für den Verfasser aber nicht dazu führen, diese zu hoch zu schätzen und als wichtigste oder gar einzige wissenschaftliche Erkenntnisquelle darzustellen. Genau das hat Koselleck aber gemacht.

Was man nun nach seiner anspruchsvollen Zielsetzung erwarten darf, ist eine nachvollziehbare, linguistisch begründete Definition von *Begriff*. Also: „Was ist ein *Begriff* und was macht ein „normales“ Wort zu einem *Begriff*?

163 Günther, Horst: Einleitung zu: Ders. (Hrsg.): Freiheit, Herrschaft und Geschichte. Semantik der historisch-politischen Welt. Frankfurt am Main 1979, S. 7–63, hier S. 17.

164 Dietrich Busse hat dies mit einem Beispiel „das Eigene und das Fremde“ veranschaulicht. Er bezieht sich in seinem Beispiel auf den Roman „Soll und Haben“ von Gustav Freytag und rückt in diesem Roman konzipierte Aspekte des deutschen Nationaldiskurses im 19. Jh. ans Licht, die mit Mitteln der Begriffsgeschichte offensichtlich nicht erfassbar sind. Es geht um die Entindividualisierung der Gesellschaft und die Entstehung eines „kollektiven Ichs“, ein Phänomen, das seinen Höhepunkt in Deutschland im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert erreicht hat. Die Entstehung dieses kollektiven Ichs, so die Analyse Busses, geht mit einem deutlichen Kulturchauvinismus gegen den Osten einher und vollzieht sich durch eine Abgrenzung des sich durch kulturelle Werte auszeichnenden Eigenen vom Fremden, welches vom Autor nur mit negativen Bezeichnungen verbunden wurde. So erscheint die angestrebte Identitätsbildung erst durch eine Gegenüberstellung mit dem Fremden – im Roman im benachbarten polnischen Volk verkörpert – in dem Sinne möglich, dass eine Grenze zwischen eigenen Positiva und Werten einerseits und fremden Negativa auf der anderen Seite gezogen wird. Wenn die Rede von „wir“ oder „sie“ ist, dann sind wohl keine bloßen Personalpronomen gemeint, sondern ein kollektives, identitätsbegründendes Ich. Dieses fein eingeführte Motiv kann mit einer Begriffsanalyse durchaus nicht angemessen beschrieben werden. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, dass es in den „Geschichtlichen Grundbegriffen“ keinen Artikel über „Nation“ oder ähnliches gibt. Vgl. Busse, Dietrich: Das Eigene und das Fremde. Annotationen zu Funktion und Wirkung einer diskurssemantischen Grundfigur. In: Matthias Jung, Martin Wengeler, Karin Böke (Hrsg.): Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Politik, Medien und Alltag. Opladen 1997, S. 17–35.

Die meisten Wörter der gesellschaftlich-politischen Terminologie (lassen) sich von solchen Wörtern unterscheiden, die wir hier „Begriffe“ [...] nennen.¹⁶⁵

Das mag sein. Wie sieht aber der Unterschied aus? Dass Wörter wie *Demokratie*, *Imperialismus* und *Terrorismus* nicht den gleichen historischen, erkenntnistheoretischen und kognitiven Stellenwert haben wie Wörter wie *eben*, *schlafen* und *lachen*, weiß man. Aber wie kann man den Unterschied zwischen den ersten *Begriffen*, die als „Konzentrate vieler Bedeutungsgehalte“ gelten, und den letzteren „bloßen“ Wörtern linguistisch beschreiben?

Ein Wort wird zum Begriff, wenn die Fülle eines politisch-sozialen Bedeutungs- und Erfahrungszusammenhanges, in dem und für den ein Wort gebraucht wird, insgesamt in das eine Wort eingeht.¹⁶⁶

Zunächst ist es erfreulich, dass Koselleck – im Unterschied zu vielen strukturalistischen Forschern – von politisch-sozialen Bedeutungszusammenhängen von Wörtern redet und diese in sein Konzept integriert. Die Beschreibung von Sprache in ihrem politisch-sozialen Kontext ist nämlich in der Linguistik keine Selbstverständlichkeit und soll hier unterstrichen werden. Offensichtlich ist aber der Umstand, dass die Bedeutung für Koselleck eine statische Größe ist, die zusammen mit zusätzlichen kognitiven Bedeutungsaspekten ein Wort zu einem *Begriff* macht. Es bleibt jedenfalls unklar, wie sich dieser Übergang vom Wort zum *Begriff* vollzieht und wie sich dieses Mehr an Bedeutung linguistisch beschreiben lässt. Koselleck spricht von einer „geschichtlichen Qualität“¹⁶⁷ von *Begriffen*. Die Analyse dieser Qualität beruht wohl auf *hermeneutischen* Verfahren im oben beschriebenen Sinne einer Sprachwissenschaft als Kulturwissenschaft und nicht auf exakten Methoden des Strukturalismus. Dies ist ein weiterer Bezug zum theoretischen Hintergrund der vorliegenden Arbeit. Eine weitere Definition besagt, dass ein Wort im Gebrauch eindeutig ist, während ein *Begriff* vieldeutig bleiben muss.¹⁶⁸ Gewiss können viele Lexeme je nach dem Kontext unterschiedliche Bedeutungen haben, trotzdem muss der Emittent eines Textes in einer bestimmten kommunikativen Situation eine bestimmte Bedeutung meinen, damit eine sprachliche Kommunikation überhaupt möglich ist. Sicherlich könnte die Interpretation des Rezipienten nicht zutreffen, das ändert aber nichts daran, dass Äußerungen zu kommunikativen Zwecken in irgendwelcher Weise interpretiert werden und nicht prinzipiell vieldeutig bleiben. Wir sind noch nicht am Ende, es kommt noch eine Definition der Bedeutung von *Begriffen*:

165 Koselleck 1972, S. XXII.

166 Koselleck 1978, S. 29.

167 Koselleck 1972, S. XXI.

168 Vgl. Koselleck 1972, S. XI.

Gedankliche oder sachliche Bedeutungen haften zwar am Wort, aber sie speisen sich ebenso aus dem intendierten Inhalt, aus dem gesprochenen oder geschriebenen Kontext, aus der gesellschaftlichen Situation.¹⁶⁹

Auch hier scheint die „Bedeutung“ eine statische Größe zu sein, die sich aus anderen Quellen „speist“, oder besser: aus strukturalistischen Modellen. Selbstredend kann man nicht mehr von einem Bedeutungswandel reden, wenn die Bedeutung am Wort haftet. So kann es Koselleck nicht meinen, sonst würde eine Begriffsgeschichte keinen Sinn mehr machen. Die folgende und letzte Definition blieb dem Verfasser unverständlich:

Wortbedeutungen und das Bedeutete können getrennt gedacht werden. Im Begriff fallen Bedeutung und Bedeutetes [...] zusammen.¹⁷⁰

Offensichtlich fällt es Koselleck nicht leicht, die „Bezeichnungsfunktion“, die er dem strukturalistischen Modell von de Saussure entnimmt und „normalen“ Wörtern zuschreibt, von anderen wissensmäßigen Bedeutungsaspekten zu trennen, die ein Wort zu einem Begriff machen und auf die es ankommt. Schließlich ist Heiner Schulz zuzustimmen, wenn er bezweifelt, dass diese Definitionen „in Zweifelsfällen wirklich zu einer Klärung“¹⁷¹ beitragen, ob es sich bei einem LEXEM um ein *Wort* oder um einen *Begriff* handelt. Ein weiteres theoretisches Problem des Konzeptes Kosellecks besteht darin, dass er einerseits von einer „sprachlichen Erfassung der modernen Welt“¹⁷² redet und auf der anderen Seite, im Widerspruch zu seinen Ausgangsüberlegungen, Begriffsgeschichte von Sachgeschichte trennt.¹⁷³ Koselleck unterscheidet zwischen einer Begriffsgeschichte, welche Wirklichkeiten und Erfahrungen vergangener Zeiten rekonstruieren soll, und einer Sachgeschichte, die unter anderem in den folgenden Formulierungen nur noch *außersprachlich* zu sein scheint:

Es ist nicht notwendig, dass Dauer und Wandel von Wortbedeutungen der Dauer und dem Wandel der damit bezeichneten Strukturen entsprechen. Gerade weil durchgehaltene Worte für sich genommen kein hinreichendes Indiz für gleich bleibende Sachverhalte sind.¹⁷⁴

Wortbedeutungswandel und Sachwandel, Situationswechsel und Zwang zu Neubennungen korrespondieren auf je verschiedene Weise miteinander.¹⁷⁵

Die Zuordnung von Wort und Sachverhalt wird interpretiert.¹⁷⁶

169 Koselleck 1978, S. 28 f.

170 Koselleck 1972, S. XXII.

171 Schulz, S. 55.

172 Koselleck 1972, S. XIV.

173 Vgl. Busse, Dietrich: Historische Semantik. Analyse eines Programms. Stuttgart 1987, S. 52.

174 Koselleck 1972, S. XXI.

175 Koselleck 1978, S. 30.

Indem Koselleck in dieser Weise die Sprache neben einer außersprachlichen Wirklichkeit existieren lässt, objektiviert er sie und stellt seine Zielsetzung in Frage, durch eine Sprachanalyse soziale Erfahrungen und Wirklichkeitsauffassungen historischer Epochen zu erfassen.

Man kann nicht der Sprache die Konstitution von Wirklichkeitsbewusstsein zuschreiben (wobei mit dem Bewusstsein die Wirklichkeit für die Menschen allererst entsteht) und damit „Sachverhalte“ als Kategorien der (sprachlich gebundenen) Erfahrung definieren und dennoch den Begriffen eine Darstellungsfunktion in Relation zu einer (dann wohl offensichtlich nur als außersprachlich konzipierbaren) Wirklichkeit zuschreiben.¹⁷⁷

Es wird in dieser Arbeit überhaupt nicht behauptet, dass Kosellecks Sprachkonzept völlig verfehlt ist oder gänzlich auf vereinfachenden strukturalistischen Modellen aufbaut. Im Gegenteil: Koselleck macht unmissverständlich klar, dass er sich der Komplexität sprachlicher Kommunikation bewusst ist und Sprache, „ohne deren Gebrauch unser menschliches Tun und Leiden kaum erfahrbar, sicher nicht mitteilbar sind“¹⁷⁸, nicht als ein System von Elementen und Strukturen betrachtet. Sie sei eine Metapher für die Geschichte, um deren Erkenntnis es geht.¹⁷⁹ Er weiß auch, dass der genaue Sinn eines Ausdrucks „aus dem Kontext des ganzen Memorandums“ hervorgeht und „aus der Lage des Verfassers und des Adressaten abgeleitet“ wird und dass „die politische Situation und die soziale Gesamtlage“¹⁸⁰ dabei eine Rolle spielen. Er beharrt aber einerseits darauf, dass konkrete gesellschaftliche Erfahrungen und Wirklichkeiten erst *sprachlich* vermittelt als solche erkannt und beschrieben werden, zugleich fordert er andererseits aber eine deutliche Trennung von Geschichte und Sprache, sodass man zusammenfassend von einem problematischen, linguistisch nicht streng begründeten Sprachkonzept sprechen kann.

Wer wollte leugnen, dass alle konkreten Erfahrungen, die wir machen, nur durch Sprache vermittelt zu Erfahrungen werden und somit Geschichte möglich wird. Gleichwohl möchte ich daran festhalten, Sprache und Geschichte analytisch zu trennen, weil beide nicht zur Gänze aufeinander bezogen werden können. [...] Zwischen Sprechen und Tun bzw. zwischen Sprechen und Leiden bleibt eine Differenz, auch wenn Sprechen eine Sprechhandlung ist und auch wenn Tun und Leiden sprachlich vermittelt werden.¹⁸¹

176 Koselleck 1972, S. XXII.

177 Busse 1987, S. 52.

178 Koselleck 1978, S. 19.

179 Vgl. Koselleck 1972, S. XIII.

180 Koselleck 1978, S. 21 f.

181 Koselleck, Reinhart: *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt am Main 1989, S. 658.

2.2.2.3 Das Projekt der „Geschichtlichen Grundbegriffe“

Von diesen theoretischen Überlegungen ausgehend hat Koselleck das *Historische Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland* konzipiert, welches von ihm und den Neuhistorikern Otto Brunner und Werner Conze von 1972 bis 1997 unter dem Titel *Geschichtliche Grundbegriffe* herausgegeben wurde. Freilich steht dieses Projekt sowohl in der Historiographie als auch in der Sprachwissenschaft im Mittelpunkt vieler wissenschaftlicher Diskussionen, wenn es um die Rolle der Begriffsgeschichte bei der Beschreibung gesellschaftlichen Wissens und um ihren Stellenwert in der historischen Semantik geht. Das Resultat dieses Projekts ist ein achtbändiges Wörterbuch sowie entscheidende Impulse zugunsten einer lebhaften Auseinandersetzung mit seinen sprachtheoretischen und methodischen Grundlegungen, die zu interessanten Modifizierungen in der Theorie und Praxis der Erforschung gesellschaftlichen Wissens geführt hat. Es umfasst mehr als 100 Artikel und befasst sich mit Begriffen eines sehr langen Zeitraums (von 1700 bis an die Schwelle der Gegenwart), wobei der sogenannten „Sattelzeit“ (ca. 1750–1850) besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. In der Überzeugung, dass „die Realität der vergangenen Geschichten nur in ihren sprachlichen Gestaltungen präsent ist“¹⁸², hat Koselleck 1972 das Konzept des Lexikons formuliert, welches keine Geschichte der Ideen und Theorien thematisieren soll. Offensichtlich besteht eine erhebliche Diskrepanz zwischen der theoretischen Konzeption der *Geschichtlichen Grundbegriffe* und ihrer empirischen Umsetzung. Es lässt sich unschwer feststellen, dass Alltagstexte keinen Eingang in die meisten Artikel des Lexikons finden, und dass oft philosophische und ideengeschichtliche Quellen dominieren. Genauer gesagt geht es um zwei Gattungen, wie Schulz sie zusammengefasst hat, nämlich um klassische Texte der Philosophie, der Ökonomie, der politischen Theorie, des Rechts, der Theologie und der Literatur einerseits und um Lexika, Enzyklopädien und Wörterbücher auf der anderen Seite.¹⁸³ Das Textkorpus der *Geschichtlichen Grundbegriffe* stieß deshalb auf heftige Kritik, die größtenteils als berechtigt gelten kann. Diese Kritik teilen unter anderem Peter von Polenz, Helmut Berding, Rolf Reichardt, Heiner Schulz, Clemens Knobloch, Dietrich Busse und Fritz Hermanns. Alle verweisen darauf, dass innerhalb der heterogenen Artikel der *Geschichtlichen Grundbegriffe* meist nur Ideen-, Sach- und Theoriengeschichte dargestellt wurde, wie sie in philosophischen und enzyklopädischen Quellen zu finden ist, wobei Alltagstexte meist nicht berücksichtigt wurden. Dass viele Artikel letzten Endes Geschichte der Ideen statt der Erfahrungen darstellen, liegt vor allem an der Quellenauswahl.

182 A.a.O., S. 673.

183 Vgl. Schulz, S. 49.

Werden stets die theoretisch differenziertesten Formulierungen herangezogen, wie man sie in Lexika oder bei politisch-theoretischen Klassikern finden mag, dann geht gerade die spezifische soziale Funktion von unscharfen und theoretisch defizienten Diskursen verloren.¹⁸⁴

Erwähnenswert ist, dass Kosellecks theoretische Grundlegung Alltagstexte als Forschungsquelle erwähnt hat, nur die praktische Umsetzung war gewissermaßen problematisch.

Entsprechend den zu erfragenden Bedeutungsfeldern reicht die Streuweite der Quellen weit in den Alltag hinein. Sie erfasst Zeitschriften, Zeitungen, Pamphlete, ebenso Akten der Stände und Parlamente, der Verwaltung und Politik; schließlich Briefe und Tagebücher [...].¹⁸⁵

Busse verweist zudem darauf, dass viele Begriffe des Lexikons trotz ihrer Zugehörigkeit zu ein- und demselben Sachbereich nicht miteinander verknüpft und in diskursive Zusammenhänge und Strategien eingebunden werden.¹⁸⁶ Es wird lediglich jeweils ein Begriff ohne Hinweise auf zugehörige Begriffe analysiert. Kurz: der diskursive Charakter der untersuchten Begriffe bleibt außer Betracht. Diese forschungspraktischen Probleme bilden zusammen mit den bereits diskutierten theoretischen Problemen die wichtigsten Kritikpunkte an diesem Werk. An dieser Stelle möchte der Verfasser besonders betonen, dass diese kritischen Anmerkungen nur die *Geschichtlichen Grundbegriffe* betreffen und nicht die Begriffsgeschichte als Ganzes. In dieser Dissertation (im Abschnitt 2.2.6.1) werden Arbeiten diskutiert, die sich zwar mit *Begriffen* befassen, indes die Fehler der *Geschichtlichen Grundbegriffe* vermieden und sehr fruchtbringende und kenntnisreiche Ergebnisse gezeitigt haben. Zu betonen ist außerdem, dass die Kritik an den *Geschichtlichen Grundbegriffen* keineswegs ihre Relevanz in Frage stellen will. Zu Recht gilt dieses Lexikon als eines der Standardwerke der Geschichtswissenschaft und vermittelt reichliches Wissen in verschiedenen Kenntnisgebieten. Für von Polenz beispielsweise sind die Ergebnisse des Projekts ein wichtiger „Teil einer modernen deutschen Sprachgeschichte“.¹⁸⁷ Musolff spricht von einem „großen forschungspraktischen Gewinn“¹⁸⁸, der zur Etablierung der Begriffsgeschichte als einer Forschungsmethode beigetragen hat. Dass Koselleck und die anderen Mitautoren dieses Lexikons prinzipiell mit Textkorpora arbeiteten und verschiedene Quellen über einen langen Zeitraum

184 A.a.O., S. 50.

185 Koselleck 1972, S. XXIV.

186 Busse 1987, S. 62.

187 Polenz, Peter von: Deutsche Sprachgeschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Berlin/New York 1999, S. 388.

188 Musolff, Andreas: Krieg gegen die Öffentlichkeit. Terrorismus und politischer Sprachgebrauch. Opladen 1999, S. 22.

berücksichtigten, stellt ein weiteres Verdienst ihres Projekts dar. Interessant ist auch die Auffassung von Begriffen als Indikatoren und Faktoren gesellschaftlicher Entwicklung und der (zumindest theoretische) Versuch, sich von der philosophischen Ideengeschichte zu distanzieren, auch wenn die forschungspraktische Umsetzung in den *Geschichtlichen Grundbegriffen* den Wünschen nicht ganz entspricht. Nicht zuletzt ist der Impuls für weitere theoretische und methodische Reflexionen wichtig, wie gesellschaftlich artikulierte Wirklichkeiten und Erfahrungen sich sprachanalytisch erfassen lassen und wie historische Semantik betrieben werden sollte. Dem Konzept der *Geschichtlichen Grundbegriffe* hat die moderne historische Semantik ihre Existenz zu verdanken.

Wenn heute der historischen Semantik in der deutschen Historiographie nicht mehr nur ein hilfswissenschaftlicher, ein sekundärer Status zugeschrieben wird und wenn sie heute ein sozialgeschichtlicher Zentralbereich geworden ist, dann nur wegen dieses Grundgedankens, der etwas völlig Neues im Gebiet historischer Semantik war und der die eigentliche Relevanz der Sprachgeschichte – und der Sprache! – für Geschichte allererst erkennbar machte.¹⁸⁹

Selbstredend vermag das Werk, wie jedes andere Werk, nicht das ganze Wissen in seiner ganzen Breite und Tiefe im Untersuchungszeitraum zu thematisieren. Wenn ein linguistischer Ansatz wie die linguistische Diskursanalyse solchen Anspruch erhebt, dann handelt es sich meist um programmatische Überlegungen, die in der Praxis nur teilweise ausführbar sind. Hier wie dort bleiben Wissenselemente, die der praktisch arbeitende Forscher nicht zu erfassen vermag. Daher muss es nicht sehr überraschen, wenn die Begriffsgeschichte sich lediglich auf Wissen beschränkt, das durch Begriffe repräsentiert wird und andere Wissenselemente, die gewiss nicht minder relevant sind, übersieht oder nicht erreicht.

2.2.3 Diskursanalyse

2.2.3.1 Die Diskursanalyse Michel Foucaults

2.2.3.1.1 *Foucaults Diskursbegriff*

„Was die Archäologie zu beschreiben versucht, ist [...] der Bereich des Wissens“.¹⁹⁰ Überaus ernsthafter und grundsätzlicher als zuvor hat sich der französi-

189 Hermanns, Fritz: Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. Überlegungen zu Sinn und Form und Gegenstand historischer Semantik. In: Andreas Gardt, Klaus Mattheier, Oskar Reichmann (Hrsg.): Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Gegenstände, Methoden, Theorien. Tübingen 1995, S. 69–101, hier S. 80.

190 Foucault, Michel: Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main 1973a, S. 278.

sche Philosoph und Historiker Michel Foucault mit Fragen des Wissens, seiner Genese, Konstitutionsbedingungen und Geltung beschäftigt und im Gegensatz zur traditionellen Geistesgeschichte eine neue Art des Denkens etabliert.

Was wir an den Tag bringen wollen, ist das epistemische Feld, die *episteme*, in der die Erkenntnisse [...] ihre Positivität eingraben und so eine Geschichte manifestieren, die [...] die der Bedingungen ist, durch die sie möglich werden.¹⁹¹

Foucault hat keine komplett abgerundete Methode vorgelegt, sondern ein allgemeines epistemisches Modell, das erst seit den letzten Jahrzehnten methodisch vor allem in der Literaturwissenschaft, Soziologie, Geschichtswissenschaft und zunehmend auch in der Linguistik angewendet und reflektiert wird. Für die Darlegung seiner theoretischen Überlegungen hat er den Begriff *Diskurs* eingeführt. Viele Werke Foucaults drehen sich um den *Diskurs*, was er aber unter diesem Begriff versteht und welche Erkenntnisziele er mit diesem Begriff verknüpft, lässt sich nur indirekt aus seinen teilweise sehr schwierigen Arbeiten erschließen. Nicht von ungefähr redet Stierle von einer „suggestiven Unbestimmtheit“¹⁹² des Foucaultschen Diskursbegriffes. Es sind nicht nur die Schwierigkeiten und Unklarheiten seiner Begrifflichkeit, die eine klare Definition von *Diskurs* erschweren, sondern auch die Tatsache, dass sich sein Diskursverständnis in seinem gesamten Werk deutlich entwickelt hat. Überflüssig ist es wohl, in der vorliegenden Arbeit sämtliche Überlegungen Foucaults zu thematisieren, denn sein Werk hat einen anderen theoretischen Hintergrund und erstreckt sich über viele erkenntnistheoretische Perspektiven, die für diese Arbeit irrelevant sind. Es muss hier genügen, die für die Fragestellung dieser Arbeit nützliche Facetten zu behandeln, auf denen *linguistische* Diskursansätze folgend oder modifizierend aufbauen.

Foucault hat sich bemüht, die Entstehung verschiedener Wissenssysteme und Denkstrukturen, die das in einer Gesellschaft zu sagen und zu denken Mögliche beschränken oder steuern, zu beschreiben und zum Gegenstand seiner *Diskursanalyse* zu machen. Diese befasst sich grundsätzlich mit sozialen Praktiken. Untersucht werden nicht bloß in einer Gemeinschaft dominierende Ideen, Theorien oder Themen, sondern alles, was für eine Gemeinschaft Bedeutung hat.

191 Foucault, Michel: Die Ordnung der Dinge. Frankfurt am Main 1971, S. 24 f.

192 Stierle, Karlheinz: Historische Semantik und die Geschichtlichkeit der Bedeutung. In: Reinhart

Koselleck (Hrsg.): Historische Semantik und Begriffsgeschichte. Stuttgart 1979, S. 154–189, hier S. 155.

Ich habe versucht [...], die Geschichte nun nicht des Denkens allgemein, sondern alles dessen zu schreiben, was in einer Kultur *Gedanken enthält*.¹⁹³

Foucault interessiert vor allem die Frage, warum das, was gesagt, gedacht oder getan wurde, *in dieser Art und Weise* und nicht anders gesagt, gedacht und getan wurde, und warum es nicht möglich war, dass etwas anderes gesagt, gedacht oder getan wurde. Er stellt fest, dass man „nicht in irgendeiner Epoche über irgendetwas sprechen kann“.¹⁹⁴ Seine Analyse soll vor allem die folgende Frage beantworten: „Wie kommt es, dass eine bestimmte Aussage erschienen ist und keine andere an ihrer Stelle?“¹⁹⁵ Der Akzent liegt also nicht bei dem Gesagten oder Gedachten selbst oder etwa bei einer versteckten, durch interpretative Verfahren zu erschließenden Bedeutung, sondern bei den Voraussetzungen, die dieses Gesagte oder Gemeinte in seiner Bedeutung und Funktion zuallererst *ermöglichen*. Der Diskurs ist nämlich nicht „der Ort, wo sich Gegenstände, die vorher erreicht worden wären, niederlegen und überlagern“¹⁹⁶, sondern der Ort, wo die Gegenstände sich erst konstituieren und transformieren.¹⁹⁷ Nach dieser Auffassung ist die Produktion von Wissen, Begriffen, Theorien und anderem nicht der Subjektivität und Individualität zuzuordnen, sondern sie findet in einem individuellenübergreifenden Rahmen einer Diskursgemeinschaft statt, welcher in dieser Gemeinschaft existierende Denksysteme und Wissenssegmente, wie Bedeutungen, Wahrheiten, Erkenntnisse und Praktiken, umschließt und strukturiert. Durch eine diskursive, historisch orientierte Formation werden Äußerungen und andere Handlungen einzelnen Individuen enthoben und als Teil eines vielfältigen, umfassenden Wissens- und Denksystems erklärt.

In der Analyse, die hier vorgeschlagen wird, haben die Formationsregeln ihren Platz nicht in der Mentalität oder dem Bewusstsein der Individuen, sondern im Diskurs selbst; sie auferlegen sich folglich gemäß einer Art uniformer Anonymität allen Individuen, die in einem diskursiven Feld sprechen.¹⁹⁸

Diese Formation beschränkt sich nicht auf einen einzigen Wissensbereich, sondern kombiniert Theorien, Themen, Erkenntnisse und Gegenstände mehrerer Bereiche, bezieht sie aufeinander und zeigt ihre Gemeinsamkeiten. Beispielsweise hat Foucault in der *Ordnung der Dinge* Theorien in der Sprachwissenschaft, Ökonomie und Biologie einer einzigen diskursiven Formation zuge-

193 Foucault, Michel: Entretien. Michel Foucault. In: Adelbert Reif (Hrsg.): Antworten der Strukturalisten: Roland Barthes, Michel Foucault, Francois Jacob, Roman Jakobson, Claude Levi-Strauss. Hamburg 1973b, S. 147–156, hier S. 156.

194 Foucault 1973a, S. 68.

195 A.a.O., S. 42.

196 A.a.O., S. 65.

197 Vgl. Foucault 1973a, S. 50.

198 A.a.O., S. 92.

schrieben. Foucaults Überlegungen zum Diskurs begegnen uns bereits in der *Ordnung der Dinge*; eine präzisere Formulierung seines theoretischen Modells in methodischer Hinsicht hat er drei Jahre später in der *Archäologie des Wissens* vorgelegt. Eine Fortentwicklung seines theoretischen Werkzeugs fand in der *Ordnung des Diskurses* statt, einer Vorlesung am *Collège de France*, die das Zusammenwirken von Diskurs, Wissen und Macht thematisierte. Für die Beschreibung der Funktion einzelner Wissenssegmente und ihres kognitiven Ortes verwendet er den Begriff *Aussage*. In der *Archäologie des Wissens* definiert Foucault den Diskurs als „eine Menge von Aussagen, die einem gleichen Formationssystem zugehören.“¹⁹⁹ Die Aussage (*énoncé*) bildet den Kern seines Diskurskonzepts und wird von ihm oft nur negativ definiert. Sie ist keine Proposition, kein Sprechakt und kein Satz:

Man findet Aussagen ohne legitime propositionelle Struktur, man findet Aussagen dort, wo man keinen Satz erkennen kann; man findet mehr Aussagen, als man Sprechakte isolieren kann.²⁰⁰

Sie ist keine Entität²⁰¹ und keine Struktur²⁰², sondern eine

Existenzfunktion, die den Zeichen eigen ist und von der ausgehend man dann durch die Analyse oder die Anschauung entscheiden kann, ob sie einen „Sinn ergeben“ oder nicht, gemäß welcher Regel sie aufeinanderfolgen und nebeneinanderstehen.²⁰³

Ihre Aufgabe besteht darin zu zeigen, welche Funktion sprachliche Äußerungen in einer diskursiven Formation erfüllen und welche Entstehungsbedingungen sie haben. Das bedeutet, dass eine solche diskursive Formation nicht identisch mit einer sprachlichen Äußerung ist. Sie hat keine bestimmte verbale Form, sondern ist abstrakt und kann in verschiedenen Äußerungen zum Tragen kommen. Daraus folgt, dass eine Äußerung, je nach der Situation und den Bedingungen ihres Erscheinens, auf unterschiedliche Aussagen abheben kann. Eine Aussage, so Foucault, steht immer zu etwas anderem, jedoch handelt es sich hierbei nicht um die „Beziehung des Signifikats zum Signifikanten und des Namens zu dem, was er bezeichnet“, auch nicht um die „Beziehung des Satzes zu seinem Sinn; oder um die Beziehung der Proposition zu ihrem Referenten.“²⁰⁴ Gemeint ist, dass die Aussage darauf verweist, zu welchem Gebiet geäußerte Wissenselemente gehören, und dieses Gebiet von anderen Gebieten abgrenzt. Zudem hat sie eine *materielle* Existenz. „Etwas ätherisch Körperloses oder bloß Ideales ist keine Aussa-

199 A.a.O., S. 156.

200 A.a.O., S. 122.

201 Vgl. a.a.O., S. 123.

202 Vgl. a.a.O., S. 126.

203 Ebd.

204 Foucault 1973a, S. 129.

ge²⁰⁵ kommentiert Petra Gehring. Diese *Materialität* darf indes nicht als eine konkrete, einmalig vorkommende Äußerung missverstanden werden. Über die Häufigkeit des Vorkommens hinaus unterscheidet sie sich von der sprachlichen Äußerung dadurch, dass ihr Subjekt „ein determinierter und leerer Platz (ist), der wirklich von verschiedenen Individuen ausgefüllt werden kann.“²⁰⁶ Allerdings kommen Aussagen nur in Äußerungen zum Vorschein, weshalb Foucault den Diskurs andernorts als eine „Menge von sprachlichen Performanzen“²⁰⁷ definiert. Interessant für die Diskursanalyse Foucaults ist nicht die äußerliche Form von Aussagen, wie sie als Zeichenfolgen verbal ausgedrückt wird, sondern ihre Rolle als Wissenssegmente in einem umfassenden Formationssystem und ihre Strategien und Praxen. Die Grundbegriffe der Foucaultschen Diskursanalyse sind Ereignis, Serie, Regelmäßigkeit und Möglichkeitsbedingung. Tritt ein diskursives Wissenssegment spontan und unvorhersehbar in einer Äußerung auf, so ist es ein „Ereignis“. Wenn „Ereignisse“ häufiger vorkommen und zu Keimzellen diskursiver Formationen werden, dann bilden sie „Serien“. Diese verdichten sich regelmäßig und bilden „Regelmäßigkeiten“. Erst Regelmäßigkeiten verleihen dem Diskurs Gestalt und grenzen ihn von anderen Diskursen ab.

Ein Formationssystem in seiner besonderen Individualität zu definieren, heißt also, einen Diskurs oder eine Gruppe von Aussagen durch die Regelmäßigkeit seiner Praxis zu charakterisieren.²⁰⁸

In der Diskursanalyse gilt es also, *Regelmäßigkeiten* in diskursiven Praktiken zu identifizieren und deren diskursive, epistemische Kontexte zu erhellen, indem man die Bedingungen des Erscheinens einzelner epistemischer Elemente herausfindet. Eine der wichtigsten Grundannahmen Foucaults, die in vielen diskursanalytischen Disziplinen diskutiert wird, ist seine grundsätzliche Ablehnung des Interpretationsprinzips. Nach seiner Ansicht gilt es keineswegs, verborgene Bedeutungen hinter den Äußerungen hermeneutisch zu erschließen, denn seine Analyse sei „nicht hermeneutisch, sondern historisch“²⁰⁹ orientiert.

Die Aussageanalyse ist also eine historische Analyse, die sich aber außerhalb jeder Interpretation hält. Sie fragt die gesagten Dinge nicht nach dem, was sie verbergen, [...] sondern was es für sie heißt, erschienen zu sein – und dass keine anderen an ihrer Stelle erschienen sind.²¹⁰

205 Gehring, Petra: Foucault – Die Philosophie im Archiv. Frankfurt am Main 2004, S. 57.

206 Foucault 1973a, S. 139.

207 A.a.O., S. 168.

208 A.a.O., S. 108.

209 Kremer-Marietti, Angele: Michel Foucault. Der Archäologe des Wissens. Frankfurt am Main 1976, S.142.

210 Foucault 1973a, S. 159.

In der *Geburt der Klinik* spricht sich Foucault explizit gegen einen interpretierenden „Umgang mit dem Wort“²¹¹ aus. Welche Rolle das handelnde und sprechende Subjekt innerhalb eines Diskurses nach Foucaults Auffassung spielt, ist eine der umstrittenen Fragen in der Foucault-Forschung. Dies lässt sich auf die Entwicklung seines Diskursbegriffs zurückführen, aber auch auf die Zielbestimmungen und Erkenntnisinteressen des jeweiligen Forschers. Während sich Foucault in der *Archäologie des Wissens* mit Fragen des kollektiven, *individuenübergreifenden* Wissens befasst und den Diskurs als eine Menge von Aussagen definiert hatte, widmete er sich später, besonders seit der berühmten Vorlesung am *Collège de France* „L'ordre du discours“ 1971 den Machtbeziehungen im Diskurs. Dort hieß es schon:

Der Diskurs ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht.²¹²

Aus anderen Stellen, wie etwa der folgenden, geht deutlich hervor, dass das Subjekt im jeweiligen Diskurs „verstrickt“ ist und als eine Art Sprachrohr des Diskurses fungiert. Der Diskurs sei

nicht die majestätisch abgewickelte Manifestation eines denkenden, erkennenden und es aussprechenden Subjekts: Im Gegenteil handelt es sich um eine Gesamtheit, worin die Verstreuung des Subjekts und seine Diskontinuität mit sich selbst sich bestimmen können. [...] Ebenso muss man jetzt erkennen, dass es [das System der einer diskursiven Formation eigenen Gegenstände] weder durch den Rückgriff auf ein transzendentes Subjekt noch durch den Rückgriff auf eine psychologische Subjektivität zu leisten ist, wenn es um die Definition des Systems seiner Äußerungen geht.²¹³

Die diskursive Einheit bezeichnet Foucault als *Positivität*. Diese Einheit „erstreckt sich weit über die einzelnen Werke, Bücher und Texte hinaus“²¹⁴. Sie spielt die Rolle dessen, „was man ein *historisches Apriori* nennen könnte.“²¹⁵ So bestimmen die Regeln, die durch eine institutionell gebundene, diskursive Praxis bestimmt sind, die Bildung und Verteilung der Aussagen in einer diskursiven Praxis, bilden ein Formationssystem und etablieren somit ein historisches Apriori, von dem die Konstitution der Gegenstände, die Auswahl der Begriffe, die Bestimmung der Position des Subjekts, kurz: das in einem bestimmten Zeitraum zu denken und zu sagen Mögliche, abhängen.

211 Foucault, Michel: *Die Geburt der Klinik*. München 1973c, S. 14.

212 Foucault, Michel: *Die Ordnung des Diskurses*. München 1974, S. 8.

213 Foucault 1973a, S. 82.

214 Prokić, Tanja: *Einführung in Michel Foucaults Methodologie: Archäologie – Genealogie – Kritik*. Hamburg 2009, S. 37.

215 Foucault 1973a, S. 184.

Die fundamentalen Codes einer Kultur, – die ihre Sprache, ihre Wahrnehmungsschemata, ihren Austausch, ihre Techniken, ihre Worte, die Hierarchie ihrer Praktiken beherrschen – , fixieren gleich zu Anfang für jeden Menschen die empirischen Ordnungen, mit denen er zu tun haben und in denen er sich wiederfinden wird.²¹⁶

Diskurs ist zudem weder ein Teil des Denkens im Sinne eines Ideensystems noch des Sprechens. Er kann auch nicht als Bindeglied zwischen Denken und Sprechen gelten oder als System vorgefasster Auffassungen, sondern ist dasjenige, was das Denken und Sprechen erst ermöglicht. In diesem Zusammenhang kritisiert Foucault in der *Ordnung des Diskurses* etliche Philosophen, weil sie die Substanz des Diskurses missverstehen und ihn „lediglich als Kontaktglied zwischen dem Denken und der Sprache erscheinen“ lassen.²¹⁷ Auch in der Sekundärliteratur zu Foucault kritisiert man

die Verknappung des Raumes zwischen Denken und Sprache dadurch, dass der Diskurs in seiner eigenständigen Materialität und Ereignishaftigkeit zum bloßen Kontaktglied zwischen beidem degeneriert. Indem die „Archäologie des Wissens“ den Diskurs zum übergreifenden Dritten emanzipiert, bringt sie in ein Verhältnis der Korrelativität, was zuvor auseinanderfiel, die gleichwohl heterogenen Bereiche nichtdiskursiver Inhaltsformation und diskursiver Aussageformation.²¹⁸

Evident sollte geworden sein, dass die Diskursanalyse im Sinne Foucaults alles andere als eine Geschichte der Ideen oder der Begriffe ist. Sie ist eine Geschichte „der Bedingungen der Möglichkeit sprachlicher Äußerungen in ihrer Bedeutungshaftigkeit“²¹⁹. Foucault beschreibt seine Aussagen gar nicht in einem sprachlichen Kontext, geschweige denn in einem begriffsgeschichtlichen. Den Diskurs definiert er nicht etwa als ein System von Begriffen, sondern als den Ort des Auftauchens der Begriffe. Erst das Formationssystem dieses Ortes ermöglicht das Erscheinen und die Kombination von Begriffen: „Man beschreibt den begrifflichen Raster ausgehend von den immanenten Regelmäßigkeiten des Diskurses.“²²⁰ Offensichtlich hat Foucault ein Modell vorgelegt, welches die Grenzen der überkommenen Analyseformen der Begriffs-, Theorien- und Ideengeschichte bei weitem überschritten und neue Wissenshorizonte eröffnet hat. In der *Ordnung der Dinge* forderte Foucault eine Geschichte des *Diskurses* anstelle der Ideen und Begriffe und fragt, ob die herkömmlichen Analyseverfahren

216 Foucault 1971, S. 22.

217 Foucault 1974, S. 32.

218 Fink-Eitel, Hinrich: Michel Foucault zur Einführung. Hamburg 1980, S. 44.

219 Busse 1987, S. 223.

220 Foucault 1973a, S. 91.

der ungeheuren Dichte des wissenschaftlichen Diskurses gerecht werden, und ob es nicht außerhalb ihrer gewohnten Grenzen Systeme von Regelmäßigkeiten gibt, die eine entscheidende Rolle in der Geschichte der Wissenschaften spielen.²²¹

Anstatt die Begriffe in einem virtuellen deduktiven Gebäude erneut anordnen zu wollen, müsste man die Organisation des Feldes der Aussagen beschreiben, in dem sie auftauchen und zirkulieren.²²²

Eine solche Analyse betrifft also auf einer in bestimmter Weise vorbegrifflichen Ebene das Feld, in dem die Begriffe nebeneinander bestehen können, und die Regeln, denen dieses Feld unterworfen ist.²²³

2.2.3.1.2 Foucaults Sprachbegriff

Im vorigen Teil hat sich gezeigt, wie sich mit dem Konzept Foucaults²²⁴ eine Wende in der Beschreibung sozialen Wissens abzeichnete, die in der nachfoucaultschen Forschung gewürdigt wurde. Aber welche Gedanken stehen hinter der Vorstellung von Aussagen, die in gegenseitigen Relationen zueinander stehen und aus denen ein Diskurs besteht? Bereits an dieser Stelle darf man wagen zu behaupten, dass *strukturalistische* Systemgedanken bereits bei der Definition von *Aussage* zu Tage kommen, obwohl Foucault seine Theorie nicht in einem strukturalistischen Rahmen darstellen wollte.²²⁵ Diese Anmerkung ist noch zu erläutern. Wie im zweiten Kapitel gezeigt wurde, gehen strukturalistische Konzepte von einer negativen Definition von *Zeichen* aus, in dem Sinne, dass sich die Position eines Zeichens im System nur in Bezug auf seine Beziehung und Abgrenzung zu anderen Zeichen definieren lässt. Auch die Bedeutung eines Zeichens sei das Produkt seiner Relationen zu anderen Zeichen. Analog dazu definiert Foucault die Aussage in *der Geburt der Klinik* wie folgt:

Der Sinn einer Aussage wäre nicht definiert durch den Schatz der in ihr enthaltenen Intentionen, durch die sie zugleich enthüllt und zurückgehalten wird, sondern durch die Differenz, die sie an andere, wirkliche und mögliche, gleichzeitige oder in der Zeit entgegengesetzte Aussagen anfügt. So käme die systematische Gestalt der Diskurse zum Vorschein.²²⁶

Es kann hier keineswegs pauschal behauptet werden, dass Foucaults Überlegungen ein strukturalistisches Modell bilden, da sein Konzept auf sozialen Praktiken

221 Foucault 1971, S. 14.

222 Foucault 1973a, S. 83.

223 A.a.O., S. 89.

224 Dietrich Busse hat sich als einer der ersten mit den sprachtheoretischen Grundannahmen Foucaults beschäftigt. Die folgenden Ausführungen lehnen sich grundsätzlich an seine Reflexion über Foucaults Sprachbegriff an. Vgl. Busse 1987, S. 242 – 246.

225 Vgl. Kammler, S. 31.

226 Foucault 1973c, S. 15.

beruht und sich fundamental von vereinfachenden, abstrakten Annahmen des Strukturalismus unterscheidet. Er hat es auch stark zurückgewiesen, dem zeitgenössischen Strukturalismus zugerechnet zu werden. Daher wird in der Foucault-Forschung meist von „Poststrukturalismus“ geredet, wobei die Vorsilbe *Post-* meint, dass Foucault verhältnismäßig „höhere“ und komplexere strukturelle Ebenen erfasst.²²⁷ Bei dieser Heranziehung strukturalistischer Gedanken interessiert uns in diesem Abschnitt lediglich die Frage nach seinem sprachtheoretischen Verständnis. Eine völlige Identifizierung mit strukturalistischen Konzeptionen und Verfahren wird hier nicht behauptet. Das Interesse an seinem sprachtheoretischen Hintergrund wird von der Tatsache geweckt, dass Sprache bei Foucault, besonders in der *Archäologie des Wissens*, gar nicht im Mittelpunkt der von ihm vorgeschlagenen Diskursanalyse steht.²²⁸ Es ist in der Forschung fast ein Konsens, dass Foucault an einem reduzierten strukturalistischen Sprachbegriff festhält und ständig – auch bei seiner kritischen Auseinandersetzung mit Sprache – von diesem strukturalistischen Begriff ausgeht. Wenn es in seinem Werk um Sprache geht, dann ist die Rede meist von *bezeichnenden* Wörtern und *bezeichneten* Gegenständen. Die Aussage beispielsweise sei nicht die „Beziehung des Signifikats zum Signifikanten und des Namens zu dem, was er bezeichnet“.²²⁹ Diskurse bestehen nach ihm zwar aus Zeichen, aber „sie benutzen diese Zeichen für mehr als nur zur Bezeichnung der Sachen“. Sprache enthalte „eine endliche Menge von Regeln“, die „eine unendliche Zahl von Performanzen“ gestatte.²³⁰ Es ist offensichtlich, dass er der Sprache eine bloße Bezeichnungsfunktion zuschreibt. Wenn er sagt, dass der Diskurs die Sprache „für mehr als nur zur Bezeichnung der Sachen“²³¹ benutzt, dann nimmt er an, dass dieses „Mehr“ nicht durch eine Sprachanalyse herauszufinden ist, da das strukturalistische Konzept, von dem er ausgeht, für eine Beschreibung von Denk- und Wissenssystemen nicht hinreichend ist. Wenn die Bedeutung eines Zeichens im Sprachsystem verankert ist, dann lässt es sich nicht mehr erklären, warum dieselben Wörter in verschiedenen Kontexten oder historischen Epochen unterschiedliche Bedeutungen haben und warum diese Bedeutungen umgekehrt auch mit ganz anderen Wörtern vermittelt werden könnten, die im Sprachsystem andere „Bezeichnungsfunktionen“ haben.

Indem er Sprache auf die Beziehung eines Zeichens zu einer systematisch angebbaren ‚Bedeutung‘ reduziert, muss er die epistemisch relevanten Momente sprachlicher

227 Vgl. Keller, Reiner: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Diskursprogramms. Wiesbaden 2011, S. 106.

228 Vgl. Busse 1987, S. 242 f.

229 Foucault 1973a, S. 129.

230 A.a.O., S. 42.

231 A.a.O., S. 74.

Äußerungen hinter die Sprache selbst verlegen, und mit einem fragwürdigen eigenen ontologischen Status (als ‚Aussage‘) versehen.²³²

Es geht also um wissens- und erfahrungsbezogene Elemente der Sprache, die im strukturalistischen Sprachsystem keinen Platz haben (können) und daher nicht sprachanalytisch beschreibbar sind. Es erstaunt, so Ingo Warnke,

dass Foucault eine strikte Trennung zwischen Diskursanalyse und Sprachanalyse annimmt. Erklärbar wird das, wenn man bedenkt, dass Foucaults Begriff von Sprachwissenschaft in der Archäologie des Wissens eng an Noam Chomsky orientiert ist.²³³

Wie Chomsky die Semantik als einen Grenzbereich der Linguistik betrachtet, ist bei Foucault „das Aussageniveau an der Grenze der Sprache“²³⁴. Was ersichtlich wird, sind in der Tat weniger die Grenzen der Sprache, sondern vielmehr „die Grenzen traditionellen Sprachverständnisses“²³⁵. Den merkwürdigen ontologischen Status, den er „Aussage“ nennt, kann er daher selbstredend nicht mit linguistischen Instrumentarien definieren. Die Aussage ist für ihn alles andere als eine linguistische Kategorie.

Man sieht auf jeden Fall, dass die Beschreibung dieser Aussageebene nicht durch eine formale Analyse, eine semantische Untersuchung oder eine Verifikation vollzogen werden kann.²³⁶

Dass Foucault seine Diskursanalyse nicht auf eine Sprachanalyse beschränken wollte, könnte auch daran liegen, dass er sich von der Begriffs-, Ideen- und Themengeschichte distanzieren wollte.²³⁷ Möglicherweise wollte er verhindern, dass die Diskursanalyse mit der damals neu in die Linguistik eingeführten Größe *Text* identifiziert wird, nachdem die Größen *Phonem*, *Morphem*, *Lexem* und *Syntax* in den 60er Jahren die „Grenzmarken des linguistischen Diskurses“ darstellten.²³⁸ Allerdings wird zuweilen evident, dass Foucault eine gewisse Beziehung zwischen der Sprache und seiner *Aussage* wahrnimmt, die er wegen seines reduzierten Sprachbegriffs jedoch nicht in einem sprachtheoretischen Kontext angemessen zu beschreiben vermag.²³⁹ Einem handlungsorientierten Sprachverständ-

232 Busse 1987, S. 243.

233 Warnke, Ingo: Diskurslinguistik nach Foucault – Dimensionen einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen. In: Ders. (Hrsg.): Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände. Berlin 2007, S. 3–24, hier S. 13.

234 Foucault 1973a, S. 163.

235 Busse 1987, S. 245.

236 Foucault 1973a, S. 133.

237 Vgl. Busse 1987, S. 245.

238 Spitzmüller, Jürgen: Linguistik – Impulse & Tendenzen. Metasprachdiskurse: Einstellungen zu Anglizismen und ihre wissenschaftliche Rezeption. Berlin 2005, S. 34.

239 Vgl. Busse 1987, S. 245.

nis am nächsten zu sein scheint er in der *Archäologie des Wissens*, wenn er zum Ergebnis kommt, dass es sich darum handelt,

die diskursiven Praktiken in ihrer Komplexität und ihrer Dichte erscheinen zu lassen, zu zeigen, dass Sprechen etwas tun heißt – etwas anderes, als das auszudrücken, was man denkt, das zu übersetzen, was man weiß, etwas anderes auch, als die Strukturen einer Sprache spielen zu lassen.²⁴⁰

Diese Überlegungen werden jedoch wegen seines strukturalistischen Sprachverständnisses kaum zu einer linguistischen Konzeption seiner Diskursanalyse, obwohl er in der Ordnung der Dinge deutlich macht, dass Sprache „eine notwendige Vermittlung für jegliche wissenschaftliche Erkenntnis ist, die sich als Diskurs manifestieren will“²⁴¹.

2.2.3.2 Busses Diskursanalyse

Im letzten Teil hat sich herausgestellt, dass die Diskursanalyse im Sinne Foucaults die dem Denken und Handeln von Individuen zugrunde liegende Episteme, ihre Genese und Funktion unmittelbarer anspricht, als es bei Koselleck der Fall war. Aber wie lassen sich diese Überlegungen in der Linguistik effektiv einsetzen und mit linguistischen Instrumentarien beschreiben? Busse hat versucht, den Begriff Kosellecks und die Aussage Foucaults, die beide außersprachlich zu sein scheinen, in einem linguistischen Kontext zu beschreiben und mit deren Hilfe linguistische Fragen wie den Bedeutungswandel zu erklären. Eigentlich ist es prinzipiell überflüssig zu beweisen, dass gesellschaftliches Wissen einen Bezug zur Linguistik im Allgemeinen und zur Semantik im Besonderen hat, denn Wissen kommt bekanntlich größtenteils in Texten zum Ausdruck, wird durch Texte beschrieben, transformiert und konstituiert und ist folglich den Regeln dieses sprachlichen Mediums unterworfen.²⁴² Die Diskursanalyse und die Begriffsgeschichte erforschen ja nicht das, was in den Köpfen der vom Diskurs Betroffenen vorgeht, sondern setzen erst dann an, wenn Sprache geäußert wird. Diskursstrukturen und -strategien sind auch nicht abstrakt zu erfassen, sondern nur dann, wenn sie sich zu *Aussagen* verschoben haben, deren äußerlicher Rahmen letzten Endes der sprachliche Text ist.²⁴³ Der Bezug zur Semantik ergibt sich also von selbst. Erforderlich ist lediglich ein sprachtheoretischer Rahmen, welcher sowohl soziales Wissen als auch Sprache umfasst und das Ineinander-

240 Foucault 1973a, S. 298.

241 Foucault 1971, S. 361.

242 Vgl. Busse, Dietrich: Architekturen des Wissens – Zum Verhältnis von Semantik und Epistemologie. In: Ernst Müller (Hrsg.): Begriffsgeschichte im Umbruch. Berlin 2005b, S. 43–57, hier S. 43 f.

243 Ebd.

greifen beider Komponenten linguistisch grundlegend begründet. Sinnvoll ist es wohl, mit der sprachtheoretischen Grundlegung Busses anzufangen, um seinem Motto zu folgen: Sag mir, was Sprache für dich ist, und ich sage dir, was du herausbekommen kannst.

2.2.3.2.1 *Busses Sprachbegriff*

Als erstes geht aus Busses Reflexionen über Sprache, besonders in seinem Programm historischer Semantik, hervor, dass er sie nicht als Form, sondern als Prozess betrachtet. Nicht das einzelne Wort interessiert ihn, sondern vielmehr der Prozesscharakter sprachlicher Kommunikation.

Erst in der kommunikativen Handlung wird das Zeichen zum bedeutungsvollen Zeichen und damit erst zum Zeichen.²⁴⁴

Dieser Versuch, Sprache und Kommunikation handlungstheoretisch zu begründen, reiht sich in viele Rezeptionen der Gebrauchstheorie ein, die bereits in der zweiten Hälfte der 60er Jahre entstanden sind. Mit seiner Entscheidung für die kommunikative Handlung als Ausgangspunkt wollte Busse verhindern, dass sprachliche Kommunikation als Leistung einzelner sprachlicher Zeichen missverstanden und die Rolle übergreifender Zusammenhänge unterbewertet oder gar nicht berücksichtigt wird. Busse geht von einer konkreten kommunikativen Handlung aus, die einen Handelnden (Sprecher), einen Verstehenden (Hörer) und epistemische Voraussetzungen umfasst, über die sowohl der Sprecher als auch der Hörer verfügen und die von den beiden Kommunikationspartnern als bekannt vorausgesetzt werden.

Die Rolle des Hörers im kommunikativen Handeln ist also der des Sprechers prinzipiell komplementär (wenn auch nicht identisch). Seine verstehensbedingende Leistung kann als Nachvollzug eines Handlungskalküls unter Berücksichtigung derselben Matrix von Voraussetzungen wie die des Sprechers rekonstruiert werden; beides zusammen ergibt dann eine kommunikative Interaktion.²⁴⁵

Der Sprecher handelt in einer bestimmten Situation mit dem Ziel, eine kognitive Wirkung beim Hörer zu erzielen, und mit der Erwartung, dass der Hörer die Äußerung des Sprechers so interpretiert, wie der Sprecher sie gemeint hat. Der Hörer erbringt eine kognitive, interpretative Leistung und versucht, aus der Äußerung des Sprechers das zu erschließen, was der Hörer selbst meinen würde, wenn er diese Zeichenkette in dieser Situation und in diesem Kontext benutzte. Wenn es dem Hörer gelingt, die kommunikative Handlung des Sprechers zu verstehen, gilt das Handlungsziel des Sprechers als erfüllt und die Handlung insge-

244 Busse 1988, S. 253.

245 A.a.O., S. 256.

samt als erfolgreich. Damit ein kommunikativer Akt vollzogen wird, müssen bestimmte epistemische Voraussetzungen erfüllt werden, die im Zentrum der Erkenntnistheorie Busses stehen und von ihm als *Bedingungen der Möglichkeit kommunikativer Handlungen* bezeichnet werden.²⁴⁶

Kommunikatives Handeln, d. h. die sinnvolle Verwendung sprachlicher Zeichenfolgen, vollzieht sich in dem Raum der Möglichkeiten zur Sinnrealisierung, der von dem (gesellschaftlich konstituierten) kollektiven Wissen (bzw. seinem aktualisierten Ausschnitt) gebildet wird, das den Sprechern wie Rezipienten gemeinsam ist.²⁴⁷

Damit meint Busse nicht situative Bedingungen, wie Zeit, Ort, Thema, Gesprächspartner etc., die für das Gelingen einer konkreten kommunikativen Handlung erforderlich sind, sondern vielmehr Wissenszusammenhänge (die *Aussagen* Foucaults), die den Kommunikationsprozess überhaupt ermöglichen. Geäußerte sprachliche Zeichen verweisen auf Wissens Elemente; diese werden aktualisiert, rufen eine Textwelt hervor und machen das Sinnverstehen überhaupt erst möglich.²⁴⁸

Wörter (in Sätzen, Texten) evozieren Wissen. [...] Sie spielen auf Wissen an, verweisen darauf, operieren damit, ja, man könnte sogar sagen, sie spielen mit Wissen.²⁴⁹

Da dieses Wissen kommunikativ, in sozialen Zusammenhängen zu erwerben und daher sozial ist, bedeutet jedes Mehr an Wissen eine stärkere Bindung am Sozialen.²⁵⁰ Die Kenntnis sozialer Regeln ist für Busse nicht weniger relevant als die Kenntnis allgemeinsprachlicher und grammatikalischer Regeln. Konkrete Handlungsregeln lassen sich, so Busse, nur situationsspezifisch definieren. Gleich, ob dies dem Emittenten oder Rezipienten bewusst ist oder nicht, wird eine konkrete Situation stets von den beiden in einer bestimmten Weise definiert²⁵¹. Bei der analytischen Rekonstruktion sprachlicher Handlungen gilt es für Busse vor allem, die epistemischen Prämissen sowie die Intentionen des Handelnden zu erschließen. Es ist danach zu fragen, warum der Sprecher bestimmte Handlungsziele ausgerechnet mit dieser Handlungsform zu erreichen versucht hat.²⁵² Einzelne kommunikative Handlungen seien keine quasi „privaten“ Angelegenheiten, sondern sie seien in diskursiven Praktiken eingebettet und gesell-

246 Vgl. a.a.O., S. 254.

247 A.a.O., S. 256.

248 Vgl. Busse 2005a, S. 38.

249 Busse, Dietrich: Text – Sprache – Wissen. Perspektiven einer linguistischen Epistemologie als Beitrag zur Historischen Semantik. In: *Scientia Poetica* 10. Berlin/New York 2006, S. 101–137, hier S. 105.

250 Vgl. Busse 2005a, S. 38.

251 Vgl. Busse 1987, S. 153.

252 Vgl. Busse 1987, S. 148.

schaftlichen Regelmäßigkeiten, Konventionen und Institutionen unterworfen. Die zentrale Frage, die Linguisten zu beantworten haben, lautet: Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden, damit eine Äußerung im Rahmen einer kommunikativen Handlung einen Sinn realisiert und sich ein Sprechakt vollzieht? Was muss der Rezipient „wissen“ und leisten, um von anderen verfasste Texte – mündlicher oder schriftlicher Art – mit „Bedeutung“ füllen und somit angemessen verstehen zu können? So erhellt sich der Zusammenhang zwischen Sprache und Wissen beziehungsweise zwischen Sprachverstehen und Weltverstehen, den Busse unter dem Begriff der *Handlungsform* subsumiert.

Eine Handlungsform ist eine Matrix, die sprachliche, kommunikative, soziale Konventionen, Sinn- und Funktionszusammenhänge so zu einem Verhaltensmuster zusammenfasst, dass sie ein Sinnganzes bilden, das nicht in seine Bestandteile aufgelöst werden kann.²⁵³

Im Mittelpunkt des Interesses liegt also das *verstehens- und bedeutungsrelevante Wissen*, welches bei einer vollständigen Aktualisierung der „Bedeutung“ eine zentrale Funktion einnimmt, obwohl es im konkreten Sprachgebrauch unter anderem aus sprachökonomischen Gründen kaum expliziert wird.²⁵⁴ Ignoriert wurde es in der Linguistik deshalb, weil es zumeist als selbstverständlich, alltäglich und allgemein bekannt gilt und daher für eine weitere linguistische Untersuchung uninteressant erscheint.²⁵⁵ Wenn man sich jedoch mit Texten befasst, die zeitlich weit zurückliegen und ein anderes Hintergrundwissen erfordern, dann wird klar, dass man mit dem bloßen Kennen der sogenannten lexikalischen Wortbedeutung nicht auskommen kann.

Mit diesem stringenten Modell erklärt Busse die Komplexität von Bedeutungskonstitution im kommunikativen Handeln und spricht sich deutlich gegen sprachwissenschaftliche Konzepte aus, die nur einen Teil dieser bedeutungskonstituierenden Aspekte herauslösen – meistens den Aspekt der Handlungsmittel (syntaktische, phonetische, grammatische Regeln usw.) – und ihnen die ganze Leistung einer kommunikativen Handlung zuschreiben. Erwähnenswert ist, dass Busse die Existenz einer situationsunabhängigen „lexikalischen Bedeutung“ in Frage stellt, da sprachliche Zeichen nach ihm erst in konkreten kommunikativen Handlungen und im oben beschriebenen Prozess eine Bedeutung haben. Die Abstraktion einer „lexikalischen Bedeutung“ eines Ausdrucks und die analytische Trennung von Bedeutung-Kennen und Äußerung-Verstehen sind für ihn irrelevant, weil sie meist zu reduktionistischen Annahmen über die Entstehung von Bedeutung und Sinn führen.

253 A.a.O., S. 149 f.

254 Vgl. Busse 2006, S. 105 f.

255 Ebd.

Die Abstraktion von „Bedeutungen“ einzelner Zeichen ist eine Abstraktion aus Handlungsformen, die unter Voraussetzungen der epistemischen Bedingungen kommunikativer Akte durch Isolierung einzelner sinnrelevanter Momente Sinnmöglichkeiten lexikalisch markiert, und nur fälschlicherweise den Eindruck erweckt, als sei mit dieser Markierung allein der Sinn gegeben.²⁵⁶

Walther Dieckmann hat Busses Ablehnung einer lexikalischen Bedeutung zurückgewiesen.

Es scheint mir weiterhin sinnvoll, [...] an einer situationsunabhängigen [...] Wortbedeutung festzuhalten, die vergleichbar der These [...] von der Grammatik als gefrorenem [...] Stil als „gefrorener Wortgebrauch“ begriffen werden kann, wobei die Metapher [...] die Möglichkeit einer Wiederverflüssigung und Neufigurierung nahelegt.²⁵⁷

Dem Verfasser scheint die „lexikalische“ Bedeutung in Busses Konzept an etlichen Stellen überflüssig diskriminiert zu sein. Es ist seines Erachtens einwandfrei, aus Handlungsformen Bedeutungen analytisch zu hypostasieren. „Die fatale lexikalische Bedeutung“²⁵⁸, wie sie Busse nennt, ermöglicht gewiss wichtige Einblicke in die Verwendungsregeln eines Wortes und kann zu beliebigen (beispielsweise didaktischen) Zwecken sehr gut eingesetzt werden. Die Argumentation Busses ist zwar weitgehend überzeugend, seine Reaktion auf strukturalistische Reduktionen ist auch nachvollziehbar, jedoch muss die Linguistik nach Ansicht des Verfassers nicht zwischen Extremen schwanken. Dass man aus vielen Handlungen mit bestimmten Wörtern irgendwelche Sinnzusammenhänge als „lexikalische“ Bedeutung abstrahiert, die bei der Verwendung dieser Wörter häufig aktualisiert werden, muss ja nicht unbedingt den falschen Eindruck entstehen lassen, dass *lediglich* die lexikalischen Bedeutungen der Wörter eines Textes in ihrer Summe den Sinn dieses Textes ausmachen. Die Aufgabe der Wissenschaft ist es für den Verfasser, komplexe Phänomene *anschaulich und übersichtlich* zu machen und nicht genauso komplex oder noch komplexer darzustellen. Wenn eine Stadtkarte die Häuser auf der Karte genauso groß zeichnet wie sie in der Wirklichkeit sind, dann ist sie gar keine Karte mehr.

2.2.3.2.2 Historische Semantik

Ausgehend von diesem sprachtheoretischen Konzept formulierte Busse 1987 sein Programm *Historische Semantik*.²⁵⁹ Dieses Programm entwirft keine nen-

256 Busse 1988, S. 256.

257 Dieckmann, Walther: Vielleicht ist Wortsemantik doch noch erlaubt? In: Zeitschrift für germanistische Linguistik. Heft 17, 1989, S. 221–225, hier S. 223.

258 Busse 2006, S. 116.

259 Busse, Dietrich: Historische Semantik. Analyse eines Programms. Stuttgart 1987.

nenswert anderen Zielbestimmungen als bei Kosellecks Begriffsgeschichte oder Foucaults Diskursanalyse, sondern vornehmlich einen Perspektivenwechsel. Mit diesem Programm schafft Busse eine sprachtheoretische Grundlegung seiner historischen Semantik als einer „Geschichte kommunikativ konstituierten Sinns, das heißt sprachlich vermittelten gesellschaftlichen Wissens“²⁶⁰, und argumentiert überzeugend dafür, dass Sprechen und gesellschaftliche Wirklichkeiten der Sprechenden miteinander aufs Engste verbunden sind und dass eine Sprachanalyse doch imstande ist, gesellschaftliches Wissen zu rekonstruieren. Eine solche Verknüpfung von Sprache und Wissen durch Busse führt zu weiteren grundsätzlichen Modifizierungen des Konzeptes von Foucault, insbesondere im Hinblick auf die Anwendung hermeneutischer Verfahren, die für eine kulturorientierte Sprachwissenschaft eine Selbstverständlichkeit ist.

[Die] Untersuchung historischer Wissensformation im Zusammenhang mit Sprache muss auf der Bedeutungsebene sprachlicher Interaktion beginnen, um an die Tiefenbedingungen heranzukommen. Diese Annäherung steht für mich nicht im Gegensatz zu hermeneutischen Verfahren. Diskursanalyse, als Offenlegen von Feldern, Konnexen von Sinn, kann sich nicht, wie Foucault es darstellt, als Aufzeigen quasiobjektiver Positivitäten, vollziehen. Sie verbleibt, ihm entgegen, im Bereich der *Interpretation*, d. h. des *Verstehens von Zusammenhängen*.²⁶¹

Entscheidende Impulse zur Formulierung dieses Programms kamen vom Projekt der *Geschichtlichen Grundbegriffe*, dessen methodisch-theoretisches Werkzeug im ersten Teil des Buches grundsätzlicher Kritik unterzogen wurde. Nach einer ausführlichen Diskussion historiographischer wie philosophischer begriffsgeschichtlicher Ansätze kommt Busse zum Ergebnis, dass „*Begriff* als interpretatorische Fiktion [...] durch *Diskurs* ersetzt“ werden soll.²⁶² Zudem führt er die kommunikative Handlung als wesentliche Analyseeinheit ein, denn allein „im kommunikativen Akt wird die diskursive Verknüpfung aktueller Sinnrealisierung und epistemischer Tiefendimensionen konkret.“²⁶³ Kosellecks *Begriff* verwirft Busse gänzlich. So versteht Busse seine Diskursanalyse offenbar als einen Alternativentwurf zur herkömmlichen Begriffsgeschichte, die nach seiner Überzeugung nicht geeignet ist, Wissenswandel und Bedeutungswandel auf einer *einzigsten* Ebene darzulegen und Änderungen der Wirklichkeitskonstitution sprachtheoretisch zu beschreiben. Aus späteren Arbeiten geht allerdings hervor, dass er mit der Entwicklung der Diskurssemantik die Begriffsgeschichte nicht aufheben will. Weiterhin spricht er von einem Verhältnis beider Disziplinen „im

260 A.a.O., S. 105.

261 A.a.O., S. 250. Hervorhebung im Original.

262 A. a. O., S. 73.

263 A. a. O., S. 260.

Sinne des Ausgleichs, der wechselseitigen Ergänzung, des Ineinanderübergehens²⁶⁴.

Beide zielen, wie ich glaube, gleichermaßen auf die Analyse systematischer Zusammenhänge historischer Semantik. Recht verstanden kann keine historische Diskursanalyse ohne Begriffsgeschichte in Kosellecks Sinne auskommen.²⁶⁵

Allgemein lässt sich sagen, dass es Busse weitgehend gelungen ist, anhand des handlungsorientierten Sprachkonzepts von Wittgenstein sprachtheoretische Defizite Foucaults zu beseitigen und der Diskursanalyse eine sprachwissenschaftliche Prägung zu verleihen. Busses Kunst besteht darin, aus verschiedenen Konzepten nützliche Facetten zu nehmen und daraus ein Konzept einer *linguistischen* Diskursanalyse zu entwickeln.

Seine Diskursanalyse unterscheidet vier Ebenen diskursiver Regelmäßigkeiten: Die Ebene des einzelnen kommunikativen Aktes, die Ebene des einzelnen Textes, die Ebene der thematischen Tiefenstruktur und schließlich das Paradigma einer Epoche, welches sich auf diskursive Formationen und Strategien einer Epoche bezieht.²⁶⁶ Im Anschluss daran schlägt Busse 17 Analyse-schritte vor, die sich teilweise in weitere Unterschritte zerlegen und bei *jedem* einzelnen kommunikativen Akt zu berücksichtigen seien. Der Verfasser verzichtet an dieser Stelle auf ihre Aufzählung, denn bereits ihre Zahl sagt vieles aus. Busses vorgeschlagene Analyseverfahren sind sehr anspruchsvoll und äußerst komplex. So verlangt er beispielsweise, dass die Analyse „die Konstitution sprachlicher Bedeutungen in den kommunikativen Akten (*und zwar in jedem einzelnen Akt*)²⁶⁷ erklären soll und dass „jede einzelne kommunikative Handlung [...] auf das *gesamte Handlungswissen*“²⁶⁸ bezogen werden muss. Historische Semantik setze sich zum Ziel, „*alles zu untersuchen*, was in einer Gesellschaft Bedeutung hat“²⁶⁹. Streng formulierte Gesetze und Aufgaben der historischen Semantik sind in seinem Programm keine Seltenheit. Da eine solche vollständige Analyse nach ihm „zwar als utopische Hoffnung am Horizont der Ethik des forschenden Handelns stehen (mag), jedoch aus prinzipiellen Gründen nie

264 Busse, Dietrich: Historische Diskurssemantik. Ein linguistischer Beitrag zur Analyse gesellschaftlichen Wissens. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht. Heft 86, 31. Jg. 2000, S. 39–53, hier S. 50.

265 Busse, Dietrich: Begriffsgeschichte oder Diskursgeschichte: Zu theoretischen Grundlagen und Methodenfragen einer historisch-semantischen Epistemologie. In: Carsten Dutt (Hrsg.): Herausforderungen der Begriffsgeschichte. Heidelberg 2003, S. 17–38, hier S. 22.

266 Busse 1987, S. 261.

267 A. a. O., S. 104. Hervorhebung M. A.

268 A. a. O., S. 254. Hervorhebung M. A.

269 A. a. O., S. 256 f. Hervorhebung M. A.

zur Verwirklichung gelingen (kann)²⁷⁰, könnte man fragen, ob es überhaupt Sinn macht, sie trotzdem in dieser Form vorzulegen, um lediglich die theoretische Diskussion zu bereichern. Und wie stellt sie eine Alternative zur Begriffsgeschichte dar, wenn sie gar nicht umsetzbar ist? Für Dieckmann, der sich vom Programm zwar „nicht eine empirische Analyse“ wünscht, wäre jedoch „wenigstens ein konkretes Untersuchungsprogramm möglich und auch nützlicher gewesen als die theoretische Reflexion“²⁷¹. Das Fehlen von Beispielen lässt das Programm besonders praxisfremd erscheinen und bereitet Verständnisschwierigkeiten. Diese unbegründete Beispiellosigkeit erinnert an die zuweilen verständnisstörende Begrifflichkeit Foucaults, die in der Foucault-Forschung oft beklagt wird.

Kritisiert wird auch, dass der Forscher im Sinne Busses an ein diskursives Feld gebunden ist und daher fremde Diskurse nicht aus einer neutralen Perspektive betrachten kann. Roelcke hebt zu Recht darauf ab, dass auch die Unterscheidung der vier Analyseebenen (Handlung, Text, Tiefenstruktur, Paradigma) *diskursimmanenten* Gegebenheiten des Forschers unterworfen ist.²⁷² Ähnliches gilt für die Bestimmung des Bereiches, des Diskurses, der Quellenauswahl usw. Wenn man weiter assoziieren will, ist der gesamte Analyseprozess von dem jeweiligen diskursiven Standpunkt des Forschers betroffen, denn die Analyse findet vor dem Hintergrund diskursimmanenter Erfahrungen und Kenntnisse statt, die dann auf fremde Diskurse übertragen werden. Dies bedeutet beispielsweise für Roelcke einen Verlust der „diskurstranszendenten Objektivität“²⁷³ der Ergebnisse. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Busses Konzept doch nicht sehr von der Begriffsgeschichte Kosellecks, in der nach Busses Ansicht „die eigene sprachliche Kompetenz unhinterfragt zur Richtschnur epistemischer Analyse wird“²⁷⁴. Insofern ist Roelckes Bemerkung prinzipiell zuzustimmen, jedoch sollte er vielleicht nicht von einem Verlust der „Objektivität“ reden, da Objektivität in der Diskurssemantik ihres *hermeneutischen* Charakters wegen gar nicht angestrebt wird. Auch hinsichtlich der Praxisfremdheit ist die Kritik an dem Programm Busses nach Ansicht des Verfassers nicht gänzlich berechtigt. Dass Busse eingesteht, dass sein Programm nicht vollständig durchführbar ist, bedeutet keineswegs, dass wir nicht zu wissen brauchen, wie die Bedeutung und Sinnrealisierung zustande kommen. Bevor man seinen Blick unmittelbar auf Praxismög-

270 A. a. O., S. 299.

271 Dieckmann, S. 221.

272 Roelcke, Thorsten: Kommunikative Handlung und Diskurs. Aspekte und Probleme einer handlungstheoretisch begründeten historischen Diskurssemantik. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik. Heft 17, 1989, S. 211–220, hier S. 217.

273 Ebd.

274 Busse 1987, S. 74.

lichkeiten richtet, sollte man *zuerst wissen*, wie Sprache funktioniert und welche Faktoren die sprachliche Kommunikation beeinflussen. Dieses Funktionieren in seiner ganzen Komplexität und Tiefe darzustellen, ist bekanntlich in der germanistischen Linguistik keine Selbstverständlichkeit und muss um der Gerechtigkeit willen hohes Lob verdienen. Es könnte niemals der Forschungspraxis schaden, die Lage des Forschungsfeldes, auch wenn sie komplex ist, zu beleuchten, sodass der Forscher seinen Standort in diesem Komplex besser bestimmen und sich dann angemessen bewegen kann. Konkrete empirische Arbeiten mögen mehr und unmittelbaren Nutzen als programmatische Perfektionierungen bringen, jedoch ist es auch zu bedenken, dass eine empirische Arbeit ohne ein sicheres theoretisch-methodisches Fundament nichts Wertvolles, wissenschaftlich Überprüfbares hervorbringen kann, es sei denn, man betrachtet jedes Resultat empirischer Forschung trotz mangelhafter theoretischer Begründung als ein lebensfähiges Kunstwerk.

2.2.3.2.3 *Diskurs als Korpus*

Die theoretischen Reflexionen im Programm der historischen Semantik mussten noch in eine forschungspraktisch brauchbare Methodik überführt werden. In einem bekannten Aufsatz, den Busse zusammen mit Wolfgang Teubert verfasst hat, wird der *Diskurs* so definiert, dass der Akzent auf die methodisch-praktische Seite der Diskurssemantik gesetzt wird:

Unter Diskursen verstehen wir im forschungspraktischen Sinn virtuelle Textkorpora, deren Zusammensetzung durch im weitesten Sinne inhaltliche (bzw. semantische) Kriterien bestimmt wird.²⁷⁵

Zu einem Diskurs, der nun identisch mit einem Korpus zu sein scheint, gehören alle Texte, die sich mit einem Thema beziehungsweise Themenkomplex befassen und untereinander semantische Beziehungen und Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Aussage, der Kommunikation, der Funktion und des Zwecks aufweisen. Zudem verweisen sie explizit oder implizit aufeinander und stehen in einem intertextuellen Zusammenhang miteinander.²⁷⁶ Empirisch untersucht wird ein konkretes Korpus, welches eine Teilmenge des jeweiligen virtuellen Diskurses bildet und sich auf eine realistische, forschungspraktische Zahl von Texten

275 Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang: Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In: Dietrich Busse, Fritz Hermanns, Wolfgang Teubert (Hrsg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen 1994, S. 10–28, hier S. 13.

276 A.a.O., S. 14.

beschränkt.²⁷⁷ Neben diesen Kriterien haben Busse/Teubert auch auf praktische Gesichtspunkte bei der Korpuserstellung, wie Verfügbarkeit der Quellen und andere inhaltlich begründbare Relevanz-Kriterien, verwiesen. Allerdings geht es hierbei bloß um Empfehlungen, die der Forscher je nach dem Erkenntnisinteresse beliebig gestalten kann.²⁷⁸ Weil diskursive Beziehungen grundsätzlich semantische Beziehungen seien, müssten sie bereits beim Korpusaufbau gedeutet werden. Der Aufbau des Korpus „basiert daher auf Deutungsakten“.²⁷⁹ Selbstredend ist auch die Auswertung des Korpus ein hermeneutischer Prozess und natürlich ist die hier entworfene Korpusanalyse nicht frei von Problemen, angefangen bei der Erstellung und der Abgrenzbarkeit eines Korpus über seine Repräsentativität bis hin zu den empirischen Analyseverfahren. Mit diesen Fragen haben sich linguistische Ansätze befasst, die im Abschnitt *Weitere relevante Diskursansätze*²⁸⁰ zusammengefasst werden.

Diese methodisch orientierte Entwicklung des Diskursbegriffs lehnt sich im Übrigen nicht unmittelbar an Foucault an, sondern an Michel Pecheux, der Foucaults Konzept vor allem in methodischer Hinsicht präzisiert hat.²⁸¹ Während Foucault vom Diskurs als Relationen zwischen einzelnen *Aussagen* spricht, verwendet Pecheux den Begriff des *Inter-Diskurses*, womit er Beziehungen zwischen einzelnen Texten eines Korpus meint. Diese seien lesbare „Anreihungen von Anzeichen (indices), die ein Korpus sozialhistorischer Spuren“ bilden.²⁸² In welchem Verhältnis der Ansatz von Busse/Teubert zu Foucault steht, ist eine der umstrittenen Fragen in der Forschung. Für Michael Maset beispielsweise ist der Diskursbegriff von Pecheux nicht identisch mit dem Diskursbegriff Foucaults. Busse/Teubert lehnen sich nach seiner Ansicht eher an den Ansatz von Pecheux an.

In einem neueren, mit Wolfgang Teubert verfassten Ansatz wird deutlich, dass sich Busses Position zur Diskursanalyse Foucaults verändert hat. Die dort von Busse und

277 Ebd.

278 Beispielsweise hat Wengeler in seiner Untersuchung des Einwanderungsdiskurses auf das Relevanzkriterium verzichtet. Vgl. Wengeler, Martin: *Gastarbeiter sind auch Menschen*. In: Ders. (Hrsg.): *Sprachgeschichte als Zeitgeschichte*. Hildesheim/Zürich 2005, S. 227.

279 Busse/Teubert 1994, S. 17.

280 Siehe Abschnitt 2.2.5.

281 Pecheux, Michel: *Über die Rolle des Gedächtnisses als interdiskursives Material*. Ein Forschungsprojekt im Rahmen der Diskursanalyse und Archivlektüre. In: Manfred Geier, Harold Woetzel (Hrsg.): *Das Subjekt des Diskurses*. Beiträge zur sprachlichen Bildung von Subjektivität und Intersubjektivität. Berlin 1983, S. 50–58.

282 A.a.O., S. 54.

Teubert entwickelte linguistische Diskursanalyse möchte sich eher an das Werk von Michel Pecheux anlehnen als an die Diskursanalyse Foucaults.²⁸³

Mit Fug und Recht kann man behaupten, dass der Ansatz von Pecheux für eine *sprachorientierte* Diskursanalyse sehr fruchtbar ist. Inwiefern er sich an Foucault anlehnt, muss nach Ansicht des Verfassers nicht besonders betont werden, da es in erster Linie nicht darum geht, wer Foucault am besten verstanden und originalgetreu wiedergegeben hat, sondern darum, wer Foucaults Konzept für die Linguistik nützlich machen und mit ihm sprachwissenschaftliche Fragen lösen kann.

2.2.4 Hermanns' Mentalitätsgeschichte

Nicht nur weil Fritz Hermanns die traditionelle Mentalitätsgeschichte mit der Diskurssemantik verknüpft hat, will der Verfasser an die bisherige Diskussion anknüpfen, sondern vor allem, weil Hermanns' Ansatz die Begriffsgeschichte *und* die Diskurssemantik im Sinne Busses nicht gegeneinander ausspielt, sondern in beiden Disziplinen Anwendbares sucht. Hermanns gehört bekanntlich zwar der Gruppe der Diskurssemantiker an, die neben ihm auch Busse und Teubert umfasst, jedoch ist es nicht zu übersehen, dass sein Programm einen Kompromiss zwischen der bei Busse zugrunde liegenden Begriffsgeschichte und der handlungsorientierten Diskurssemantik darstellt. Sein Ausgangspunkt ist, dass „Sprachgeschichte *auch* geschrieben werden kann und sollte in der Perspektive der Mentalitätsgeschichte“²⁸⁴. Bei der Definition des Begriffs *Mentalität* diskutiert er vornehmlich seine französischen Ursprünge anhand fachsprachlicher französischer Wörterbücher und Lexika, grenzt etliche allgemeinsprachliche Bedeutungsaspekte aus und kommt schließlich zum Ergebnis, dass Mentalitäten „Gesamtheiten von Gewohnheiten insbesondere des Denkens (sind). Und sie sind als *solche* auch *Dispositionen*.“²⁸⁵ Zu unterstreichen ist der kollektive Charakter des Mentalitätsbegriffs bei Hermanns im Unterschied zur alltagssprachlichen Verwendung des Ausdrucks, der auch auf *individuelle* Denkweisen referieren kann. Zur Mentalität in diesem Sinne gehöre nur das, was „*usuell* und in ei-

283 Maset, Michel: Diskurs, Macht und Geschichte. Foucaults Analysetechniken und die historische Forschung. Frankfurt am Main 2002, S. 195.

284 Hermanns, Fritz: Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. Überlegungen zu Sinn und Form und Gegenstand historischer Semantik. In: Gardt/Mattheier/Reichmann (Hrsg.): Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Gegenstände, Methoden, Theorien. Tübingen 1995, S. 69–101, hier S. 69.

285 A. a. O., S. 75.

ner Gruppe *generell* und daher in den Quellen *seriell*²⁸⁶ ist. Es geht Hermanns um „allgemein verbreitete und deshalb selbstverständliche“ und „trivial gewordene Gedanken einer Gruppe“ und nicht um das „Exzeptionelle, Geniale, Singuläre“²⁸⁷. Die zentralen Elemente seines Konzeptes fasst er folgendermaßen zusammen:

- 1) die Gesamtheit von 2) Gewohnheiten bzw. Dispositionen 3) des Denkens und 4) des Fühlens und 5) des Wollens oder Sollens in 6) sozialen Gruppen.²⁸⁸

Hermanns vertritt offensichtlich eine kulturwissenschaftlich orientierte Auffassung von Sprache und betrachtet ihre Untersuchung als einen „Königsweg der wissenschaftlichen Erkenntnis von Mentalitäten“²⁸⁹. Dies führt zum wichtigen Gedanken, dass Mentalitätsgeschichte ein „Suchbegriff“ sei, in dem Sinne, dass historisch und soziologisch unbekannte Mentalitäten erforscht werden. Die umgekehrte Richtung wird explizit abgelehnt, nämlich die Zuordnung von sozialen Gruppen zu bestimmten „typischen“ Stereotypen und Klischees.²⁹⁰ Bei der Diskussion der praktischen Forschungsmöglichkeiten und methodischen Instrumentarien der Mentalitätsgeschichte taucht der *Begriff* wieder auf, nachdem er in einigen diskurssemantischen Untersuchungen zugrunde gegangen ist, um bei Hermanns wieder, neben dem Diskurs, eine zentrale Rolle zu spielen. *Begriffe* sind nach seiner Auffassung „Vehikel von Gedanken“, „die in ihnen sozusagen kondensiert sind.“²⁹¹ Mit dieser Formulierung meint er natürlich nicht, dass die „Bedeutung“ am Wort haftet. Nach seiner Ansicht „erinnert“ das Wort an den Gedanken, „in dessen Zusammenhang und zu dessen prägnantem Ausdruck es geprägt ist“. Das Wort sei die „Chiffre oder Abbréviatur“²⁹² des Gedankens. Ferner gelte, dass das Wort ohne den Gedanken „sinnlos“ ist und dass „der Gedanke [...] stets vergegenwärtigt werden muss, damit das Wort im Äußerungszusammenhang verstanden werden kann“²⁹³. Das Wort präsupponiert den Gedanken. Zudem evoziert es ihn in dem Sinne, dass jede Verwendung des Wortes den Gedanken aktualisiert. Wenn das Wort als *Chiffre* gewohnheitsmäßig verwendet, gelesen oder gehört werde, dann werde der betroffene Gedanke eingeübt und eingeschärft, er werde *habituell*.²⁹⁴ So ermögliche die Erforschung gewohnheitsmäßiger Verwendung einzelner Wörter die Rekonstruktion gewohnt ge-

286 A.a.O., S. 77.

287 Ebd.

288 Ebd.

289 A.a.O., S. 71.

290 Vgl. Hermanns 1995, S. 72 f.

291 A. a. O., S. 82.

292 Ebd.

293 Ebd.

294 Ebd.

wordener Gedanken und insofern sei die Begriffsgeschichte „eo ipso auch Mentalitätsgeschichte.“²⁹⁵ Aber auch die Geschichte des *Wandels* des gewohnheitsmäßigen Sprachgebrauchs macht die Begriffsgeschichte, so Hermanns, zu einer linguistischen Mentalitätsgeschichte, weil „der Unterschied im Sprachgebrauch mit einem Unterschied im Denkgebrauch einhergeht“, weil die Geschichte des Bedeutungswandels nichts anderes ist als „die Geschichte von Gedanken, deren Selbstverständlichkeit sich anbahnt oder aufhört“²⁹⁶. Hermanns teilt Kosellecks Meinung, dass *Begriffe* neben ihrem deskriptiven Gehalt auch etwas über das kollektive Sollen und Fühlen ausdrücken und führt den berühmten Terminus der *deontischen Bedeutung* ein. Diese haben sowohl *Stigmawörter* als auch *Fahnenwörter*, weil sie Gegenstände und Sachverhalte nicht nur deskriptiv beschreiben, sondern präskriptiv zu ihrer Änderung beziehungsweise Durchsetzung fordern.

Kraft der in den Wörtern mitgemeinten und mitausgesagten Sollenskomponenten der Bedeutung – eben der „deontischen Bedeutung“ – sind die Wörter die Vehikel oder Abkürzungen von Gedanken auch bezüglich dessen, was der Fall sein *soll*; und nicht allein bezüglich dessen, was der Fall *ist*.²⁹⁷

Fahnenwörter definiert Hermanns als Ausdrücke,

deren Funktion es gerade ist, als parteisprachliche Wörter aufzufallen. Sie sind dazu da, dass an ihnen Freund und Feind den Parteistandpunkt, für den sie stehen, erkennen sollen. [...] Solche Wörter können in der Tat, wenn man sie ostentativ verwendet, wie eine Fahne wirken, die man hoch hält und ins Feld führt – oder auch wie ein rotes Tuch.²⁹⁸

Das *Fahnenwort* beschreibt also die eigene Partei positiv. Das *Stigmawort* bildet ein negatives Pendant des Fahnenwortes, weil es die gegnerische Partei, ihre Mitglieder, Ziele und Werte negativ darstellt.²⁹⁹ Der Bezug zur Mentalitätsgeschichte rührt daher, dass ein kollektiver Gebrauch eines Wortes mit einem deontischen Gedanken darauf verweist, dass dieser deontische Gedanke ein Bestandteil kollektiven Denkens und somit kollektiver Mentalität ist. Diese analytischen Kategorien (Fahnenwort, Stigmawort, deontische Bedeutung) werden in die vorliegende Arbeit aufgenommen.

295 Ebd.

296 A. a. O., S. 83.

297 A.a.O., S. 84.

298 Hermanns, Fritz: Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: H. E. Wiegand (Hrsg.): Studien zur heuhochdeutschen Lexikographie II. Germanistische Linguistik 3, 6/80, Hildesheim/Zürich/New York 1982, S. 87–102, hier S. 91 f.

299 Vgl. a.a.O., 91.

Hermanns hat an den *Geschichtlichen Grundbegriffen* vor allem die Quellauswahl und die fehlende Berücksichtigung des kontextuellen Zusammenhangs kritisiert, seine kritischen Anmerkungen haben ihn jedoch nicht dazu veranlasst, die Nützlichkeit der Begriffsgeschichte für die historische Semantik in Frage zu stellen, sondern er hat versucht, sie zu korrigieren und eine neue Variante der Begriffsgeschichte vorzulegen. Letztlich hat er vorgeschlagen, das Programm einer *Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte* zu einem Programm einer *Begriffsgeschichte als Diskursgeschichte* zu entwickeln, weil das letztere das Ziel und die Methode enthalte.

Es fragt sich, wie man eine solchermaßen fortentwickelte Begriffsgeschichte dann am besten nennt; wobei zu wünschen ist, der Name möge ebenso das Ziel wie die Methode der gewollten Fortentwicklung der „Begriffsgeschichte“ indizieren. Beide diese Wünschbarkeiten sind erfüllt mit dem Begriff Diskursgeschichte.³⁰⁰

So integriert er die Begriffsgeschichte in die neuere *diskursorientierte* Konzeption der historischen Semantik und spricht von „Begriffsgeschichte *als* Diskursgeschichte“ und nicht von „Begriffsgeschichte *oder* Diskursgeschichte“. *Begriff* und *Diskurs* bilden demnach keinen Gegensatz. Dieser These stimmt der Verfasser zu. Zuweilen entsteht jedoch der Eindruck, dass Hermanns den *Begriff* zu sehr in den Vordergrund stellt und somit dazu tendiert, *Sprachgeschichte* auf *Begriffsgeschichte* zu reduzieren.

Dabei konzentriert sich selbstverständlich die mentalitätsgeschichtliche Semantik auf mentalitätsgeschichtlich relevante Wörter. Und sie achtet dabei nicht nur auf die *kognitive*, sondern ebenso auch auf die *emotive* und *volitive* (respektive *präskriptive*) Dimension der lexikalischen Bedeutung; insgesamt auf lexikalisiertes *Denken, Fühlen, Wollen* (respektive *Sollen*). [...] Insbesondere sind *Wörter* für die linguistische Mentalitätsgeschichte wichtig. Wörter [...] sind „Vehikel von Gedanken“.³⁰¹

Sogar die Einführung des *Diskursbegriffs* sei nur deshalb relevant, „weil wir einen Terminus benötigen, der auf den Kontext der Entstehung, des Gebrauchs sowie des Wandels der Begriffe abhebt“.³⁰² Mit dem *Diskurs* möchte er letztlich jenen Kontext erhellen, „den wir als Begriffshistoriker rekonstruieren müssen, wenn wir die pragmatische Funktion und die semantische Bedeutung der Begriffe klären wollen“.³⁰³ Hermanns Überlegungen zum Diskurs, wenn man von seinem Verhältnis zu Foucault absieht, sind weitgehend überzeugend und werden

300 Hermanns 1995, S. 83.

301 Hermanns, Fritz: Linguistische Anthropologie. Skizze eines Forschungsfeldes der historischen Semantik. In: Busse/Hermanns/Teubert (Hrsg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen 1994, S. 29–59, hier S. 55.

302 Hermanns 1995, S. 87.

303 Ebd.

dem Programm einer *reichen Semantik* gerecht. Zu Recht betont er, dass die Bedeutung einzelner Texte nur im Rahmen anderer thematisch ähnlicher Texte – er spricht von *Textgeflechten* – in vollem Maße zu erschließen ist. Der Einzeltext werde nur angemessen verstanden, wenn er als Bestandteil eines ihn umschließenden Textgeflechts gelesen wird, „und zwar so, dass der Bezug auf diese anderen Texte für ihn selber mitkonstitutiv ist und für die Bedeutung der in ihm verwendeten Begriffe“³⁰⁴. Diese *Textgeflechte* nennt er *Diskurse*. Er redet auch vom Diskurs als *Korpus*, ähnlich wie Busse und Teubert, und als *Dialog*. Er sei eine Art *Gespräch* in dem Sinne, dass Texte, aus denen ein Dialog besteht, in einem komplementären Verhältnis zueinander stehen. Dieses Verhältnis sehe so aus, dass der eine Text die Antwort auf den anderen Text gebe. Demnach seien Diskurse *Zeitgespräche*. Neben diesem Aspekt der *Intertextualität* seien es auch die *thematischen Zusammenhänge*, die insgesamt die Einheit des Diskurses bilden. Denn „die Wörter jeder Sprache ordnen sich semantisch so zu Gruppen, dass man sagen kann: sie ordnen sich nach Themen.“³⁰⁵ Diese Überlegungen sind generell sehr realistisch und forschungspraktisch, überlassen jedoch konkrete empirische Diskursabgrenzungen dem empirischen Forscher.

Mentalitäten sind gewissermaßen unerschöpflich. Konkret kann die Mentalitätsgeschichte immer nur bestimmte einzelne Aspekte von Mentalitäten (in historisch ganz bestimmten Zeiten und von soziologisch ganz bestimmten Gruppen der Gesellschaft) fassen. Angesichts der Unerschöpflichkeit mentalitätsgeschichtlicher Thematik konzentriert man sich auf das, wofür man sich gerade interessiert.³⁰⁶

2.2.5 Weitere relevante Diskursansätze

Neben den oben diskutierten Reflexionen zur theoretischen Verortung des Diskurses in der Linguistik wurden weitere hochinteressante Ansätze entwickelt, die sich grundsätzlich mit der Methodologie der Diskursanalyse beschäftigt und den Diskursbegriff vornehmlich in empirischer Hinsicht spezifiziert haben. Es soll hier vor allem auf die Ansätze von Albert Busch und Matthias Jung wegen ihres unmittelbaren Bezugs zu der bisherigen Diskussion und der Fragestellung der vorliegenden Arbeit eingegangen werden.

304 Ebd.

305 A.a.O., S. 88.

306 Hermanns 1994, S. 56.

2.2.5.1 Albert Busch

Der Diskurs ist ein linguistischer Proteus, er ändert seine Gestalt offenbar bei jedem sprachwissenschaftlichen Zugriff.³⁰⁷

Mit dieser wichtigen These relativiert Busch theoretisch anspruchsvolle, zuweilen unrealistische Überlegungen zum Diskurs und sozialen Wissen und betrachtet den Diskurs aus einer forschungspraktischen Perspektive. Der Diskurs als empirisches Forschungsprojekt ist demnach nicht mit dem Diskurs als theoretischem Konstrukt gleichzusetzen. Er ändert seine Gestalt in der Praxis, je nachdem, aufgrund welcher Textkorpora und mit welchen Methoden und Zielsetzungen er erfasst wird.

Das Korpus ist nicht der Diskurs, sondern ein Artefakt, das vom Forscher arbiträr nach bestimmten Fragestellungen, Vorlieben, forschungspraktischen Strategien und Zufälligkeiten zusammengestellt wird.³⁰⁸

Darauf, dass man *virtuelle* von *konkreten* Korpora unterscheiden soll, haben bereits Busse/Teubert/Hermanns hingewiesen; noch diskussionsbedürftig ist jedoch das Verhältnis des zu analysierenden *konkreten* Korpus zum Gesamtdiskurs. Hier setzt Busch an. Er formuliert leicht handhabbare Analyseperspektiven und empirische Gütekriterien für die sprachwissenschaftliche Erfassung von Diskursen, wobei er sich an Ansätze der qualitativen Sozialforschung anlehnt. Zunächst verlangt er von diskurslinguistischen Untersuchungen eine explizite Negierung des Anspruchs auf Repräsentativität.³⁰⁹ Stattdessen fordert er eine exemplarische Verallgemeinerung durch Typenbildung und generalisierende Existenzfragen des Typs „Es gibt“.³¹⁰ Das ist wohl einwandfrei. Nachvollziehbar sind zudem seine Forderung nach einer systematischen Auswahl der Texte und seine Ablehnung von Zufallsentscheidungen. Mit Vorsicht sollte in den Augen des Verfassers seine Forderung betrachten, Allgemeines im Besonderen aufzufinden statt das Besondere auf das Allgemeine zu übertragen.³¹¹ Denn ein solches Vorgehen könnte dazu führen, dass man das Allgemeine bereits vor der Analyse zu kennen glaubt, was in deskriptiven Untersuchungen in der Regel nicht der Fall ist. Hinsichtlich der Validität der Ergebnisse und der Überprüfbarkeit der Argumentation beruft sich Busch abermals auf die empirische Sozialforschung und erarbeitet mit deren Hilfe spezielle Kriterien für die Sicherung der

307 Busch, Albert: Der Diskurs: Ein linguistischer Proteus und seine Erfassung – Methodologie und empirische Gütekriterien für die sprachwissenschaftliche Erfassung von Diskursen und ihrer lexikalischen Inventare. In: Warnke 2007, S. 141–164, hier S. 141.

308 A.a.O., S. 150 f.

309 Vgl. a.a.O., S. 151 f.

310 A.a.O., S. 153.

311 Ebd.

Validität diskurslinguistischer Untersuchungen. „Ein Korpus soll einen Diskurs oder die zu untersuchenden Diskursdimensionen möglichst detailgetreu abbilden.“³¹² Damit meint Busch, dass die Zusammenstellung des Korpus nicht auf formalen Kriterien basieren darf, sondern auf hermeneutischen Erwägungen, nach denen die Zugehörigkeit jedes einzelnen Textes zum jeweiligen Diskurs überprüft wird. Ein Text erweise sich als zugehörig, wenn er den Diskursgegenstand als Haupt- oder Nebenthema habe oder wenn zumindest ein Aspekt des Diskursgegenstandes haupt- beziehungsweise nebensächlich in diesem Text thematisiert werde.³¹³ Offensichtlich ist dieser Vorschlag nicht sehr anspruchsvoll, da er von „versteckten“ tiefen Bedeutungen und epistemischen Facetten absieht, die einen scheinbar fremden Text doch als demselben Diskurs zugehörig erkennen lassen. Bekanntlich hat Foucault Äußerungen aus völlig verschiedenen Wissenschaften miteinander vernetzt und derselben diskursiven Aussage zugeordnet. Da nicht jeder ein Foucault ist, scheint dem Verfasser die Beschränkung des Korpus auf explizite (haupt- oder nebensächliche) Thematisierungen hinreichend zu sein. Wenn es um die Erforschung des öffentlichen Sprachgebrauchs geht, sind manchmal selbst Texte, die den Diskursgegenstand als *Hauptthema* haben, für eine empirische Analyse viel zu umfangreich. Weitere Kriterien betreffen die Öffentlichkeitsadäquatheit bei der Beschäftigung mit dem öffentlichen Sprachgebrauch und die Perspektivenadäquatheit in dem Sinne, dass möglichst viele, im Diskurs vertretene oder verschwiegene Ansichten im Korpus repräsentiert werden.³¹⁴ Diese Kriterien wurden bei der Erstellung des Korpus der vorliegenden Arbeit weitgehend berücksichtigt. Die Diachronieadäquatheit des Korpus bei diskursgeschichtlichen Analysen und seine Vertikalitätsadäquatheit bei Experten-Laien-Ausdifferenzierungen sollen Busch zufolge auch beachtet werden. Dies ist allerdings für die Fragestellung der vorliegenden Arbeit weniger relevant, da es sich hier weder um eine Experten-Laien-Analyse noch um eine diachronische, vergleichende Analyse handelt. Hingegen liegt die Argumentationsvalidität im Zentrum des Interesses dieser Arbeit.

Die diskurslinguistische Argumentationsvalidität stellt die intersubjektive Nachvollziehbarkeit von Erhebung, Auswertung und Interpretation in den Mittelpunkt. Diskurslinguisten müssen ihre Vorannahmen transparent machen und ihre Interpretationen argumentativ absichern.³¹⁵

312 A.a.O., S. 154.

313 Vgl. Busch 2007, S. 155.

314 Ebd.

315 Ebd.

Bei der Darstellung der Auswertungsergebnisse des dieser Arbeit zugrunde liegenden Korpus werden aufgestellte Thesen und herausgearbeitete Topoi immer mit Belegen aus dem Korpus dokumentiert.

2.2.5.2 Matthias Jung

Matthias Jung hat den Diskursbegriff von Busse/Teubert in methodischer Hinsicht spezifiziert. Es fällt ihm auf, dass die von Busse/Teubert bestimmten Kriterien zur Zusammenstellung und Eingrenzung von Textkorpora nicht den Diskurs an sich definieren, sondern seine forschungspraktische Umsetzung. Dies sei der Fall, wenn sie den Diskurs auf ein (bloßes) Textkorpus eines Kommunikationsbereichs, eines Zeitabschnitts oder eines Gesellschaftsausschnitts beschränken. Solche Kriterien verengen den Diskursbegriff, so Jung, zu früh und sollten daher auf eine methodisch niedrigere Ebene verschoben und nicht bereits in der Definition des Diskurses thematisiert werden.³¹⁶ Jung schlägt vor, einzelne Diskurse horizontal nach dem Kommunikationsbereich (öffentliche, fachbezogene Diskussionen usw.) und vertikal nach Teildiskursen und in einer weiteren Stufe nach Textsorten zu spezifizieren. So lässt sich plausibel zeigen, in welchem allgemeinen diskursiven Rahmen der Forscher welche Teildiskurse in welchem Kommunikationsbereich mit welchen Textsorten behandelt. Dieser differenzierende Hinweis kann durchaus als gelungen gelten. Weniger für die Theorie der Diskursanalyse hilfreich als für die Empirie interessant ist nach Ansicht des Verfassers Jungs Modifizierung der Diskursdefinition von Busse/Teubert, nach welcher der Diskurs als ein *Textkorpus* zum „Diskurs als in Texten realisierte(m) Aussagenkorpus“³¹⁷ wird.

„Diskurs“ ist eine verknüpfte Menge von Aussage-Einheiten mehrerer Sprecher zum gleichen Thema, die eine erkennbare zeitgeschichtliche Entwicklung aufweisen und die in der Regel über Text- oder Textstückkorpora zugänglich werden.³¹⁸

Die Definition von Busse/Teubert sei zudem problematisch, besonders was das Aufeinanderverweisen von Texten anbelangt, weil kein Text sich durch seine Zugehörigkeit zu einem einzigen Diskurs vollständig erfassen lasse und weil es umgekehrt viele relevante Äußerungen zu einem diskursiven Sachverhalt außerhalb thematisch einschlägiger Texte gebe.³¹⁹ Was sich aufeinander beziehe, seien nicht ganze Texte, sondern lediglich Aussagen, Behauptungen, Topoi.

316 Vgl. Jung, Matthias: Diskurshistorische Analyse als linguistischer Ansatz. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht. 31, Heft 86, 2000, S. 20–38, hier S. 23.

317 A.a.O., S. 26.

318 A.a.O., S. 34.

319 Vgl. a.a.O., S. 25.

Die Verschiebung der diskursgeschichtlichen Blickrichtung von Texten zu Aussagen, hat durchaus methodische Konsequenzen und ist mehr als ein Gedankenspiel. In einer text(linguistisch) fixierten Perspektive zielt die Untersuchung auf Textaufbau, -strategien, -intention – ein Verfahren, das sich wegen seiner Aufwendigkeit nicht auf große Textmengen übertragen lässt. [...] Bei „Aussagen-“ oder „Argumentations-“, oder „Topos“-Korpora dagegen sind größere Textmengen zu bewältigen, da der Text nur wegen seiner Kontextualisierungsfunktion für die Interpretation von Aussagen interessiert.³²⁰

Diese Anmerkungen sind in der Tat treffend, aber Jung erweckt den Anschein, lediglich die sprachliche Formulierung weniger Zeilen in einem Aufsatz zu kritisieren. Busses theoretische Reflexionen lassen keinen Zweifel daran, dass er genau das meint, was Jung sagt, und dass sein Diskursbegriff alles andere als eng ist. Jung hat versucht, die Definition Busses/Teuberts als eine zu enge theoretische Bestimmung des Diskurses als Textkorpus zu zeigen, während sie de facto als methodischer *forschungspraktischer* Hinweis gedacht war und nicht den Diskurs an sich theoretisch reflektieren wollte. Das betrifft ebenfalls Teubert und Hermanns. Wenn sie von *Textkorpora* und *Textgeflechten* reden, dann meinen sie nicht eine bloße Verknüpfung mehrerer Texte des gleichen Themas, sondern diskursive Aussagen. Jungs Überlegungen sind empirisch hilfreich, sehr praxisnah und gehen aus forschungspraktischen Tätigkeiten hervor, müssen jedoch nach Ansicht des Verfassers nicht unbedingt als eine neue grundlegende Bestimmung des Gegenstands oder der Zielsetzung diskurslinguistischen Arbeitens angesehen werden. Der interessanteste Gedanke, der mit der neuen Definition des Diskurses als *Aussagenkorpus* verbunden ist, betrifft wohl die Geschlossenheit des Korpus, die bei einer Vorstellung vom Diskurs als einem offenen, imaginären *Textkorpus* kaum realisierbar erscheint. Geht man indes von *Aussagen* aus, lässt sich die Einheit des Diskurses besser vorstellen. Das erinnert an eine ähnliche These Siegfried Jägers, die besagt, dass sich die Einheit des Diskurses auch bei unbeschränkten Textmaterialien überraschend schnell ergibt, wenn bei der Analyse keine neuen Aussagen mehr sichtbar werden.³²¹ Sicherlich geschieht dies bei Jäger viel schneller als bei Jung, da sich Jäger in erster Linie für Machtfragen und nicht für thematische Entwicklungen von Diskursen interessiert.

320 A.a.O., S. 27.

321 Vgl. Jäger 2004, S. 206.

2.2.6 Die Düsseldorfer Schule

Es handelt sich bei der Düsseldorfer Schule nicht um eine Sprachschule, wie der Titel vielleicht errahnen lässt, sondern um ein Netzwerk von Forschern und Forscherinnen um Georg Stötzel, dessen zahlreiche Publikationen zur Sprachgeschichte nach 1945 der Grundstein zur Errichtung dieser Schule waren. Die Düsseldorfer Schule, die wir heute kennen, umfasst unter anderem Martin Wengeler, Matthias Jung, Karin Böke und Thomas Niehr und befasst sich mit unterschiedlichen, großen Themen der öffentlichen Diskussion, angefangen bei Einwanderungsdebatten und Umweltfragen bis hin zur Gleichberechtigung, kurz: mit Sprachgeschichtsschreibung als Diskursgeschichtsschreibung. Bekannt ist sie vor allem durch das Bemühen ihrer Forscher, theoretische Überlegungen zum Diskurs, wie sie bei Busse, Teubert und Hermanns zu finden sind, im forschungspraktischen Sinne zu operationalisieren und vor allem in methodischer Hinsicht zu bereichern. Wenn in Düsseldorfer Studien vom „Diskurs“ die Rede ist, dann ist meist das von Busse, Teubert und Hermanns etablierte Diskursverständnis gemeint, denn deren Konzepte erweitern den Gegenstand der Linguistik über das Wort, den Satz und den Text hinaus um thematisch zusammengehörige Textgeflechte und ermöglichen den Düsseldorfer Forschern, Aussagen zu machen über

Weltansichten, die in bestimmten Gruppen oder der Gesamtgesellschaft gültig waren, über das soziale Wissen solcher Gruppen oder einer Zeit hinsichtlich eines zum Untersuchungsgegenstand gewählten Themas.³²²

Die Düsseldorfer Forscher greifen also auf theoretische Reflexionen der historischen Semantik zurück, nehmen Teilaspekte ihrer umfassenden Darstellungen auf und konzentrieren sich auf bestimmte begrenzte Themen beziehungsweise Wissenskomplexe. Ihre Untersuchungen beruhen auf hermeneutischen Prinzipien und haben keinen Objektivitätsanspruch. Die Düsseldorfer Schule hat gezeigt, dass eine Umsetzung von komplexen Theorien der historischen Semantik möglich ist. Zu Recht bemerkt Hermanns, dass Wengeler's Buch über die *Sprache der Aufrüstung* ein „Beweis der Fruchtbarkeit der Reflexionen Busses“³²³ ist. Wenn Wengeler trotzdem behauptet, dass Busse ein „aufgrund seiner Komplexität und Vielfalt nicht umsetzbares Programm für eine Diskursgeschichtsschreibung“³²⁴ vorgelegt hat, dann meint er wohl, dass es nicht *gänzlich* umsetz-

322 Wengeler, Martin: Assimilation, Ansturm der Armen und die Grenze der Aufnahmefähigkeit: Bausteine einer linguistisch „integrativen“ Diskursgeschichtsschreibung. In: Claudia Fraas, Michael Klemm (Hrsg.): Mediendiskurse. Bestandsaufnahme und Perspektiven. Frankfurt am Main 2005a, S. 39–57, hier S. 39.

323 Hermanns 1995, S. 93.

324 Wengeler 2005a, S. 40.

bar ist. Die Konzentration auf kleinere Untereinheiten, die sich als thematisch zusammenhängende Aussagenkomplexe verstehen, rührt daher, dass man theoretische Vollständigkeitsansprüche im forschungspraktischen Sinne nicht erfüllen und Texte eines großen Textkorpus nur aus einem bestimmten Blickwinkel analysieren kann.

Als fassbare Analyseeinheiten, in denen Wirklichkeiten konstituiert werden, soziales Wissen ausgedrückt und etabliert wird, wählen wir Einheiten unterhalb der Textebene, weil erst sie es ermöglichen, große Textkorpora auszuwerten und erst große Textkorpora, „Serien“ von Diskursfragmenten Aufschlüsse über verbreitetes, „kollektives“ Wissen geben.³²⁵

Die Düsseldorfer Studien verknüpfen drei Analyseeinheiten: Lexik, Metaphorik und Argumentation. Die Verknüpfung dieser drei Ebenen ist in den Augen des Verfassers eine der interessantesten Attraktionen der Düsseldorfer Schule. Sie dokumentiert einerseits, dass semasiologisch orientierte *wortbezogene* Untersuchungen sehr fruchtbringend sein können, wenn man das Material richtig auswählt und sich adäquate methodische Instrumentarien entwickelt, um aus diesem Material etwas herauszufinden. Auf der anderen Seite versteht sie es, den Diskursbegriff realistisch einzusetzen, um an mit dem Wort weniger fassbare tiefere Ebenen des kollektiven Wissens, wie Argumentationstopoi, heranzukommen. So vermeidet sie in ihrer empirischen Forschungspraxis das Ausklammern vorhandener Forschungstraditionen und versucht, von allem Nützlichen Gebrauch zu machen. Wengeler fasst die drei Analyseebenen im Titel eines Aufsatzes über den Einwanderungsdiskurs bestens zusammen:

Assimilation [Lexik, M. A.], *Ansturm der Armen* [Metaphorik, M. A.] und *die Grenze der Aufnahmefähigkeit* [Argumentation, M. A.]: Bausteine einer linguistisch „integrativen“ Diskursgeschichtsschreibung.³²⁶

2.2.6.1 Lexik

Der Bereich der Lexik bezieht sich auf die Wortebene und unterscheidet sich von der Metaphern- und Argumentationsebene dadurch, dass er „primär von der sprachmateriellen Seite eines Diskurses“³²⁷ ausgeht. Das Hauptaugenmerk wird hier auf ein „diskursrelevantes“ lexikalisches Inventar gerichtet, das es nach bestimmten Kriterien zu erstellen gilt. Von der Analyse diskursrelevanter Schlüs-

325 Wengeler, Martin: „Das Szenario des kollektiven Wissens einer Diskursgemeinschaft entwerfen“. Historische Diskurssemantik als „kritische Linguistik“. In: Jürgen Schiewe, Martin Wengeler (Hrsg.): *Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur*. 1. Jg. Heft 3, 2005b, S. 262–282, hier S. 272.

326 Wengeler 2005a, S. 39.

327 A.a.O., S. 41.

selbegriffe wird erwartet, „etwas über das Denken, das kollektive Wissen von sozialen Gruppen und wie sich dieses im Laufe der Zeit verändert“³²⁸ zu erfahren. Lexikalisch orientierte Untersuchungen stoßen bekanntlich auf das klassische methodische Problem der Abgrenzung und der Auswahl des zu untersuchenden Vokabulars. Wengeler verwendet zu diesem Zweck etliche Kriterien, die nicht völlig neu sind und in vielen vergleichbaren Arbeiten bereits angewandt wurden.

Um als diskursrelevantes Wort registriert zu werden, muss eine sprachliche Einheit qualitativen wie quantitativen Mindestanforderungen genügen, d. h. es muss mindestens sach- und zeittypisch sein und gehäuft auftreten.³²⁹

Bei dieser Charakterisierung diskursrelevanten Inventars ergeben sich deutliche Bezüge zu ähnlichen Definitionen, die beispielsweise in den „Brisanten Wörtern“³³⁰ des Instituts für deutsche Sprache und im Ansatz Manfred Kaempfers über die Schlagwortforschung³³¹ zu finden sind, besonders wenn Wengeler auf den programmatischen Gehalt, die Zielvorstellung und die Umstrittenheit der zu untersuchenden Vokabeln eingeht.

Von besonderem Interesse sind die zu Leitvokabeln avancierenden Wörter, die bestimmte Denkweisen und Einstellungen, Programme und Ziele zum Ausdruck bringen und die dazu neigen, sprachlich brisant zu sein. So ist diskursrelevant, wenn ein bestimmter Wortgebrauch zunimmt, umstritten ist oder auf einmal vermieden wird, wenn er in Konkurrenz zu anderen Wortgebräuchen tritt, sich gegen andere Varianten durchsetzt oder von diesen abgelöst wird.³³²

Die „Konkurrenz“ der Wortgebräuche erinnert eher an die politische Semantik Kleins, in der er zwischen einer Bezeichnungskonkurrenz (Konkurrenz verschiedener Bezeichnungen derselben Sache) und einer Bedeutungskonkurrenz (verschiedener semantischer Gebrauch desselben Wortes) politischer Wörter unterscheidet.³³³ Formale Kriterien spielen eine gewisse Rolle bei der Wortrecherche, ausschlaggebend bleibt jedoch die Interpretation des programmatischen und ideologischen Gehalts der Wörter, die vom Ermessen des Forschers abhängig ist. Ein beispielhaftes Produkt dieser methodischen Reflexionen bilden die *Kontroversen Begriffe*, die von Georg Stötzel und Martin Wengeler herausgege-

328 Wengeler 2005b, S. 272.

329 Wengeler 2005a, S. 41.

330 Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras, Gisela: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch. Berlin/New York 1989.

331 Vgl. Kaempfert, Manfred: Noch einmal zur Wortgeschichte und zum lexikologischen Begriff. In: Muttersprache, 100, 1990b, S. 192–203.

332 Wengeler 2005a, S. 41 f.

333 Klein, Josef (Hrsg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen 1989, S. 17 f.

ben wurden. Sie teilen sich in 18 Kapitel mit verschiedenen Themenbereichen auf und haben die Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945 zum Thema. Die untersuchten Begriffe werden im Rahmen übergreifender Themenkomplexe dargestellt und nicht alphabetisch in Wörterbuchform. Das Werk ist ein gutes Beispiel für eine lexikalisch vorgehende Analyse­methode, welche die Grenzen traditioneller Wörterbücher bei weitem überschreitet und Sprachgeschichte als Kulturgeschichte betreibt. Es strebt vornehmlich an, die „Bedeutsamkeit des öffentlichen Sprachgebrauchs in der jüngeren deutschen Geschichte plausibel zu machen.“³³⁴ Hinsichtlich der Auswahl des zu untersuchenden Sprachmaterials und der Belege, die hauptsächlich aus dem öffentlichen Sprachgebrauch stammen, wird im Konzept der *Kontroversen Begriffe* auf eine neue „Findungsmethode“ abgehoben. Diese Methode beruht auf der Beobachtung, „dass in öffentlichen Diskussionen der Sprachgebrauch selbst oft explizit oder indirekt zum Thema wird“³³⁵. Offensichtlich spielt der Begriff des Diskurses in den *Kontroversen Begriffen* noch nicht explizit eine zentrale Rolle und wird nicht präzise reflektiert. Zwar möchte der Mitherausgeber Georg Stötzel Sprachgeschichte als „Geschichte öffentlicher Diskursthemem“ untersuchen und sich mit „Konfliktdiskursen“³³⁶ auseinandersetzen, jedoch bleibt unklar, auf welchen Diskursbegriff er sich bezieht und wie er diesen „Diskurs“ operationalisiert und forschungspraktisch umsetzt. Wie der Name des Werkes bereits besagt, kommt den *Begriffen* eine große Bedeutung zu, weil sie, wie es bei Koselleck und Hermanns der Fall ist, programmatisch aufgeladen und „Vehikel von Gedanken“ seien.³³⁷ Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die *Kontroversen Begriffe* zu den sehr kenntnisreichen und informativen Quellen gehören, die die Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs seit 1945 in seinem sozial-historischen Kontext mit Anwendung angemessener theoretischer und methodischer Werkzeuge, welche den Ansprüchen der heutigen Linguistik genügen, dokumentiert haben,.

Ein weiteres Beispiel für die lexikalisch orientierten Düsseldorfer Studien ist das ähnlich konzipierte Werk *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära*³³⁸, in welchem der Diskursbegriff explizit thematisiert wird. Mit diesem Werk soll

334 Stötzel, Georg: Einleitung. In: Georg Stötzel, Martin Wengeler (Hrsg.): *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*. Berlin/New York 1995, S. 1–18, hier S. 1.

335 A.a.O., S. 2.

336 A.a.O., S. 14.

337 Wengeler 2005b, S. 272.

338 Böke, Karin/Wengeler, Martin/Liedtke, Frank: *Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära*. Berlin 1996.

„ein Beitrag zu einer Diskursgeschichte geleistet“³³⁹ werden. *Politische Leitvokabeln* seien Ausdrücke, die

uns den Zugang zur politischen Problem- und Bewusstseinsgeschichte einer Sprachgemeinschaft eröffnen, wie sie sich innerhalb der ausgewählten Diskursbereiche präsentiert.³⁴⁰

Das Buch lehnt sich diskurstheoretisch grundsätzlich an Busse, Teubert und Hermanns an und definiert den Diskurs entsprechend als „Textkorpus“, dessen Texte intertextuell miteinander verknüpft sind.³⁴¹ Zeitlich begrenzt sich das Korpus auf den Zeitraum von 1945 bis 1961, während es sich thematisch mit öffentlich relevanten Diskussionsbeiträgen zu den Themen *staatlicher Aufbau, Flüchtlingspolitik, Frauenpolitik, Außenpolitik, Deutschlandpolitik, Wirtschaftspolitik* und *Bildungspolitik* befasst.³⁴² Neben Presstexten umfasst das Korpus auch politische Programme und Verlautbarungen der bundesdeutschen Parteien, Bundestagsprotokolle und Gesetzestexte. Zusammenfassend kann man sich der Ansicht Dieter Felbicks anschließen, dass die *politischen Leitvokabeln* die „bislang gründlichste und beste Darstellung der politischen Lexik der BRD in der Zeit von 1945 bis 1961“³⁴³ darstellen.

Das *Zeitgeschichtliche Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache*, welches von Georg Stötzel und Thorsten Eitz herausgegeben wurde, schließt sich den bisherigen Düsseldorfer Arbeiten an und leistet einen wichtigen Beitrag zur Erforschung des öffentlichen Sprachgebrauchs seit 1945. Formal unterscheidet es sich von den *Leitvokabeln der Adenauer Ära* dadurch, dass es nicht aus Themenkomplexen besteht, innerhalb derer ausgewählte Vokabeln narrativ zusammen untersucht werden, sondern aus alphabetisch geordneten Artikeln³⁴⁴ im Sinne lexikalischer Wörterbuchschreibung. Die analysierten Vokabeln werden nach der oben beschriebenen „Findungsmethode“ ausgewählt und in einer übersichtlichen, interessanten und leserfreundlichen Weise beschrieben. Die Belege entstammen größtenteils journalistischen Texten. Offensichtlich richtet sich das Werk an ein breites Publikum. Ein „klassisches“ Wörterbuch ist es nicht. Es versteht sich als ein „Sozialwörterbuch“³⁴⁵. Um seinen speziellen Beitrag deutlich zu zeigen, werden am Anfang jedes Artikels Worterklärungen des *Großen Wör-*

339 Böke, Karin: Politische Leitvokabeln in der Adenauer Ära. Zu Theorie und Methodik. In: Böke, Liedtke, Wengeler. 1996, S. 19–50, hier S. 23.

340 A.a.O., S. 33.

341 A.a.O., S. 23.

342 Vgl. a.a.O., 25.

343 Felbick, Dieter: Schlagwörter der Nachkriegszeit (1945–1949). Berlin 2003, S. 12.

344 Das Buch hat 64 Artikel.

345 Stötzel, Georg/Eitz, Thorsten: Zeitgeschichtliches Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. Hildesheim 2002, S. 3.

terbuchs der deutschen Sprache des Duden-Verlages zitiert, wenn es die jeweilige Vokabel verzeichnet. Dann erfolgt eine kulturorientierte Analyse der jeweiligen Vokabel und der Entwicklung ihres Gebrauchs in einem historischen Kontext. So wird Sprachgeschichte mit Zeitgeschichte verschränkt. Die Herausgeber lehnen es explizit ab, ihr Werk als ein Sachlexikon der Zeitgeschichte zu verstehen und betonen, dass es in diesem Wörterbuch um *Wörter* geht. Im Mittelpunkt stehen Wortkarrieren und Bedeutungsänderungen und keine historischen Darstellungen. Bezeichnungs- beziehungsweise Bedeutungskonkurrenzen und ihr Verhältnis zur jeweiligen Weltinterpretation und zur strategischen Durchsetzung politischer Interessen sind zentral.

Die Analyse des Wortgebrauchs zeigt, auf wie vielfältige Weise eine in Gruppen und Parteiungen gegliederte und somit heterogene Gesellschaft unterschiedliche Sprachverwendungen eines vermeintlich einheitlichen lautlichen Materials entwickelt und einen fortwährenden Sprachwandel produziert. Diese Sprachverschiedenheit hat ihre materielle Grundlage in dem mehr oder weniger starken Antagonismus gesellschaftlicher Gruppierungen, die in der Sprache ihre unterschiedlichen Einstellungen und Interessen artikulieren und danach streben, dass diese sich allgemein durchsetzen – und im besten Falle akzeptiert und anerkannt werden.³⁴⁶

Allerdings werden in diesem Buch theoretische Reflexionen aufgrund der angestrebten Allgemeinverständlichkeit und der breiten Zielgruppe möglichst vermieden.

2.2.6.2 Metaphorik

Metaphern interessieren die Düsseldorfer Schule nicht bezüglich ihrer traditionellen rhetorisch-stilistischen Funktion, sondern sie werden hinsichtlich ihres semantisch-pragmatischen Gehalts und ihrer kognitiven, sozio-kulturellen Relevanz für öffentlich geführte Diskurse untersucht.³⁴⁷ Ihre Relevanz rührt aus ihrer speziellen Funktion her, Komplexes und Abstraktes durch Projektion bekannter und weniger komplexer Prozesse anschaulich und nachvollziehbar zu machen.³⁴⁸ Erreicht wird dies dadurch, dass Metaphern bestimmte Aspekte des jeweiligen Themas überspitzen beziehungsweise untertreiben und dadurch kenntlich machen.³⁴⁹ Diese Eigenschaft setzt Metaphern in die Lage, wertende und kritische

346 Ebd.

347 Vgl. Böke, Karin: Überlegungen zu einer Metaphernanalyse im Dienste einer "parzellierten" Sprachgeschichtsschreibung. In: Karin Böke, Matthias Jung, Martin Wengeler (Hrsg.): Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven. Opladen 1996b, S. 431–452, hier S. 431.

348 Vgl. a.a.O., S. 442.

349 Vgl. a.a.O., S. 443.

Stellungnahmen prägnant zum Ausdruck zu bringen und eine strategische Funktion beim Kommentieren öffentlicher Themen auszuüben.³⁵⁰ Noch interessanter sind sie, wenn ihre Wirkung beim Rezipienten gar nicht vom Emittenten beabsichtigt ist. Diese Eigenschaften von Metaphern erlauben Rückschlüsse auf in öffentlichen Diskussionen vorherrschende Denk- und Handlungsmuster und liefern eine theoretische Begründung einer Sprachgeschichte als Diskursgeschichte. Die meisten Beiträge zur Metaphernanalyse innerhalb der Düsseldorfer Schule hat Karin Böke geleistet. Sie vertritt eine Forschungsrichtung, die Metaphern „als Indikator und Faktor soziokultureller Bedingungen, Betrachtungsweisen und Entwicklungen, kurz: politischer Geschichte und gesellschaftlicher Mentalität“³⁵¹ betrachtet und diese Funktion durch interpretative Verfahren zu rekonstruieren versucht. Aus konkreten metaphorischen Äußerungen werden „Metapherntypen“ abstrahiert, in diverse Metaphernbereiche eingeordnet (beispielsweise gehört *ein Angriff mit Worten* zum Bereich *Krieg*) und nach ihrer semantischen und pragmatischen Funktion im jeweiligen Diskurs hinterfragt. Die Zuordnung der Metaphern zu übergreifenden Metapherntypen, -bereichen und -konzepten hat bereits Wolf-Andreas Liebert vorgeschlagen.³⁵² Dieser Vorgang ermöglicht es, das semantische Feld des Herkunftsbereiches in die Analyse mit einzubeziehen und dessen Bedeutung für den Zielbereich plausibel zu machen. Dabei werden nicht alle im öffentlichen Sprachgebrauch vorkommenden Metaphern und ihre Herkunftsbereiche berücksichtigt, sondern nur diejenigen, die „einen inhaltlichen Bezug zum Diskursthema [haben], die neu aufkommen oder bei denen ein Wandel festzustellen ist.“³⁵³ Es sind auch weniger einzelne metaphorische Ausdrücke von Belang als vielmehr die aus ihnen entstandenen, diskursiv zusammenhängenden Metaphernnetze, die ihre diskursive Funktion zu Tage bringen. In der praktischen Forschungstätigkeit der Metaphernanalyse wird nicht unmittelbar auf Foucault verwiesen, sondern, wie es in den meisten empirischen Düsseldorfer Analysen der Fall ist, auf die Konzepte von Busse, Hermanns und Teubert. Grundlage der Metaphernanalyse Bökes sind vornehmlich die theoretischen Ansätze zur kognitiven Metaphertheorie von Wolf-Andreas Liebert und Michael Pielenz.³⁵⁴ Liebert hat grundlegende Begrifflichkeiten und differenzierende Schemata zur lexikographisch orientierten Erforschung alltags-sprachlicher Metaphern erarbeitet, die zusammen mit den von Pielenz entwi-

350 Ebd.

351 A.a.O., S. 448.

352 Vgl. Liebert, Wolf-Andreas: Metaphernbereiche der deutschen Alltagssprache. Kognitive Linguistik und die Perspektiven einer Kognitiven Lexikographie. Frankfurt am Main 1992.

353 Böke 1996b, S. 442.

354 Vgl. Liebert 1992 und Michael Pielenz: Argumentation und Metapher. Tübingen 1993.

ckelten argumentativen Verfahren sinnvoll in das Konzept einer linguistischen Diskursgeschichtsschreibung integriert wurden.

2.2.6.3 Argumentation

Mit der Argumentationsanalyse soll ein Zugang geschaffen werden zu den in einem Diskurs zu einer bestimmten Zeit dominanten Denkmustern. [...] Argumentationen liefern im politischen Kontext zudem den Rahmen, innerhalb dessen der Gebrauch bzw. das Vorkommen zentraler Metaphern und Schlagwörter erst erklärt und analysiert werden kann.³⁵⁵

Es hat sich bisher gezeigt, wie die Düsseldorfer Untersuchungen öffentlich diskutierte, diskursiv verbreitete Wissenskomplexe bezüglich ihrer Lexik beziehungsweise Metaphorik analysiert haben und mit ihren wertvollen Ergebnissen einen erheblichen Beitrag zu einer umfassenden Epistemologie geleistet haben. Es fehlt aber noch ein empirisches Analyseinstrumentarium, das es ermöglicht, *nicht* in lexikalischen Einheiten artikulierte, kommunikative Akte durchziehende Wissens Elemente zu erfassen. Diesen Anspruch befriedigt Wengeler mit seiner Argumentationsanalyse, die über die Orientierung an Leitvokabeln hinauskommt und Argumentationsmuster (mit den Worten Foucaults *diskursive Regelmäßigkeiten*) analysiert. Allerdings könnte man hier sagen, dass es bei Wengeler um das in kommunikativen Handlungen *Gesagte* selbst und nicht um das als verstehensrelevantes Wissen *Vorausgesetzte* geht. Diese Anmerkung muss nach Ansicht des Verfassers nicht zu sehr betont werden, da es hier wie dort um Wissen geht, das in dieser Handlung verbalisiert und in der anderen vorausgesetzt wird. Argumentationsmuster erlauben jedenfalls Rückschlüsse auf vorherrschende Denkmuster und Sichtweisen, „da diese sich besonders in öffentlichen Debatten immer auch in Argumentationen pro oder kontra aktuelle politische Entscheidungen, Überlegungen und Meinungen niederschlagen.“³⁵⁶ Allerdings führt Busse in seinem ursprünglichen Programm die Argumentationsanalyse noch nicht als eine Methode der Diskursanalyse an.³⁵⁷

Mit seinem methodischen Ansatz strebt Wengeler nicht an, alle epistemischen Momente eines Diskurses zu erfassen, sondern begnügt sich mit der Erschließung von Diskurssegmenten in Form typischer, relevanter Argumentationsmuster, die zwar nicht alles, aber vieles über Wahrnehmungs- und Denkmuster einer bestimmten Diskursgemeinschaft sagen. Um solche Argumentations-

355 Wengeler, Martin: Vom Nutzen der Argumentationsanalyse für eine linguistische Diskursgeschichte. Konzept eines Forschungsvorhabens. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht. 80, 1997, S. 96–109, hier S. 98.

356 Ebd.

357 Erst in dem 1994 erschienenen Aufsatz (Busse/Teubert 1994) wird sie als eine Methode der Diskursanalyse erwähnt.

muster, gleich ob sie explizit oder implizit vorkommen, interpretativ zu erschließen, beruft sich Wengeler auf den Topos-Begriff der antiken Rhetorik Aristoteles, operationalisiert ihn und macht ihn zu einem tragfähigen Konzept. Der Topos-Begriff hat sich bei Wengeler als besonders geeignet erwiesen, bestimmte Argumente in verschiedenen sprachlichen Formen und Kontexten zu verschiedenen Zeitpunkten auf gemeinsame Argumentationsmuster zurückzuführen. Hier ergibt sich ein wesentlicher Unterschied zwischen den Argumentationsmustern Wengelers und lexikalischen beziehungsweise metaphorischen Einheiten, welche sprachlich-materiell eindeutig sind und in bestimmten Verwendungsvarianten vorkommen. Hingegen tauchen Argumente in vielerlei sprachlichen Gestalten auf und lassen sich erst durch hermeneutische Verfahren als solche definieren und übergreifenden Argumentationsmustern zuordnen. Die Einführung des Topos-Begriffs zum Zwecke der Beschreibung kollektiven Wissens ist eigentlich keine Erfindung Wengelers. Was sein Konzept von anderen Ansätzen auszeichnet, ist vor allem die Analyse von Topoi eines umfangreichen Textkorpus. Vor Wengeler hat bereits Manfred Kienpointner den antiken Topos-Begriff für die Beschreibung formaler, abstrakter Muster eingesetzt.³⁵⁸ Wengeler hingegen interessiert sich für *kontextspezifische* Argumentationsmuster.

Topoi dienen bei Aristoteles der Beschreibung sogenannter „rhetorischer Syllogismen“, die größtenteils auf formallogischen Argumentationen beruhen, einen gewissen Wahrheitsanspruch erheben und sich daher in dieser Form nicht für diskursgeschichtliche Untersuchungen eignen.³⁵⁹ Dies deshalb, weil die Diskursanalyse kollektives Wissen, abgesehen von seinem Wahrheitsgehalt, rekonstruieren und deskriptiv beschreiben will. Daher musste Wengeler zuallererst deutlich machen, dass er keine wahren Argumente im Sinne Aristoteles aufzufinden trachtet, sondern plausible und aussagekräftige, die nicht unbedingt als wahr beziehungsweise logisch gelten müssen.

Für eine diskursgeschichtliche Untersuchung liegt es nun nahe, einen Begriff, mit dem auf Plausibilitäten – und nicht auf formal-logisch gültige Schlüssigkeit – zielende Argumentationen zu erfassen sind, als Analyseinstrument zu verwenden.³⁶⁰

Des Weiteren ist der Topos-Begriff bei Aristoteles zweideutig. Einerseits wird mit *allgemeinen Topoi* auf ein formales, inhaltlich nicht bestimmtes Schlusschema referiert, auf der anderen Seite beziehen sich *besondere Topoi* auf konkrete, kontextspezifische Schlussregeln. Allein diese *besonderen* Topoi, die

358 Vgl. Kienpointner, Manfred: *Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern*. Stuttgart 1992.

359 Vgl. Wengeler, Martin: *Topos und Diskurs – Möglichkeiten und Grenzen der topologischen Analyse gesellschaftlicher Debatten*. In: Warnke 2007, S. 165–186, hier S. 167.

360 Ebd.

Eggs als „generelle Aussagen oder Meinungen“ definiert, „die für ein bestimmtes Wissensgebiet spezifisch sind“³⁶¹, ermöglichen die Realisierung plausibler Argumentationen und sind daher für eine diskurslinguistische Analyse von Interesse. Denn sie sind kontextabhängig und machen Aussagen über relevante Denk- und Argumentationsmuster eines bestimmten Themenbereiches. Im Gegensatz dazu ergeben *allgemeine Topoi* lediglich formale, abstrakte Muster, die je nach dem Kontext und Themenbereich völlig unterschiedliche Inhalte haben und daher nichts Nennenswertes über das kollektive Wissen einer Zeitspanne aussagen können. Topoi sind bei Wengeler nicht in dem Sinne spezifisch, dass sie sich lediglich auf eine einzige Handlung beschränken, denn es werden in einem nächsten Schritt allgemeine, kontextabstrakte Topoi formuliert.³⁶²

Diese methodischen Überlegungen wurden vor allem in Wengeler's Untersuchung *Topos und Diskurs*³⁶³ umgesetzt, die den Migrationsdiskurs in den Jahren 1960–1985 thematisiert. Dieser Zeitraum umfasst die Zeiten, in denen das Thema Zuwanderung und Arbeitsmigration öffentlich besonders brisant war. Die Eingrenzung des Zeitraums lässt sich allerdings nicht strikt begründen und ist, auch wenn man das nicht gerne gesteht, in gewissem Maße willkürlich. Bei seiner Analyse der Argumentationsmuster pro und contra Einwanderung hat Wengeler versucht, quantitative wie qualitative Methoden einzusetzen. Neben der inhaltlich-qualitativen Analyse von Topoi hat er auch prozentual angegeben, in wie vielen der ausgewerteten Artikel jeder Topos vorkommt, mit der Anmerkung, dass die Zahlen „nur als Orientierungspunkte für die Einschätzung der Wichtigkeit der Topoi dienen“³⁶⁴ sollen. Über die Relevanz dieser quantitativen Angaben könnte man allerdings streiten. Diese Zahlen, die von einem Korpus zum anderen aus demselben Untersuchungszeitraum sehr variieren könnten, vermitteln möglicherweise falsche Eindrücke über die Häufigkeit des Vorkommens der einzelnen Topoi und nach Meinung des Verfassers nicht zwingend erforderlich. Das der Arbeit zugrunde liegende Textkorpus bleibt, auch wenn es

361 Eggs, Ekkehard: Die Rhetorik des Aristoteles. Ein Beitrag zur Theorie der Alltagsargumentation und zur Syntax von komplexen Sätzen. Frankfurt/Bern/New York 1984, S. 341.

362 „Es soll also mit dieser Abstraktionsebene der Topoi z.B. möglich sein, die Aussage Anfang der 1970er Jahre, das Gastrecht werde missbraucht und daher müssten bestimmte einwanderungspolitische Maßnahmen ergriffen werden, und die Argumentation der 1980er Jahre, das Asylrecht werde missbraucht und daher müsste das Grundrecht geändert werden, als verschiedene Realisierungen eines Missbrauchs-Topos und nicht als zwei verschiedene Argumente anzusehen.“ Wengeler 2007, S. 169.

363 Wengeler, Martin: Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960–1985) Tübingen 2003.

364 A.a.O., S. 299.

sehr umfangreich ist, nach wie vor eine (kleine) Teilmenge eines unbegrenzten imaginären Korpus.

2.2.6.4 International vergleichende Diskursanalyse

Eine interessante Erweiterung bisheriger Düsseldorfer Untersuchungen stellt die Heranziehung *internationaler* Diskurse dar, nachdem der Akzent lange lediglich auf *intranationalen* Diskursen lag. Selbstredend steht hier der Vergleichsaspekt im Mittelpunkt des Interesses, wobei der Vergleich von Mentalitäten und Denkweisen auch für intra-nationale Diskursanalysen charakteristisch ist. Sicherlich ist der Schwierigkeitsgrad bei internationalen Diskursen viel höher und bringt methodische Probleme mit sich, zumal Düsseldorfer Forscher sich nicht mit dem Vergleich gleicher oder ähnlicher Diskurse in verschiedenen Ländern begnügen, sondern auch über die Entwicklung methodischer Instrumentarien zum Vergleich inhaltlich *verschiedener* Diskurse in *verschiedenen* Ländern reflektieren.³⁶⁵ Die Korpuserstellung ist hier verhältnismäßig schwierig, weil in verschiedenen Ländern öffentlich geführte Diskurse nicht gleichzeitig brisant und öffentlich relevant sind. Zudem ist die Sprachenheterogenität auch bei der Verwendung der gleichen Sprache ein weiteres Problem. Hinsichtlich der Repräsentativität des Korpus werden Teilkorpora aus verschiedenen Ländern nach denselben Kriterien aufgebaut.

Wenig sinnvoll wäre beispielsweise ein Vergleich von Boulevardzeitungen des einen Landes mit ‚seriösen‘ Zeitungen eines anderen Landes. Ebenso wenig macht es Sinn, die eher linken Zeitungen eines Landes mit den politisch entgegengesetzten Zeitungen eines weiteren Landes zu vergleichen.³⁶⁶

Ausgehend von der „Kunst des Möglichen“ als einem Prinzip der Düsseldorfer Schule wird hier zugegeben, dass eine exakte Ausgewogenheit der zu vergleichenden Diskurse kaum möglich ist und dass es sich lediglich um eine „annähernde Gleichartigkeit“ der in den Korpora vertretenen Medien zum Zwecke einer bestmöglichen Repräsentativität handelt.³⁶⁷ Auch in internationalen Diskursvergleichen bewegt sich die Düsseldorfer Schule auf drei Forschungsebenen: Lexik, Metaphorik und Argumentation. Im Bereich der Lexik sind die bewusstseinsspiegelnde Wirkung, das argumentative Potential und die deontische

365 Vgl. Böke, Karin/Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Wengeler, Martin: Vergleichende Diskursanalyse. Überlegungen zur Analyse internationaler und intralingualer Textkorpora. In: Thomas Niehr, Karin Böke (Hrsg.): Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien. Opladen 2000, S. 11–36, hier S. 12 ff.

366 A.a.O., S. 16.

367 A.a.O., S. 17.

Bedeutung des diskursrelevanten Vokabulars von Interesse.³⁶⁸ Die Metaphernanalyse interessiert sich für die Frage, ob in den verglichenen Diskursen die gleichen Metaphertokens, -konzepte und Bereiche aktiviert werden, ob diese in ähnlicher Weise dominieren und ob sie sich gleichzeitig verändern.³⁶⁹ In der Argumentationsanalyse gilt es aufzuzeigen, ob in den jeweiligen Ländern die gleichen Argumentationsmuster vorkommen, inwiefern diese über welchen Zeitraum parallel laufen und in welchem Maße sie sich wandeln.³⁷⁰ Besonders interessant sind Argumente, die nur in einem Land auftreten, weil sie mentalitätsgeschichtlich relevante Eigenschaften und Sichtweisen dieses Landes deutlich zeigen. Allerdings beschränken sich die meisten vergleichenden Düsseldorfer Analysen auf den deutschsprachigen Raum und konzentrieren sich grundsätzlich auf den Migrationsdiskurs. Eine Erweiterung des Themenhorizonts wäre jedenfalls wünschenswert, besonders wenn man „fremde“ Kulturen und international brisante Themen (z. B. Terrorismus oder Klimawandel) in die Analyse mit einbezieht. Vergleichende empirische Analysen der Düsseldorfer Schule sind in dem Sammelband *Einwanderungsdiskurse*³⁷¹ zu finden.

2.2.7 Kritische Diskursanalyse

Die Kritische Schule umfasst unter anderem die sich durch hohes sozialpolitisches Engagement auszeichnenden Forscher Jürgen Link, Siegfried Jäger und Ruth Wodak. Sie haben den Aspekt der Macht in und durch den Diskurs sowie das Verhältnis dieser Macht zum Wissen und zum Subjekt im Werk Foucaults wahrgenommen und sich grundsätzlich mit manipulativen und machtorientierten Elementen aktueller politischer Mediendiskurse auseinandergesetzt. Im Zentrum dieser kritischen Schule liegt im deutschen Sprachraum das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS), dessen theoretisches Konzept vor allem vom Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger entwickelt und von den Mitarbeitern des Instituts in zahlreichen Forschungsprojekten empirisch umgesetzt wurde. Die kritische Diskursanalyse distanziert sich von der diskursorientierten, deskriptiven historischen Semantik und versteht sich als eine eigenständige Disziplin. Jäger kritisiert in diesem Zusammenhang die germanistische Sprachwissenschaft, weil sie sich „lange Zeit auf die historische Semantik (beschränk-

368 Ebd.

369 Vgl. a.a.O., S. 23.

370 Vgl. a.a.O., S. 27.

371 Niehr, Thomas/Böke, Karin (Hrsg.): *Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien*. Opladen 2000.

te)³⁷². Dieser Anhaltspunkt ist nicht grundsätzlich falsch, wenn er mit dieser „Beschränkung“ den Ausschluss von Machtwirkung von Diskursen und Gesellschaftskritik meint. Denn diese Aspekte haben tatsächlich keinen Platz in der deskriptiven historischen Semantik. Dass das Konzept der kritischen Diskursanalyse, wie Jäger es versteht, trans- beziehungsweise interdisziplinär ist, steht außer Frage. Und dass es sich eng und grundlegend an Michel Foucault anlehnt, ist ebenfalls offensichtlich. Aber dass linguistische Ansätze der historischen Semantik – so kritisiert sie Jäger – davor zurückscheuen, „die Grenzen traditioneller (Text-)Linguistik zu überschreiten“³⁷³, ist eine Behauptung, die hier nicht bestätigt werden kann. Die in dieser Arbeit diskutierten theoretischen Überlegungen und die empirischen Arbeiten der Düsseldorfer Schule lassen keinen Zweifel daran, dass sie die Grenzen traditioneller Textlinguistik bei weitem überschritten haben und mit sicheren theoretischen und methodischen Instrumentarien tief in das soziale Wissen und die diskursiven Wissensordnungen eingreifen. Insofern kann die deskriptive Diskurssemantik auch bei Vernachlässigung von diskursiven Machtfragen aufgrund ihrer epistemologischen Perspektiven und kulturwissenschaftlich fundierten Gegenstandsbestimmungen immerhin als eine reiche Semantik gelten und keineswegs als reduktionistisch. Kritik und Macht schließt sie aus, weil sie sie ausschließen will, und nicht, weil sie sie nicht erfassen kann. Kurz: Sprachanalyse ist in der kritischen Schule der Analyse gesellschaftlicher und politischer Prozesse untergeordnet. Sie interessiert sich nicht in erster Linie für linguistische Fragestellungen per se, sondern für den „linguistischen Charakter sozialer und kultureller Prozesse und Strukturen“³⁷⁴. Für Ingo Warnke ist die Kritische Diskursanalyse

im besten Sinne angewandte Sprachwissenschaft, sie vermag als solche eine Hilfsdisziplin für andere Wissenschaften zu sein, beantwortet dabei aber weniger linguistische Fragestellungen selbst.³⁷⁵

Aber was genau unterscheidet die kritische Diskursanalyse von der historischen Semantik?

,Wissen‘ meint hier alle Arten von Bewusstseinsinhalten bzw. von Bedeutungen, mit denen jeweils historische Menschen die sie umgebende Wirklichkeit deuten und gestalten. Dieses ,Wissen‘ beziehen die Menschen aus den jeweiligen diskursiven Zusammenhängen, in die sie hineingeboren sind und in die verstrickt sie während ihres gesamten Daseins leben. Diskursanalyse [...] zielt darauf ab, das (jeweils gül-

372 Jäger, Siegfried/Jäger, Margarete: Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden 2007, S. 17.

373 Ebd.

374 Keller, Reiner: Diskursforschung: Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden 2007, S. 29.

375 Warnke 2007, S. 7.

tige) *Wissen der Diskurse* bzw. der *Dispositive* zu ermitteln, den konkret jeweiligen Zusammenhang von Wissen/Macht zu erkunden und einer Kritik zu unterziehen.³⁷⁶

Der erste Satz dieses Zitats zeigt auf, dass die historische Semantik und die kritische Diskursanalyse im Kern weitgehend dieselben Ziele verfolgen. Sie interessieren sich für Weltansichten und Wahrheiten, die in einer bestimmten historischen Epoche als selbstverständlich, rational, logisch und allgemein bekannt gelten. Zudem werden im obigen Zitat drei Aspekte angesprochen, die einander bedingen und sicherlich das Besondere der kritischen Diskursanalyse ausmachen: Miteinbeziehung der *Macht* des Diskurses in die Analyse von Wissen, das *Diskurs-Subjekt-Verhältnis* und die *Kritik*. Im Folgenden werden diese Aspekte diskutiert.

2.2.7.1 Diskurs und Macht

Oft wird die Definition des Dortmunder Literatur- und Kulturwissenschaftlers Jürgen Link zitiert. Diskurs ist für ihn „eine institutionell verfestigte Redeweise, insofern eine solche Redeweise schon Handeln bestimmt und verfestigt und also auch schon Macht ausübt.“³⁷⁷ Jäger definiert den Diskurs als „Fluß von Wissen bzw. sozialen Wissensvorräten durch die Zeit“, der „individuelles und kollektives Handeln und Gestalten bestimmt, wodurch er Macht ausübt.“³⁷⁸ Offensichtlich sind Diskurse nicht wegen ihrer Funktion als *Ausdruck* gesellschaftlicher Praxis von Interesse, sondern „weil sie bestimmten Zwecken dienen: Machtwirkungen ausüben.“³⁷⁹ Diskurse sind nach diesem Verständnis die eigentlichen Träger von Wissen und gelten als Machtfaktoren, indem sie das Verhalten von Individuen induzieren und das Sagbare determinieren. Von dieser Macht *der* Diskurse unterscheidet Jäger eine Macht *über* die Diskurse, in dem Sinne, dass Individuen, die beispielsweise einen leichten Zugang zu den Medien und zu Diskursen haben oder über Ressourcen verfügen, zur Verstärkung beziehungsweise Relativierung der Macht von Diskursen beitragen. Unschwer lässt sich in solchen Formulierungen erkennen, wie die Akzente in der kritischen Diskursanalyse neu gesetzt werden. Von den kollektiven Denkgewohnheiten, Mentalitäten und Topoi der historischen Diskurssemantik, die deskriptiv rekonstruiert werden, damit historische Texte verstanden werden, ist hier kaum mehr die Re-

376 Jäger, Siegfried: Diskurs und Wissen. In: Reiner Keller et al. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1. Theorien und Methoden. Opladen 2001, S. 81–112, hier S. 81.

377 Link, Jürgen: Was ist und was bringt Diskurstaktik. In: KultuRRevolution 2, 1983, S. 60–66, hier S. 60.

378 Jäger 2001, S. 82.

379 A.a.O., S. 82 f.

de. Natürlich wird auch hier eine handlungsorientierte Sprach- und Kommunikationsbetrachtung vertreten, jedoch stehen die epistemischen Voraussetzungen sprachlicher Handlungen nicht im Vordergrund. Im Mittelpunkt stehen *Herrschaft* und *Macht* der und über die Diskurse. Die wichtigsten Begrifflichkeiten, mit denen das Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung operiert, sind *Spezialdiskurs* (wissenschaftlicher Diskurs), *Interdiskurs* (vorwiegend nicht-wissenschaftlicher Diskurs), *Diskursstränge* (thematisch einheitliche Diskursverläufe), *Diskursfragment* (Text zu einem bestimmten Thema), *diskursives Ereignis* (diskursiv relevantes Geschehen), *Diskursebene* (sozialer Ort, wie Medien, Politik, Alltag, Wissenschaft, Erziehung) und *Diskursposition* (ideologischer Standort eines am Diskurs Beteiligten).³⁸⁰ Erinnernd an Foucault spricht Jäger den Diskursen eine eigene *Materialität* zu, in dem Sinne, dass sie nicht bloß als Widerspiegelung gesellschaftlicher Wirklichkeiten fungieren, sondern ein „Eigenleben“ führen. Sie seien nicht Materialitäten zweiten Grades, nicht „weniger materiell“ als die echte Realität. Sie seien „vollgültige Materialitäten ersten Grades“.³⁸¹ Damit wollte Jäger vielleicht verhindern, dass Diskurs als Ideologie und Diskursanalyse als Ideologiekritik missverstanden wird.

2.2.7.2 Herrschaftskritik

Gewiss bildet die Kritik einen integralen Bestandteil einer *kritischen* Analyse. Das kritische Potential der Analyse besteht darin, dass sie „verdeckte Strukturen sichtbar macht“ *und* bewertet und dass die Analyse „mit begründeten ethisch-moralischen Überlegungen gekoppelt“³⁸² wird. Explizit lehnt es Jäger ab, mit seiner Analyse lediglich „in Texten den Ausdruck bestimmter zeitgeschichtlicher Denkweisen“ herauszufiltern und betont hingegen die „Funktion von Diskursen als herrschaftslegitimierenden und sichernden Techniken in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft“³⁸³, die im Rahmen eines Programms gesellschaftlich-politischer Aufklärung insbesondere hinsichtlich ihrer Widersprüche und ihres Verschweigens zu explizieren ist. Es soll in der kritischen Diskursanalyse gezeigt werden, welche Mechanismen einen Diskurs zulassen, verbieten, initiieren, kontrollieren und strukturieren.³⁸⁴ Sichtbar gemacht werden müssen vor allem historisch-diskursive Gültigkeiten, die „als ewige und quasi natürliche Wahrheiten ‚verkauft‘ werden“ sowie „zu Unrecht Konsens beanspruchende Aussagen oder falsche Verallgemeinerungen und dementsprechende Fluchtli-

380 Vgl. a.a.O., S. 96 ff.

381 Vgl. a.a.O., S. 85.

382 Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Duisburg 1993, S. 19.

383 Jäger 1993, S. 151.

384 Ebd.

nien“.³⁸⁵ Die Kritik richtet sich gegen dieses Wissen und seine Machtwirkung. Richtiges Wissen und absolute Wahrheiten gibt es in der kritischen Schule nicht. Es gibt lediglich *gültiges* Wissen, welches im Laufe der Geschichte durch anderes ersetzt wird. Es gilt hier zu betonen, dass Kritik in diesem Zusammenhang nicht kausalanalytisch oder logisch definiert wird, sondern vornehmlich ethisch. Für viele gesellschaftliche Phänomene (z. B. Rassismus) gebe es keine natürlichen oder logischen Ursachen oder andere Gesetzmäßigkeiten, mit denen man solche Phänomene kausal begründen könne.

Beobachtet man sich selbst, so ist sehr schnell festzustellen, dass diese Denkfähigkeit nicht auf kausales Schließen oder logisches Denken zu reduzieren ist, sondern dass man auch immer einschätzt, vergleicht, bewertet und (moralisch) be- und verurteilt.³⁸⁶

Dies soll aber keineswegs bedeuten, dass die Überzeugungen und moralischen Hintergründe des Analytikers in dieser Schule unhinterfragt als Maßstab der Kritik gelten. Auch der Standpunkt des Kritikers wird in diesem Konzept problematisiert. Seine moralische Position müsse zuerst begründet werden, denn „sie versteht sich keineswegs von selbst“³⁸⁷. Darüber hinaus sei der Analytiker nicht etwa ein Außenstehender, der den Diskurs aus neutraler Perspektive beobachtet. Er ist selbst *verstrickt* in diskursive Machtkonstellationen, von denen aus er Kritik ausübt.

Dabei muss sich der kritisierende Wissenschaftler darüber klar sein, daß er mit seiner Kritik nicht außerhalb der Diskurse steht, da er sonst sein Konzept Diskursanalyse selbst in Frage stellt. Er kann sich – neben anderen kritischen Aspekten, die die Diskursanalyse bereits als solche enthält – auf Werte und Normen, Gesetze und Rechte berufen.³⁸⁸

Zwar ist die kritische Diskursanalyse gesellschaftsspezifisch und gesellschaftsimmanent und lehnt sich nicht an universale Moralvorstellungen als Maßstab, jedoch hat die spezifische Moral einer Gesellschaft keinen quasi heiligen Status und wird selbst kritisch hinterfragt. Dabei werden zuweilen universale Grundsätze, wie das Sinnvollsein menschlicher Existenz auf dem Globus, in Erwägung gezogen, woraus man beispielsweise erschließen könne, dass Konflikte nicht mit vernichtender Gewalt zu lösen seien.³⁸⁹

Der Verfasser ist der Ansicht, dass sich im Hintergrund dieser programmatischen Einführung von Machtkritik in eine Analyse mit einem *wissenschaftlichen*

385 Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster 2004, S. 223.

386 A.a.O., S. 220.

387 A.a.O., S. 225.

388 Jäger 2001, S. 83.

389 Vgl. Jäger 2004, S. 228.

Anspruch die Frage abspielt, was Wissenschaft überhaupt ist und was ein Wissenschaftler zu leisten hat. Deskriptive Wissenschaften scheint es in diesem Sinne gar nicht zu geben, geschweige denn objektive oder neutrale Ergebnisse. Jäger verweist darauf, dass Diskurspositionen der Analysierenden notwendigerweise in die Analyse bewusst oder unbewusst einfließen, vor allem wegen des hermeneutisch deutenden Umgangs mit dem Material, und dass dies sogar alle Wissenschaften betreffe. Man deute gesellschaftliche Wirklichkeiten vor dem Hintergrund von Wissen, in das man sozusagen hineingeboren sei, das man erworben und im Laufe seines Lebens mehr oder minder verändert habe. „Insofern ist Wissenschaft immer auch politisch“.³⁹⁰ Deshalb wird Kritik programmatisch in die Analyse eingeführt. Die bloße Beschreibung von Sachverhalten und gesellschaftlichen Phänomenen im Sinne unkritischer, deskriptiver Wissenschaften ist nach diesem Verständnis von Wissenschaft nicht hinreichend.

Wissenschaft ganz allgemein verfolgt ja den Anspruch, „Wahrheit“ und „Wissen“ zu produzieren. Die produzierten Wahrheiten und das produzierte Wissen werden dazu verwendet, dass man sich angemessener auf die Wirklichkeit beziehen kann, diese verbessert, oder auch besser beherrschen lernt. Insofern ist Wissenschaft *im Prinzip kritisch* gegenüber Bestehendem und auch gegenüber vorfindlichem Wissen aller Art, da sie vorhandenes Wissen potentiell in Frage stellt.³⁹¹

Diese „kritische Wissenschaft“ unterscheidet sich von „affirmativen Wissenschaften“, deren Ziel es sei, „herrschaftssicherndes Wissen zu produzieren oder zu verteidigen, also unkritisch zu sein“.³⁹² Mit dieser starken These will Jäger nach Ansicht des Verfassers dafür plädieren, dass Wissenschaftler nicht im berühmten Elfenbeinturm forschen, sondern praktische Probleme zu lösen und soziale Bedürfnisse zu befriedigen trachten sollten. Dieses Anliegen klingt sympathisch, auch wenn es absurd wäre, wenn man bei jeder wissenschaftlichen Tätigkeit, besonders im Sinne der Grundlagenforschung, ein praktisches Problem vor Augen haben müsste, welches man dann kritisieren wollte. Problematisch ist indes die Verschmelzung von Wissenschaft und Politik, wie sie hier dargestellt wird. Darüber, ob eine kritische Bewertung oder sogar eine Veränderung bestehender Wirklichkeiten eine Aufgabe der Wissenschaft darstellt, kann man streiten. Für Jäger ist die Beschreibung von Sachverhalten und diskursiven Zusammenhängen „nur“ ein Mittel zum Zweck oder ein „Teilziel“, jedoch die wissenschaftliche Tätigkeit „erschöpft sich nicht darin“.³⁹³

Die Beschreibung von Diskursen bzw. Diskurssträngen ist allerdings eine wichtige Voraussetzung dafür. Und erst dann, wenn wir in der Lage sind, die gefundenen dis-

390 Jäger 2007, S. 16.

391 Jäger 2004, S. 215. Hervorhebung im Original.

392 Ebd.

393 Jäger 2004, S. 216.

kursiven „Sachverhalte“ wohlbegründet zu bewerten und zu kritisieren, wird Diskursanalyse zu Kritischer Diskursanalyse.³⁹⁴

Jägers Unterscheidung von kritischen und affirmativen (herrschaftsbejahenden) Wissenschaften ist auch nicht ohne weiteres ersichtlich, denn sie lässt den (falschen) Eindruck entstehen, als ob ein Wissenschaftler unbedingt in die „Sache“ bewertend und handelnd eingreifen müsste, entweder bejahend oder kritisierend. Einen dritten Weg scheint es nicht zu geben. Wissenschaftliche Distanz und Sachlichkeit des Analytikers lassen sich im Rahmen dieses Diskursverständnisses nicht recht vorstellen. Der Wissenschaftler beschreibt, bewertet, kritisiert und handelt korrigierend. Er hat „also Widerstand dagegen zu leisten.“³⁹⁵ Ferner solle er einen „Gegendiskurs“ etablieren. Und dies ist bereits *vor* der Analyse so gedacht:

Die Beschäftigung *mit gesellschaftlich brisanten Themen* und der Art und Weise ihrer Behandlung ist – so gesehen – bereits im Ansatz mit einer kritischen *Absicht* verbunden und enthält Momente eines Gegendiskurses.³⁹⁶

Dieses ausgeprägte politische Engagement konfrontiert uns mit einer nicht recht üblichen Auffassung von Wissenschaft. Wenn ein Wissenschaftler aktiv am politischen Geschehen teilnimmt, Widerstand gegen seinen Forschungsgegenstand leistet und sogar einen Gegendiskurs etabliert, so brauchen wir vielleicht einen zweiten Wissenschaftler, der diesen ganzen Prozess (also den Diskurs und den Gegendiskurs des ersten Wissenschaftlers) *beschreibt*. Diesen „außenstehenden“ Wissenschaftler kann es aber nach dem hier erläuterten Diskursbegriff nicht geben. Hier kommt wohl die Problematik der übertriebenen Betonung der Macht von Diskursen deutlich zum Vorschein. In den Augen des Verfassers kann man die Macht von Diskursen und über Diskurse, wenn sie jemanden interessiert, möglichst deskriptiv zu beschreiben und sichtbar und bewusst zu machen trachten, ohne sich als politisch aktiver Akteur explizit vorzustellen, ohne die sicherlich erforderliche wissenschaftliche Distanz aufzugeben und ohne die Ergebnisse seiner Tätigkeit als Wissenschaftler von vorneherein in den Dienst der „Sache“ zu stellen. Dass der Wissenschaftler die Sachverhalte wegen seiner „Verstrickung“ in irgendwelchen Diskursen nicht objektiv beschreiben kann, berechtigt nach Ansicht des Verfassers nicht dazu, seinen politischen mit seinem wissenschaftlichen Willen zu verschmelzen und gar keine Trennung mehr anzuerkennen. Solange das Subjekt in der Lage ist, diskursive Widersprüche und nicht begründete, aber gültige Wahrheiten zu beobachten und zu kritisieren, und solange das Subjekt in der Lage ist, die eigenen moralischen Kriterien und ethi-

394 A.a.O., S. 224.

395 A.a.O., S. 223.

396 A.a.O., S. 224. Hervorhebung im Original.

schen Maßstäbe seiner Kritik zu reflektieren und prüfend in Frage zu stellen, wird es ihm weitgehend gelingen, sein politisches Engagement zumindest vorübergehend in Klammern zu halten, damit er beim Analysieren nicht nur noch nach Bestätigungen bereits gefällter Urteile sucht und Anderes übersieht oder ignoriert.

2.2.7.3 Das Subjekt und der Diskurs

Hinsichtlich des Verhältnisses von Diskurs und Subjekt herrscht in der kritischen Diskursanalyse die Meinung, dass nicht das Subjekt Diskurse konstituiert, sondern im Gegenteil:

Das Individuum ist im Diskurs tätig, es ist in den sozialen Diskurs verstrickt [...]. Das Individuum macht den Diskurs nicht, eher ist das Umgekehrte der Fall. [...] Sie [Diskurse, M. A.] produzieren Subjekte und – vermitteln über diese [...] gesellschaftliche Wirklichkeiten.³⁹⁷

Diskurse selbst sind „Resultate historischer Prozesse“.³⁹⁸ Die Rolle des Subjekts wird also deutlich reduziert. Hingegen wird die determinierende Macht von Diskursen auf der anderen Seite überschätzt. Gewiss haben Diskurse Macht, ebenfalls gewiss ist es, dass Diskurse einen erheblichen Einfluss auf Individuen ausüben. Trotzdem muss man nicht unbedingt davon ausgehen, dass es im Prinzip und im Normalfall *eine* herrschende gültige Wirklichkeit gibt und dass andere konkurrierende Wirklichkeitsbilder, die eben von „verstrickten“ Subjekten erzeugt werden, bloße Abweichungen von einer Regel sind. Auch eine mögliche Heterogenität in der medialen Berichterstattung, die Jäger eingesteht, veranlasst ihn nicht dazu, diese behauptete starke Macht von Diskursen zu degradieren, weil sie ja nicht alle Beteiligten wirklich betrifft und daher doch nicht so stark ist. Sonst würde es ja gar keine heterogene Meinungsvielfalt mehr geben. Er macht aber genau das Gegenteil: Er degradiert „andere“ eventuelle Meinungen als „Abweichungen vom Mainstream“ oder als eine „Spaltung“³⁹⁹ im Diskurs, die in der Regel wieder überwunden würden. Es handele sich um „unterschiedliche Spielarten des Gleichen“. Metaphorisch ausgedrückt, handele es sich um verschieden aussehende „Erbsen“, die zwar Differenzen zueinander in Gewicht, Farbe, Rundung usw. aufweisen können, jedoch im Kern gleich sind. Und das Wichtigste: „So kann man auch schließen, dass bereits die einzelne ‚Erbse‘ eine Aussage über alle Erbsen zulässt.“⁴⁰⁰ Daher werden in kritischen Analysen mithilfe weniger „zeittypischer“ Texte allgemeine, diskursive Aussagen formuliert.

397 Jäger 2001, S. 85.

398 A.a.O., S. 86.

399 Jäger 2004, S. 208.

400 A.a.O., S. 209.

Das Vorkommen einer dem herrschenden Diskurs widersprechenden Aussage könnte, so Jäger, darauf verweisen, dass es um ein Organ eines Gegendiskurses, eines gesellschaftlichen Randes oder eines wissenschaftlichen Diskurses geht.⁴⁰¹ Es kann also um vieles gehen, aber nicht um die Relativierung der Macht von Diskursen und nicht um eine anders definierte Position des Individuums. Allerdings ist hier nicht gemeint, dass das Subjekt wie ein Automat ist, der vom Diskurs gesteuert wird. Das Subjekt handelt nach dieser Auffassung vom Diskurs selbstständig, aber sein Handlungsspielraum ist begrenzt:

Das tätige Individuum ist also voll dabei, wenn es um die Realisierung von Machtbeziehungen (Praxis) geht. Es denkt, plant, konstruiert, interagiert und fabriziert. [...] Es tut dies aber im Rahmen eines wuchernden Netzes diskursiver Beziehungen und Auseinandersetzungen, im Rahmen ‚lebendiger Diskurse‘ [...].⁴⁰²

2.2.7.4 Methodisches Vorgehen

Im Unterschied zu anderen Schulen der Diskursanalyse, die sich auf *theoretische* Programmatiken historischer Semantik konzentriert haben, ist die kritische Diskursanalyse *empirisch* gerichtet. Durch die Erforschung vieler Diskurse aus den Medien, dem Alltag und der Politik hat sich neben den oben skizzierten theoretischen Überlegungen ein beachtliches methodisches Instrumentarium herausgebildet und etabliert. Die konkrete Analyse vollzieht sich in der Regel in fünf Schritten: Anfangs wird die zu untersuchende Diskursebene charakterisiert, etwa Printmedien, Filme, Frauenzeitschriften usw. Anschließend wird das Material in vielen, sehr komplexen Schritten⁴⁰³ aufbereitet, bevor es hinsichtlich seiner Struktur und des zu analysierenden Diskursstrangs ausgewertet wird. Nach einer sogenannten *Feinanalyse* eines „typischen“ Artikels werden zum Schluss die Ergebnisse zusammengefasst, reflektiert und einer Gesamtaussage zugeführt.⁴⁰⁴ Es werden allerdings sehr umfangreiche Korpora ausgewertet. Zu unterstreichen ist die Feinanalyse „typischer“ Artikel, von der in den behandelten Ansätzen der deskriptiven Diskurssemantik keine Rede war. Diese Feinanalyse ist ein besonderes Merkmal der kritischen Diskursanalyse. Der Grund dafür ist, dass es in der kritischen Diskursanalyse vor allem um die Frage geht, welchen Beitrag ein Medium zur Akzeptanz irgendwelcher Praktiken leistet. Daher gibt es bestimmt meinungsbildende Artikel, die diese „Macht über die Diskurse“ besser demonstrieren als andere. Zudem seien die am Diskurs Beteiligten, wie bereits erläutert, im Kern gleich, was zur Folge hat, dass der Übergang vom Einzelnen zur ganzen Gesellschaft theoretisch reibungslos funktioniert. Bereits die Analyse eines

401 Vgl. a.a.O., S. 210.

402 Jäger 2001, S. 87.

403 Dies sind ca. 35 Arbeitsphasen. Vgl. Jäger 2001, S. 104–106

404 Vgl. a.a.O., S. 103 f.

einzelnen Textes könne viel über den jeweiligen Diskurs sagen. All dies interessiert die deskriptive Diskurssemantik nicht. Es hängt also alles damit zusammen, welches Diskursverständnis man vertritt und welche Erkenntnisziele die Analyse verfolgt. Was die Vollständigkeit des zu untersuchenden Diskurses und die Generalisierung der Ergebnisse anbelangt, verweist Jäger auf eine interessante Erkenntnis, von der auch in der vorliegenden Arbeit Gebrauch gemacht wird. Bekanntlich werden *quantitative* Sprach- und Sozialforschungen oft kritisiert, weil sie in vielen Fällen keine zuverlässigen, generellen Aussagen über sprachliche, soziale und kulturelle Sachverhalte erlauben. Die Einführung *qualitativer* Methoden in die Kultur- und Sozialforschung verspricht hingegen bessere Ergebnisse und gilt als Reaktion auf die Schwächen der quantitativen Forschung.⁴⁰⁵ Das wesentliche Problem der Erforschung kultureller Prozesse, nämlich wie man aus einem begrenzten Untersuchungsmaterial generelle Aussagen und Verallgemeinerungen formulieren kann, ist ohne Berücksichtigung der Quantität der untersuchten Texte fragwürdig. Daher tendieren viele Forscher dazu, qualitative mit quantitativen Methoden zu kombinieren, um dieses Problem zu lösen. Diese Kombination wird von Jäger strikt abgelehnt.

Traut man den Ergebnissen der qualitativen Sozialforschung nicht, so kann dieses Misstrauen ja wohl kaum dadurch beseitigt werden, dass man ein anderes Verfahren, dem man auch nicht traut, zur Absicherung der eigenen Ergebnisse ins Feld führt.⁴⁰⁶

Stattdessen schlägt er vor, Einzelfälle desselben Diskursstrangs soweit zu analysieren, bis sich keine neuen Erkenntnisse mehr ergeben. Mit anderen Worten: Der quantitative Aspekt spielt keine zentrale Rolle, ist nicht genau bestimmt und hängt vom qualitativen Aspekt ab. Es werden so viele Diskursfragmente in das Korpus mit einbezogen und ausgewertet, bis sich nichts Neues mehr ergibt. Dann ist die Vollständigkeit des Diskurses gegeben. Dies zu erreichen erfordert nicht unbedingt die Auswertung eines umfangreichen Korpus. Nach Jägers Erfahrung werde ein Diskursstrang „erstaunlich bald“⁴⁰⁷ vollständig erfasst. Dieser Methodenentwurf kann nach Ansicht des Verfassers als gelungen gelten, da eine begründete Bestimmung der Quantität des Forschungsmaterials kaum möglich ist.

2.2.8 Zusammenfassung

Zunächst hat die bisherige Diskussion den Gedanken Kosellecks, Sprachgeschichte als Kulturgeschichte zu erforschen, hochgeschätzt. Der Begriffsge-

405 Vgl. Jäger 2004, S. 206.

406 Ebd.

407 Jäger 2001, S. 101.

schichte Kosellecks sind die wertvollen Impulse für die Linguistik zu verdanken. Es hat sich gezeigt, wie die *Geschichtlichen Grundbegriffe* durch Analyse umfangreicher Textkorpora zustande kamen und eine neue Forschungsdisziplin in der Geschichtswissenschaft etablierten. Abweichungen vom ursprünglichen Konzept der Geschichtlichen Grundbegriffe waren nicht übersehbar, jedoch bleibt das Werk trotz aller Kritik eine sehr informative und kenntnisreiche Wissensquelle. Bevor in dieser Zusammenfassung die Begriffsgeschichte und die anderen wortorientierten Modelle auf die Diskursanalyse bezogen werden, soll zwischen der Begriffsgeschichte als einer Forschungsausrichtung und den *Geschichtlichen Grundbegriffen* als einem Forschungsprojekt unterschieden werden. Dies deshalb, weil problematische Aspekte dieses Projekts zuweilen betont und als Grund für eine grundsätzliche Ablehnung der gesamten Wortsemantik angesehen werden. Zunächst zu den Geschichtlichen Grundbegriffen: Wie bereits erwähnt, haben viele Linguisten und Historiker den Autoren des Lexikons vor allem vorgeworfen, das Quellenmaterial auf wissenschaftlich-philosophische Darstellungen beschränkt und eine Geschichte der Ideen, statt der Erfahrungen, betrieben zu haben. Zudem seien diskursive Zusammenhänge und Beziehungen zwischen den Begriffen gar nicht oder nicht genügend berücksichtigt worden. Selbstredend ist eine solche Kritik nur dann sinnvoll, wenn man eine historisch orientierte Begriffsgeschichte im Prinzip für möglich hält. Denn diese Fehler sind durchaus korrigierbar. Besonders problematisch ist überdies das Sprachverständnis Kosellecks, welches mehr oder minder strukturalistische Züge aufgewiesen hat und folglich auf breite Kritik gestoßen ist. Auch dies lässt sich selbstredend vermeiden. Wenn man Wortsemantik betreibt, muss man die Bedeutung nicht unbedingt als Leistung einzelner Wörter betrachten. Mit den Worten Busses: Wörter evozieren Wissen. Natürlich evozieren Wörter wie *EU-Erweiterung*, *Große Koalition*, *Kalter Krieg*, *Terror* mehr Wissen als andere Wörter, wie *machen*, *haben* oder *schlafen*. Man könnte hier noch sagen, dass es nicht die Aufgabe Kosellecks ist, adäquate Sprachkonzepte vorzulegen, sondern die Aufgabe der Linguisten, die teilweise bis heute an die Angeborenheit der Sprache glauben und sich bemühen, sie „to the main body of natural sciences“ zuzurechnen! Diese Überlegungen sollen keineswegs für die Begriffsgeschichte plädieren. Gemeint ist lediglich, dass es, wie bereits gezeigt, an *Begriffen* orientierte Studien gibt, die Alltagstexte deskriptiv und mit sicheren theoretischen und methodischen Werkzeugen analysieren, diskursive Zusammenhänge mehr oder minder berücksichtigen und wertvolle Ergebnisse hervorbringen.

Im Vergleich zur Diskursanalyse ist das Zugriffsobjekt der lexikalisch arbeitenden Forschung offensichtlich sehr begrenzt und beschränkt sich lediglich auf einzelne sprachliche Einheiten, die als „Vehikel von Gedanken“ gelten; dabei werden gewiss erhebliche epistemische Momente übersehen, die nicht mit *Be-*

griffen ausgedrückt oder gar nicht verbalisiert werden. Bekanntlich kommt das kollektive Wissen entweder explizit zur Sprache oder wird in sprachlichen Äußerungen im Sinne Busses als verstehensrelevantes Hintergrundwissen vorausgesetzt. Lexikalisch vorgehende Arbeiten, darunter natürlich Schlagwortanalysen, haben nur eine Chance, wenn dieses Wissen verbalisiert wird. Innerhalb des verbalisierten Wissens können lediglich Wissens-elemente berücksichtigt werden, die durch Begriffe beziehungsweise Schlagwörter oder wie auch immer sie heißen, evoziert werden. Dies setzt voraus, dass man bereits vor dem Analyseprozess „wichtige“ Begriffe von anderen sprachlichen Einheiten unterscheiden kann. In dieser Hinsicht ist Foucault zuzustimmen, wenn er bezweifelt, ob herkömmliche Wissensanalysen, wie die Begriffsgeschichte,

der ungeheuren Dichte des wissenschaftlichen Diskurses gerecht werden, und ob es nicht außerhalb ihrer gewohnten Grenzen Systeme von Regelmäßigkeiten gibt, die eine entscheidende Rolle in der Geschichte der Wissenschaften spielen.⁴⁰⁸

Hingegen kann die Diskurssemantik, wie sie Busse, Teubert und Hermanns vorschlagen, im Prinzip jede einzelne kommunikative Handlung untersuchen und das gesamte Handlungswissen erfassen. Wenn man indes die Eingrenzung des Korpus vom imaginären über das virtuelle bis hin zum konkreten Korpus bedenkt, welches in der Regel nur in Teilaspekten untersucht wird, so lässt sich auch fragen, ob konkrete Korpora „der ungeheuren Dichte des wissenschaftlichen Diskurses gerecht werden und ob es nicht außerhalb ihrer Grenzen Systeme von Regelmäßigkeiten gibt“⁴⁰⁹. Damit soll gesagt werden, dass beide Forschungsrichtungen Grenzen und Einschränkungen haben, wobei lexikalische Analysen bereits bei der theoretischen Gegenstandsbestimmung sich mit (bloßen) Begriffen begnügen und ihre theoretischen Grenzen sichtbar machen. Demgegenüber werden die Grenzen der Diskurssemantik eher im praktischen Umsetzungsprozess ersichtlich. Nicht völlig zu Unrecht bemerkt Dieckmann, dass

die epistemischen, kognitiven und sozialen Hintergründe einer einzigen kommunikativen Handlung sich als so komplex erweisen (könnten), dass er [der Forscher, M. A.] in der Analyse dieser einzigen auch stecken bleiben wird.⁴¹⁰

Aus diesem Grund war es unentbehrlich, an die theoretischen Überlegungen der Diskurssemantik die empirischen Studien der Düsseldorfer Schule und die Schlagwortanalysen anzuschließen. Die Düsseldorfer Schule hat nicht nur demonstriert, dass Diskursanalyse Theorie und zugleich Methode ist. Sie hat vor allem unter Beweis gestellt, dass theoretische Konzepte der Diskurssemantik

408 Foucault 1971, S. 14.

409 Ebd.

410 Dieckmann 1989, S. 223.

doch umsetzbar sind; nicht dergestalt, dass man sich jeder kommunikativen Handlung widmet, die es zu einem Diskurs überhaupt gibt, sondern indem sie Teilaspekte des diskurstheoretischen Fundaments mit eigenen empirischen Methoden bereichern und damit bestimmte Themenkomplexe in einem konkreten und wohl zusammengesetzten Korpus aus einer bestimmten Perspektive und ohne Vollständigkeitsansprüche untersuchen. Es geht also um Diskurskorpora als Stichproben und gar nicht um Diskurse als Grundgesamtheiten. An dieser Stelle dürfen vernünftige Überlegungen Albert Buschs über empirische Gütekriterien für die sprachwissenschaftliche Erfassung von Diskursen nicht vergessen werden. Im Verlauf der Diskussion der Diskursanalyse sollte evident geworden sein, dass die meisten, wenn nicht alle diskursanalytischen Ansätze Bezüge zum Begründer der Diskursanalyse Michel Foucault herzustellen und ihre Position hinsichtlich ihrer Distanz beziehungsweise Nähe zu Foucault zu definieren trachten. Nach der Überzeugung des Verfassers kommt es in der Sprachwissenschaft aber gar nicht darauf an, wer das Konzept Foucaults „originalgetreu“ durchführen kann oder welcher Ansatz „foucaultscherer“ ist als der andere, sondern lediglich, wer problematische (sprachtheoretische) Grundannahmen Foucaults am besten korrigieren und anhand der Diskursanalyse sprachwissenschaftliche Fragestellungen beantworten kann. Die Diskursanalyse, wie sie Foucault entworfen hat, ist gar nicht als linguistisches Zugriffsobjekt gedacht und entspricht in ihrer „originalen“ Form nicht den Ansprüchen der modernen Linguistik. Bereits ihre ideologie- und machtkritischen Hintergründe stehen einer völligen Übertragung in die Linguistik im Weg.

Die vorliegende Arbeit hat uns mit zwei Strömungen in der Linguistik konfrontiert, die sich auf Foucault beziehen, indes mit unterschiedlicher Akzentsetzung: die kritische und die deskriptive Schule. Der Verfasser möchte hier besonders betonen, dass Kritik und Deskription sich gar nicht widersprechen müssen, sondern aufeinander aufbauen. Wenn man wissenschaftlich begründete Kritik und keine wertlose Polemik ausüben will, dann muss man zuerst betroffene Sachverhalte durch strenge Deskription, möglichst objektiv und ohne vorherige Urteile klären. Eine Umkehrung dieser Regel bedeutet, dass man Urteile im Voraus fällt und durch eine Analyse irgendwelcher Art versucht, diese Urteile zu begründen. Dies bedeutet aber auch, dass man in der Analyse bloß solche Aspekte berücksichtigt, die die bereits gebildete Meinung unterstützen. Die kritische Diskursanalyse ist von dieser Gefahr stärker betroffen. Ihre Analysen werden offensichtlich mit dem expliziten gesellschaftskritischen Engagement begründet und durchgeführt. Nach meiner Auffassung muss man Wissenschaft und politisches Engagement deutlich auseinander halten. Selbstredend kann ein Wissenschaftler auch politisch engagiert sein, jedoch muss er eine deutliche Grenze zwischen beiden Bereichen ziehen. Zumindest muss man anfangs als Wissen-

schaftler deskriptiv vorgehen und in einem nächsten Schritt als Kritiker Gesellschaftskritik ausüben. Eine Vermischung der Perspektiven zeitigt zumeist keine fruchtbringenden Ergebnisse für die jeweilige Wissenschaft.

Diese Überlegungen haben deutlich gezeigt, dass die Erforschung sprachlich konstituierten gesellschaftlichen Wissens von drei wesentlichen Aspekten abhängt, die in einem unauflösbaren Zusammenhang stehen müssen: Sprachauffassung, Gegenstandsbestimmung und Analyseverfahren.⁴¹¹ Diese Arbeit hat verschiedene Ansätze behandelt, die diese drei Größen unterschiedlich konzipiert haben. Gemeinsam haben sie vornehmlich, dass sie den Sprachgebrauch in seiner mentalen und sozial-historischen Dimension erfassen und Sprachgeschichte als Kulturgeschichte betreiben.

411 Vgl. Busse 1988, S. 248.

3 Analysemethode

3.1 Methodische Konzeption

Der Arbeit liegen Elemente der traditionellen Schlagworttheorie sowie der Diskursanalyse zugrunde. Mit dieser Verbindung, die es im Folgenden zu plausibilisieren gilt, wird nicht behauptet, die theoretische Kluft zwischen wortbezogenen Sprachanalysen und diskursorientierten Ansätzen gänzlich überbrückt zu haben. Sie soll lediglich als ein Versuch betrachtet werden, etliche Elemente der Diskursanalyse in die Schlagworttheorie zu integrieren. Sprachtheoretische Schwächen, die oft von Diskurstheoretikern kritisiert werden, sollen so zumindest teilweise korrigiert werden. Zudem sollen methodische Instrumentarien, Zugriffsobjekte und Kenntnisziele „traditioneller“ wortbezogener Untersuchungen erweitert werden, unabhängig davon, ob sie ihren Gegenstand *Schlagwort*, *Schlüsselwort*, *Begriff* oder ähnlich nennen.

Es wird in dieser Arbeit mit dem Ausdruck *Schlagwort* operiert. Dieser Ausdruck ist, wie bereits in der Einleitung erwähnt, wertneutral und impliziert keine kritischen oder polemischen Aspekte. Er beschreibt deskriptiv Wörter mit einem meist umstrittenen programmatischen Gehalt, die im Untersuchungszeitraum deutlich brisant waren und in der Öffentlichkeit in aller Regel explizit thematisiert wurden.⁴¹² Sogenannte Modewörter, die zwar brisant sein könnten, jedoch keinen programmatischen Gehalt erkennen lassen, werden nicht berücksichtigt. Einen wichtigen Impuls erhielt der Verfasser von Busses Programm historischer Semantik⁴¹³, in welchem er insbesondere auf theoretische Grundannahmen der *Geschichtlichen Grundbegriffe* des Historikers Reinhardt Koselleck eingeht, sowie von der aktuellen diskurslinguistischen Diskussion im Rahmen der Düsseldorfer Schule und der deskriptiven Diskursanalyse. In dieser Arbeit wird von einem Schlagwortkonzept ausgegangen, welches durch die Einführung folgender diskursanalytischer Prinzipien ansatzweise modifiziert und neu gestaltet wird:

Nicht das Vorkommen des Schlagwortes ist ausschlaggebend, sondern die Aussage der Sprechhandlung. Mit anderen Worten: Es wird bei der Analyse nicht nur nach der Art und Häufigkeit des Vorkommens von Schlagwörtern gesucht, sondern es werden auch Kontexte derselben diskursiven Aussage berücksichtigt, in denen das Schlagwort gar nicht vorkommt. Dieses Vorgehen soll vor allem ermöglichen, relevante, einschlägige Wissens Elemente in die Analyse ein-

412 Diese Definition zieht sich nach Einschätzung des Verfassers als roter Faden durch die lexikalischen Begriffsbestimmungen der Düsseldorfer Schule im Abschnitt 2.2.6.1 und der Schlagworttheorien und -analysen im Abschnitt 2.2.1.

413 Busse, Dietrich: Historische Semantik. Analyse eines Programms. Stuttgart 1987.

zubeziehen, die man mit einer „bloßen“ Suche nach Schlagwörtern nicht erfassen kann. Ein Vollständigkeitsanspruch wird hier explizit negiert, weil die epistemischen Voraussetzungen einer einzelnen Sprachhandlung in ihrer ganzen Tiefe und Breite genügend Material für eine eigene Dissertation anbieten könnten. Da sich die vorliegende Arbeit mit einem sehr umfangreichen Korpus aus einem seinerseits langen, achtjährigen Zeitraum befasst, kann sie viele epistemischen Details nicht berücksichtigen, die sich die Diskursanalyse besonders im Sinne Busses wünscht.

Schlagwörter, die sich demselben diskursiven Rahmen und Wissenszusammenhang zuordnen lassen und in enger Relation zueinander stehen, werden *zusammen* in einem einzigen Themenkomplex analysiert und deutlicher auf einander bezogen. Eine solche Verknüpfung diskursrelevanter Ausdrücke verspricht vor allem eine Einbindung in diskursive Zusammenhänge und übergreifende Argumentationsstrukturen, die die Grundlage für die Verwendung dieser Ausdrücke bilden. Wörter wie *Integration*, *Leitkultur*, *Multikulti*, *Assimilierung*, *Parallelgesellschaft*, *Identität* würden in einem klassischen Schlagwörterbuch wohl jeweils separat als eigenständige Schlagwörter analysiert, in dieser Arbeit werden sie jedoch gemeinsam in einem einzigen Diskurs unter dem Titel *Leitkultur* untersucht. Ferner werden in einem späteren Schritt die einzelnen Diskurse beziehungsweise Themenkomplexe (z. B. die Leitkultur-Debatte und der Kosovo-Diskurs) vernetzt und miteinander verknüpft. Auch hier wird nicht behauptet, dass alle diskursiven Wissens Elemente expliziert werden (können). Es werden lediglich zentrale diskursive Elemente beschrieben.

Des Weiteren wird in dieser Arbeit der Topos-Begriff Martin Wengeler verwendet, um die Umstrittenheit des jeweiligen Diskurses zu zeigen.⁴¹⁴ Mit einem *Topos* ist hier ein *Argumentationsmuster* gemeint, welches für oder gegen einen politischen Standpunkt vorgebracht wird. Gemäß Wengeler bietet die Untersuchung von (kontextspezifischen) Topoi „eine handhabbare und flexible Methode“⁴¹⁵, die zu vielen Zwecken eingesetzt werden kann. Eine Analyse der wichtigsten Argumentationsmuster soll hier vornehmlich die nach der Schlagworttheorie zu dokumentierende Umstrittenheit des jeweiligen programmatischen Gehalts von Schlagwörtern systematisch aufzeigen und relevantes Wissen erfassen, welches sich nicht in Schlagwörtern konstituiert. Da es sich in dieser Arbeit nicht um eine reine Toposanalyse im Sinne Wengeler handelt, wird seine Methode entsprechend dem formulierten Erkenntnisziel mit kleinen Modifizierungen angewandt. Beispielsweise wird auf die quantitative Seite von Topoi

414 Wengeler's Toposbegriff wurde im Abschnitt 2.2.6.3 diskutiert.

415 Wengeler, Martin: Topos und Diskurs – Möglichkeiten und Grenzen der topologischen Analyse gesellschaftlicher Debatten. In: Warnke 2007, S. 165–186, hier S. 183.

verzichtet, weil es in einem Schlagwortkonzept nicht in erster Linie darum geht, welche Argumente wie häufig überhaupt vorkommen, sondern darum, welche Argumente im Mittelpunkt der Diskussion stehen und eindeutig kontrovers diskutiert werden. Das ist selbstredend eine *hermeneutische* Frage. Daher wird auch nicht immer gefragt, wie ein und dasselbe allgemeinformale Schlussmuster *für* und *gegen* einen Sachverhalt verwendet wird, wenn nicht beide Realisierungen in hermeneutischer Hinsicht brisant sind. Aus diesem Grund wird die Abstraktionsebene von Topoi bei der Analyse der einzelnen Diskurse nicht berücksichtigt. Das hat auch damit zu tun, dass es sich um eine *synchronische* Untersuchung eines Zeitraums mit sehr heterogenen Themen und Diskussionen und nicht um eine *diachronische* Analyse eines einzigen Diskurses über verschiedene Zeiträume handelt.

Neu in der lexikalischen Begriffs- beziehungsweise Schlagwortanalyse ist ebenfalls der Versuch zu zeigen, in welchem Argumentationsmuster welche Ausdrücke auffallend oft vorgekommen sind. Dies ist die Reaktion auf Wengeler's Anspruch, die drei Analyseebenen (Lexik, Metaphorik und Argumentation) aufeinander zu beziehen,

so dass sich etwa Aussagen darüber machen ließen, mit welchen materiell-sprachlichen Mitteln bestimmte Argumentationsmuster bevorzugt realisiert werden, wie also Argumentationsmuster mit bestimmten Schlüsselwörtern oder Metaphern Wirklichkeit konstruieren oder wie die wirklichkeitskonstitutive Leistung von Schlüsselwörtern erst im Rahmen ihrer Funktion in Argumentationszusammenhängen angemessen erfasst werden kann.⁴¹⁶

Ursprünglich sollten die Schlagwörter in die Toposanalyse integriert werden. Es hat sich jedoch bei der empirischen Arbeit ergeben, dass nicht alle Schlagwörter sich deutlich einem einzigen Topos zuordnen lassen und dass in einigen Topoi keine spezifische Begrifflichkeit auffällt. Zudem kommt es vor, dass ein Schlagwort in einem Pro-Topos als Fahnenwort (z. B. *humanitäre Intervention*) und in einem „Kontra-Topos“ als Stigmawort auftritt. Deshalb werden Schlagwörter aus arbeitstechnischen Gründen und um einer übersichtlichen Systematisierung willen zwar separat analysiert, aber es wird – soweit es möglich ist – stets angegeben, im Rahmen welches Topos das jeweilige Schlagwort bevorzugt verwendet wurde. Es geht letzten Endes nicht darum, Argumente und Ausdrücke formal zu integrieren, sondern darum, sie analytisch zu vernetzen.

Die klassische Schlagwortanalyse, welche eine alphabetisch geordnete Liste von Schlagwörtern analysiert, wird somit durch die beschriebenen diskurslinguistischen Aspekte ergänzt. Diese Ergänzung beruht auf der Überzeugung, dass „Bedeutungen“ von Schlagwörtern in der hier vorgelegten Form besser erfasst

416 Wengeler 2005a, S. 50.

werden als bei einer alleinigen Beschränkung auf die Schlagwörter selbst und auf ihr Vorkommen.

Weil die Analyse auf soziales, kollektives Wissen abzielt, war es unentbehrlich, alltagsnahe Texte statt theoretischer und enzyklopädischer Quellen zu untersuchen. Es wurden vor allem – eine genauere Darstellung des Korpus erfolgt im nächsten Abschnitt – journalistische Texte aus weit verbreiteten Zeitungen/Zeitschriften ausgewertet, die einen engen Bezug zur „allgemeinen“ deutschen Sprachgemeinschaft versprechen. Selbstredend kann man über die Wirkung dieser Texte bei den Sprachteilhabern streiten, da sich die oft von Journalisten vorgebrachten Argumente nicht ohne Weiteres in der Gesellschaft widerspiegeln. Trotzdem kann wohl davon ausgegangen werden, dass die Presse zur Bildung von Meinungen über Sachverhalte (wie beispielsweise Kriege) beiträgt, die überhaupt nur über die Medien zur Kenntnis genommen werden. An diesem Aspekt, nämlich dem Korpusaufbau, entzündete sich die meiste Kritik an den *Geschichtlichen Grundbegriffen*. Obwohl Presstexte nicht unproblematisch sind, stehen sie Alltagspraktiken und kommunikativen Handlungen allem Anschein nach nahe.

Evident sollte geworden sein, dass es sich nicht um eine exakte Methode handelt, sondern um ein *hermeneutisches* Verfahren als ein Prinzip der kulturorientierten Sprachwissenschaft. Es wurde möglichst versucht, Interpretationen argumentativ abzusichern und die vielleicht natürliche Tendenz des Forschers zur Verschmelzung mit dem zu beschreibenden Gegenstand in Grenzen zu halten. Dass andere Analytiker desselben Zeitraums andere Topoi und Schlagwörter erfassen und die behandelten Argumentationsmuster und Begriffe anders beobachten und gewichten könnten, gehört zum theoretisch-methodischen Grundverständnis und ist erwünscht, solange die Interpretationsverfahren sich wissenschaftlich hinterfragen lassen und ihnen keine polemischen und kritischen Absichten zugrunde liegen.

3.2 Methodisches Vorgehen

3.2.1 Die Erstellung des Textkorpus

Wie bereits erwähnt, liegt der Arbeit ein Textkorpus zugrunde. Zu den analysierten drei Diskursen wurden insgesamt ca. 800 journalistische Texte ausgewertet, hauptsächlich aus DIE ZEIT, SPIEGEL, FOCUS, DIE WELT, SÜDDEUTSCHE ZEITUNG⁴¹⁷ und FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG.⁴¹⁸ Bei

417 Im Folgenden wird für die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG die Abkürzung SZ benutzt.

der Erstellung des Korpus wurden insbesondere methodische Überlegungen von Albert Busch berücksichtigt.⁴¹⁹ Die Zusammenstellung des Korpus vollzog sich nicht nach formalen Kriterien, sondern aufgrund hermeneutischer Erwägungen, nach denen die Zugehörigkeit jedes einzelnen Textes zum jeweiligen Diskurs überprüft wurde. Das Korpus beschränkt sich allerdings auf Texte, in denen der Diskursgegenstand als Haupt- oder Nebenthema explizit thematisiert wurde. Anders als in einigen Schlagwörterbüchern wurden Tageszeitungen nicht ausgeklammert. Häufig geschah dies mit dem Argument der Übersichtlichkeit des Materials und der angeblichen Fokussierung der Tagespresse auf das Tagesgeschehen und nicht auf aktuelle Debatten.⁴²⁰ Dies scheint dem Verfasser aber kein Grund zu sein, die gesamte Tagespresse mit tatsächlich vielen darin vorkommenden Topoi auszuschließen. Nicht jeder einschlägige Text konnte ausgewertet werden; Zufälligkeiten sind gewiss auch vorhanden. Die Perspektivenadäquatheit der analysierten Texte wurde weitgehend in dem Sinne berücksichtigt, dass möglichst viele im Diskurs vertretene Ansichten im Korpus repräsentiert werden. Es wurden verschiedene journalistische Darstellungsformen wie Nachrichten, Berichte, Reportagen, Leitartikel, Kommentare, Feuilletons, Essays usw., mit einbezogen. Dabei hat sich ein Gedanke der kritischen Diskursanalyse Jägers als sinnvoll erwiesen, nämlich dass solange Diskursfragmente in das Korpus einbezogen werden, bis sich keine zentralen Topoi beziehungsweise Schlagwörter mehr ergeben. Solange man der qualitativen Methode bei der hermeneutisch geprägten Sprachforschung nicht traut, sollte man sie auch nicht zur Sicherung seiner Ergebnisse einführen;⁴²¹ so wird in der kritischen Diskursanalyse argumentiert, die allerdings nur in diesem Aspekt in die Arbeit einfließt. Erwähnenswert ist, dass das Korpus nur elektronische Archive von Printmedien umfasst und keine auf Papier gedruckten Texte beinhaltet. Genaue Angaben der Seitenzahlen auf dem gedruckten Papier waren daher nicht möglich. Alle ausgewerteten Zeitungen und Zeitschriften hatten neben den elektronisch archivierten und auf Papier erschienenen Texten eigene Artikel für die jeweilige Online-Redaktion. Diese wurden mitsamt den Leserkommentaren in das Korpus aufgenommen und beim Zitieren als solche markiert. Zwar liegt der Akzent auf dem Kommunikationsbereich „öffentliche Diskussion“ und der Textsorte „Printmedien“, doch wurden zuweilen auch fachliche und wissenschaftliche Texte heran-

418 Im Folgenden wird für die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG die Abkürzung FAZ benutzt.

419 Siehe Abschnitt 2.2.5.1.

420 So hat beispielsweise Thomas Niehr in seinem Schlagwörterbuch argumentiert, (siehe Niehr 1993).

421 Vgl. Jäger 2004, S. 206.

gezogen, insbesondere wenn es sich um Definitionen oder ergänzende und/oder erklärende Angaben gehandelt hat.

3.2.2 Die Auswertung des Textkorpus

Anders als es in den im Abschnitt 2.2.1.3 vorgestellten Schlagwörterbüchern der Fall war, war der erste Schritt bei der Auswertung des in vorliegender Arbeit untersuchten Textkorpus nicht die Suche nach Schlagwörtern und sogenannten Indikatoren, die den Schlagwortcharakter eines Wortes indizieren. Es wurde nach zentralen Themenkomplexen im Zeitraum der rot-grünen Koalition gesucht. So entstand eine Liste von heterogenen zentralen Themen, die die öffentliche Diskussion im Untersuchungszeitraum bestimmten, etwa der Terrorismus, die Einführung der Euro-Währung, die Integration von Migranten, der Kosovo- und der Irak-„Krieg“, die Regelung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften, die EU-Osterweiterung und anderes. Ursprünglich sollten alle zentralen Diskurse in chronologischer Reihenfolge analysiert werden. Da es sich jedoch um komplexe Diskurse und nicht lediglich um Schlagwörter handelt, war es aus arbeitstechnischen Gründen nicht möglich, alle Diskurse zu erfassen, da sie entweder zu oberflächlich oder zu umfangreich hätten behandelt werden müssen, was wiederum den Rahmen der vorliegenden Arbeit gesprengt hätte. Die hier untersuchten Diskurse sind die sogenannte *humanitäre Intervention* im Kosovo (1999), die *Leitkultur* (2000/2001) und der *Terrorismus* (2001). Dass sie auf den ersten Blick völlig unterschiedliche Inhalte haben, ist besonders interessant, da dadurch festgestellt werden kann, ob scheinbar unterschiedliche Themen aus demselben Zeitraum diskursive Gemeinsamkeiten haben und inwiefern die Untersuchungsmethode solche Gemeinsamkeiten aufzudecken vermag. Das Ergebnis ist möglicherweise nicht im Sinne Michel Foucaults oder anderer Theoretiker. Bereits der Anspruch Foucaults, dass der Untersuchungszeitraum mindestens 100 Jahre zurückliegen muss, verhindert eine Klassifizierung der Arbeit als Diskursanalyse im Sinne Foucaults. Busses Programm historischer Semantik legt auch hochkomplexe Forderungen vor, die diese Arbeit nicht hinreichend erfüllen kann; es geht hier also um die „Kunst des Möglichen“. Statt diskurstheoretische Reflexionen entweder völlig zu ignorieren oder aber bei dem Versuch, diese gründlich umzusetzen zu straucheln und schließlich zu kapitulieren, wollte diese Arbeit Theoretisches umsetzen, soweit es im Rahmen dieser Dissertation umsetzbar war.

3.2.3 Die einzelnen Analyseeinheiten

Die Analyse der einzelnen Diskurse besteht aus vier Teilen: *Einleitung*, *Argumentationsanalyse*, *Zentrale Schlagwörter* und *Übergreifendes diskursives Wissen*. Der Gedanke hinter dieser Struktur ist, dass *zentrale Schlagwörter* erst dann befriedigend analysiert werden können, wenn ihr historischer Kontext in einer *Einleitung* dargestellt, wenn die umfassende *Argumentationsstruktur* des jeweiligen Diskurses präsentiert und wenn schließlich *weiteres diskursives Wissen* aufgedeckt wird, welches in der Debatte nicht thematisiert wird.

In der *Einleitung* findet immer ein Exkurs über historisches, verstehensrelevantes Wissen statt, welches meist nicht im Korpus thematisiert, sondern als Hintergrundwissen vorausgesetzt wird. Es werden mithilfe einschlägiger wissenschaftlicher (deskriptiver) Fachliteratur historische Erkenntnisse knapp dargestellt, die den Vorverlauf des jeweiligen Sachverhalts plausibilisieren, sodass eine nachvollziehbare Einführung in den jeweiligen Themenkomplex ermöglicht, eine historische Kontextualisierung erleichtert und ein besseres Verständnis der Korpus Texte erreicht wird. In der *Einleitung* wird auch angegeben, *wann* der jeweilige Diskurs in der öffentlichen Diskussion wie lange aktuell war. Sofern möglich werden auch Erstbelege genannt.

Anschließend erfolgt im zweiten Abschnitt eine Analyse der wichtigsten *Topoi*, aufgeteilt in Pro und Kontra. Jeder Topos wird möglichst deskriptiv definiert und mit Zitaten aus dem Textkorpus belegt.

Im Anschluss daran werden diskursrelevante *Schlagwörter* untersucht, die in der Öffentlichkeit problematisiert wurden und sich im unmittelbaren Kontext des analysierten Diskurses befinden. Bei der Korpusauswertung hat sich herausgestellt, dass diese Schlagwörter in der Öffentlichkeit explizit zum Thema geworden sind, etwa *Kollateralschaden*, *humanitäre Intervention*, *Leitkultur*, während andere (z. B. *Islamisten*) als quasi selbstverständlich verwendet werden. Um dieser Besonderheit explizit thematisierter Schlagwörter gerecht zu werden, werden sie in diesem Teil separat untersucht. Es wird dabei vor allem der Frage nachgegangen, wie sie im „normalen“ Sprachgebrauch verwendet und verstanden werden und wie sie in der Öffentlichkeit eingesetzt und problematisiert wurden. Dabei werden Standardwörterbücher, wie der Duden und der Wahrig, zu Hilfe genommen. Nach einer Darstellung allgemeiner Verwendungen, wie sie in Wörterbüchern zu finden sind, wird grundsätzlich auf kritische Verwendungsweisen als *Fahnen-* beziehungsweise *Stigmawörter*, Bedeutungs- beziehungsweise Bezeichnungskonkurrenzen und spezifische Besetzungen von Begriffen eingegangen, die natürlich auf der Pro- und Kontra-Argumentationsstruktur des jeweiligen Diskurses basieren. Sowohl die separat analysierten als

auch die in anderen Analyseeinheiten kurz definierten Ausdrücke befinden sich im Index am Ende der Arbeit.

Im vierten und letzten Teil der Analyse wird das hinter den Argumentationen stehende, übergreifende, *diskursive Wissen* knapp dargestellt, das nach der Interpretation des Korpus zumeist sowohl dem Pro- als auch dem Kontra-Lager eigen ist. Es wird somit versucht, diskursive Gemeinsamkeiten und kollektive Denkmuster herauszuarbeiten, wo es scheinbar um Differenzen geht. In diesem Teil bietet sich die Gelegenheit, diskursive Details mit einzubeziehen, die nicht als Schlagwörter geäußert und nicht explizit in den Topoi erwähnt werden, sondern den diskursiven Hintergrund der Debatte darstellen und für das genaue Verständnis der Schlagwörter erforderlich sind.

Offensichtlich liegt der Arbeit ein breites theoretisch-methodisches Spektrum zugrunde. Diese nicht unproblematische Kombination vielfältiger linguistischer Ansätze und Analyseeinheiten und -methoden zielt auf eine bestmögliche, wenn auch nicht vollständige Explikation bedeutungsrelevanten Wissens zugunsten eines besseren Verstehens von Schlagwörtern und begreift sich als eine reichere, modifizierte Version der klassischen, am einzelnen Wort festhaltenden Schlagwörterbücher.

4 Empirische Analyse

4.1 Humanitäre Intervention

Was wissen Sie über Kosovo? Nicht genug. Nicht genug jedenfalls über objektive, wertfrei vorgegebene Fakten, mit deren Hilfe man verantwortungsethische Bewertungen des NATO-Angriffs begründen könnte.⁴²²

4.1.1 Einleitung

Konflikte auf dem Balkan sind uralt und nur schwer nachvollziehbar. Eine rückblickende Betrachtung der historisch-politischen, ethnisch-kulturellen, geografischen, militärischen und religiösen Hintergründe des balkanischen Konfliktbündels ist kaum mehr übersichtlich und kann hier nicht befriedigend behandelt werden. Ein knapper Exkurs über die „jüngere“ Geschichte des Kosovo-Konflikts sollte für die Behandlung dieses Artikels ausreichen.

Die aktuelle Entwicklung der Konfliktkonstellation beginnt 1981, ein Jahr nach dem Tod Titos, des Präsidenten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien. Die seit Ende des Zweiten Weltkrieges autonome Provinz *Kosovo* erhielt durch die Veränderung der Jugoslawischen Verfassung 1974 unter Tito noch weitere Autonomierechte und forderte nach seinem Tod letztlich den Status einer Republik. Jedenfalls war die jugoslawische Politik seit den späten Sechzigerjahren vor allem in sozio-ökonomischer Hinsicht ausgesprochen albanerfreundlich. „Ohne Titos Föderalisierungs- und Entwicklunghilfestrategie für den armen Süden Jugoslawiens hätte es den kosovarischen Sprung in die Moderne nicht gegeben“⁴²³, behauptet der Historiker Oliver Schmitt. Die Kosovo-Albaner setzten sich jedoch Ziele, die weiter über den Autonomiestatus hinaus zum *Republikstatus* reichten. Im Jahr 1981 wurden antiserbische Rufe in Kosovo und später auch in Mazedonien laut. Es kam zu Unruhen und Demonstrationen, welche ihren Ausgang in der Universität Prishtina hatten. Diese weiteten sich aus und umfassten zehntausende Kosovo-Albaner, die sich gegen ihre wirtschaftliche Lebensqualität und explizit für einen Republikstatus ihrer Provinz äußerten. Dies löste eine militärische Reaktion der Regierung in Belgrad aus. Rund 30000 serbische Soldaten wurden im Kosovo stationiert und schlugen

422 Müller, Olaf: Was wissen Sie über Kosovo? Fallstudie über Pazifismus, Propaganda und die Verquickung von Fakten und Werten. In: Georg Meggle (Hrsg.): Humanitäre Interventionsethik. Was lehrt uns der Kosovo-Krieg? Paderborn 2004, S. 59–96, hier S. 59.

423 Schmitt, Oliver Jens: Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft. Wien/Köln/Weimar 2008, S. 297.

dortige Unruhen auch gewaltsam nieder. Zugleich verhängte Belgrad den Ausnahmezustand. Dabei wurden angeblich mehrere hundert Albaner getötet.⁴²⁴ Überdies betrieb Belgrad eine bewusst feindselige Politik gegenüber den Albanern im Kosovo.⁴²⁵ Dieses Vorgehen kann umgekehrt als Reaktion auf eine angeblich serbenfeindliche Politik Titos betrachtet werden. Im März 1989 beschloss das serbische Parlament unter dem Einfluss von Milosevic, die Autonomie der Provinzen Kosovo und Vojvodina im Rahmen der sogenannten „antibürokratischen Revolution“ – allerdings verfassungswidrig – aufzuheben und beide Provinzen der Zentralverwaltung Belgrads zu unterwerfen.⁴²⁶ Im Frühjahr desselben Jahres wurden die bis dahin von Albanern geführten Institutionen außer Kraft gesetzt und zahlreiche Albaner wurden aus öffentlichen Behörden entlassen. Als Slowenien und Kroatien im April und Mai 1990 die Unabhängigkeit von Jugoslawien proklamierten, verlangten Abgeordnete im Kosovo-Regionalparlament auch die Unabhängigkeit des Kosovo. Folglich löste Belgrad das Regionalparlament und die Regionalregierung des Kosovo auf.

Nach den Unruhen 1981 zeichnete sich zunehmend klarer ab, dass die Kosovo-Albaner mit der Autonomie, die es nach den letzten parlamentarischen Maßnahmen gar nicht mehr gab, nicht zufrieden waren und sich definitiv für die Unabhängigkeit des Kosovo entschieden. Gemäßigte Bevölkerungsteile bevorzugten eine friedliche verfassungskonforme Änderung. Als diese indes aussichtslos erschien, trat im Jahre 1996 die UCK (deutsche Übersetzung: *Befreiungsarmee des Kosovo*) als Teil einer bewaffneten Unabhängigkeitsbewegung in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit. Neben dem konkreten Ziel, die Unabhängigkeit des Kosovo zu erkämpfen, wurde behauptet, dass ein Teil der UCK die von Albanern besiedelten Gebiete in Serbien, Kosovo, Mazedonien und Montenegro zusammenschließen und mit dem Mutterland Albanien ein „Großalbanien“ gründen wollte.⁴²⁷ Bis in den Herbst 1998 hatte diese Untergrundarmee keine zentrale Planung und Führung und führte Guerillakämpfe.⁴²⁸ Nach ihrem offiziellen Auftritt 1996 wurde besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1997 von Angriffen auf Mitglieder der *Sozialistischen Partei Serbiens* und auf serbische Sicherheitsbehörden berichtet.⁴²⁹ Die serbische Polizei reagierte stets hart und erfasste oft auch Nichtkombattanten. Auch die serbische

424 Vgl. Schmitt, S. 297.

425 Henke, Christoph: Die humanitäre Intervention. Völker- und verfassungsrechtliche Probleme unter besonderer Berücksichtigung des Kosovo-Konfliktes. Dissertation. Münster (Westfalen) 2001, S. 46.

426 Vgl. Melčić, Dunja: Der Jugoslawien-Krieg: Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. Wiesbaden 2007, S. 331.

427 Vgl. a.a.O., S. 47.

428 Vgl. Schmitt, S. 323.

429 Ebd.

Zivilbevölkerung war zuweilen von Angriffen der UCK betroffen. Anfang 1998 beschloss Belgrad, die UCK durch eine großangelegte Offensive auszuschalten, an der rund 30 000 Soldaten und Paramilitärs beteiligt waren.⁴³⁰ Es kam zu vielen Massakern, die zahlenmäßig nicht genau bestimmbar sind. Allgemeinen Einschätzungen zufolge wurden noch 1998 ca. 2000 Menschen getötet, 5000 Menschen verwundet, 400 000 Menschen zur Flucht gezwungen und 40 000 Häuser zerstört.⁴³¹ Mögen die Zahlen je nach Quelle variieren, steht jedoch fest, dass die serbische Armee auf Provokationen der UCK sehr hart reagierte. Es wurden Dörfer mit Artillerie beschossen und Städte wie Junik bombardiert. All dies fand ein großes Echo in der ganzen Welt, insbesondere in der Europäischen Union. Es wurde darüber im Rahmen der NATO, EU und UN intensiv diskutiert, effektive Maßnahmen zur Eindämmung dieses Konfliktes blieben jedoch aus. Der Ministerrat der EU übte am 24. März 1998 mit etlichen Maßnahmen, wie einem Waffenembargo und weiteren Handelsbeschränkungen, Druck auf Jugoslawien aus. Ähnliches beschloss der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 1160 vom 31. März 1998, die ebenfalls ein Waffenembargo gegen Jugoslawien – einschließlich Kosovo – verhängte und Belgrad dringend zu einer politischen Lösung der Kosovo-Frage aufforderte. Am 23. September 1998 erklärte der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 1199 seine „ernste Sorge“ über die sich abzeichnende „humanitäre Katastrophe“ und die „zunehmenden Verstöße gegen Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht“ und kritisierte ausdrücklich

die exzessive und wahllose Gewaltanwendung seitens der serbischen Sicherheitskräfte und der jugoslawischen Armee, die zu zahlreichen Opfern unter der Zivilbevölkerung geführt haben und nach Schätzung des Generalsekretärs die Ursache für die Vertreibung von mehr als 230.000 Menschen waren.⁴³²

Zudem verlangte die Resolution einen sofortigen Waffenstillstand, den Rückzug der serbischen Sicherheitseinheiten und den Beginn eines effizienten Dialogs zu einer politischen Verhandlungslösung der Krise nach einem klaren Zeitplan. Bezüglich der albanischen Seite bestand die Resolution darauf, dass die Führung der Kosovo-Albaner „alle terroristischen Aktionen verurteilt“, und betonte, dass die Albaner „ihre Ziele ausschließlich mit friedlichen Mitteln verfolgen müssen“.⁴³³ Die NATO erhöhte ihrerseits den Druck auf Jugoslawien vor allem durch Mobilmachung und Drohung mit Luftschlägen, um Belgrad, so wurde immer berichtet, zur Wahrnehmung internationaler Forderungen nach einem Ende der Unterdrückung und Vertreibung der Kosovo-Albaner zu zwingen. Ent-

430 Vgl. a.a.O., S. 324.

431 Vgl. a.a.O., S. 325.

432 Vereinte Nationen: Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats 1998. Offizielles Protokoll: Dreiundfünfzigstes Jahr. New York 2000, S. 16.

433 A.a.O., S. 17.

sprechend billigte der NATO-Rat am 08. Oktober begrenzte Luftoperationen gegen Jugoslawien. In Deutschland stimmte die Regierung Helmut Kohls am 12. Oktober 1998 in Anwesenheit von Gerhard Schröder und seinen prospektiven Ministern Joschka Fischer und Rudolf Scharping der Beteiligung Deutschlands an Luftschlägen „zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt“⁴³⁴ zu. Aufgrund eines Antrags der Bundesregierung billigte der Deutsche Bundestag am 16. Oktober 1998 noch in seiner alten Zusammensetzung Luftoperationen gegen Jugoslawien. Erheblich verstärkt wurde die internationale Sorge über die Lage im Kosovo nach dem – allerdings umstrittenen – Massaker von Racak am 25. Januar 1999, bei dem 45 Leichen gefunden wurden. Um einer friedlichen Lösung der Krise eine letzte Chance zu geben, lud die sogenannte Balkan-Kontaktgruppe (USA, England, Frankreich, Deutschland, Russland und Italien) am 06.02.1999 die Regierung Milosevics und die Führung der Kosovo-Albaner zu Verhandlungen in das Schloss Rambouillet bei Paris ein. Der Rambouillet-Vertrag, welchen die NATO ausgearbeitet hatte, drängte auf den Abzug aller serbischen Streitkräfte aus dem Kosovo, die Stationierung einer NATO-Friedenstruppe in Jugoslawien, den Aufbau demokratischer Institutionen und eine endgültige Entscheidung über den verfassungsrechtlichen Status des Kosovo innerhalb von drei Jahren.⁴³⁵ Auch dieser Versuch scheiterte. Es wurde vielerorts davon berichtet, dass Jugoslawien Massenexekutionen und systematische Vertreibungen im Kosovo während der Verhandlungen praktizierte. Als der Versuch, den Konflikt im Kosovo durch eine Resolution des Weltsicherheitsrats militärisch zu lösen, am Veto der Großmächte China und Russland scheiterte, sah sich die NATO gezwungen, ohne ein UN-Mandat zu handeln. Am 24. März 1999 begann sie ihre umstrittenen elfwöchigen Luftangriffe – die Aktion nannte sich *Allied Force* – gegen das souveräne Land Jugoslawien. Dieser Aktion liegen weitgehend moralische und verantwortungsethische Begründungen zugrunde.

434 <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang1999/mai99/beschluss-des-deutschen-bundestages-zur-beteiligung-an-geplanten-begrenzten-und-in-phasen-durchzufuhrenden-luftoperationen-der-nato-zur-abwendung-einer-humanitaren-katastrophe-im-kosovo-konflikt-am-16--oktober-1998.html>. 21.07.2009.

435 Vgl. Schmitt, S. 329 f.

4.1.2 Argumentationsanalyse

4.1.2.1 Argumentationsmuster pro Intervention

4.1.2.1.1 *Der Moral-Topos*

Dieser Topos besagt, dass die NATO aus humanitären Gründen eine militärische Aktion gegen Jugoslawien durchführen musste, um schwerwiegenden Verstößen gegen die Menschenrechte im Kosovo, wie Massenmord und -vertreibung, entgegenzuwirken und eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Eine Nothilfe militärischer Art sei in diesem Fall moralisch erlaubt, wenn nicht geboten, sofern friedliche Lösungen aussichtslos erscheinen. In den Erklärungen des Europäischen Rates zum Kosovo vom 24. und 25. März 1999 hieß es:

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert darf Europa eine humanitäre Katastrophe in seiner Mitte nicht tolerieren. Inmitten Europas ist es nicht zuzulassen, daß die zahlenmäßig stärkste Volksgruppe in Kosovo kollektiv entrechtet wird und schwere Menschenrechtsverletzungen gegen sie verübt werden. Wir, die Länder der Europäischen Union, sind moralisch verpflichtet, sicherzustellen, daß Willkür und Gewalt, greifbar geworden durch das Massaker in Racak im Januar 1999, sich nicht wiederholen. Wir tragen auch die Verantwortung, daß Hunderttausende von Flüchtlingen und Vertriebenen an ihre Heimatorte zurückkehren können.⁴³⁶

Bundeskanzler Gerhard Schröder hat in einer Regierungserklärung am 22.04.1999 bestätigt, dass „wir Deutsche“ *die Verpflichtung* haben, im Rahmen der demokratischen Staatengemeinschaft „für Frieden und Sicherheit und gegen Unterdrückung, Vertreibung und Gewaltanwendung einzutreten“. Deutschland übernehme „aus tiefer Überzeugung“ seine moralische Verantwortung, weil „wir uns auf die NATO beim Einsatz für unsere gemeinsamen Werte verlassen können.“⁴³⁷ Dieses ethische Argument erfreute sich in der Öffentlichkeit breiter Akzeptanz und erwies sich als zentrales Legitimierungsmittel der Aktion.

Die wichtigsten Rohstoffe einer Kriegsführung im Namen von Toleranz, Freiheit und Gerechtigkeit sind weder Panzer noch Raketen, sondern Moral. Nur der permanente Nachschub an moralischer Legitimation verhindert das Abdriften eines gerechten Krieges in einen ungerechten. (WELT, 13.04.1999)

Die internationale Staatengemeinschaft kann und darf Verbrechen gegen die grundlegenden Menschenrechte, wie sie in der Verantwortung von Milosevic seit vielen Jahren in Bosnien und jetzt im Kosovo geschehen, nicht tatenlos hinnehmen. Sie stehen im Gegensatz zu Gottes Gebot. (SZ, 16.06.1999)

436 <http://www.internationalepolitik.de/ip/archiv/jahrgang1999/mai99/erklarungen-des-europaischen-rates-zu-kosovo-vom-24--und-25--marz-1999.html>. 20.07.2009.

437 <http://archiv.bundesregierung.de/index.jsp?dokumentart=regierungserklaerung&sV=t2>. 24.07.2009.

Der Nato-Einsatz hat eine moralische Grundlage, und Verhandlungen sind nicht von vornherein "moralischer": Größere Zugeständnisse an Milosevic könnten auf eine Hinnahme der ethnischen Säuberungen hinauslaufen. (ZEIT, 15.04.1999)

Es handelt sich um den ersten postnationalen Krieg, der sich auf nichts als auf den Glauben an die Menschenrechte gründen soll. "Nicht um Territorium, um Werte kämpfen wir", formulierte der britische Premier Tony Blair. (SPIEGEL, 26.04.1999)

In einer zweiten Variante kommt dieser Topos häufig im Kontext des Spannungsverhältnisses zwischen Moral und Völkerrecht vor und zeigt vornehmlich, dass ethische Verpflichtungen und Menschenrechte wichtiger und bindender als das Völkerrecht sind. Wenn die Vereinten Nationen als zentrale Völkerrechtsorganisation wegen des russischen und chinesischen Vetos nicht im Kosovo eingreifen können, komme eine „übergesetzliche Nothilfe“ zum Tragen (ZEIT, 31.03.1999). Wenn sich das völkerrechtliche Prinzip vom humanitären abhebe, müsse das humanitäre Prinzip die Oberhand gewinnen. Die NATO-Aktion stelle einen Sieg der *Moral* über das bloße *Recht* und einen Sieg der angeborenen *Menschenrechte* über das bloße *Völkerrecht* dar.

Die Menschenrechte der Albaner wiegen jetzt mehr als der Grundsatz der nationalen Souveränität. Nichts wird mehr ausgeschlossen. (ZEIT, 18.06.1998)

Die universell gültigen Menschenrechte, so die neue Lehre, erlaube Nothilfe-Angriffe zum Schutz unterdrückter Menschen, auch wenn dabei souveräne Staaten unter die Räder kommen. (SPIEGEL, 26.04.1999)

Im Rahmen einer internationalen Friedensordnung, die unter der Herrschaft des Rechts steht, kann eine so verstandene Souveränität nicht mehr uneingeschränkt akzeptiert werden. Das ist ein Fortschritt, der nicht wieder preisgegeben werden darf. Der Völkergemeinschaft muß aufgetragen bleiben, zur Geltung und Durchsetzung der Menschenrechte beizutragen und darum den Opfern von Unterdrückung und Gewalt Schutz zu gewähren. (SZ, 16.06.1999)

Der Begriff "Menschenrechte" legt ihre Höherwertigkeit nahe. Denn diese Rechte genießen dadurch eine höhere Weihe, daß sie als angeboren und dem gesetzten Recht vorrangig angesehen werden. In der Antike schrieb man sie der "Natur" zu, und das ewige, ungeschriebene, metaphysisch verankerte Normensystem, dem sie angehören, heißt deshalb bis heute "Naturrecht". (FAZ, 07.06.1999)

Jedes Unternehmen, das von der Unberührbarkeit der jugoslawischen Grenzen ausgeht, überläßt das Schicksal der Albaner im Kosovo am Ende doch den befleckten Händen des Slobodan Milosevic. (ZEIT, 18.06.1998)

Sobald die Gesetze der Menschheit verletzt werden, tritt alles in das ursprüngliche Recht zurück. Einem unterdrückten Volke beizustehen und großmütig aufzuhelfen, ist die Aufforderung der Natur. (ZEIT, 25.03.1999)

4.1.2.1.2 *Der Zwangs-Topos*

Der Zwangs-Topos besagt, dass die Aktion der NATO legitim ist, weil sie den jugoslawischen Präsidenten zur Unterzeichnung eines Friedensvertrags zwingen will. Gewalt ist zwar nicht die optimale, Frieden gewährleistende Form der Konfliktbewältigung, aber sie kann als ein Mittel zum Zweck des Verhandlungsprozesses angewendet werden. Dieser Topos kam häufig während der NATO-Drohungen vor dem Einsatz und an den ersten Kriegstagen vor, trat später indes zugunsten des Moral-Topos in den Hintergrund.

Die Stationen dieser Tage sind geographische Chiffren für die diplomatischen Bemühungen, den Belgrader Machthaber zum Einlenken zu zwingen, damit die Nato ihre Luftangriffe einstellen kann. (FAZ, 04.06.1999)

Die Nato hatte am Mittwochabend mit Kampfflugzeugen und Marschflugkörpern militärische Ziele in Jugoslawien angegriffen, um die Regierung in Belgrad zur Annahme des Kosovo-Abkommens zu drängen. (SZ, 26.03.1999)

Als die Nato-Bombendrohung gegen Jugoslawien aufgebaut wurde, verfolgte sie das Ziel, die jugoslawische Staatsführung zur Unterschrift unter den Rambouillet-Vertrag zu bewegen. (SZ, 04.05.1999)

Die Verantwortung für die entstandene Lage trägt allein die extremistische Belgrader Führung. Es liegt in ihrer Hand, die Militäroperation unverzüglich zu beenden. Auch von dieser Stelle – aus dem deutschen Parlament heraus – fordere ich deshalb Präsident Milosevic noch einmal auf, die Kämpfe im Kosovo sofort zu beenden und das Friedensabkommen zu unterzeichnen.⁴³⁸

4.1.2.1.3 *Der Glaubwürdigkeits-Topos*

Der Glaubwürdigkeits-Topos besagt, dass die Aktion relevant und legitim ist, weil die NATO im Falle einer Nichtwahrnehmung ihrer Drohungen an Glaubwürdigkeit verlieren würde. Um ihr Gesicht nicht zu verlieren, muss die NATO ihre Drohungen wahr machen. Dieser Topos kam allerdings selten vor.

Nachdem man mit Bomben gedroht hatte [...], mußte die Nato intervenieren, um ihre Glaubwürdigkeit zu bewahren. (WELT, 14.04.1999)

Auf der Seite der politischen Führungen geht es darum, die Nato als glaubwürdige Interventionsmacht zu etablieren. (ZEIT, 31.03.1999)

Schon um ihrer Glaubwürdigkeit als Wertegemeinschaft willen war die NATO gezwungen, gegen Massenvertreibung und Massenmord im Kosovo vorzugehen.⁴³⁹

438 Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/14/025/14031025.72>. 08.10.2009.

439 <http://archiv.bundesregierung.de/index.jsp?dokumentart=regierungserklaerung&sV=t2>. 05.10.2009.

Im moralisch aufgeheizten Meinungsklima der westlichen Länder ging es nicht zuletzt um die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung und der Deutschen als Teilhaber an der gemeinsamen westlichen Werteordnung. (FAZ, 28.06.1999)

Wir können nicht mit Gewalt drohen und sie nicht anwenden, wenn es notwendig ist. Für diese Glaubwürdigkeit müssen wir Risiken auf uns nehmen. (SPIEGEL, 23.10.2000)

4.1.2.2 Argumentationsmuster kontra Intervention

4.1.2.2.1 *Der Angemessenheits-Topos*

Dieser Topos besagt, dass die Intervention im Kosovo illegitim war, weil ihre Gestaltung, ihre Umsetzung und ihre Intensität nicht angemessen waren, um das angestrebte Ziel zu verwirklichen. Mit anderen Worten: Das Ziel der Intervention wird nicht lediglich hinsichtlich seiner abstrakten moralischen Substanz bewertet, sondern in Zusammenhang mit der Methode und dem Ergebnis des Intervenierens und ihrer gegenseitigen Verhältnismäßigkeit.

Denn gewöhnlich hängt der Ausgang stark von den wahren Absichten ab. Aber das endgültige Urteil über die Legitimität eines Krieges muss an seinen Folgen gemessen werden.⁴⁴⁰

Dementsprechend kam dieser Topos häufig nicht unmittelbar nach Beginn, sondern während und nach der Intervention vor. Äußerungen dieses Topos kritisieren, dass die NATO-Aktion laut Statistiken das Risiko einer „menschlichen Katastrophe“ nicht verhindert oder gar verringert, sondern unbeabsichtigt verstärkt und massive Menschenrechtsverletzungen verursacht hat. Es wurde häufig von einer *Beschleunigung* systematischer Vertreibungen seitens der jugoslawischen Führung *während* der Bombardierungen berichtet, ergänzt von beträchtlichen Flüchtlingsströmen, die den Bomben der NATO selbst entflohen. Dies könne nicht das Ergebnis einer *humanitären Intervention* sein.

Die Mindestvoraussetzung dafür [für die Legitimation der Intervention, M. A.] wäre, daß politischer Zweck und militärisches Mittel in einem überzeugenden Verhältnis stehen. Davon kann im Kosovo keine Rede sein. (ZEIT, 31.03.1999)

Kaum einer der Kriegsgegner leugnet, daß diesem Nato-Waffengang gute Absichten zugrunde liegen, daß Slobodan Milosevic sich großer Verbrechen schuldig gemacht hat. Aber haben die Tausende von Nato-Bomben auch nur ein Kriegsziel erreicht - etwa das, die Morde und Vertreibungen zu stoppen? Haben sie das Leid der Menschen nicht verschlimmert, Milosevics Stellung im eigenen Land gestärkt? (SPIEGEL, 26.04.1999)

440 Steinvorh, Ulrich: Zur Legitimität der Kosovo-Intervention. In: Meggle 2004. S. 19–30, hier S. 28.

Angesichts von 500 000 Flüchtlingen [infolge der Intervention, M. A.] müsse man sich fragen, welches Ziel der Nato-Einsatz noch habe. (SZ, 31.03.1999)

Die Flüchtlingsströme würden durch die Luftschläge "eher intensiviert". Die Nato begehe einen "dramatischen strategischen Irrtum". (SPIEGEL, 03.05.1999)

Die Vertreibung vieler Kosovo-Albaner wurde durch die Luftangriffe der Nato nicht verhindert. (WELT, 04.05.1999)

Der Grausamkeit [...] konnte die Nato mit "Luftschlägen" nicht Einhalt gebieten; vielmehr ist die schon länger geplante ethnische Säuberung nach dem Beginn des Krieges beschleunigt worden. In zwei Wochen könnte das Kosovo menschenleer sein. (ZEIT, 08.04.1999)

Das Bombardieren sei nicht das richtige militärische Mittel zur Abwendung einer menschlichen Katastrophe gewesen. Der Einsatz von Bodentruppen wäre angeblich angemessener gewesen. Dass die NATO die Entsendung von Bodestreitkräften prinzipiell verweigerte, wurde kritisiert. Denn sie habe bloß auf den Schutz ihrer eigenen Soldaten Rücksicht genommen.

Das unpräzise Bombardieren eines Landes aus großer Höhe, das das Risiko für die eigenen Soldaten extrem verringert und der Zivilbevölkerung die Hauptlast des Krieges aufbürdet, ist jedoch moralisch fragwürdig. (FAZ, 16.01.2002)

Aus Angst vor ihrem Wahlvolk und um nicht das Leben ihrer Soldaten zu riskieren, haben die Politiker auf einen Einsatz von Bodentruppen verzichtet. Das Problem ist, daß wahrscheinlich „Bomben allein keine Kriege gewinnen“ können. (SZ, 16.06.1999)

Bomben unterscheiden nicht zwischen Gut und Böse. (WELT, 16.04.1999)

Der Frieden lasse sich nicht herbeibomben. (WELT, 10.05.1999)

Soldaten mit Gewehren, die in einem Bergdorf von Haus zu Haus gehen, können nicht mit ‚intelligenten‘ Bomben daran gehindert werden. Nur Soldaten mit Gewehren können ihnen entgegentreten.⁴⁴¹

Die Opfer zahlten den Preis für die postmoderne Kriegstaktik der Nato, die den Kampf aus großer Höhe und ohne eigene Verluste führte. (SZ, 31.12.1999)

4.1.2.2.2 *Der Topos vom generellen Tötungsverbot*

Dieser Topos besagt, dass es illegitim ist, Menschen zu töten oder tödlich zu gefährden, um das Leben anderer Menschen zu retten. Eine Intervention ist nicht mehr legitim, wenn sie die Tötung von unschuldigen Zivilisten in Kauf nimmt, besonders wenn das Ziel der Intervention der Schutz von Zivilisten ist. Dieser Topos gewann an Popularität, als sich Berichte über Fehlanschläge der NATO häuften, obwohl Fehlbombardierungen anfangs aufgrund der Überlegenheit der

441 Walzer, Michael: Erklärte Kriege – Kriegserklärungen. Hamburg 2003, S. 120.

NATO in „Technik oder Ausbildung“ (ZEIT, 25.03.1999) offensichtlich nicht in diesem Maße erwartet wurden. Folglich wurde die Legitimität der Aktion in Frage gestellt und das Moral-Argument zurückgewiesen.

Weder unsere Sozialmoral noch unsere Rechtsordnung erlaubt es generell, unschuldige Menschen zu töten, um andere unschuldige Menschen vor dem Tod zu retten. (ZEIT, 20.05.1999)

Der Kampf verliert seine Berechtigung, wenn Zivilisten ausgerechnet von denen ermordet werden, die zu ihrem Schutz angetreten sind. (WELT, 16.04.1999)

Humanitäre Interventionen gelten nach einem verbreiteten Kalkül dann als legitim, wenn sie mehr Übel verhindern als anrichten. [...] Natürlich darf sich der Unfallchirurg keinen unbeteiligten Passanten schnappen, um ihn zu töten und mit seinen Organen fünf Unfallopfer zu retten. (FAZ, 16.01.2002)

Besonders Sensible verspüren Mitschuld an den Bomben auf Belgrad, an den toten Zivilisten, den blutverschmierten Kindern, den bis zur Unkenntlichkeit verbrannten Flüchtlingen, scheinbar sinnlosen Opfern der Nato-Luftangriffe, die doch Milosevic in die Knie zwingen und die Kosovaren retten sollen. (SPIEGEL, 24.05.1999)

Das ist die bitterste Lehre dieses Krieges: Die Nato desavouiert mit ihren vorsätzlichen "Kollateral"-Tötungen (denn vorsätzlich sind sie auch ohne Tötungsabsicht) genau die rechtliche und ethische Norm, mit der sie ihren Kampf gegen einen Verbrecher legitimieren will. (ZEIT, 12.05.1999)

Ein sich quälend hinziehender Krieg mit sich häufenden Fehlbombardierungen der Nato und entsprechenden zivilen Opfern in Serbien sorgt für steigenden Unmut. (WELT, 04.05.1999)

Dennoch, auch wenn sich solche Kollateralschäden, wie es im Nato-Jargon heißt, nicht vermeiden lassen, der Tod der Flüchtlinge durch das "friendly fire" der Nato bringt eine neue Dimension in diesen Kosovo-Krieg. (WELT, 16.04.1999)

4.1.2.2.3 *Der juristische Topos*

Dieser Topos besagt, dass die NATO-Aktion illegitim war, weil sie ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates stattfand, das völkerrechtlich geschütztes Souveränitätsrecht des Landes Jugoslawien verletzte und eine illegale Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten bedeutete. Die UN-Charta, auf der die geltende Völkerrechtsordnung basiert, formuliert ein generelles Gewaltverbot und gewährt die Souveränität der UN-Mitglieder. Von dem Grundsatz des Gewaltverbots ausgenommen sind das Recht auf Selbstverteidigung (Art. 51) sowie die *vom Sicherheitsrat beschlossenen* friedenssichernden oder friedenserhaltenden Maßnahmen nach Kapitel VII der Charta.⁴⁴² Auch bei aller morali-

442 „Alle Mitglieder [der Vereinten Nationen. M. A.] unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängig-

schen Verurteilung von Menschenrechtsverletzungen und Massenvertreibungen im Kosovo, die von der serbischen Führung begangen wurden, gelte die Intervention der NATO als völkerrechtswidrig und illegitim.

Es ist aber die Frage, ob man sich mit der Verletzung der UN-Charta tatsächlich oberhalb des Völkerrechts befindet – auf einer höheren, humaneren Stufe, oder ob man sich nicht vielmehr unterhalb des Völkerrechts bewegt - auf einer unzivilisierten, primitiveren Ebene. (FAZ, 07.06.1999)

Das Nato-Bombardement ist ein Rückfall nicht nur gegenüber dem modernen, sondern auch schon gegenüber dem klassischen Völkerrecht [1648–1918, M. A.]. (FAZ, 07.06.1999)

Sie [kritische Meinungen, M. A.] sind Folge der Beobachtung, daß ein souveräner Staat bombardiert wird, um einen inneren Konflikt dieses Landes zu lösen. Dieses Vorgehen widerspricht dem Völkerrecht [...] und der internationalen Nachkriegsordnung. (ZEIT, 02.06.1999)

Nur ein nach geltendem Völkerrecht zulässiger Krieg kann die bewusste Inkaufnahme des Todes unschuldiger Individuen rechtfertigen. Auch philosophische Rhetorik kann über diese eindeutige Rechtslage nicht hinwegtäuschen. (ZEIT, 20.05.1999)

Niemand kann im Ernst behaupten, der Krieg im Kosovo sei formal mit der Uno-Charta und dem Völkerrecht vereinbar. Verboten ist schon die Androhung von Gewalt, wie sie als diplomatisches Mittel gegen Jugoslawien gebraucht wurde (damit wäre auch der Vertragsentwurf von Rambouillet, hätte denn Milosevic unterschrieben, wahrscheinlich völkerrechtlich unwirksam gewesen). (SPIEGEL, 26.04.1999)

Freilich sind rein formalrechtliche Argumente, die sich auf die Konformität der Intervention mit dem Völkerrecht beschränken, eher selten. Dass der Sicherheitsrat keine gerichtliche Institution ist und hingegen stark von politischen Interessen der (Veto-)Mitgliedsstaaten abhängig ist, weiß jeder. Solche strikten Urteile bezüglich der juristischen Grundlage der NATO aus rein formaljuristischer Perspektive speisen sich zumeist aus den häufig negativ bewerteten Ergebnissen der Intervention. Die stark kritisierten Folgen der *Intervention* haben das moralische Argument der Befürworter deutlich beeinträchtigt und gaben formaljuristischen Gesichtspunkten mehr Raum, weil es bei einer Intensivierung der menschlichen Katastrophe keinen Sinn mehr machte, an der moralischen und ethischen Begründung festzuhalten. Ein als positiv und erfolgreich angesehenes Ergebnis der Intervention hätte nach Ansicht des Verfassers dazu geführt, dass dieser Topos im Gegensatz zu dem moralischen Topos noch seltener vorgekommen wäre. Unmoralisch will ja keiner sein.

keit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“ Art. 2 der UN-Charta.

4.1.2.2.4 *Der Topos von der Ausweglosigkeit*

Dieser Topos besagt, dass der Angriff auf Jugoslawien illegitim war, weil er nicht unvermeidlich und nicht alternativlos war. Die NATO hat Jugoslawien sehr überfordert und somit Chancen auf friedliche Lösungen des Konfliktes verspielt, ist für die Eskalation auf dem Balkan *mitverantwortlich* und hat daher keine Legitimität. Im Mittelpunkt dieses Topos steht die angebliche Ausbeutung Jugoslawiens in Friedensverhandlungen, insbesondere in Rambouillet, in Form von zu hohen, prinzipiell unannehmbaren Forderungen, die Jugoslawien auch unter einem anderen Präsidenten keineswegs akzeptiert hätte.

Besonders brisant war dieses Argument kurz nach dem Bekanntwerden des geheimen, von der NATO erarbeiteten Vertragsentwurfes von Rambouillet in der Öffentlichkeit. Sie erhellte, dass er angeblich unannehmbare und erniedrigende Passagen enthielt, insbesondere im berühmten und meist zitierten sogenannten Annex B des Vertragstextes, nach dem sich das NATO-Personal „mit seinen Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und Ausrüstung innerhalb der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien inklusive des Luftraums und der Hoheitsgewässer frei und unbegrenzt und ohne Zugangsbeschränkungen bewegen“ darf, „Immunität vor allen rechtlichen Verfahren – ob zivil-, verwaltungs- oder strafrechtlich“ genießt und „keine Zölle, Gebühren oder andere Kosten“ (Tageszeitung, 06.04.1999) für die Nutzung der jugoslawischen Infrastruktur zahlen muss. Als dieser Text an die Öffentlichkeit gelangte, stieß er auf heftige Kritik in der Bevölkerung und im Bundestag. Die behauptete Alternativlosigkeit der Intervention und das gesamte Ziel der Intervention wurden folglich in Frage gestellt. Gefragt wurde oft nach dem Sinn solcher Passagen mit diesen „offensichtlich unzumutbaren Forderungen“ (Berliner Zeitung, 12.04.1999), die kein Staatsmann unterschreiben würde:

Diese Passage klingt wie ein Kapitulationsvertrag nach einem bereits verlorenen Krieg. Daß der jugoslawische Präsident Milosevic ein solches Papier nicht unterschreiben wollte, erscheint nachvollziehbar. (Berliner Zeitung, 12.04.1999)

Diese Artikel des Vertragstextes von Rambouillet zeigen: Es war unrichtig von der Bundesregierung, zu glauben und dem Parlament und der Öffentlichkeit zu suggerieren, dieser Vertrag hätte von Belgrad jemals unterschrieben werden können; selbst ein gemäßigter serbischer Politiker an der Stelle von Milosevic hätte diesen Text niemals unterzeichnet. (TAZ, 06.04.1999)

Auf Bedingungen wie den völlig überzogenen Artikel 8 des Annex B zum Rambouillet-Abkommen braucht sich indes keine Regierung einzulassen. (WELT, 14.04.1999)

Wenn sie den Wortlaut dieses Textes gekannt hätte, schrieb Beer [verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, M. A.], hätte sie sich gegen den Luftkrieg ausgesprochen. (SPIEGEL Online, 12.04.1999)

In der Tat sieht der militärische Teil der Abmachung [Annex B, M. A.] eine eindeutige Einschränkung der Belgrader Souveränität vor. [...] Nachweislich hätten die Serben über den militärischen Annex gar nicht sprechen wollen. (SPIEGEL, 10.01.2000)

Die jetzt bekannt gewordenen, für einen souveränen Staat unannehmbaren Klauseln im Rambouillet-Vertrag machen skeptisch. Wer wollte die Nato-Angriffe? (SZ, 23.04.1999)

4.1.3 Zentrale Schlagwörter

4.1.3.1 Krieg versus humanitäre Intervention

Aufbauend auf dieser Argumentstruktur wurde der NATO-Einsatz, um keine der umstrittenen Begrifflichkeiten zu verwenden, sprachlich entsprechend kontrovers konstruiert. Die häufig vorkommenden Bezeichnungen sind *Nato-Krieg*, *humanitäre Intervention*, *Luftkrieg*, *Bombardierung*, *Luftangriffe*, *Luftschläge* und *Nato-Einsatz*. Eine große Bezeichnungskonkurrenz zeichnete sich ab. Die Ausdrücke *NATO-Krieg* und *humanitäre Intervention* stehen in engem Zusammenhang mit der Argumentationsstruktur und wurden im Korpus explizit problematisiert, während die anderen Bezeichnungen meist keine gezielten kritischen beziehungsweise argumentativen Andeutungen erkennen lassen. Der Ausdruck *humanitäre Intervention* bewertet den NATO-Einsatz zumeist positiv und kommt häufig im Kontext des Moral-Topos vor, während der Ausdruck *Krieg*, welcher häufig im juristischen Topos auftaucht, den Einsatz in der Regel negativ charakterisiert. Eine genaue Untersuchung beider Ausdrücke wird sich an den folgenden Exkurs über allgemeine Verwendungen beider Ausdrücke in allgemeinen Wörterbüchern anschließen.

Krieg: mit Waffengewalt ausgetragener Konflikt zwischen Staaten, Völkern; größere militärische Auseinandersetzung, die sich über einen längeren Zeitraum erstreckt. (Duden)

Bewaffnete Auseinandersetzung zw. Staaten, Stämmen oder Völkern. (Wahrig)

Intervention: Einmischung eines Staates in die Angelegenheiten eines anderen Staates. (Wahrig)

humanitär: auf die Linderung menschlicher Not bedacht, ausgerichtet. (Duden)

menschenfreundlich, wohl-, mildtätig (Wahrig)

Sowohl ein *Krieg* als auch eine *Intervention* meinen also im allgemeinen Sprachgebrauch militärische Auseinandersetzungen durch den Einsatz von Waffengewalt. Wenn eine *Intervention* darüber hinaus als *humanitär* präzisiert wird, ist eine *humanitäre Intervention* wie ein *Krieg*, der mit dem Ziel geführt wird, menschliche Not in einem fremden Land zu lindern. Der Ausdruck *humanitärer*

Krieg erscheint daher theoretisch denkbar zu sein, kommt indes kaum vor. Eine weitere historische Erkenntnis, die nicht in den obigen Wörterbucheinträgen verankert ist, besagt, dass der Ausdruck *Krieg* über die oben erwähnte *deskriptive* Bedeutungskomponente hinaus zumeist einen weitgehend negativen Beiklang hat, welcher sich bekanntlich im Kontext der beiden Weltkriege herausgebildet hat und vor allem Inhumanität, Aggression und Menschenverachtung im Gedächtnis des Rezipienten aktualisiert.⁴⁴³ Nicht ohne Grund ist zurzeit nicht mehr vom *Kriegsministerium* die Rede, wie es einst der Fall war, sondern vom *Verteidigungsministerium*. Sobald sich eine Sprachgemeinschaft dieses wertenden Beigeschmacks bewusst wird, tendiert sie – vor allem ihre Politiker – dazu, negativ besetzte Begriffe wie *Krieg* selbstredend nicht für die Bezeichnung der *eigenen* Handlungen zu verwenden. „Wir führen *keinen Krieg*. Aber wir sind aufgerufen, eine *friedliche Lösung* im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen“, sagt Gerhard Schröder in einer Fernseherklärung am 24. März 1999. Daher wird der Ausdruck *Krieg* meist von den Kritikern des NATO-Einsatzes polemisch verwendet und soll vornehmlich – das ist der entscheidende Punkt – einen Appell an die Öffentlichkeit richten, die als *Krieg* bezeichnete Aktion abzulehnen. So sagte beispielsweise Hans Christian Ströbele, Mitglied des Deutschen Bundestags, am 25. März 1999: „Ich schäme mich für mein Land, das jetzt [...] im Kosovo *Krieg führt*.“⁴⁴⁴ Um an kulturelle Erfahrungsschemata anzuknüpfen und kollektive Erinnerungswerte und nationale Symbole zu aktualisieren, berufen sich die Verächter des NATO-Einsatzes in diesem Sinne auf die historische Maxime *Nie wieder Krieg*. Zur selben analytischen Kategorie gehört auch der Ausdruck *Bombardierung*, welcher von den politischen Akteuren ebenfalls abgelehnt und von den Kritikern häufig im Kontext des Angemessenheits-Topos als ein Stigmawort zur Verurteilung der Angriffe verwendet wurde. So bittet Walther Stützle, deutscher Verteidigungsstaatssekretär, im *ARD-Brennpunkt* „herzlich darum, nicht von NATO-Bombardierungen zu sprechen“. Dies sei ein „Schlagwort“ und „der Situation gar nicht angemessen“⁴⁴⁵.

Ähnliches gilt für den Begriff *humanitäre Intervention*, nur in der umgekehrten Richtung, wobei es hier prinzipiell auf das attributive Adjektiv *humanitär* ankommt. Es besitzt einen ausgesprochen positiven Beigeschmack und verweist auf westliche Werte und moralische Verpflichtungen. Daher war der Ausdruck *humanitäre Intervention* ein Fahnenwort der NATO. Seine Verwendung verspricht – das ist der Appell an den Rezipienten – Unterstützung und Zustimmung, anders formuliert: *Nie wieder Auschwitz*. Diese oft vorkommenden histo-

443 Vgl. Teubert 1989, S. 56.

444 Zitiert nach Meggle 2004, S. 9. Hervorhebung M. A.

445 Zitiert nach Tobias Jaecker: „Besiegt“. <http://www.jaecker.com/1999/03/besiegt/>. 10.02.2013.

rischen Vergleiche erlauben eine optimale Anknüpfung an kollektive Erfahrungen und bereits verfasste Urteile über Völkermord und Vertreibung und helfen dem Rezipienten, die NATO-Angriffe in die „richtige“ Kategorie einzuordnen. Die Rede soll daher nicht von einem *Krieg* sein, sondern von einem Recht auf Einmischung, oder genauer:

Von politics of rescue, einer Rettungspolitik in Fällen von Massakern und Massenvertreibung, Versklavung und Völkermord; von humanitärer Intervention. (ZEIT, 25.03.1999)

Im Korpus sind sprachreflexive Belege, die diese kontroversen Begrifflichkeiten beobachten, keine Seltenheit. Dies sind wenige Beispiele:

„Krieg“ möchten sie es nicht nennen. Zu groß ist den Regierenden dieses Wort, zu sehr deutet es auf Unkontrollierbares, auf historische Zusammenhänge in diesem Jahrhundert hin. Ob Gerhard Schröder, Joschka Fischer oder Rudolf Scharping – sie ziehen es vor, von "Luftschlägen" zu sprechen. Von "Militäraktionen" der Nato in Serbien. (ZEIT, 31.03.1999)

Es wurde Krieg geführt. [...] Gebombt wurde unter dem neuen Banner der „humanitären Intervention“. (SZ, 31.12.1999)

In Übereinstimmung mit der offiziellen Darstellung der Nato und der Bundesregierung berichteten auch viele Medien vom "Kosovo-Konflikt". Bombardierungen wurden - das immerhin war weniger beschönigend - zu "Luftschlägen". (FAZ, 26.01.2000)

Die Politiker meiden das Wort "Krieg". Aber "Luftschläge" – das Unwort des Jahres!⁴⁴⁶ – sind Bombenangriffe, sind Krieg. Und nach der klassischen Clausewitzschen Definition ist Krieg "ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen". (ZEIT, 08.04.1999)

Alternativ zum positiv besetzten Begriff der *humanitären Intervention* bietet sich der neutral klingende, in gewisser Hinsicht euphemistische Ausdruck *Luftschläge* an. Auch wenn dieses Wort das „Humanitäre“ nicht zum Ausdruck bringt, so verbirgt es zumindest den kriegerischen Charakter der Intervention, weshalb es von Kriegsgegnern ebenfalls abgelehnt wird.

Es ist Krieg. Gewiss, die "Luftschläge" der Allianz wollen etwas anderes sein als ein Krieg der traditionellen Art. (ZEIT, 29.04.1999)

Siegfried Jäger geht in seiner *Medienanalyse zur Berichterstattung über den NATO-Krieg in Jugoslawien* ferner davon aus, dass auch der Ausdruck *Kosovo-Krieg* trotz seiner aggressiven Assoziationen ein Euphemismus für die – aller-

446 Gemeint ist nicht das von der Jury der sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“ ausgewählte Wort.

dings seltener vorkommende – Bezeichnung *NATO-Krieg* sei.⁴⁴⁷ Im zweiten Fall werde der *Kriegsführende*, die NATO, explizit benannt, während dieser im „euphemistischen“ Ausdruck *Kosovo-Krieg* ausgeblendet bleibe. Allerdings ist dieses wohl nicht sehr überzeugend, da der Agens in Kriegsbezeichnungen üblicherweise nicht vorkommt. Jägers Argument lässt sich aber auf den Ausdruck „*der serbische Krieg*“ (ZEIT, 24.06.1999) anwenden, mit dem der „Verursacher“ des Konfliktes nach der NATO-Auffassung genannt wird. Das kritische Potential dieses Ausdrucks lässt sich so beschreiben, dass die Serben die Verantwortung für den „Krieg“ tragen sollten.

4.1.3.2 Kollateralschaden

Ein Ausdruck, welcher im Zentrum vieler Sprachreflexionen zum NATO-Einsatz in Jugoslawien stand und sehr häufig in der Öffentlichkeit problematisiert wurde, ist *Kollateralschaden*. Dieser Ausdruck wurde von der NATO begriffsstrategisch eingesetzt und von der Öffentlichkeit bereits an den ersten Kriegstagen unverzüglich distanzierend in Anführungszeichen gesetzt, zumal das Wort *Kollateral* nicht zum „alltäglichen“ Sprachgebrauch gehört und daher nicht als selbstverständlich gelten kann. Der Duden hat das Adjektiv *kollateral* sogar gar nicht verzeichnet (Stand 2003) und sich mit dem als „militärisch verhüllend“ markierten Kompositum *Kollateralschaden* begnügt. Dies ist nach Duden ein

bei einer militärischen Aktion entstehender [schwererer] Schaden, der nicht beabsichtigt ist und nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ziel der Aktion steht, aber dennoch in Kauf genommen wird. (Duden)

Tötung von Zivilisten bei kriegerischen Angriffen. (Wahrig)

Es kann als Konsens gelten, dass dieser Ausdruck im Kosovo-Diskurs ein Euphemismus für die Tötung Unschuldiger und die Zerstörung infrastruktureller Einrichtungen Serbiens durch die NATO-Bomben ist. Die Befürworter des NATO-Einsatzes benutzten das Wort zwar nicht als ein Fahnenwort, aber immerhin im positiven Sinne. Es kam zumeist im Rahmen des Moral-Topos vor und appellierte an die Öffentlichkeit, die Tötung von Unschuldigen zugunsten eines höheren moralischen Prinzips hinzunehmen. Das Kontra-Lager verwendete das Wort als ein Stigmawort zumeist in distanzierenden Anführungszeichen und fügte ihm oft eine kritische Definition hinzu. Es kam in der Regel im Kontext des Topos vom generellen Tötungsverbot und des Angemessenheits-Topos

447 Vgl. Jäger, Siegfried/Jäger, Margarete: Medienanalyse zur Berichterstattung über den NATO-Krieg in Jugoslawien. In: Ders. (Hrsg.): Medien im Krieg. Duisburg 2002, S. 11–27, hier S. 11.

vor und wurde argumentativ benutzt, um die Legitimität der Angriffe in Frage zu stellen und ihre Ablehnung zu bekräftigen.

"Kollateralschaden" (Verharmlosung der Tötung Unschuldiger als Nebensächlich-keit, Nato-offizieller Terminus im Kosovo-Krieg) (FAZ, 22.01.2002)

Ist das Wort "Kollateralschaden" ein Unwort aus einer Orwellschen Horrorvision oder aus der deutschen "Realpolitik"? (FAZ, 18.05.1999)

"Kollateralschaden" war der Euphemismus, mit dem die Nato jene "randständigen" Zerstörungen von Gebäuden, Infrastrukturen und Menschenleben belegte. [...]. Ein unschönes Wort, keine Frage. (FAZ, 02.02.2000)

Das Wort [Kollateralschaden, M. A.] steht nicht in den Lexika, es findet sich auch nicht in den juristischen Werken zum Kriegsvölkerrecht. Es ist quasi ein militäri-sches Tarnwort, wenn – wie dies auch im Kosovo-Krieg geschieht – etwas passiert, was nicht passieren soll. (SZ, 15.04.1999)

Jene massenhaft tödlichen "Kollateralschäden", deren häßliche Benennung einen häßlicheren Sachverhalt deckt. (ZEIT, 12.05.1999)

Der "Kollateralschaden", der Tod unschuldiger Menschen, ist das grausame und un-vermeidliche Resultat des organisierten Terrorismus. (WELT, 11.01.2004)

Hingegen können kriegerische "Kollateralschäden" Tausende töten, ohne dass des-halb Genozidbestrafung zulässig wäre. (WELT, 24.04.2004)

Erwähnenswert ist, dass der Ausdruck *Kollateralschaden* von der Jury der sprachkritischen Aktion „Unwort des Jahres“ als Unwort des Jahres 1999 ge-wählt wurde, mit der Begründung, dass es mit seiner „imponierenden Schwer-verständlichkeit vom schlimmen Inhalt ablenkt und militärische Verbrechen als Nebensächlichkeit verharmlost“ (WELT, 26.01.2000).

4.1.3.3 Freiheitskämpfer versus Terrorist

Freiheitskämpfer sind im allgemeinsprachlichen Sinne, so der Duden, Leute, die für die „Freiheit“ ihres Volkes kämpfen. Sie sind in der Regel bewaffnete Grup-pen, „die sich für eine gute Sache einsetzen und sich gegen Diktatur und Unter-drückung wenden“⁴⁴⁸. Es handelt sich zumeist um bewaffnete *Kämpfer* gegen eine herrschende Macht, welche für die *Freiheitskämpfer* selbst und für die Ver-treter ihres politischen und kulturellen Standpunktes als unterdrückerisch und ungesetzlich gilt. Im Kosovo-Diskurs meint das Wort vor allem die Mitglieder der sogenannten *Befreiungsarmee des Kosovo* (UCK), die mit militärischen Mit-teln die Unabhängigkeit des Kosovo erringen wollte, sowie ihre Helfer, die ihre Aktivitäten nicht im Rahmen der UCK organisierten. *Freiheitskämpfer* stützen

448 Hussy, Walter/Schreier, Margrit/Echterhoff, Gerald: Forschungsmethoden in Psycholo-gie und Sozialwissenschaften. Berlin/Heidelberg 2010, S. 256.

sich unter anderem auf das Zusatzprotokoll I des Genfer Abkommens, das das allgemeine Gewaltverbot der UN-Charta aufgehoben und festgelegt hat, „dass die kolonial unterdrückten Völker mit dem Selbstbestimmungsrecht einen völkerrechtlichen Anspruch haben, sich mit allen Mitteln und internationaler Unterstützung gegen die Kolonialherrschaft zu wehren“⁴⁴⁹. Jemanden als *Freiheitskämpfer* zu bezeichnen, impliziert demnach „eine positive Bewertung der Person und eine Billigung des Zwecks“⁴⁵⁰. Das ist der positiv wertende und deontische Bedeutungsaspekt. Der Ausdruck *Freiheitskämpfer* ist folglich weitgehend positiv besetzt und wird zumeist als ein Fahnenwort benutzt. Er lässt sich keinem Topos deutlich zuordnen. In der überwiegenden Zahl der ausgewerteten Texte wurde die UCK undistanziert als eine *Befreiungsarmee* bezeichnet, man hat sich also auf die wörtliche Übersetzung der Eigenbezeichnung verlassen. Ihre Mitglieder wurden ebenfalls in den meisten Fällen ohne Distanzierung als *Freiheitskämpfer* charakterisiert. Oft wurden sie nur als *Kämpfer* bezeichnet, wobei eine positive Bewertung, die im Kompositum *Freiheitskämpfer* durch das Wort *Freiheit* geleistet wird, sich trotzdem aus dem gesamten Kontext eindeutig ergab. Dies rührt daher, dass die kontroverse Argumentation und Begrifflichkeit sich lediglich auf den Umgang der NATO mit dem Konflikt und nicht auf den Konflikt selbst bezog. Es wurde nicht diskutiert, inwiefern Kosovaren ein Recht auf Unabhängigkeit haben. Zuweilen wurden die Ausdrücke *Freiheitskämpfer* und *Befreiungsarmee* in Anführungszeichen gesetzt und an seltenen Stellen wurde besonders der Ausdruck *Freiheitskämpfer* kritisch thematisiert und in Frage gestellt. Eine breite Problematisierung der Bezeichnung fand nach Beobachtung des Verfassers erst im Kontext des Terrorismus-Diskurses statt. Da wurde die Frage nach einem „angemessenen“ Umgang mit den Ausdrücken *Terrorist* und *Freiheitskämpfer* ausdrücklich gestellt. Es wurde nach semantischen Unterschieden zwischen beiden Ausdrücken und nach ihren Verwendungsweisen in der Terrorismus-Diskussion und rückblickend in der Kosovo-Debatte gefragt. Auf diesen Aspekt wird die Arbeit zurückkommen.⁴⁵¹ Hier sollte der Hinweis genügen, dass Mitglieder der UCK im Korpus in aller Regel nicht als *Terroristen* eingestuft wurden und der UCK nicht das Adjektiv *terroristisch* vorangestellt wurde. Im Folgenden dokumentieren einige Beispiele den beschriebenen Gebrauch der Ausdrücke *Freiheitskämpfer* und *Befreiungsarmee*.

449 Heintze, Hans-Joachim: Völkerrecht und Terrorismus. In: Kai Hirschmann (Hrsg.): Terrorismus als weltweites Phänomen. Berlin 2000, S. 217–240, hier S. 225.

450 Hussy, Walter/Schreier, Margrit/Echterhoff, Gerald: Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaften. Berlin/Heidelberg 2010, S. 256.

451 Siehe Abschnitt 4.3.3.1.

UCK-Kämpfer im Kosovo versorgen die Amerikaner schon mit Informationen über serbische Truppenbewegungen. (WELT, 21.04.1999)

Der Druck auf die albanische Bevölkerung nahm zu, und Untergrundkämpfer der Kosovo-Befreiungsarmee UCK antworteten mit Anschlägen gegen serbische Sicherheitskräfte. (WELT, 30.12.1999)

Der Krieg der Belgrader Zentralmacht gegen die Albaner in der serbischen Südprovinz hatte schon ein Jahr zuvor begonnen: mit Massakern, mit Vertreibungen, mit offener Gewalt von Staats wegen und provokativen Vergeltungen durch die Kosovo-Befreiungsarmee (UCK). (SZ, 31.12.1999)

Denn die Kosovo-Albaner haben es der in den neunziger Jahren entstandenen „Befreiungsarmee Kosovo“ (UCK) nicht vergessen, daß es deren Kämpfern durch Anschläge und Überfälle auf Repräsentanten des serbischen Staates gelang, die Aufmerksamkeit der Welt auf die Unterdrückungspolitik des Milosevic-Regimes in ihrer Heimat zu lenken. Ehemalige UCK-Größen wie Haradinaj gelten deshalb ungeachtet späterer Verfehlungen als Freiheitskämpfer. (FAZ, 18.11.2004)

Der Krieg im Kosovo hat manche zu Kämpfern gemacht und viele zu Flüchtlingen. In Kukës sammeln sich Vertriebene, Helfer, Glücksritter, Freiheitskämpfer und Reporter. (SPIEGEL, 19.04.1999)

Die Verlustrate der militärisch meist unerfahrenen UÇK-Kämpfer ist enorm, menschlicher Nachschub stets willkommen. (SPIEGEL, 19.04.1999)

4.1.4 Übergreifendes diskursives Wissen

4.1.4.1 Die Lehre vom „gerechten Krieg

Auf den ersten Blick handelt es sich in der Argumentationsanalyse um zwei völlig unterschiedliche Argumentationen, von denen bestimmte Begrifflichkeiten abhängen. Ein zweiter Blick erhellt jedoch, dass die meisten Topoi sich gar nicht ausschließen, sondern aus verschiedenen Perspektiven auf etwas Gemeinsames verweisen. Der Angemessenheits-Topos, der Topos vom generellen Tötungsverbot und der Topos von der Ausweglosigkeit wurden zwar als Kontra-Argumente angeführt, sie stehen jedoch in keinem Widerspruch zu dem Moral-Topos als einem Pro-Argument. Sie kritisieren Teilaspekte, ohne die moralische Begründung grundsätzlich abzulehnen. Im Prinzip wird das moralische Argument stillschweigend akzeptiert. Nur weil bestimmte Voraussetzungen fehlen, wird ein Fragezeichen dahinter gesetzt. Konkreter: Eine zentrale diskursive Figur hinter der Pro- und Kontra-Argumentationsstruktur bildet die klassische Lehre vom „gerechten Krieg“, die bekanntlich nicht neu ist und zumindest teilweise den argumentativen Hintergrund vieler Kriege von jeher bis heute bildet. Moralische Rechtfertigungen und Einschränkungen kriegerischer Handlungen

sind bereits bei Platon und Aristoteles zu finden⁴⁵², doch die Lehre vom „gerechten Krieg“, so wird oft angenommen, hat sich vornehmlich im Kontext der christlichen Moralphilosophie herausgebildet.⁴⁵³ Entscheidende Impulse erhielt sie von militärischen Auseinandersetzungen mit nichtchristlichen Mächten, die sich weder dem Kaiser noch dem Papst unterwarfen, wie es bei den Kreuzzügen und später bei den Kolonialisierungskriegen gegen südamerikanische Völker der Fall war.⁴⁵⁴ Eine Anknüpfung des NATO-Einsatzes im Kosovo an die griechische Antike und an mittelalterliche Traditionen der „gerechten“ Kriegsführung wäre aber ein zu weiter Schritt. Denn die Konzeption der Lehre vom *gerechten Krieg* hat sich im historischen Zeitverlauf inhaltlich und mentalitätsgeschichtlich immer neu gestaltet und die moralischen Rechtfertigungen, aber auch Einschränkungen der Kriegsführung, wurden entsprechend anders definiert. Zahlreiche philosophische und soziohistorische Abhandlungen haben im Rahmen der Lehre vom *gerechten Krieg* jeweils eigene Kriterienkataloge für die Legitimität *humanitärer Interventionen* ausgearbeitet und mithilfe derer konkrete historische Konflikte auf ihre Rechtfertigung hin überprüft. Eine Diskussion dieser Ansätze wird hier nicht erstrebt.⁴⁵⁵ Zeitgenössische Ansätze⁴⁵⁶, die von der Möglichkeit einer moralischen Legitimierung von Interventionen ausgehen, kreisen allerdings um mehr oder minder ähnliche Kriterien, die in der Argumentationsanalyse zur NATO-Intervention im Kosovo angesprochen wurden, jedoch ohne explizites Zurückgreifen auf theoretische Denkfiguren „gerechter“ Kriege.

Generell wird angenommen, dass humanitäre Interventionen moralisch gerechtfertigt sein und *mehr* als Souveränitätsrechte von Staaten zählen können, wenn das Ziel der Intervention die Verhinderung, Beendigung oder Verringerung von massiven und systematischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, soweit diese nicht anders abzuschaffen sind, die Art der Intervention dem Ziel dienlich ist und die Gefährdung Dritter und die Schädigung der Intervenierenden selbst möglichst gering hält, das Interventionsziel mit der geringstmög-

452 Vgl. Hinsch, Wilfried/Janssen, Dieter/Folscheid, Lex: Menschenrechte militärisch schützen: ein Plädoyer für humanitäre Interventionen. München 2006, S. 52.

453 Peters, Anne/Peter, Simone: Lehren vom „gerechten Krieg“ aus völkerrechtlicher Sicht. In: Georg Kreis (Hrsg.): Der „gerechte Krieg“. Zur Geschichte einer aktuellen Denkfigur. Basel 2006, S. 43–96, hier S. 44.

454 A.a.O., S. 44 f.

455 Eine interessante diachrone Übersicht von der Antike bis zur Gegenwart bietet Bernhard Sutor: Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden. Stationen und Chancen eines geschichtlichen Lernprozesses. Schwalbach 2004.

456 Eine einflussreiche Fassung der Theorie vom „gerechten Krieg“ hat Michael Walzer vorgelegt: Gibt es den gerechten Krieg? New York 1977.

chen Schädigung des Interventionsverursachers erreicht wird und die Intervention nicht ihrerseits massive Menschenrechtsverletzungen begeht.⁴⁵⁷

Die meisten Kontra-Argumente im Kosovo-Diskurs beziehen sich auf die Erfüllung dieser Kriterien und stellen die moralische Begründung nicht prinzipiell in Frage. Sowohl das Pro als auch das Kontra argumentieren moralisch. Jedenfalls hat die allmähliche Etablierung des Souveränitätsrechts seit dem Westfälischen Friedensvertrag im Jahre 1648, welcher den Dreißigjährigen Krieg beendet hat und als Grundlage des neuen völkerrechtlichen Systems gilt, zur Einschränkung „gerechter“ Kriege geführt. Das formaljuristische Argument, das allerdings im Kosovo-Diskurs keine zentrale Rolle spielt, bezieht sich auf dieses Souveränitätsrecht. Obwohl das moderne Völkerrecht, vornehmlich repräsentiert durch die UN-Charta, nur noch zwei Arten von *Krieg* erlaubt, nämlich im Sinne der Selbstverteidigung und des Schutzes des Weltfriedens, wird oft angenommen, dass der „Gedanke vom gerechten Krieg tief verwurzelt im christlichen Abendland“ (SPIEGEL, 26.04.1999) ist.

4.1.4.2 Die Normalisierung Deutschlands

Kein anderes Mitglied der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft ist so gehemmt – einige würden sagen, verkrüppelt – durch das schiere Gewicht seines Geschichtsbewusstseins wie Deutschland. (ZEIT, 24.06.1999)

Das mag stimmen, jedoch sind im Kosovo-Diskurs kollektive Bemühungen zur Aufhebung dieser *Hemmung* überdeutlich. Es geht hier wieder um ein übergreifendes Wissensselement, welches einen kollektiven Charakter in der Öffentlichkeit hatte und sowohl das Pro als auch das Kontra umschloss. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg steht die Deutsche Bundeswehr in einem Kampfeinsatz, „tatsächlich mittendrin“ (ZEIT, 31.03.1999). Die deutsche Nachkriegsmentalität, die vor allem durch militärische Zurückhaltung gekennzeichnet war, ist zu Ende und es gibt nun die „bis vor kurzem unvorstellbare Wirklichkeit, daß Deutschland aktiv an einem Krieg beteiligt ist“ (SZ, 08.04.1999). Mit Fug und Recht kann man behaupten, dass ein neues Kapitel in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beginnt. Eine sorgfältige Beobachtung des öffentlichen Sprachgebrauchs während des Kosovo-Konflikts macht evident, dass Deutschlands Teilnahme an dem NATO-Einsatz für die Öffentlichkeit keine bloße Bereitstellung von Streitkräften und militärischer Ausrüstung darstellte, sondern im Rahmen eines diskursiv konstituierten *Normalisierungsprozesses* stattfand. Es

457 Vgl. Meggle, George: NATO-Moral und Kosovo-Krieg. Ein ethischer Kommentar ex post. In: Ders. (Hrsg.): Humanitäre Interventionsethik. Was lehrt uns der Kosovo-Krieg? Paderborn 2004, S. 31–58, hier S. 39 f.

wurde versucht zu zeigen, dass die „öffentliche Diskussion und Stimmung in Deutschland nicht anders sind als in anderen westeuropäischen Ländern. Kein Sonderweg, kein Sonderbewusstsein“ (ZEIT, 29.04.1999). Schließlich sind die Deutschen doch „eine normale Nation“ (ZEIT, 08.05.2002). Es war auch kein Topos im Korpus erkennbar, der die Teilnahme Deutschlands an sich kritisiert. Die prinzipielle Absage an Gewalt – das ist mentalitäts- und bewusstseinsgeschichtlich relevant – wandelt sich in „notfalls“ *gewaltsame Wahrung und Durchsetzung der Menschenrechte* um. Aus Passivität und Selbstbezogenheit werden *Handlungsfähigkeit, Erwachsensein, Entschlossenheit* und *Verantwortung für andere*.

Gut *handeln*, um Menschenleben zu retten, das ist das Gebot der Stunde. [...] Man benimmt sich dem realen Deutschland gegenüber *realistisch* und *ernsthaft*. Ernsthaft und *erwachsen* benehmen sich auch die Deutschen selbst. Noch 1991, während des nahöstlichen Golfkriegs, wirkte die Nation *kindisch* und *unerwachsen*.⁴⁵⁸ (WELT, 31.03.1999)

Weder in Deutschland selbst noch im Ausland wurde eine solche *Entschlossenheit* erwartet. Die Zusammenhänge indes waren klar: Es mußte darum gehen, die *Berechenbarkeit* der Bundesrepublik im westlichen Bündnis in einer neuartigen und für Deutschland höchst prekären Situation *nachzuweisen*.⁴⁵⁹ (FAZ, 28.06.1999)

Es wird Krieg gegen den Krieg geführt. Und wer als Intellektueller oder Pazifist dagegen ist, gerät in den Verdacht, ein *verantwortungsloser* Krieger zu sein. (WELT, 13.04.1999)

Das "Selbstbewusstsein einer erwachsenen Nation" wollte Gastgeber Schröder "den Kollegen" [auf dem EU-Gipfel 1999 in Berlin, M. A.] präsentieren. (SPIEGEL, 29.03.1999)

Ein neues mächtiges Deutschland, das sich mehr auf die Zukunft und weniger auf seine Nazivergangenheit konzentriert, wird das Ziel sein, das der gestärkte Kanzler anstrebt. (ZEIT, 24.06.1999)

Erwähnenswert ist die außergewöhnliche, nahezu völlige Übereinstimmung fast aller Fraktionen des Bundestages in der Akzeptanz deutscher Beteiligung an der Intervention mit Ausnahme der PDS. Die Bundesregierung wurde von der Opposition weitgehend unterstützt und der damalige Fraktionsvorsitzende der Union, Wolfgang Schäuble, versicherte, dass es in dieser Frage „keinen Dissens der großen Fraktionen“ (SZ, 26.03.1999) gibt.

Die deutsche Volksvertretung steht weitgehend geschlossen hinter der Regierungsentscheidung, dem Völkermord im Kosovo militärisch Einhalt zu gebieten. (WELT, 16.04.1999)

458 Hervorhebung M. A.

459 Hervorhebung M. A.

Die sonst so zerstrittenen Lager von Stoiber bis Fischer wissen sich einig: Wer Milosevic gewähren läßt, verrät die Menschenrechte, opfert die Reklamation jeder Moral, legitimiert Vertreibung wie Völkermord und läßt die Opfer alleine. Mit einer Ausnahme allerdings. Die PDS. (WELT, 16.04.1999)

Wenn es um den Krieg um das Kosovo geht, so gilt für CDU, CSU und FDP der Satz des CDU-Chefs Wolfgang Schäuble: "Die Regierung kann sich auf die Unterstützung der Opposition verlassen." (WELT, 08.04.1999)

Diese „historische“ Änderung ist in der Öffentlichkeit in zweierlei Hinsicht relevant: Erstens, weil sie unversehens überhaupt zu Tage kam und zweitens, weil sie von einer rot-grün geführten Bundesregierung realisiert zu werden schien. Offensichtlich wurden die Koalitionsparteien in der Öffentlichkeit stillschweigend oft Friedensbewegungen zugeordnet und als „pazifistische“ Parteien betrachtet, wie die folgenden Beispiele zeigen:

Ausgerechnet Rot-Grün, die Friedensbewegten von gestern, hätten nun ihr Ja zum Waffeneinsatz gegeben, heißt es gelegentlich mit Häme. Aber Spott ist unangebracht. Es war nicht ehrenrührig. (ZEIT, 31.03.1999)

Erstmals seit geraumer Zeit gewinnt die SPD in Umfragen wieder an Boden. Weil die Regierung im Kosovo-Konflikt eine Eigenschaft an den Tag legt, die sonst vermißt wurde: Konsequenz und Entschlossenheit. (SZ, 08.04.1999)

Der Luftkrieg auf dem Balkan mit deutscher Beteiligung rührt an Grundwerte der Grünen und schürt die Angst vor einer Existenzkrise. Die Grünen, einst aus der Friedensbewegung hervorgegangen, werden zerrieben zwischen denen, die ihren pazifistischen Anspruch hochhalten, und jenen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen (WELT, 03.04.1999)

Andererseits hat das pazifistisch Krieg führende Kabinett sein Volk irgendwie im Konsens-Zaum zu halten vermocht. (ZEIT, 17.06.1999)

Hochinteressant ist die „Seltsame Stille“, die in der ZEIT 14/1998 als Titel erschien. Diese „Stille“ würde in einem Text aus den siebziger Jahren höchstwahrscheinlich auf einen deutschen *Pazifismus* hindeuten. In der ZEIT vom 31. März 1998 steht sie jedoch in einem völlig gegenteiligen Kontext: Sie verweist auf die nahezu *absolute Akzeptanz* des Kampfeinsatzes in der deutschen Öffentlichkeit und die „Debattenlosigkeit, mit der die Bundesrepublik ihre Soldaten in den ersten Kampfeinsatz seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges schickt“. Verwundert werden in diesem Artikel die unerwartete „Sprachlosigkeit der politischen Klasse“ und das „Verstummen des Parlamentes“ thematisiert (ZEIT, 31.03.1999). Ähnliches gilt für die „große Ruhe im Land“ (ZEIT, 31.03.1999), die auch in einem anderen historischen Zusammenhang völlig andere Phänomene, wie Passivität, Desinteresse und Neutralität, meinen würde. In der ZEIT 14/1999 bedeutet diese „Ruhe“ jedoch, dass Deutschland *schweigend* ohne nennenswerte Proteste *Krieg* führt.

So wirkt und agiert das regierende und opponierende Deutschland. Und so präsentiert sich heute auch die deutsche Gesellschaft nach innen und außen. Der Kosovo-Krieg zeigt es. (WELT, 31.03.1999)

Ist es eine neue Bedenkenlosigkeit, die Deutschland jetzt so umstandslos bei Luftschlägen mittun läßt? Oder, umgekehrt, Normalität im guten Sinne? (ZEIT, 31.03.1999)

4.2 Leitkultur

4.2.1 Einleitung

4.2.1.1 Identität als historisches Thema

Deutsche Identitätsdebatten sind nicht neu und werden offensichtlich auch nicht bald aufhören. Bereits im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert erreichte diese Thematik einen Höhepunkt. Gewiss änderten sich die historischen Kontexte und die sozial-politischen Wirklichkeiten, in deren Rahmen die deutsche Identität diskutiert wurde, der Inhalt blieb indes gleich: Was hält uns zusammen und was stärkt oder schwächt unser kollektives Nationalbewusstsein? Vornehmlich nach der NS-Diktatur spielt auch die Frage, wie stolz die „Deutschen“ auf ihr Vaterland sind, eine nicht unerhebliche Rolle. Objektive Gründe für das problematische Identitätsverständnis reichen viel weiter zurück als die Migration nach Deutschland. Bereits der Westfälische Friedensvertrag im Jahre 1648, welcher den deutschen Mittel- und Kleinstaaten eine weitreichende Autonomie gewährleistete, stand der Bildung eines einheitlichen Staats im Wege.⁴⁶⁰ Neben diesem (fehlenden) gewichtigen Faktor der Identitätsbildung Deutschlands, nämlich dem einheitlichen Staat, war auch die deutsche Sprache problematisch, weil sie zum einen in Gebieten gesprochen wurde, die sich längst von Deutschland losgelöst hatten, zum anderen aber in einigen Teilen deutscher Staaten, beispielsweise im östlichen Preußen oder Böhmen und Mähren, *nicht* gesprochen wurde.⁴⁶¹ Auch die verspätete Modernisierung und Industrialisierung Deutschlands und das Fehlen eines politisch mächtigen Wirtschaftsbürgertums hatten die Entstehung einer deutschen Nation verhindert.⁴⁶² Seitdem sind deutsche Identitätsreflexionen mehr oder minder an der Tagesordnung. Während Identitätsfragen einst weitgehend hinsichtlich der – vor allem östlichen – Nachbar-

460 Vgl. Busse, Dietrich: Deutschland, die "schwierige Nation" – Mythos oder Wirklichkeit? In: Ruth Reiher, Rüdiger Läger (Hrsg.): Wer spricht das wahre Deutsch? Erkundungen zur Sprache im vereinigten Deutschland. Berlin 1993, S. 8–27, hier S. 10 ff.

461 Ebd.

462 Ebd.

schaft und später bezüglich der Stellung Deutschlands innerhalb der europäischen Gemeinschaft diskutiert wurden, stehen seit Ende des Zweiten Weltkrieges die Migration nach Deutschland und ihre Auswirkung auf die Gestaltung deutscher Identität im Mittelpunkt des Interesses. In der Zeit der rot-grünen Koalition, dem Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit, hat dieses Thema den öffentlichen Diskurs deutlich geprägt, vor allem im Kontext des Staatsbürgerschaftsrechts und der Diskussion über die *deutsche Leitkultur*. Nach Abwahl der konservativ-liberalen Regierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl wollte die rot-grüne Koalition das aus dem Jahre 1913 stammende Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz reformieren, welches bekanntlich auf dem Abstammungsprinzip (sog. *ius sanguinis*) basierte. Die Bedeutung dieses Prinzips rührte vor allem von der verspäteten Nationalstaatsbildung Deutschlands her, in dem Sinne, dass das Abstammungsprinzip unter Berücksichtigung des Konzepts der Kulturnation im 19. Jahrhundert und der späteren nationalsozialistischen Vorstellung vom Volk als „Blutgemeinschaft“ zur Bildung einer deutschen Identität in einem Vielvölkerstaat beitragen sollte.⁴⁶³ Verstärkt wurde dieses Prinzip durch das Bedürfnis nach einem ethnokulturellen nationalen Bewusstsein nach dem Zweiten Weltkrieg, der Teilung Deutschlands und der Vertreibung deutscher Staatsbürger aus Mittel- und Osteuropa.⁴⁶⁴ Die Frage nach dem, was „uns“ zusammenhält, wurde also dringender. Die Integration sogenannter „Aussiedler“ war in der Kohl-Ära an der Tagesordnung. So hatten sie als *deutsche Volkszugehörige*, wie sie das Deutsche Grundgesetz bezeichnet, seit 1950 die Möglichkeit, in ihr *Heimatland* Deutschland zurückzukehren, wobei die Förderung ihrer Integration seit den 50er-Jahren starken Schwankungen unterlag. Während der Amtszeit Helmut Kohls war ihre Rückkehr weitgehend begünstigt, auch wenn der Zusammenbruch der Sowjetunion zu einem abrupten Aussiedlerzuzug und folglich zu Beschränkungen der jährlichen Zuzugszahlen und zu einer Reduzierung der staatlichen Leistungen führte. Spätestens seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün wurde auch die Integration „ausländischer“ Migranten stark in der Öffentlichkeit diskutiert. Bereits in der Koalitionsvereinbarung erklärten die SPD und die Grünen die Schaffung eines „modernen“ Staatsangehörigkeitsrechts als einen Schwerpunkt ihrer Integrationspolitik.⁴⁶⁵ Der neue Gesetzent-

463 Vgl. Busch, Andreas: Extensive Politik in den Klippen der Semisouveränität: Die Innen- und Rechtspolitik der rot-grünen Koalition. In: Christoph Egle, Tobias Ostheim, Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002. Wiesbaden 2003, S. 305–327, hier S. 309.

464 Ebd.

465 Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bonn, 20. Oktober 1998. <http://archiv.gruene-partei.de/gremien/rot-gruen/vertrag/vertrag-i.htm>. 30.07.2009.

wurf führte Elemente des Geburtsorts- beziehungsweise Territorialprinzips ein. Beispielsweise sollten Kinder ausländischer Eltern „mit Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit (erhalten), wenn ein Elternteil bereits hier geboren wurde oder als Minderjähriger bis zum 14. Lebensjahr nach Deutschland eingereist ist und über eine Aufenthaltserlaubnis verfügt“⁴⁶⁶. Nach Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit hätten Migranten das Recht, ihre alte Staatsangehörigkeit zu behalten. Allerdings wurde dieser Entwurf von der Union abgelehnt. Die Kritik spitzte sich während der Unterschriftenaktion zu, die die Union Anfang des Jahres 1999 unter dem Motto „Ja zur Integration – nein zur doppelten Staatsbürgerschaft“ bundesweit gegen die geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechts durchführte. Auf diese Kampagne wird häufig der Sieg der CDU und FDP bei den Landtagswahlen im Frühjahr 1999 in Hessen zurückgeführt.⁴⁶⁷ Infolge dieses Regierungswechsels verlor die rot-grüne Koalition die Mehrheit im Bundesrat und musste daher einen Kompromiss mit der FDP schließen. Das sogenannte „Optionsmodell“ hat dabei die im alten Gesetzentwurf tolerierte Doppelstaatsangehörigkeit abgeschafft. Obwohl sich die Unterschriftenkampagne der Union ausdrücklich auf den „Doppelpass“ bezog und keinen expliziten Bezug auf die Identität hatte, schwang die Identitätsfrage im Hintergrund mit. „Mit groben Argumenten wurde an Überfremdungsängste in der deutschen Bevölkerung appelliert“⁴⁶⁸, wird oft gesagt. Bestätigt wird diese These in der darauf folgenden, vom CDU-Politiker Jürgen Rüttgers geprägten Kampagne unter dem Motto „Kinder statt Inder“ anlässlich der nordrhein-westfälischen Landtagswahlen im Jahre 2000. Hier kommt ein völkisch-ethnisches Identitäts- und Staatsverständnis deutlicher zum Tragen, in dem Sinne, dass Nicht-Deutsche die Stärke der nationalen Identität beeinträchtigen könnten. Das Wort „Inder“ soll hier nicht lediglich einen Reim (Kinder – Inder) bilden, sondern referiert auf die historische Erkenntnis, dass viele IT-Fachkräfte, die aufgrund der Greencard-Regelung nach Deutschland kamen, aus Indien stammten.⁴⁶⁹

4.2.1.2 Die Leitkultur-Debatte

Das von mir entwickelte Konzept der Leitkultur hat absolut nichts mit Deutschtum oder irgendwelchen deutschen Sonderwegen zu tun. Stattdessen geht es um eine Er rungenschaft des okzidental en Europa, die Jürgen Habermas "kulturelle Moderne" nennt.⁴⁷⁰

466 Ebd.

467 Vgl. Storz, Henning/Wilmes, Bernhard: Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und das neue Einbürgerungsrecht. <http://www.bpb.de/themen/OHCOPK.html>. 17.08. 2009.

468 Ebd.

469 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCrgen_R%C3%BCttgers. 15.08.2009.

470 Tibi, Bassam, Leitkultur als Wertekonsens.

Der Ausdruck *Leitkultur* wurde zum ersten Mal von dem aus Syrien stammenden, als Professor für Internationale Beziehungen an der Georg-August-Universität Göttingen lehrenden Politologen Bassam Tibi in die soziologische und politikwissenschaftliche Debatte eingeführt. In einem Beitrag unter dem Titel *Multikultureller Werte-Relativismus und Werte-Verlust* kritisierte er 1996 die Relativierung von europäischen Wertprinzipien infolge der Zuwanderung nach Europa und die „Wertebeliebigkeit des Multikulturalismus“ und plädierte für eine von allen zu akzeptierende europäische „Leitkultur“.⁴⁷¹ Diese hat er zwei Jahre später in einem Buch unter dem Titel *Europa ohne Identität* und in weiteren Aufsätzen stets als *europäisch* definiert und von der späteren Debatte über eine *deutsche Leitkultur* deutlich abgegrenzt. Die Wertordnung, die diese *europäische Leitkultur* ausmacht, fasst er in folgendem „Normen-Katalog“ zusammen:

Primat der Vernunft vor religiöser Offenbarung, d.h. vor der Geltung absoluter religiöser Wahrheiten, *individuelle* Menschenrechte (also nicht Gruppenrechte), säkulare, auf der Trennung von Religion und Politik basierende Demokratie, *allseitig anerkannter*⁴⁷² Pluralismus sowie ebenso gegenseitig zu geltende Toleranz.⁴⁷³

Diese „aufklärerischen und säkularen Werte der europäischen Zivilisation“ sollen im deutschen Raum seines Erachtens als „Wertekonsens“ zwischen Deutschen und Einwanderern fungieren und dürfen nicht in Frage gestellt werden.⁴⁷⁴ Bezüglich der Migration aus Ländern mit anderen kulturellen Hintergründen nach Europa und ihrer Konsequenzen auf lange Sicht hält er es für relevant, zwischen *Einwanderung* und *Zuwanderung* zu unterscheiden. Der Ausdruck *Einwanderung* spielt bei ihm eine große Rolle und habe die Konnotation, dass Migration „gesteuert, geordnet, rational reguliert“ ist, den oben skizzierten „Wertekonsens“ beachtet und die Bedürfnisse der Aufnahmegesellschaft berücksichtigt. Demgegenüber referiere der Ausdruck *Zuwanderung* auf „wildwüchsige“ Migration und schließt „illegale Migration und Menschenschmuggel“ ein.⁴⁷⁵ Im Falle Deutschlands handele es sich überwiegend um eine *Zuwanderung*. Eine weitere Differenzierung unternimmt er hinsichtlich der Identität eines Staates und seiner Bürger. Er unterscheidet eine *ethnische*, nicht zu erwerbende, von einer *zivi-*

<http://www.bpb.de/publikationen/40QIUX.html>. 02.07.2009.

471 Vgl. Tibi, Bassam: Multikultureller Werte-Relativismus und Werte-Verlust. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 52-53. 1996, S. 27–36.

472 Kursiv im Original.

473 Tibi, Bassam: Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft. München 1998, S. 183.

474 Tibi, Bassam: Leitkultur als Wertekonsens. www.bpb.de/publikationen/40QIUX.html. 07.08.2009.

475 Ebd.

lisatorischen Identität, welche sich an Werten „als leitkulturellem Leitfaden“ orientiert und daher erwerbbar sei.

So kann ich als Araber, wenn die Definition des Begriffes "deutsch" "entethnisiert" wird, in der Bestimmung als Wahldeutscher ein Verfassungspatriot [...], jedoch ethnisch kein Deutscher werden.⁴⁷⁶

In dieser Hinsicht sei die Definition deutscher Identität für die nach seiner Ansicht misslungene Integration von Migranten mitverantwortlich, denn sie sei der Ethnizität verhaftet, definiere sich als Identität einer Kulturnation ethnisch-exklusiv und gebe den Einwanderern lediglich einen Pass und keine Identität. „Integration erfordert, in der Lage zu sein, eine Identität zu geben. Zu jeder Identität gehört eine Leitkultur!“⁴⁷⁷ Ausgehend vom Pluralitätsprinzip legt er zwar einen großen Wert auf kulturelle Vielfalt, zieht aber eine klare Grenze zwischen kultureller Vielfalt und Multikulturalität. Letztere sei mit Wertebeliebigkeit und Werterelativismus verbunden und daher abzulehnen.⁴⁷⁸ Obwohl dieses Konzept Parallelen zur Debatte über die *deutsche* Leitkultur im Herbst 2000 aufweist, die uns hier interessiert, blieb es während dieser Debatte im Hintergrund. Offensichtlich entbrannte die breite öffentliche Diskussion um die *deutsche Leitkultur* nicht aufgrund dieses Konzeptes Tibis, da er stets von einer *europäischen* Leitkultur gesprochen und jede Reduzierung auf eine *deutsche* Leitkultur explizit verweigert hatte. Des Weiteren hatte Tibis Konzept Jahre zurückgelegen, ohne nennenswertes öffentliches Interesse zu wecken. Der ZEIT-Herausgeber Theo Sommer hatte zwar dem Ausdruck *Leitkultur* das Attribut *deutsch* vorangesetzt und erstmals 1998 von *deutscher Leitkultur* gesprochen, war jedoch nicht der eigentliche Verursacher der Debatte.⁴⁷⁹ Den tatsächlichen Anstoß zu dieser heftigen Debatte im Herbst 2000 gab Friedrich Merz, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, als er in einer Stellungnahme zur Halbzeitbilanz der rot-grünen Bundesregierung am 10. Oktober 2000 die in Deutschland lebenden „Ausländer“ aufforderte, sich der „gewachsenen freiheitlichen deutschen Leitkultur“ (SPIEGEL Online, 20.10.2000) anzupassen. Kurz danach fanden seine Äußerungen ein scheinbar unerwartetes großes Echo in der Öffentlichkeit und wurden in nahezu allen Medien sehr kontro-

476 Ebd.

477 Ebd.

478 Ebd.

479 Theo Sommer hatte im Jahre 1998 zur Integration von Migranten Stellung genommen und sie als „ein gutes Stück Assimilation an die deutsche Leitkultur und deren Kernwerte“ (ZEIT, 16.07.1998) definiert.

vers diskutiert.⁴⁸⁰ Das Thema blieb annähernd sieben Monate lang in der Öffentlichkeit brisant und gewann nach langer Unterbrechung im Winter 2004 für einige Wochen wieder an Brisanz.⁴⁸¹ Merz reagierte in einem Beitrag in der WELT am 25. Oktober 2000 unter dem Titel *Einwanderung und Identität*⁴⁸² auf die starke Empörung über seine Gedanken und versuchte, seine Äußerungen konkreter zu erklären. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen, betonte er in diesem Beitrag, auf den sich der Verfasser im Folgenden bezieht, dass Deutschland zwar ein „weltoffenes und ausländerfreundliches Land“ sei, äußerte sich jedoch zugleich besorgt über die Probleme, die durch das Zusammenleben von „Deutschen“ und „Ausländern“ entstünden, besonders dort, „wo beispielsweise Deutsche in ihrer Stadt in die Minderheit geraten und um die eigene Identität bangen“, oder dort, „wo die Rolle der Frau in anderen Kulturen eine ganz andere ist“. Er plädierte für allgemeine leitkulturelle und identitätsbewahrende Richtlinien für Migration und Integration. Nach seiner Auffassung muss das Aufnahmeland „tolerant und offen“ sein. Zuwanderer, die „auf Zeit oder auf Dauer bei uns leben wollen, müssen ihrerseits bereit sein, die Regeln des Zusammenlebens in Deutschland zu respektieren.“ Weil man seines Erachtens „nicht über Begriffe, sondern über Inhalte streiten“ sollte, fasste er den Inhalt seines Konzepts wie folgt zusammen: Als ersten Bestandteil „unserer Wertordnung“ nennt er „die Verfassungstradition unseres Grundgesetzes“. Diese sei geprägt von der „unbedingten Achtung vor der Würde des Menschen, von seinen unveräußerlichen persönlichen Rechten, von den Freiheits- und Abwehrrechten gegen den Staat, aber auch von Bürgerpflichten“. Dazu gehöre auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Diese „muss auch von denen akzeptiert werden, die ganz überwiegend aus religiösen Gründen ein ganz anderes Verständnis mitbringen“. Dass die deutsche Sprache in Deutschland verstanden und gesprochen wird, sei eine weitere Voraussetzung für eine erfolgreiche Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Diese allgemeinen Richtlinien, die er als einen „Minimalkonsens“ betrachtet, sollten von allen in Deutschland lebenden Migranten anerkannt werden, damit ein friedliches Miteinander „in unserem Land“ gewährleistet werden könne. Ob diese Regeln nun „die Identität unseres Landes,

480 Die Frage nach den politischen Motiven, die den CDU-Politiker damals zur Problematisierung der Migration und Integration inspiriert haben, interessiert uns in diesem sprachwissenschaftlichen Kontext nicht und wird daher nicht berücksichtigt.

481 Nach den Bundestagswahlen 2005 hat Norbert Lammert, Präsident des Deutschen Bundestags, zu einer erneuten Beschäftigung mit dem Thema einer Leitkultur in Deutschland aufgerufen.

482 http://www.welt.de/print-welt/article540438/Einwanderung_und_Identitaet.html. 01.08.2009.

der Verfassungspatriotismus oder eben die freiheitliche Leitkultur“ heißen, spielen keine Rolle.⁴⁸³

Offensichtlich hat diese Definition in der Leitkulturdebatte nicht viel geholfen. Denn der Ausdruck *deutsche Leitkultur* wurde in sehr vielen Kommentaren und Beiträgen entweder mit heterogenen Definitionsversuchen überfüllt oder einfach als diffus und unklar erklärt. Oft ging es, wie später gezeigt wird, um individuelle Interpretationen und assoziative Gedankenketten, die sich lediglich auf den Ausdruck und seine hermeneutischen Spielräume beziehen und keinen Bezug zur Erklärung von Merz erkennen lassen. Andere stimmen einer verbindlichen Wertordnung, wie sie von Merz vorgeschlagen wurde, weitgehend zu und kreisen um seine Definition des Ausdrucks *deutsche Leitkultur*, gehen indes mit dem Ausdruck selbst mehr oder minder hart ins Gericht. Es gilt daher zu betonen, dass Kritiker des Ausdrucks *deutsche Leitkultur* überhaupt nicht identisch mit den Kritikern eines Wertkonsenses irgendwelcher Art sind. Wenn unten von „Pro-Leitkultur“ gesprochen wird, dann bedeutet das *nicht*, dass keine Vorbehalte gegen den Ausdruck *Leitkultur* bestehen. Zu diesen sprachlichen Interpretationsdifferenzen kommt das eigentliche Problem, dass diese Überlegungen von Merz als ein Integrationsmodell vorgelegt wurden. Abgesehen von der Angemessenheit des Ausdrucks wurde oft kontrovers diskutiert, ob die *Assimilation* oder *Anpassung* an eine *Leitkultur* in welchem Maße und aus welchen Gründen zu einer erfolgreichen *Integration* von Migranten beitragen könnte und in welchem Verhältnis diese Anpassungspflicht zu der grundgesetzlich geschützten Freiheit auf eigene Lebensgestaltung nach eigenen kulturellen Überlieferungen steht. Nach dieser knappen Einführung gilt es hier zu betonen, dass Argumentationslinien dieser Debatte aufgrund des nur schwer nachvollziehbaren und breit gefächerten Diskussionspektrums sich oft durchkreuzen und daher eine klare, überblicksartige Systematisierung der wichtigsten Topoi deutlich erschweren. Optimal ist, wenn die Sache, um die es geht, konkret, klar umrissen und definitionsgrenzt ist, sodass man das Pro und Kontra deutlich demonstrieren kann, wie es beispielsweise im Kosovo-Diskurs der Fall war. Obwohl die Argumentationsstruktur im Leitkulturdiskurs anders aussieht, wird hier eine Aufteilung in Pro und Kontra einer Leitkultur gewagt, wobei die bloße Akzeptanz beziehungsweise Ablehnung des Ausdrucks *Leitkultur* durch den jeweiligen Argumentierenden kein entscheidendes Kriterium ist. Im Verlauf der Korpusauswertung ist stets deutlich geworden, dass sowohl im Pro- als auch im Kontra-Lager bestimmte Argumente *dominieren* und *hervorgehoben* werden, obwohl diese Argumente vom anderen Lager *nicht unbedingt abgelehnt* werden, aber nicht im Vordergrund seiner Argumentation stehen. Beispielsweise ist die Ent-

483 Ebd.

stehung von sogenannten *Parallelgesellschaften* weder hier noch dort erwünscht, doch sie wird vom Pro-Lager als ein Argument für die Notwendigkeit einer Leitkultur sehr betont. Ähnliches lässt sich beim Sprachtopos beobachten. Das Erlernen der deutschen Sprache ist sowohl hier als auch dort unentbehrlich, allerdings ist die Kluft zwischen beiden Lagern hier am kleinsten. Im Pro-Lager besitzt dieses Argument jedoch einen äußerst hohen Stellenwert, weil es beweisen soll, dass die Verfassung, die ja kein Sprachenlernen festschreibt, alleine nicht hinreichend und dass eine *Leitkultur* außerhalb der Verfassung notwendig ist. Soll heißen: Die Analyse beruht auf *hermeneutischen* Verfahren und garantiert *keine strikte Trennung*.

4.2.2 Argumentationsanalyse

4.2.2.1 Argumentationsmuster pro Leitkultur

4.2.2.1.1 *Der Identitäts-Topos*

Der Identitäts-Topos besagt, dass die deutsche „Aufnahmegesellschaft“ sowohl einwohnerzahlmäßig als auch kulturell vorherrschen muss, damit sie ihre Identität nicht verliert. Der Topos, welcher häufiger im Sprachgebrauch der CDU/CSU und konservativ gerichteter Kreise vorkam, hat zwei Varianten: eine quantitative und eine kulturelle. In der quantitativen Version wird der Aufenthalt von „Ausländern“ in verhältnismäßig hoher Zahl in der „Aufnahmegesellschaft“ als eine Entfremdung und ein Identitätsverlust der einheimischen „deutschstämmigen“ Bevölkerung angesehen. Diese muss eine leitkulturelle Mehrheit bleiben.

In 20 Jahren werde der Bundeskanzler ein demokratisch gewählter, dunkelhaariger Mann namens Mohammed sein. (WELT, 15.11.2000)

Doch entstehen auch Probleme dort, wo beispielsweise Deutsche in ihrer Stadt in die Minderheit geraten und um die eigene Identität bangen. (WELT, 25.10.2000)

Die hier zuziehen, können nicht einfach eine neue Nation schaffen, nachdem sie die Ureinwohner ausgerottet oder in Reservate verbannt haben. Die Deutschen sind da, und sie werden dableiben. Es gibt eine aufnehmende Gesellschaft, der sich die Zuwanderer wohl oder übel anpassen müssen. Diese aufnehmende Gesellschaft ist die Mehrheitsgesellschaft. Sie soll auch die Mehrheitsgesellschaft bleiben. (ZEIT, 16.11.2000)

Befürchtet werden Überfremdung und Verlust der eigenen Kultur, zu viel "Fremdes" und zu wenig "Deutsches". (WELT, 23.12.2000)

Wir müssen [...] bedenken, dass bei 60 oder mehr Prozent ausländischer Kinder in einer Grundschulklasse das Leitbild einer Integration schlichtweg nicht mehr vor-

handen ist. Echte Integration ist im Übrigen nur möglich, wenn die Zahl der zu Integrierenden begrenzt ist.⁴⁸⁴

In der zweiten Variante dieses Topos wird der Akzent auf das kulturelle Erbe und die Wertordnung Deutschlands gelegt, die die deutsche Identität verkörpern und ein Zusammengehörigkeitsgefühl ermöglichen sollen. Die kulturellen Werte der Aufnahmegesellschaft dürfen nicht enthistorisiert werden und mit fremden Wertevorstellungen auf gleicher Ebene zum Nachteil der eigenen Identität konkurrieren. Deutsche Werte müssen auch von „Ausländern“ anerkannt werden, wobei Elemente von „vormodern geprägten“⁴⁸⁵ Kulturen keinen Geltungsanspruch haben dürfen. Eine Relativierung der abendländischen Wertordnung wird ebenfalls abgelehnt. „Das hieße Toleranz für Intoleranz, Freiheit für Unfreiheit, Akzeptanz des Unannehmbaren.“ (ZEIT, 16.11.2000) Die „deutsche“ Kultur ist kein Produkt von heute, sondern sie hat Ursprünge und darf nicht unter dem Einfluss fremder Kulturen preisgegeben werden.

Deutschland braucht Zuwanderung - aber wir bleiben deutsch, heißt nun die offensiv begründete Rückzugsposition. (ZEIT, 09.11.2000)

Ist es nicht eine völlig ahistorische Sicht, unsere gerade aktuelle Verfassung aus ihrer Entstehungsgeschichte herauszulösen und sie nicht als Ergebnis der deutschen Geschichte, der deutschen Kultur zu betrachten? (FAZ, 27.12.2000)

Sosehr jede staatliche Gemeinschaft in Europa auf einen Grundkanon der Zugehörigkeit angewiesen ist und jedes Volk "einen gewissen Begriff von sich selbst" (Ralf Dahrendorf) braucht, ein Bewusstsein von Identität, so richtig ist es andererseits, dass in unserem Teil der Welt das nationale Erbe der Völker aus einem gemeinsamen Fundus stammt. (ZEIT, 16.11.2000)

Jedes Land (erhält) seine Identität dadurch, daß es aus seiner Geschichte lebt und daß aus ihr eine bestimmte Kultur entstanden ist, die das Land prägt. Es gibt keine wirklich lebensfähige Demokratie, die man von ihren kulturellen Wurzeln trennen kann. (WELT, 18.11.2005)

Es ist beängstigend, nun in dieser ineinander greifenden Welt zu leben, wo sogar das Schicksal eines großen Nationalstaats wie Deutschland sich der Kontrolle derer entzieht, die ihn regieren. (WELT, 10.02.2001)

In diesem Zusammenhang wird mehr oder minder stark betont, dass sich Migranten nicht vollkommen assimilieren müssen und eigene kulturelle Lebensarten zugunsten einer kulturellen Vielfalt pflegen können. Zugleich werden über die Akzeptanz der Verfassung hinaus „Bejahung und Einordnung in den bei uns für

484 Beckstein, Günther: Zwischen Hysterie und Utopie. <http://www.ifa.de/index.php?id=beckstein>. 05.01.2012.

485 Volker Kauder: „Selbst“-Bewusstsein als Voraussetzung für Integration. Zur Diskussion um den Begriff der Leitkultur. In: Lammert 2006, S. 80–85, hier S. 81.

das Zusammenleben geltenden Werte- und Ordnungsrahmen“ (ZEIT, 16.11.2000) gefordert. Die Frage, was die Wertordnung Deutschlands und was deutsche Kultur überhaupt sind, wird so heterogen wie die Frage nach der Bedeutung von *Leitkultur* beantwortet. Generell werden als Quelle der Wertordnung „unserer christlich-abendländischen Kultur“ das Christentum, das Judentum, die antike Philosophie, der Humanismus, das römische Recht und die Aufklärung genannt, wie es beispielsweise in dem von der oppositionellen Union als Antwort auf das von der Zuwanderungskommission⁴⁸⁶ der rot-grünen Bundesregierung vorgelegte Zuwanderungspapier der Fall ist.⁴⁸⁷ Einigen Politik- und Kulturwissenschaftlern ist jedenfalls aufgefallen, dass die CDU/CSU in diesem Konzept dem Islam „keinerlei Einfluss auf die Wertordnung unserer christlich-abendländischen Kultur“ zugestanden hat.⁴⁸⁸

4.2.2.1.2 *Der Anpassungs-Topos*

Der Anpassungs-Topos besagt, dass Migranten sich durch Anpassung an die „deutsche Leitkultur“ integrieren müssen, damit keine *Parallelgesellschaften* entstehen. Dies ist eines der am häufigsten vorkommenden Argumente für die Notwendigkeit einer Leitkultur als eines Integrationskonzepts.

Ausländer, die sich nicht integrieren lassen, müssen sich die Frage beantworten, ob sie zurückgehen wollen. Wir dürfen keine Parallelgesellschaften oder eine multikulturelle Gesellschaft entwickeln. (ZEIT, 16.07.1998)

Zuviel Toleranz schafft Parallelgesellschaften. (WELT, 18.11.2005)

Wer also aktiv Ghettobildung betreibt, zeigt, dass er eben nicht zur Integration in die Gesellschaft der neuen Heimat bereit ist. (ZEIT, 30.11.2000)

Wir müssen alle Maßnahmen ausschöpfen, um der integrationsfeindlichen Ghetto-
bildung entgegenzuwirken.⁴⁸⁹

486 Dabei handelt es sich um eine „unabhängige“ Sachverständigenkommission unter Rita Süssmuth, die im Sommer 2000 von Bundesinnenminister Otto Schily einberufen wurde. Sie sollte einen Bericht mit umfangreichen Vorschlägen für eine Zuwanderungsgesetzgebung vorlegen. Die Union richtete ihre eigene Zuwanderungskommission unter dem Vorsitz des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller ein.

487 Vgl. Arbeitsgrundlage für die Zuwanderungs-Kommission der CDU Deutschlands. Berlin 06.11.2000. http://www.cdu.de/doc/pdfc/1100_arbeitsgrundlage.pdf. 18.08.2009.

488 Hentges, Gudrun: Das Plädoyer für eine „deutsche Leitkultur“ – Steilvorlage für die extreme Rechte? In: Christoph Butterwegge et al. (Hrsg.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen 2002, S. 95–121, hier S. 99.

489 Beckstein, Günther: Zwischen Hysterie und Utopie. <http://www.ifa.de/index.php?id=beckstein>. 05.01.2012.

Denn 40 Jahre nach der ersten Gastarbeiterwelle haben sich im Land erschreckende Parallelwelten gebildet, bevölkert von Menschen, die mit dieser Republik nichts zu tun haben oder gar nichts zu tun haben wollen. (SPIEGEL, 04.03.2002)

Unter anderem hatte er [Friedrich Merz, M. A.] verlangt, dass sich Zuwanderer, die in Deutschland auf Dauer leben wollten, integrieren und der "gewachsenen freiheitlichen deutschen Leitkultur" anpassen müssten. (SPIEGEL Online, 18.10.2000)

Eine *Parallelgesellschaft* führe zu „unvermeidlichen ethnischen Konflikten“, erweise dem friedlichen Zusammenleben einen „Bärendienst“ (WELT, 18.11.2005) und lasse „die Gesellschaft in voneinander abgeschottete Subkulturen“ (SPIEGEL, 30.10.2000) zerfallen. Soziale Segregation verhindere auch, dass „die wenig Gebildeten durch das ihnen täglich vor Augen stehende Vorbild der Gebildeten allmählich höhere kulturelle Standards übernehmen“ (FAZ, 02.12.2000). Auch bezüglich eventueller Auswirkungen auf die Deutsch-Sprachkompetenz von Migranten und ihren Schülern sei die „Ghettobildung“ als negativ zu kennzeichnen. Um einer effektiven Integration willen und um den (türkischen) *Parallelgesellschaften* entgegenzuwirken, sei eine Verständigung auf einen Minimalkonsens notwendig, der von einigen als *Leitkultur* bezeichnet wurde.

4.2.2.1.3 *Der Sprach-Topos*

Der Sprach-Topos besagt, dass Migranten Deutsch in hinreichendem Maße sprechen und verstehen können müssen. Weil das Grundgesetz das Erlernen der deutschen Sprache nicht vorsieht, sind außergesetzliche, „leitkulturelle“ Maßstäbe notwendig. Dieser Topos wird allerdings teilweise vom Identitäts-Topos und vom Anpassungs-Topos überdeckt, denn die deutsche Sprache ist, wie alle anderen Sprachen, ein integraler Bestandteil der Identität und fällt vielleicht sogar als erstes ein, wenn es um das „Typische“ Deutschlands und um die oft gestellte Frage „Was hält uns zusammen?“ geht. Des Weiteren kommt der Sprach-Topos in der Leitkulturdebatte häufig im Kontext der Entstehung von sogenannten *Parallelgesellschaften* zum Tragen, in dem Sinne, dass mangelnde Deutschkenntnisse unter Migranten eine Konsequenz der ethnischen Segregation darstellen.

Man kann sich auch in der Heimeligkeit und Wärme des parallelgesellschaftlichen Refugiums selbstgenügsam einrichten. Das schwächt dann die Bereitschaft, die Sprache des Einwanderungslandes zu lernen, sich ambitioniert für Funktionen jenseits der vertrauten Subkultur zu qualifizieren. (SPIEGEL Online, 18.06.2006)

Erwähnenswert ist, dass das Erlernen der deutschen Sprache von nahezu allen politischen Gruppen mit vergleichbarer Hervorhebung eingeklagt wird.

Die deutsche Sprache sollte zur Grundausstattung aller in Deutschland Lebenden gehören. Das meinen die Deutschen - ob sie das Wort Leitkultur mögen oder nicht. (FAZ, 28.12.2000)

Es herrscht ein Konsens, dass die Beherrschung der deutschen Sprache „ein erster entscheidender Schritt“⁴⁹⁰ auf dem Weg zu einer erfolgreichen Integration ist und dass Deutsch „eine Voraussetzung für die volle Teilhabe an der *Res publica*“ (ZEIT, 14.01.1999) ist. Kindern mit Migrationshintergrund, die das Deutsche nicht gut genug sprechen, „sind die Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe langfristig genommen“.⁴⁹¹ Weil es um ein zentrales Argument für die Unzulänglichkeit der Verfassung und somit für die Nützlichkeit weiterer „leitkultureller“ Richtlinien geht, wurde dieser Topos als „pro Leitkultur“ gewertet, was nicht bedeuten soll, dass die Kritiker der *Leitkultur* das Deutschlernen in Frage stellen.

4.2.2.2 Argumentationsmuster kontra Leitkultur

4.2.2.2.1 *Der Identitäts-Topos*

Was ist „deutsch“? Wohl nur die Sprache, die sich immerwährend ändert, das gute Grundgesetz. Wohl kaum unsere Grenzen – diese sind wohl eher ein Beschluss als eigentliche Identität.⁴⁹²

Dieser Topos besagt, dass eine *Leitkultur* nicht möglich ist, weil Kultur sich nicht ethnisch-völkisch als etwas Statisches definieren lässt, sondern ein dynamischer, gesellschaftlicher Prozess ist, der sich kontinuierlich wandelt und für Einheimische wie Zuwanderer gleichermaßen gilt. In diesem Topos, welcher zumeist im Sprachgebrauch der rot-grünen Koalitionsparteien und in links-liberalen Kreisen vorkommt, werden vorpolitische Traditionen des Deutschen nicht als ein wesentliches Instrument zur Definition und Wahrung nationaler Identität betrachtet. Identität ist demnach keine feste Entität im Sinne des Mottos: „Der Ethnos spricht. Der Demos folgt.“ (ZEIT, 16.07.1998)

Kulturelle Identität kann nicht verordnet, nur gebildet werden. (ZEIT, 16.07.1998)

Im wilhelminischen Zeitalter gab es die viel gepriesenen preußischen Tugenden. Nur: Diese preußischen Tugenden - Sparsamkeit, Disziplin und so weiter - kann man heute nicht mehr ohne weiteres auf die Gesellschaft übertragen. Wertmaßstäbe müssen aus einer Gesellschaft heraus wachsen. (WELT, 26.10.2000)

490 Beckstein, Günther: Zwischen Hysterie und Utopie. <http://www.ifa.de/index.php?id=beckstein>. 05.01.2012.

491 Kauder 2006, S. 84.

492 Flimm, Jürgen. Antwort an Norbert Lammert. In: Lammert 2006, S. 54–56, hier S. 55.

Wenn die Politik erst einmal an die vopolitische Abstammungsgemeinschaft, an das "Deutsche" assimiliert ist, dann wird die "Leitkultur" zu einer politischen Identitätsvorgabe, hinter der jede Selbstgesetzgebung der Freien und Gleichen zurücktreten müßte. (ZEIT, 16.07.1998)

Es gab und gibt im unübersichtlichen Geflecht sich ständig wandelnder, sich selbst organisierender gesellschaftlicher Entwicklungen, Gegentrends, Szenen, Kultursphären, Lebensstile und Subkulturen keine legitime Vorherrschaft. (Frankfurter Rundschau, 21.11.2000)

Die Beharrung auf einer Spezifik deutscher Kultur habe dazu geführt, dass man nach genetischen Eigenschaften des „Deutschen“ suchte, deutsche Identität im Unterschied zu anderen westlichen Nationen ausschließlich nach dem Blutrecht definierte und letzten Endes innerhalb der viel beschworenen „westlichen“ Wertegemeinschaft doch einen Sonderstatus erhielt. Das Ergebnis sei: „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen.“

Denn an die Stelle jener humanitären Elemente, die den Nationalideen der westlichen Nationen eigen sind, trat bei den Deutschen ein Kulturdünkel, den das Wort Leitkultur mit hässlicher Genauigkeit trifft. (ZEIT, 02.11.2000)

Die deutsche Idee der Nation als exklusive Kulturnation entspricht nicht den europäischen westlichen Werten, weil sie letztendlich ethnisch oder exklusivkulturell bestimmt ist. (WELT, 24.12.1998)

Mächtig war allzu lange der verhängnisvolle deutsche Kulturdünkel, der gegen Zivilisation und öffentliche Orientierung der europäischen Nachbarn gerichtet war und stattdessen propagierte: Innerlichkeit, Wesenstiefe und Politikferne als überlegene Kulturform.⁴⁹³

Dies habe alles damit zu tun, dass das Soziale auch in Zeiten der Globalisierung ökonomisiert, kulturalisiert, ethnisiert und schließlich biologisiert werde, sodass nicht mehr gemeinsame Interessen oder Interessensgegensätze das Zusammenleben bestimmen, sondern kulturelle Übereinstimmungen, wie gemeinsame Herkunft, Religion und Tradition.⁴⁹⁴ Dass sich das Soziale letzten Endes in einem derzeit weit verbreiteten Biologisierungprozess befinde, zeige der Umstand, dass die Urangst neonazistischer und rechtsextremer Bewegungen vor einem Aussterben des „deutschen Volkes“ zurzeit „in die Mitte der Gesellschaft wandert“.⁴⁹⁵ Dieser „exklusive Nationalismus“⁴⁹⁶ verhindere, dass Migration

493 Meyer, Thomas: Die öffentliche Bibliothek in der Zivilgesellschaft. Vortrag. <http://www.b-i-t-online.de/archiv/2002-01/fach1.htm>. 21.08.2009.

494 Vgl. Butterwegge, Christoph: Normalisierung der Differenz oder Ethnisierung der sozialen Beziehungen? In: Wolf-Dietrich Bukow et al. (Hrsg.): Was heißt hier Parallelgesellschaft? Zum Umgang mit Differenzen. Wiesbaden 2007, S. 65–80, hier S. 65 f.

495 A.a.O., S. 66.

und Integration in ihrer globalen Dimension beobachtet werden. Dies setze nämlich voraus, dass man sich von diesen exklusiv-nationalistischen Überzeugungen distanzieren und Migration und Identität im Kontext der Globalisierung, der Staatsbürgerschaft, der postmodernen Mobilität und der neuen Medien zu beschreiben trachte.⁴⁹⁷ Erwähnenswert ist, dass die Befürworter der Leitkultur den Kulturaustausch nicht ablehnen. Sowohl Verächter wie Verfechter der *Leitkultur* erkennen weitgehend an, dass Kulturen keine statischen Größen sind, sich kontinuierlich wandeln und einander beeinflussen, jedoch ist es nicht genau festgelegt, was Migranten von der „deutschen Kultur“ übernehmen müssen, was sie von der eigenen behalten dürfen und nach welchen Kriterien „unpassende“ kulturelle Überlieferungen auszusortieren sind. Die Grenze zwischen (negativer) kultureller Überfremdung und (positivem) kulturellem Austausch bleibt in der Debatte weitgehend verschwommen. Die folgenden zwei Zitate der Hamburger Bischöfin Maria Jepsen und des ehemaligen Außenministers Joschka Fischer zeigen diese Problematik auf:

Wir müssten alles rauswerfen, was aus China, Indien und Ägypten kommt, weil das nicht unsere Kultur ist. Wir müssen unsere Sprache reinigen, weil da Fremdwörter drin sind. Unsere Esskultur, Theaterkultur, Literatur, unsere Expo - das hätte alles nicht sein dürfen. Das müssen wir uns mal klar machen. (SPIEGEL Online 30.10.2000)

Zählt Entenhausen zur Leitkultur, oder ist das schon Ausdruck amerikanischer Überfremdung? Und was ist mit Hägar dem Schrecklichen? Alles nicht genehm? (SPIEGEL 30.10.2000)

4.2.2.2.2 *Der Freiheits-Topos*

Der Topos besagt, dass sich Migranten dem Grundgesetz unterwerfen und Deutsch lernen müssen, jedoch ihre eigene Lebenspraxis beliebig organisieren können, ohne sich an eine *deutsche Leitkultur* anpassen oder einen kanonisierten Kulturbegriff akzeptieren zu müssen. Das Recht auf die freie Selbstentfaltung ist im Grundgesetz verankert und wird von niemandem aberkannt. Die in diesem Topos ausgeprägte Betonung der Zulänglichkeit der Verfassung soll einerseits die den Kritikern der Leitkultur unterstellte unverantwortliche Beliebigkeit zurückweisen und auf der anderen Seite Migranten ausdrücklich das Recht geben, „Gepflogenheiten“ und „Sitten“ der einheimischen Bevölkerung nicht unbedingt für die eigene Lebensform übernehmen zu müssen. In einem Interview mit der

496 Bukow, Wolf-Dietrich: Die Rede von Parallelgesellschaften. Zusammenleben im Zeitalter einer metropolitanen Differenzgesellschaft. In: Bukow et al. 2007, S. 29–51, hier S. 30.

497 Vgl. a.a.O., S. 32.

ZEIT antwortete Otto Schily, Innenminister der damaligen rot-grünen Bundesregierung, auf die Frage, worauf sich ein Migrant in Deutschland einlassen muss, folgendermaßen: Er muss „unsere Verfassung, die Gesetze, den Ordre Public respektieren und einhalten. Und natürlich die deutsche Sprache lernen“ (ZEIT, 02.11.2000). Deutschlernen sei eine Pflicht, weil man ohne Sprache die Gesetze nicht verstehen kann. „Aber was wollen Sie darüber hinaus verlangen? Die Leitkultur-Floskel hilft nicht.“ (ZEIT, 02.11.2000) Wenn die Union beispielsweise in ihrem Zuwanderungspapier schreibt, dass Zuwanderer über die Beachtung der Staats- und Verfassungsordnung und das Deutschlernen hinaus „sich in unsere sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse einzuordnen“⁴⁹⁸ haben, wird gefragt, wie diese soziale und kulturelle Einordnung aussehen soll. Besonders dieses „Mehr“, das weder Rechtsordnung noch Sprache ist und trotzdem ein Bestandteil der „Leitkultur“ sein soll, wird stets problematisiert. So wird oft gefragt, ob ein Zuwanderer sich so integrieren muss, „dass er sich nicht mehr von anderen Menschen unterscheidet“ (WELT, 26.10.2000). Es werden weiterhin ironische Assoziationen erweckt, beispielsweise ob „Ausländer auch Sauerkraut essen müssten“ (ZEIT, 16.07.1998). An einer anderen Stelle werden anders aussehende Nasen von Afrikanern assoziiert und es wird gefragt: „Warum soll Leitkultur beim Körper Halt machen? Auch die Nase lässt sich assimilieren“ (ZEIT, 09.11.2000). Chirurgisch natürlich. Nach einem Leserbrief sollen Migranten – dies ist auch ironisch gemeint – „die schönen deutschen Lieder beherrschen.“ „Es ist doch schon schlimm genug, wenn die deutschen Kinder, pardon, Kids, keine deutschen Lieder mehr hören und singen wollen.“⁴⁹⁹ (ZEIT, 16.11.2000) Um es auf den Punkt zu bringen: Jede(r) ist frei.

Nach all den historischen Erfahrungen müssen die Menschen die Freiheit haben, so zu leben, wie sie es wünschen. Sie müssen ihr Leben so definieren dürfen, wie sie es sich vorstellen. In unserer Zeit ist es nicht mehr möglich, eine so genannte Leitkultur zu definieren. Es ist einfach unklar, was genau eine solche Leitkultur ausmachen könnte. (WELT, 26.10.2000)

Erst eine Kultur, die sich von der Vorstellung verabschiedet, sie müsse ein Gravitationszentrum oder eine Hierarchie kultureller Leistungen aufweisen, ist wirklich eine Kultur der Freiheit. (Frankfurter Rundschau, 21.11.2000)

In Deutschland verändert sich der Begriff [Kultur, M. A.] heute unter Mitwirkung derjenigen, die wir ins Land geholt haben, um für uns zu arbeiten und mit uns zu denken und nachzudenken. Umso selbstverständlicher können Migranten das Recht beanspruchen, selbst zu definieren, was sie unter "gelungener Integration" verstehen. (Rheinischer Merkur, 03.11.2000)

498 Arbeitsgrundlage für die Zuwanderungs-Kommission der CDU Deutschlands. Berlin. 06.11.2000. http://www.cdu.de/doc/pdfc/1100_arbeitsgrundlage.pdf. 06.09.2009.

499 Klaus Rudolph – Leserbrief.

Sämtliche kulturellen Überlieferungen, Mythen, Sprachen, Gepflogenheiten, Normen und Geschichten zur eigenen Nation, die in Einwanderungsgesellschaften aufeinander treffen, müssen sich an der Universalisierung von Demokratie, Menschenrechten, der gleichen Achtung für jedermann, an rechtstaatlichen Verfahren und Grundwerten der Freiheit messen. (Rheinischer Merkur, 03.11.2000)

Ausgehend vom Freiheitsprinzip wird in dieser Argumentation auch die Bildung „ethnisch verdichteter“ Wohngegenden, sogenannter *Ghettos*, als berechtigt erachtet. Konkreter: es wird hier zwischen freiwilligen und erzwungenen Segregationen unterschieden. Problematisch seien lediglich erzwungene Segregationen, die beispielsweise durch fehlende Wahlmöglichkeiten, mangelnde Zahlungsfähigkeit und Diskriminierungsängste bedingt sind.⁵⁰⁰ Diese seien vom Staat entwicklungs- und bildungsstrategisch aufzulösen. Freiwillige Segregationen, denen beispielsweise das Bedürfnis nach Verwirklichung der Lebensweise, Sicherung von Nachbarschaftspräferenzen und kulturell vertrauten Formen der Alltagsbewältigung zugrunde liegen, seien eine „Bedingung des städtischen Zusammenlebens“⁵⁰¹ und bildeten in der Tat kein Problem. Denn wenn Migranten orientierungslos nach Deutschland kämen, ohne mit der für sie fremden Umgebung vertraut zu sein, wohnten sie in der Nähe von Landsleuten, die die eigenen kulturellen Erfahrungen, den Lebensstil und nicht zuletzt die Muttersprache teilten. Das verleihe den Menschen Sicherheit und ermögliche ihnen die eigene Lebens- und Umweltbewältigung in der neuen Umgebung.

Das ist übrigens eine Eigenschaft, die auch dem deutschen Volkscharakter nicht fremd ist. Deutsche haben in Übersee auch immer die Nähe zu Deutschen gesucht. (ZEIT, 02.11.2000)

Menschen wollen zusammen leben, weil sie bestimmte gemeinsame Essgewohnheiten pflegen, weil sie eine gemeinsame Religion haben oder eine gemeinsame Sprache sprechen. Was ist dagegen zu sagen? (WELT, 26.10.2000)

Es ist eben nichts Paralleles daran, wenn man sich mit seinesgleichen zusammen schließt und sich gemeinsam innerhalb der metropolitanen Stadtgesellschaft etabliert. Was dabei entsteht, sind kleinere oder größere Wir-Gruppen, eine Lebensstilorientierung, ein Milieu. Jeder sucht hier seine Wir-Gruppe, die sich in einen alle gemeinsam überwölbenden Alltag einfügt.⁵⁰²

Oft wird allerdings auf einen Ausschlussprozess verwiesen, in dem Sinne, dass Migranten von den Einheimischen ausgegrenzt würden und dass Prozesse der Segregation und Verdichtung von Migranten in bestimmten Wohnvierteln eine

500 Vgl. Krummacher, Michael: Zum Umgang mit „Minderheitenghettos“ – Differenzen in der „Sozialen Stadt“. In: Bukow et al. 2007, S. 109–120, hier S. 111.

501 Gestring, Norbert: Parallelgesellschaften – ein Kommentar. In: Ders. (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion 2004/05, Wiesbaden 2005, S. 63–69, hier S. 68.

502 Bukow 2007, S. 15.

Konsequenz eines Ausschlussmechanismus seitens der „Aufnahmegesellschaft“ darstellten.⁵⁰³

4.2.2.2.3 *Der Realitäts- und Feindbild-Topos*

Wenn man heute von der Parallelgesellschaft redet, dann meint man letztlich eine virtuelle Welt, die zwar niemand sehen kann, die aber eine in ihren angestammten Privilegien verunsicherte Bevölkerung *wunderbar fühlen kann*. Wir haben es mit einem virtuellen Konstrukt zu tun.⁵⁰⁴

Dieser Topos besagt, dass die Anpassung von Migranten an eine *Leitkultur* nicht dadurch begründet sein könne, dass ohne sie *Parallelgesellschaften* entstünden, weil es auch unter den „Einheimischen“ selbst heterogene Kulturen gäbe und weil *Parallelgesellschaften* lediglich ein gefühltes Risiko seien und in der Wirklichkeit weitgehend nicht in der Form existierten, wie sie in den Medien dargestellt würden.

Wir haben eben in unserem Pluralismus und Föderalismus nicht nur keine Leitkultur, sondern auch keinen Kulturleiter. Und wozu sollten wir ihn auch brauchen? (ZEIT, 09.11.2000)

Multikulturalismus und Parallelgesellschaften, belehrt uns die CDU – als ob wir nicht alle Parallelidentitäten hätten! – seien kein Zukunftsmodell. (Frankfurter Rundschau, 21.11.2000)

Wer mit offenen Augen durchs Leben geht, sieht tagtäglich, dass viele Kulturen seit Jahrzehnten bei uns leben. (ZEIT, 08.06.2006)

Letztlich wird man nicht leugnen können, daß es schon in Europa unterschiedliche alltagskulturelle Ausprägungen gibt. (FAZ, 02.12.2000)

Es gibt ein paar extreme Ausländer, die sich vielleicht nicht integrieren lassen wollen. Aber das haben wir auch bei uns Deutschen, dass ein paar sich nicht integrieren lassen wollen, sondern Außenseiter sind. (SPIEGEL Online, 30.10.2000)

Wenn man von Einwanderern verlangt, sich an bestimmte Regeln zu halten, müssen die Eingesessenen die Regelbefolgung vorleben. Geschieht das? (FAZ, 02.12.2000)

Es bleibt wohl nur die deutsche Sprache als gemeinsames Band - wir sind eben eine pluralistische Gesellschaft. (ZEIT, 16.11.2000)

Im Kontext des Realitäts-Topos wird oft ein Feindbildaspekt mit thematisiert. Es werden in den Medien zwei scheinbar homogene Gruppen gebildet, eine Wir- und eine Sie-Gruppe, in unserem Fall die deutsche christlich-abendländische

503 Vgl. Leibold, Jürgen/Kühnel, Steffen/Heitmeyer, Wilhelm: Abschottung von Muslimen durch generalisierte Islamkritik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. 1–2. 2006, S. 3–10.

504 Bukow 2007, S. 16. Hervorhebung im Original.

Mehrheitsgruppe und die türkisch-muslimische Minderheit. Innerhalb jeder Gruppe werden Unterschiede ignoriert, während Differenzen zwischen den beiden großen Gruppen akzentuiert werden, sodass beide Gruppen nach innen homogen und nach außen geschlossen zu sein scheinen. Die Wir-Gruppe wird insgesamt als positiv, die Sie-Gruppe als negativ bewertet.⁵⁰⁵ Diese theoretisch-wissenschaftliche Erklärung von *Feindbildern* macht klar, dass dieses Phänomen meist analytisch rekonstruierbar ist und in alltäglichen Texten selten wörtlich genannt wird. In der Argumentation pro Leitkultur gibt es viele Stellen, die den Anschein erwecken, als ob Deutschland eine homogene, kulturell einheitliche Gesellschaft wäre und mit einer einzigen Stimme reden würde, etwa wenn es um „unsere Art zu leben“ (SPIEGEL Online, 02.11.2000), „unsere deutsche Kultur“ (SPIEGEL, 30.10.2000), „die Interessen der einheimischen Bevölkerung“⁵⁰⁶, oder um die „Verunsicherten, die das Fremde fürchten“ (ZEIT, 16.11.2000) geht. Analog dazu werden (türkische) Migranten ebenfalls als eine homogene, keine erwähnenswerten inneren Differenzen aufweisende Gemeinschaft geschildert, die sich von der Mehrheitsgesellschaft fundamental unterscheidet. Solche Generalisierungen wurden zuweilen in den Medien kritisch beobachtet und als „eine gefährliche Fiktion“ (ZEIT, 16.07.1998) wahrgenommen.

4.2.3 Zentrale Schlagwörter

4.2.3.1 Leitkultur versus Verfassungspatriotismus

„Ein Wertekanon hat nichts mit einer Leitkultur zu tun.“ (ZEIT, 30.11.2000) Im Korpus finden sich zahlreiche Stellungnahmen, in welchen es für sinnvoll erachtet wird, zwischen dem Begriff und der Sache, die er zu bedeuten hat, zu unterscheiden. Aus dem Entwurf von Friedrich Merz und vielen gleichgerichteten Standpunkten wird ersichtlich, dass mit der *Leitkultur* „einzig und allein die politische Kultur unseres demokratischen Gemeinwesens, wie sie sich in den ersten zehn Artikeln des Grundgesetzes ausdrückt“ (ZEIT, 16.11.2000), gemeint ist. Nun stellt sich die Frage nach dem Verhältnis des neuen Ausdrucks zu seiner Definition zumindest bei Merz. Theoretisch kann man nicht jedes beliebige Lexem ohne weiteres mit einer beliebigen „Bedeutung“ versehen und mit ihm problemlos in einer Sprachgemeinschaft mit sprachlichen Konventionen operieren, da die Gebrauchsregeln sprachlicher Einheiten samt ihrer semantischen Spielräume der (kompetenten) Sprachgemeinschaft weitgehend bewusst sind. Es

505 Vgl. Tepe, Peter: Grundsätzliches über Feindbilder. In: Aufklärung und Kritik. Nürnberg 02/2002, S. 51–60.

506 Beckstein, Günther: Zwischen Hysterie und Utopie. <http://www.ifa.de/index.php?id=beckstein>. 05.01.2012.

soll hier daran erinnert werden, dass die vorliegende Arbeit an diesem Punkt nicht von strukturalistischen Sprachkonzepten ausgeht, sondern lediglich explizit problematisierte Sprachgebräuche deskriptiv darstellen will. Wie es bei den meisten nicht lexikalisierten Komposita der Fall ist, tendierte man zunächst zur Paraphrasierung des Ausdrucks *deutsche Leitkultur* mithilfe der allgemein bekannten Gebrauchsregeln seiner Bestandteile *Leiten*, *Kultur* und nicht zuletzt des vorgesetzten Adjektivs *deutsch*. Bereits die Silbe *leit-* ist auf heftige, wenn nicht auf die heftigste Kritik überhaupt gestoßen, denn mit *leiten* wird im allgemeinen Sprachgebrauch meist eine hierarchische, mehr oder minder bewertend zwischen Führendem und Geführtem unterscheidende Ordnung konnotiert. Nach dem Duden bedeutet das Wort „leiten“ *verantwortlich, hinweisend führen, in eine bestimmte Bahn bringen, irgendwohin durch bestimmenden Einfluss lenken*. Entsprechend ging man bei dem umstrittenen Ausdruck *deutsche Leitkultur* häufig davon aus, dass die Silbe *leit-* eine „Hierarchisierung von Kulturen“ (ZEIT, 30.11.2000) impliziere und auf „Führungsanspruch, auf Abstufung und verordnete Anpassung“ (Frankfurter Rundschau, 21.11.2000) ziele. Die Interpretationskonflikte werden nicht weniger, wenn wir das nächste Lexem *Kultur* in Betracht ziehen, dessen „Bedeutung“ auch unter Kulturwissenschaftlern alles andere als unumstritten ist.⁵⁰⁷ *Kultur* ist, so der Duden, die *Gesamtheit der von einer bestimmten Gemeinschaft auf einem bestimmten Gebiet während einer bestimmten Epoche geschaffenen, charakteristischen geistigen, künstlerischen, gestaltenden Leistungen*. Etymologisch betrachtet ist *Kultur* „ein aus der Natur abgeleiteter Begriff, der in seiner ursprünglichen Bedeutung auf die Pflege des natürlichen Wachstums abhob“⁵⁰⁸. Bekanntlich war *Kultur* ein Synonym für den französischen Begriff *Zivilisation* und gehörte somit zum allgemeinen Geist der Aufklärung, bezog sich jedoch zumeist auf Individuen oder Gruppen und weniger auf ganze Gesellschaften.⁵⁰⁹ Um die Wende zum 19. Jahrhundert erfolgte eine semantische Verschiebung und der Begriff *Kultur* erhielt neben seiner ursprünglichen, deskriptiven Bedeutung eine normative im Sinne von „zivilisiert sein“. Dies ging über den Bereich des Individuellen hinaus und erfasste zumeist eine gesamtgesellschaftliche Dimension.⁵¹⁰ Im Unterschied zu ähnlichen Ausdrücken wie *Gesellschaft* – darauf verweist unter anderem Fritz Hermanns – verbindet man mit *Kultur* nicht direkt eine Gruppe von Personen, sondern „de-

507 Im Abschnitt 2.1.2 wurde der Kulturbegriff ausführlich diskutiert.

508 Hentges 2002, S. 95.

509 Vgl. Eagleton, Terry: Was ist Kultur? Eine Einführung. Aus dem Englischen von Holger Fliessbach übersetzt. München 2001, S. 17 f.

510 A.a.O., S. 18 f.

ren Denk- und Verhaltensweisen, [...] deren Mentalität und deren Praxis“⁵¹¹. Seit dem deutschen Idealismus hat sich *Kultur* mehr oder minder vom Universalismus der Aufklärung befreit und eine nationalistische Prägung erhalten und meint seitdem die eigene *Lebensform* einer Nation.⁵¹² In Deutschland gilt Johann Gottfried Herder als Wegbereiter eines ethnisch geprägten, auf spezifischen Eigenschaften eines Volkes beruhenden Nationalismus.⁵¹³ „Jede Nation hat ihren *Mittelpunkt* der Glückseligkeit *in sich* wie die Kugel ihren Schwerpunkt“⁵¹⁴, schrieb er. Im Korpus werden Einzelheiten aus wohl unüberschaubaren Elementen „deutscher Kultur“ hervorgehoben und teilweise mit kritischem Potenzial als Erklärung des Ausdrucks *Leitkultur* vorgebracht. Allerdings beantworten sie oft nicht die Frage „was ist deutsche Leitkultur?“, sondern „was gehört zur deutschen Kultur?“ Hier ist eine kleine Auswahl:

Angela Merkel versteht unter Leitkultur: „Die Fahne, die Nationalhymne, Heimat. Dann fällt mir relativ schnell das Grundgesetz ein und Landschaft.“ (SPIEGEL, 30.10.2000)

Die Deutsche Mark geht doch am 1. Januar 2002 unwiederbringlich verloren. [...] Ade, du deutsche Leitkultur!⁵¹⁵ (ZEIT, 30.11.2000)

Deutsche Kultur – das sind Goethe, Beethoven, Nolde und so weiter. [...] Und, wie Joschka Fischer richtig fragte: Gehört Entenhausen auch dazu? Oder bedeutet "deutsche Leitkultur" wöchentliches Autowaschen, Treppenfegen und Rasenmähen?⁵¹⁶ (ZEIT, 16.11.2000)

Volker Beck [...] fragte "Was ist gemeint: Eisbein mit Sauerkraut oder Goethe, Christentum oder Stefan Raab?" (WELT, 02.11.2000)

Im ersten Zitat von Angela Merkel handelt es sich offensichtlich um eine positive Besetzung des Ausdrucks *deutsche Leitkultur*. Dies war zumeist in Unionskreisen der Fall. Für einige Befürworter war der Ausdruck also ein Fahnenwort und hatte die deontische Bedeutung, zur Wahrung deutscher Identität und zu einer besseren Integration von Migrant*innen beizutragen. Er wurde vornehmlich im Rahmen des Identitäts-Topos und des Anpassungs-Topos argumentativ verwendet. In liberalen und linken Kreisen erfuhr der Ausdruck *deutsche Leitkultur* eine breite Ablehnung und war ein Stigmawort und ein Zeichen für Intoleranz und

511 Hermanns, Fritz: Sprache, Kultur und Identität. Reflexionen über drei Totalitätsbegriffe. In: Andreas Gardt, Ulrike Haß-Zumkehr, Thorsten Roelcke (Hrsg.): Sprachgeschichte als Kulturgeschichte. Berlin/New York 1999, S. 351–391, hier S. 354.

512 Vgl. Eagleton 2001, S. 21.

513 Vgl. http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalismus#cite_note-6. 09.09.2009.

514 Herder, Johann Gottfried: Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit. Frankfurt am Main 1967, S. 44.

515 Walter Frische – Leserbrief.

516 Sebastian J. Rendsburg – Leserbrief.

kulturelle Überheblichkeit. Beispielsweise sei es eine „Missgeburt“ (SPIEGEL Online, 30.10.2000), „banale Worthölse“ (WELT, 02.11.2000), „nicht ganz glücklich“ (WELT, 18.11.2005), „unsäglich“ (ZEIT, 30.11.2000), „skurril“ (ZEIT, 09.11.2000), „unpräzise und missverständlich“ (ZEIT, 09.11.2000), „konfus“ (WELT, 26.10.2000), „überflüssig und gefährlich“ (SPIEGEL Online, 02.11.2000), „schillernd“ (WELT, 02.11.2000) und „schwachsinnig“ (WELT, 22.11.2004). Schließlich hat ihn die PONS-Redaktion zum „Unwort des Jahres 2000“ gekürt.

Insofern kann man generell von einer Bedeutungskonkurrenz des Ausdrucks *deutsche Leitkultur* sprechen, in dem Sinne, dass er von unterschiedlichen politischen Gruppen mit jeweils anderen Inhalten „gefüllt“ wurde. Jedenfalls hat sich die negative Besetzung rasch durchgesetzt. Es gab sogar Unionsmitglieder, die sich von diesem Ausdruck ausdrücklich distanzieren, sich aber zu seiner „Bedeutung“ bekannten, in dem Sinne, dass „man mit einem unglücklichen Begriff etwas Richtiges ausdrücken will“ (WELT, 18.11.2005). Auch der CDU-Politiker Friedrich Merz hat später nur noch von *Leitkultur in Deutschland* gesprochen. Auf eine Frage der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung nach dem Unterschied zwischen den beiden Ausdrücken *deutsche Leitkultur* und *Leitkultur in Deutschland* antwortet er wie folgt:

Der [zweite, M. A.] Begriff ist damit weiter gefasst. "Leitkultur in Deutschland" ist eine Formulierung, die offener ist für eine ganze Reihe von anderen Einflüssen, die eben nicht mit deutscher Kultur, deutscher Nation, deutscher Identität verbunden sind. (FAZ, 19.11.2000)

Als wesentlicher Bezeichnungskonkurrent hat sich der Ausdruck *Verfassungspatriotismus* etabliert. Dieser Ausdruck wurde 1979 zum ersten Mal vom Politikwissenschaftler Dolf Sternberger in einem Aufsatz in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung verwendet. Er vertritt die Auffassung, dass Patriotismus und Vaterland in ihren europäischen Ursprüngen mit Verfassung und Staat zu tun haben und dass Patriotismus älter als Nationalismus ist.⁵¹⁷ Bekannt wurde der Ausdruck vor allem, als ihn Jürgen Habermas im Kontext des sogenannten Historikerstreits aufgegriffen hat und die Verfassung stärker auf ihre nationalgeschichtlichen Wurzeln bezogen hat.

Entgegen einem weit verbreiteten Missverständnis heißt „Verfassungspatriotismus“, dass sich Bürger die Prinzipien der Verfassung nicht allein in ihrem abstrakten Ge-

517 Vgl. Sternberger, Dolf: Verfassungspatriotismus. In: Ders.: Verfassungspatriotismus. Bd. 10. 1. Auflage. Frankfurt (M) 1990, S. 20.

halt, sondern konkret aus dem geschichtlichen Kontext ihrer jeweils eigenen nationalen Geschichte zu Eigen machen.⁵¹⁸

Dieser Ausdruck ist weniger problematisch und kann als ein Fahnenwort der Kritiker *deutscher Leitkultur* gelten. Aufbauend auf der Argumentation kontra Leitkultur appelliert der Ausdruck, kanonisierte Kulturbegriffe abzulehnen und sich mit der Einhaltung gesetzlicher Regelungen zu begnügen. Da sich Deutschland als ein demokratischer Verfassungsstaat versteht, wird *Verfassungspatriotismus* kaum als ein Stigmawort verwendet und enthält selbstredend keine abwertenden oder polemischen Komponenten bis auf ein gewisses kritisches Potential: „Verfassungspatriotismus ist zu wenig“ (FAZ, 27.12.2000). Verfassungstreue sei nicht hinreichend, nationale Identitäten zu bilden. *Verfassungspatriotismus* wurde dahingehend kritisiert, dass er abstrakte Menschen- und Bürgerrechte unabhängig von ihrem kulturellen Rahmen beschreibt. Weil Verfassungen „nicht vom Himmel (fallen) und dort auch nicht konserviert (werden)“⁵¹⁹, sei ihre Einbettung in vorpolitische, historisch-kulturelle und nationale Zusammenhänge unentbehrlich. Dies soll vor allem zeigen, dass Nation und Verfassung keine Gegensätze seien, sondern einander bedingen und aufeinander aufbauen.⁵²⁰ Das Grundgesetz ist also ein wesentlicher Bestandteil *deutscher Leitkultur* und findet – so die Argumentation der Kritiker vom *Verfassungspatriotismus* – erst in ihrem Zusammenhang seinen Sinn. Der Ausdruck *deutsche Leitkultur* ist in diesem Sinne ein Hyperonym und steht für mehr als eine *Verfassung*. In der Tat wird *Patriotismus* – im Duden als *begeisterte Liebe zum Vaterland* definiert – klassischerweise dem Vokabular konservativer Parteien zugeordnet. Trotzdem wurde das Kompositum *Verfassungspatriotismus* von vielen Unionspolitikern generell abgelehnt.

Zunächst einmal ist der Begriff [Verfassungspatriotismus, M. A.], zurückhaltend ausgedrückt, merkwürdig ambivalent. "Patriotismus" bedeutet Liebe zum Vaterland, doch die Liebe soll ja gerade vom Vaterland auf die politische Ordnung umgelenkt werden. (FAZ, 27.12.2000)

518 Habermas, Jürgen: Vorpolitische Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates? In: Ders.: Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze. Frankfurt (M) 2005, S. 106–118, hier S. 11.

519 Lammert, Norbert: Gewissheiten und Zweifel. Zur deutschen Debatte über einen umstrittenen Begriff und einen wachsenden Konsens. In: Ders. (Hrsg.): Verfassung – Patriotismus – Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält. Hamburg 2006, S. 134–145, hier S. 143.

520 Vgl. Kronenberg, Volker: „Verfassungs-Patriotismus“ im vereinten Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. <http://www.bpb.de/publikationen/B8EJIE.html>. 08.09.2009.

4.2.3.2 Integration – Assimilation oder Multikulti

Wie bereits erwähnt, wurde der Entwurf einer deutschen Leitkultur von Friedrich Merz als ein Integrationsmodell vorgelegt. Deutschland war nun ein *Einwanderungsland*, und die *Gastarbeiter* der 50er-Jahre waren nicht mehr als zeitweilig arbeitende *Gäste* zu sehen, sondern als auf lange Sicht lebende Migranten. Integration erwies sich als ein wesentliches Politikfeld in der öffentlichen Diskussion. Freilich haben sich prinzipiell alle politischen Richtungen für eine rasche Integration ausgesprochen. Es kann davon ausgegangen werden, dass auch der Ausdruck *Integration* generell positiv besetzt ist und keine polemischen Komponenten aufweist. Er kommt am häufigsten im Kontext des Anpassungs-Topos vor. In der Diskussion haben sich jedoch die Ausdrücke *Assimilation* und *Multikulturalität/Multikulti/Multikulturalismus* als zentral erwiesen, denn sie definieren alle die *Integration*, jedoch mit unterschiedlichen deontischen Bedeutungsaspekten.⁵²¹ *Assimilation*, im Duden einfach als *Angleichung und Anpassung* definiert, stand für ein Integrationsmodell, welches auf *Überzeugungen* seitens der Migranten abzielt und nicht auf „bloße“ Gesetzestreue. Zuweilen wurde das Wort im *positiven* Sinne für den eigenen Standpunkt verwendet, etwa wenn Friedrich Merz *Integration* als „ein gutes Stück Assimilation an die deutsche Leitkultur und deren Kernwerte“ definiert. (WELT, 29.09.2006) Auch der Altkanzler Helmut Schmidt bezeichnete die „Deutschen“ als „innerlich weitgehend fremdenfeindlich“ und als „unfähig, die sieben Millionen alle zu assimilieren“. (WELT, 30.03.2002) Kritisiert wurden zudem Minoritäten, die „an ihrer Kultur zäh festhalten und sich nicht assimilieren lassen“. (FOCUS, 05.11.2001) Auch der Innenminister der rot-grünen Koalition Otto Schily erklärte die *Assimilierung* als die „beste Form der Integration“ (FOCUS, 08.07.2002). Es gibt also Texte im Korpus, in denen der Ausdruck *Assimilation* zwar nicht als ein Fahnenwort benutzt wird, aber zumindest keine abwertenden Komponenten enthält. Den Kritikern einer deutschen *Leitkultur* ist es jedoch scheinbar weitgehend gelungen, unter Betonung von kultureller Vielfalt (im Sinne des Freiheits-Topos) den Ausdruck *Assimilation* negativ zu besetzen. In der Mehrzahl der Belege kommt ein ausgesprochen negativer Beigeschmack des Ausdrucks zu Tage. Er wird deutlich zu einer „Schreckvokabel“ (FOCUS, 08.07.2002) und zu einem Begriff, „den man nicht verwenden sollte“, weil er „negativ besetzt“ (WELT, 29.06.2002) sei, in dem Sinne, dass *Integration*, definiert als *Assimilation*, eine blinde Anpassung und unbedingte Hingabe an die „deutsche Kultur“ mit gleichzeitigem Verzicht auf überlieferte Eigenschaften der Herkunftskulturen von

521 Eine sprachgeschichtliche Analyse der verschiedenen Bezeichnungen von Migranten in Deutschland bietet das Wörterbuch von Matthias Jung, Thomas Niehr und Karin Böke: *Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse*. Wiesbaden 2000.

Migranten und auf eine kulturelle Vielfalt sei. Der damit verbundene Appell ist, *Assimilation* und *Integration* auseinander zu halten:

„Integration ja – Assimilation nein“ (ZEIT, 18.11.2004)

Nicht Assimilation, Aufgabe der Herkunftskultur, sondern wechselseitige Achtung der Kulturen und ein Miteinander ohne Gegeneinander sind das Ziel. (WELT, 23.12.2000)

Seit 1992 argumentiere ich [Bassam Tibi, M. A.], daß Muslime durch politische Integration als Citoyens (das ist keine Assimilation) eine europäische Identität annehmen können. (FAZ, 18.12.2000)

Bei den Ausdrücken *multikulturelle Gesellschaft*, *Multikulturalismus* und *Multikulti* handelt es sich um eine Form von *Integration*, welche die kulturelle Vielfalt und den kulturellen Austausch in den Vordergrund stellt. Migranten haben hier einen größeren Freiheitsraum und gelten mehr oder minder als Gesetzessubjekte mit eigenen Überzeugungen und kulturellen Eigenschaften. *Multikulturalität* wird im Duden als *das Vorhandensein von Einflüssen mehrerer Kulturen* beziehungsweise *kulturelle Vielfalt* beschrieben, wobei keine negativen Konnotationen des Ausdrucks erkennbar sind. In der Leitkulturdebatte hatten jedoch Ausdrücke mit *Multi-* zumeist deutlich negative deontische Bedeutungen und waren weitgehend nur noch als Stigmawörter gekennzeichnet. Beispielsweise wurde *Multikulturalismus* in einem Artikel unter dem Titel „Leitkültür [sic.]“ so definiert,

dass es zur nächsten Kebab-Bude nie weiter als zwei Häuserblocks ist. Integration heißt, dass man dort in akzentfreiem Deutsch bedient wird. (SPIEGEL, 22.01.2001)

Hier handelt es sich natürlich nicht um eine Definition im gewöhnlichen Sinne, sondern um eine ironisch-kritische Stellungnahme gegen eine schwache (multikulturelle) Integration, nach der „Türken Türken bleiben und die Deutschen Deutsche sein lassen“ (ZEIT, 28.08.2003). Kebab ist bekanntlich eine türkische Spezialität und meint die Zielgruppe der Integrationsbedürftigen, nämlich die Türken, während mit dem falsch geschriebenen Wort „Leitkültür“ wohl sprachliche Schwächen dieser Zielgruppe gemeint sind. Dass es nach jedem zweiten Häuserblock eine Kebab-Bude gibt, markiert ihre hohe Zahl.

Wider Erwarten wurden diese Ausdrücke *multikulturelle Gesellschaft*, *Multikulturalismus* und *Multikulti* auch von den Kritikern einer *Leitkultur* kaum als Fahnenwörter benutzt und möglichst vermieden. Offensichtlich ist es dem rechten Lager weitgehend gelungen, *Multikulti* in die Nähe von „multikultureller Wertebeliebigkeit“ (FOCUS, 30.10.2000), Unverbindlichkeit und Desintegration der *Parallelgesellschaft* zu rücken. Dies ist nach Ansicht des Verfassers eine Leistung des Anpassungs-Topos. Eine *multikulturelle Gesellschaft* sei „kein Zu-

kunftsmodell⁵²², eine „Lebenslüge“ und muss daher eine „klare Absage“ (SPIEGEL Online, 07.11.2000) bekommen. Solche Interpretationen von *Multikulturalität* in der Öffentlichkeit hatten dazu geführt, dass sich später auch (linke) Kritiker der *Leitkultur* in parteiinternen Debatten von Ausdrücken mit *Multi-*explizit distanzieren. Für die grüne Politikerin Renate Künast ist der Ausdruck *Multikulti* „unscharf“. Er werde „deshalb schon länger von den Grünen nicht mehr verwendet“ (SPIEGEL, 06.11.2000).

Längst haben auch die Grünen die Abkehr von einem naiven Multikultur-Begriff vollzogen. "Das Wort Multikulti wird kaum noch benutzt", sagt Katja Husen, frauenpolitische Sprecherin der Partei. "Es klingt so verspielt, aber Integration ist kein Spiel." (SPIEGEL Online, 23.11.2004)

Die Union bringt Rot-Grün mit einer Patriotismus-Debatte in Zugzwang. Die SPD verabschiedet sich langsam von der multikulturellen Gesellschaft. (FOCUS, 06.12.2004)

Die Anwürfe der Union gegen die Regierung gehen ins Leere: SPD und Grüne haben längst Abschied genommen vom Multikulti. (SPIEGEL Online, 23.11.2004)

Merz und Merkel graben die deutsche Leitkultur aus und erwecken das längst abgelegte Wort von der Multikulti-Gesellschaft. Beide Begriffe sind so diffus und fragwürdig, dass sie in der Debatte eigentlich nichts zu suchen haben. (Berliner Zeitung, 31.10.2000)

Auch SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz ist angetan: "Die Grünen scheinen begriffen zu haben, dass das Wort 'multikulturelle Gesellschaft' von großen Gruppen als Provokation empfunden wird." (TAZ, 02.11.2000)

4.2.3.3 Parallelgesellschaft

Anders als der Ausdruck *deutsche Leitkultur*, welcher im Korpus mit kontroversen Definitionsversuchen und Erläuterungen in einer nicht mehr übersichtlichen Weise überfüllt war, wurde der Ausdruck *Parallelgesellschaft* nur selten definiert und oft als quasi selbstverständlich verwendet. Er steht in engstem Zusammenhang mit dem Anpassungs-Topos und gehört zu den wenigen Ausdrücken, die eine zentrale argumentative Funktion in einem Topos haben. Aus vielen Kontexten des Ausdrucks *Parallelgesellschaft* lässt sich eine deskriptive Definition folgendermaßen erschließen. Mit einer *Parallelgesellschaft* ist eine räumliche, soziale und kulturelle Segregation von ethnisch homogenen, meist minderheitlichen Bevölkerungsgruppen gemeint, die ihre Lebenspraktiken unabhängig von der Mehrheitsgesellschaft selbst organisieren. Es lässt sich jedenfalls unschwer feststellen, dass mit *Parallelgesellschaften* grundsätzlich lediglich türkische beziehungsweise muslimische Migranten gemeint sind. In keinem

522 http://www.cdu.de/doc/pdfc/1100_arbeitsgrundlage.pdf. 03.08.2009.

der ausgewerteten Presstexte ist der Verfasser auf einen Kontext gestoßen, in dem andere soziale Gruppen als diese Gruppe problematisiert werden. Generell wird zwar zuweilen kritisiert, dass Deutschland „aus lauter Ghettos besteht, ein paar für Türken, ein paar für Griechen, ein Dutzend für die Deutschen“ (ZEIT, 16.11.2000). Jedoch eine Ghettosierung „europäisch-stämmiger“ Bevölkerungsteile steht kaum im Mittelpunkt der Diskussion. Wenn unter dem Begriff der *Leitkultur* vornehmlich die freiheitlich-demokratische Kultur und die christlich-abendländische Werteordnung zu verstehen sind, die zumindest im EU-Kreis offiziell als selbstverständlich gelten können, dann richtet sich die Debatte über *Multikulturalismus* und *Parallelgesellschaft* logischerweise auf andere. Beispielsweise müsse die Stellung der Frau in „unserer“ Gesellschaft „auch von denen akzeptiert werden, die ganz überwiegend aus religiösen Gründen ein ganz anderes Verständnis mitbringen“ (WELT, 25.10.2000). Anderenorts heißt es:

Vor allen Dingen kann es in Deutschland nur eine einzige Rechts- und Verfassungskultur geben. Die islamische Scharia neben dem Bürgerlichen Gesetzbuch - das geht nicht. (ZEIT, 16.11.2000)

Insbesondere nach den Anschlägen vom 11. September 2001 lässt sich allerdings eine diskursive Verschiebung beobachten, in dem Sinne, dass das Feindbild Islam auf die Integrationsdebatte übertragen wurde und „türkische Ghettos“ zu „muslimischen Ghettos“ geworden sind.

Rekrutiert wird in der Parallelgesellschaft unter jenen Muslimen, für die Integration keine Rolle spielt. (SPIEGEL, 22.03.2004)

Das ist die Machtfrage, die entscheidende nach dem Machtmonopol des Staates, und sie zielt auf jene Parallelwelten, vor denen die Deutschen neben den Schattenzonen des Terrorismus die größte Angst haben müssen – den Parallelwelten des Verbrechens. (SPIEGEL, 04.03.2002)

Die Entwicklung sogenannter *Parallelgesellschaften* wurde sowohl von den Befürwortern als auch von den Kritikern einer *deutschen Leitkultur* stark abgelehnt. Sie wurde häufig argumentativ als Zeichen einer misslungenen Integration und als eine soziale Gefahr dargestellt, ohne dass genauer beschrieben wurde, was das Gefährliche an ihr sei und weswegen sie gefährlich sei. Der Ausdruck *Parallelgesellschaft* ist deutlich negativ besetzt und seine deontische Bedeutung ist klar: keine Parallelgesellschaften.

Noch heute zieht es von den Türken – mit 2,5 Millionen von insgesamt 7,3 Millionen Ausländern in Deutschland – das größte Potenzial für eine Parallelgesellschaft. (SPIEGEL, 04.03.2002)

In Deutschland hat sich eine mediale Parallelgesellschaft entwickelt, und zwar durch die technische Weiterentwicklung wie Satellitenfernsehen und Internet. Der Fortschritt ist paradoxerweise zum Rückschritt geworden. (SPIEGEL, 06.06.2005)

Und die Parallelgesellschaft, das sind die dunklen Räume des Fremden. (ZEIT, 25.11.2004)

In sozialwissenschaftlichen Beiträgen, die manchmal in den Medien zitiert wurden, wird nicht selten behauptet, dass türkische Migranten trotz ihrer kulturellen Besonderheiten doch in die institutionellen Strukturen des Landes eingebunden sind und dass Quartiere mit einem hohen Anteil türkischer Bewohner nicht unbedingt im wissenschaftlichen Sinne als *Parallelgesellschaften* gelten. Denn der Begriff setze „die Existenz institutionell geschlossener und wohl abgegrenzter, nebeneinander existierender Gesellschaften“ voraus und suggeriere, dass es sich „bei den sozialen Netzwerken türkischer Migrantinnen und Migranten um große, weitläufige und ethnisch homogene Netzwerke mit Community-Strukturen“⁵²³ handele, was nicht der Fall sei. Es wird zwar nicht geleugnet, dass sich in modernen Städten Kleingesellschaften nach diversen Kriterien ausbilden, doch „diese haben längst ihren institutionell geschlossenen Charakter verloren und durchziehen kreuz und quer das Alltagsleben“⁵²⁴. Was die Entstehung von Parallelwelten in modernen globalisierten Gesellschaften mit urbanen Lebensbedingungen nicht möglich mache, sei vornehmlich die zunehmende „Mobilität“, mit- samt den „immer umfassender vernetzten Infrastruktur-, Wirtschafts-, Bildungs-, Verwaltungs- und Kommunikationssystemen“⁵²⁵. Etliche empirische Studien kamen zum Ergebnis, dass auch „klassische“ Migrantenviertel, wie die Stadtteile Ehrenfeld und Eigelstein in Köln, in deutsche ökonomische und soziale Netzwerke eingebunden sind und dass sich jenseits politischer und öffentlicher Debatten beträchtliche interkulturelle Praktiken entwickelt haben, die trotz der ethnisch-sozial motivierten Segregation ein Beweis für die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens sind.⁵²⁶ Dass (türkische) Migranten über eine beschränkte Leistungsfähigkeit und über ein unzureichendes ökonomisches und soziales Potential verfügen, gelte als ein weiteres Argument dafür, dass sie ihre Lebenspraxis keineswegs unabhängig von ihrer Umgebung organisieren können.⁵²⁷

523 Janßen, Andrea/Polat, Ayca: Soziale Netzwerke türkischer Migrantinnen und Migranten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. 1–2. 2006, S. 11–17, hier S. 11.

524 Bukow 2007, S. 14.

525 A.a.O., S. 13 f.

526 Siehe den Sammelband „Was heißt hier Parallelgesellschaft“? von Wolf-Dietrich Bukow et al. 2007.

527 „So lag die Selbständigenquote bei den türkischen Erwerbstätigen 2003 bei 6,1 Prozent und damit deutlich sowohl unter der Selbständigenquote der Deutschen (10,5 Prozent) als auch unter jener der italienischen (13,1 Prozent) und griechischen Erwerbstätigen (14,8 Prozent)“. Janßen/Polat 2006, S. 16.

Und dann kommen türkische Migranten nicht mehr in Frage als Kandidaten für eine Parallelgesellschaft, denn sie verfügen bei weitem nicht über die Ressourcen, die notwendig wären, um etwa Wohlfahrt und Bildung selbst zu organisieren [...], und die türkische ethnische Ökonomie [...] ist auch nicht annähernd so stark, dass sie eine Alternative für den deutschen Arbeitsmarkt darstellen könnte.⁵²⁸

4.2.4 Übergreifendes diskursives Wissen

4.2.4.1 „Schreckliche Assoziationen“

Spätestens jetzt stellt sich die Frage, warum die Leitkulturdebatte in dieser leidenschaftlichen Weise geführt wurde und weswegen die Konfusion in der Öffentlichkeit in diesem Maße zustande kam. Darüber, dass der Ausdruck *deutsche Leitkultur* weite semantische Spielräume erlaubt, muss nicht lange gestritten werden. Es wäre aber falsch zu glauben, dass lediglich die Abstraktion beziehungsweise Unklarheit des Ausdrucks *deutsche Leitkultur* diese Kontroverse ausgelöst hätte. Abstrakte und unverständliche Begrifflichkeiten sind in den Medien keine Seltenheit. Eine Formulierung wie *europäische Leitkultur*, die vor allem von Bassam Tibi verwendet wurde, ist auch keine Selbstverständlichkeit, jedoch wurde diese ohne Gefühlsregung angenommen, obwohl sie mit der – angeblich bewertenden Silbe – *leit-* kombiniert ist. Andere Ausdrücke, wie *deutsche Verfassungskultur* oder *deutsche Mehrheitskultur* oder gar *deutsche Kultur*, würden dem Erachten des Verfassers nach ebenfalls unschwer funktionieren, obwohl sie mit dem Attribut *deutsch* – statt *europäisch* – kombiniert sind. Wenn aber *leit-*, *deutsch* und *Kultur* zusammengesetzt werden, dann bilden sie die Zauberformel *deutsche Leitkultur*, eine Formulierung, die auf heftigste Kritik gestoßen ist. Freilich könnte man diesen Ausdruck rein theoretisch so paraphrasieren, dass keine Hierarchie der Kulturen und keine kulturelle Überlegenheit entstünden, die man an diesem Ausdruck besonders kritisierte. Man könnte beispielsweise sagen, dass mit *deutscher Leitkultur* ein Orientierungssystem gemeint sei, das *alle* Menschen auf einem Gebiet *leite*, wobei das Attribut *deutsch* den Geltungsbereich dieses Wertesystems bestimme, nämlich das Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. So würde vermutlich eine *britische* oder *französische Leitkultur* paraphrasiert werden. Jedoch in Deutschland schafft dieser Ausdruck, wie der Präsident des Zentralrats der Juden Paul Spiegel richtig bemerkt, „schreckliche Assoziationen“ (SZ, 16.11.2000), die eine zentrale epistemische Grundlage der Debatte bildeten. Assoziiert wurden offensichtlich historische Erkenntnisse und Erfahrungen, wie deutschtümliche und rassistische Anmaßung und nationalistische Ideale, die vor allem in den geschichtlichen und

528 Gestring 2005, S. 167.

sozialen Kontext des Dritten Reichs gehören. Der Ausdruck wird also nicht mithilfe des Dudens interpretiert, sondern mithilfe des historischen Apriori Deutschlands. Wörter evozieren soziales Wissen.

Meine Gedanken gingen sofort in die Richtung: "Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!"⁵²⁹ (ZEIT, 30.11.2000)

An die Stelle jener humanitären Elemente, die den Nationalideen der westlichen Nationen eigen sind, trat bei den Deutschen ein Kulturdünkel, den das Wort Leitkultur mit hässlicher Genauigkeit trifft. (ZEIT, 02.11.2000)

Damit knüpft sie [die CDU, M. A.] offen und schamlos an den gewalttätigen Imperialismus von Wilhelm II. an. Der hatte das Wort des epigonalen, nationalpathetischen Dichters E. Geibel "Es mag am deutschen Wesen einmal noch die Welt genesen" zum stolzen Schlachtruf erkoren. So wurde für die Nazis der gesellschaftlich-kulturelle Boden bereitet, den sie mit ihrem: "Heute gehört uns Deutschland, morgen die ganze Welt" schließlich mit Blut sättigten. Das ist deutsche Leitkultur. (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 12.11.2000)

Allerdings haben viele die Leitkulturdebatte in rassistischen und völkisch-nationalistischen Kontexten verortet und Bezüge zur Fremdenfeindlichkeit und zum Neorassismus herausgearbeitet.⁵³⁰ Diese Arbeit geht nicht kritisch vor und kann auch nicht alle epistemischen bedeutungsrelevanten Erkenntnisse explizieren. Genügend sollte der grobe Hinweis sein, dass wir es mit einer Art Vergangenheitsbewältigung zu tun haben, derart, dass Deutschland als *normale* Nation in der westlichen Wertegemeinschaft auf Sonderwege verzichten und zivilisatorische Prinzipien anderer europäischen Nationen übernehmen soll. Politisch-kulturelle Konzeptionen, wie das Konzept einer *deutschen Leitkultur*, wurden in der Öffentlichkeit schnell auf ihre Nähe zu rassistischen und nationalistischen Sichtweisen und kulturellich-extremistischen Extremismen hin skeptisch betrachtet, die ihren Höhepunkt im Dritten Reich erreichten. Mittelbare oder unmittelbare Bezüge hierzu, die als solche wahrgenommen wurden, wurden stark kritisiert und zurückgewiesen. Interessanterweise hat man nach Wissen des Verfassers während der Nazi-Diktatur nicht von einer *Leitkultur* gesprochen. Eine weitere diskursive Figur, die ebenfalls im Kontext der Normalisierung Deutschlands zu verorten ist, ist das klassische Identitätsproblem Deutschlands.

529 Michael Paschkowski – Leserbrief.

530 Zum Beispiel Pautz, Hartwig: Die deutsche Leitkultur: Eine Identitätsdebatte. Neue Rechte, Neorassismus und Normalisierungsbemühungen. Stuttgart 2005, und Mönkedieck, Sonja: Deutsche Leitkultur: Widersprüche einer rassistischen Begriffskonstruktion. Saarbrücken 2007.

4.2.4.2 Die Normalisierung deutscher Identität

Die Leitkulturdebatte ist offensichtlich mit der in der Einleitung skizzierten Identitätsproblematik auf das Engste verbunden. Die emotionale Aufladung der Diskussion über die *deutsche Leitkultur* hat über die Begriffsauswahl und die Assoziationen an Denkfiguren des Dritten Reiches hinaus sicherlich damit zu tun, dass die Debatte auf den ersten Blick die *Integration* von Migranten als ein internationales Phänomen zum Thema hat, während sie auf den zweiten Blick ein historisches Identitätsproblem mit thematisiert, welches weit in der Geschichte zurückliegt. Dieses ist viel älter als die Migration nach Deutschland und wurde durch die jüngere nationalsozialistische Geschichte Deutschlands intensiviert. Bei der Auswertung des Korpus hat sich deutlich abgezeichnet, dass es in der Debatte nicht um einen konkreten Sachverhalt geht, wie es beispielsweise im Kosovo-Diskurs der Fall war, welcher von den politischen Akteuren entweder positiv oder negativ bewertet wurde, sondern um eine eher fiktive Kombination vieler Elemente, welche die deutsche Identität, die Vergangenheitsbewältigung, die Integration und sogar den Islamismus umfassen. Selbstredend hat alles mit allem zu tun, doch diese Elemente stehen nicht im selben Verhältnis zur *deutschen Leitkultur als Wertekonsens*, der sich zumindest am Anfang der Debatte als ein Integrationskonzept verstand. Ein gutes Beispiel dafür ist der fließende Übergang von der Integration zur Vergangenheitsbewältigung Deutschlands, wie die nächsten Zitate deutlich zeigen werden. Dieser stillschweigende Übergang war am deutlichsten, als leitende Politiker im Rahmen dieser Debatte sich über ihren Stolz auf und ihre Liebe zu Deutschland äußerten. FAZ.NET hat eine interessante Dokumentation⁵³¹ dieser Stolz-Äußerungen zusammengestellt, aus der die folgende Auswahl stammt:

Wir können gemeinsam stolz sein auf unser Land, auf das, was wir in unserem Land geschaffen haben, und wir können stolz sein auf die Menschen in unserem Land, die ihr Bestes geben wollen. (CDU-Chefin Angela Merkel)

Wenn wir die Liebe zur Heimat, die Liebe zum Vaterland, alle diese patriotischen Gefühle [...] den Rechtsextremen überlassen, können wir den Kampf gegen den Extremismus aufgeben. (CDU-Politiker Wolfgang Schäuble)

Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein.“ (CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer)

Mit vielem können wir in Deutschland sehr zufrieden und auf manches auch mit Recht stolz sein. (Bundespräsident Johannes Rau)

531 <http://www.faz.net/aktuell/politik/patriotismusstreit-ich-bin-gerne-deutscher-weil-115759.html>. 05.01.2013.

Ich bin auf die Leistungen der Menschen und auf die demokratische Kultur stolz. Und in diesem Sinne bin ich ein deutscher Patriot, der stolz ist auf sein Land. (Gerhard Schröder)

Ich bin stolz auf unser Land und auf die Deutschen, die zum Beispiel vor elf Jahren mit Kerzen Herrn Honecker das Fürchten gelehrt haben. (FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle)

Offensichtlich thematisieren solche Äußerungen nicht mehr einen von (türkischen) Migranten anzunehmenden Minimalkonsens namens *Leitkultur*, um den es eigentlich geht, sondern befinden sich vermutlich im Kontext des Zweiten Weltkrieges und des Dritten Reiches, in dem Sinne, dass Deutschland als offizieller Erbe des Dritten Reiches auch etwas sein kann, was Stolz und Selbstbewusstsein verdient. Nur in einem solchen Kontext machen diese Äußerungen Sinn. Der folgende fiktive Kausalsatz würde beispielsweise keinen Sinn haben: Wir müssen uns auf einen Minimalkonsens einigen, weil ich auf mein Land stolz bin. Der Kausalzusammenhang vom Haupt- und Nebensatz ist nicht verständlich, obwohl beide Sätze verständlich sind. Sicherlich befindet sich die Rede vom Stolz auf einer anderen Ebene als die Rede von der Integration von Migranten. Dies führt uns zum entscheidenden Moment, dass das Fahnenwort der Leitkultur-Kritiker *Verfassungspatriotismus* und das Fahnenwort der Leitkultur-Anhänger *Leitkultur* doch keinen Gegensatz bilden, wie es generell angenommen wird, sondern sie beziehen sich auf zwei (bestimmt zusammenhängende) Diskussionsebenen (Diskursstränge). Dies ist offenbar dem ehemaligen Innenminister Otto Schily aufgefallen:

Jetzt geht dieser unsinnige Wettbewerb los, stolz, stolzer und am stolzesten zu sein. Natürlich schadet Selbstbewusstsein nicht, was dieses Land geleistet und was es kulturell hervorgebracht hat [...]. Aber was in aller Welt hat das mit Leitkultur [als Wertekonsens, M. A.] zu tun? (ZEIT, 02.11.2000)

In fast allen Artikeln, die eine problematische Integration von Türken thematisieren und eine *Leitkultur* einfordern, werden nach Beobachtung des Verfassers *grundgesetzwidrige* Haltungen seitens türkischer Migranten (wie mangelnde Freiheit, fehlende Gleichberechtigung der Geschlechter, Missachtung der Menschenwürde und Verschmelzung von Staat und Religion) als Argumente betont und daraufhin wird als ein Minimalkonsens eine Anpassung an deutsche Werte im Sinne einer *Leitkultur* gefordert. Da die immer wiederkehrenden, eingeforderten Werte (semantisch gesagt *Hyponyme*) nach Wissen des Verfassers im Grundgesetz verankert sind, scheint ein *Verfassungspatriotismus* als Hyperonym in semantischer Hinsicht treffend zu sein. Es werden zwar auch andere Kultur-elemente, wie „Sitten“ und „Gepflogenheiten“, erwähnt, die nicht explizit in der Verfassung vorkommen, diese bilden jedoch nach Ansicht des Verfassers nicht

das eigentliche Problem der Debatte. Offensichtlich ist aber der Umstand, dass Kritiker des *Verfassungspatriotismus* sich nicht mehr im (semantischen) Rahmen der Verfassung als Hyperonym und in der umstrittenen Einhaltung ihrer ersten zehn Artikel als Hyponyme befinden, sondern in einem weiteren komplexeren Rahmen der Identität, welcher natürlich *sowohl Inländer als auch Migranten* umfasst. Explizit wurde auch behauptet, dass eine bloße Gesetzestreue nicht hinreichend sei. Auch der Identitäts-Topos pro Leitkultur zeigt auf, dass es nicht grundsätzlich um Verstöße gegen gesetzliche Grundregeln des Zusammenlebens geht, sondern um zu viel Fremdes. In den Augen des Verfassers verlässt die Debatte den Minimalkonsens von Merz in jenem Moment, in welchem die deutsche Sprache und die gesetzlichen Grundlagen Deutschlands als unzureichend erklärt werden. Soll heißen: Der Gegensatz von *Verfassungspatriotismus* und *Leitkultur* existiert nach Ansicht des Verfassers nicht wirklich und hat sich, wie oben gesagt, daraus ergeben, dass man nicht für/gegen einen und denselben Sachverhalt argumentiert. Ohne die historische Identitätsproblematik Deutschlands zu kennen, wäre daher eine thematische Einordnung der Leitkultur-Debatte nicht nachvollziehbar. Man würde beispielsweise den Sinn, den Zusammenhang und die Logik des folgenden (fiktiven) Satzes, mit dem die Argumentation pro Leitkultur zusammengefasst wird, nicht angemessen verstehen: Ausländer, die nicht zu viel sein dürfen, müssen die Grundregeln des Zusammenlebens akzeptieren, wobei die Gesetze und die Verfassung dafür nicht ausreichen, weil unsere Kultur, auf die wir allerdings stolz sind, dadurch verloren gehen könnte, wobei wir gleichzeitig kulturelle Vielfalt und kulturellen Austausch wünschen und die Freiheit der Ausländer zur eigenen Lebensführung anerkennen.

Es wurde im Korpus explizit oder implizit behauptet, dass es bei der *Leitkultur* nicht um ein etwa zur Verfügung stehendes, vorbildliches Muster geht, an dem Migranten sich zu orientieren haben, sondern eher um ein Konstrukt, das noch nicht ist, sondern sein soll. Mit anderen Worten: Gefordert werden ein nationales Selbstbewusstsein, ein verantwortungsvoller und identitätsbewahrender Umgang mit der Geschichte und eine Normalisierung Deutschlands als eine Art Vergangenheitsbewältigung, die sowohl von den Einheimischen als auch von den Migranten abverlangt wird. Wenn man für eine übergreifende *deutsche Leitkultur* argumentiert, weil Verfassungen nicht vom Himmel fallen, sondern das Produkt nationaler Geschichtserfahrungen und Kulturen seien, dann richtet man das Blickfeld auf „Einheimische“, aus dem Grund, weil Migranten nicht Teil deutscher Geschichte sind und folglich keine Verantwortung für die Vergangenheit Deutschlands tragen. Daher wurde oft behauptet, dass der Ausdruck *Leitkultur*, abgesehen von der Qualität der Formulierung, in der Debatte nicht überflüssig gewesen sei. Die folgenden Zitate zeigen dies deutlich und lassen

sich mit der am Anfang skizzierten uralten Problematik deutscher Identität diskursiv verknüpfen.

Der Begriff [Leitkultur. M. A.] klingt selbstbewusster, als er gemeint ist. Denn die Leitkultur sollen wir uns nicht als eine immer noch leitende, sondern als eine schon gefährdete vorstellen. (ZEIT, 26.10.2000)

Eine Gesellschaft, die ein selbstbewusstes Nationsempfinden an den Tag legt, bedarf eigentlich keiner ausdrücklichen Leitkultur.⁵³²

Was wir brauchen und worüber wir reden müssen, ist Nationalbewusstsein. (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 03.12.2000)

Zu dieser Debatte um die Leitkultur kann ich [Joschka Fischer, M. A.] Ihnen nur sagen: Nennen Sie mir ein anderes Volk, eine andere Nation in der Europäischen Union oder unter den Beitrittskandidaten, die sich innerlich so schwach fühlt, daß sie es nötig hätte, diese Debatte um die Leitkultur zu führen.⁵³³

Offen für das Fremde wird, wer sich des Eigenen sicher sein kann. Seit Jahren führen wir eine Ausländerdebatte unter sorgsamer Umgehung der Inländerfrage: Was wollen wir eigentlich bewahren? (FAZ, 25.10.2000)

Wenn man aufgrund dieser Argumentation an das konsensfähige historische Problem deutscher Identität anknüpfen kann, könnte die *Leitkultur* eine identitätsstiftende Funktion ausüben, wo eine eher problematische, als leitende Identität herrscht. Dies erinnert an die Funktion von *Begriffen* als „Faktoren und als Indikatoren“⁵³⁴ gesellschaftlicher Bewegungen, wie Reinhart Koselleck formuliert, wobei uns jetzt die Funktion des Begriffs *Leitkultur* als ein *Faktor* zur Neugestaltung von Wirklichkeitsauffassungen interessiert. Auch wenn diese hermeneutische Überlegung nicht ganz zutrifft, steht fest, dass Verächter wie Verfechter der *Leitkultur* grundsätzlich auf historische Erfahrungen Deutschlands vor allem im Kontext des Dritten Reichs und des Zweiten Weltkriegs als eine Art Vergangenheitsbewältigung zurückgreifen. Man warf sich zwar gegenseitig vor, „historisch ahnungslos“ (ZEIT, 02.11.2000) zu sein und vieles von der deutschen Geschichte vergessen zu haben. Jedoch zeigten alle, dass sie von der Geschichte ausgingen. Die „Verfassungspatrioten“ regten sich auf, weil sie keine nationalistische, kulturchauvinistische Rhetorik mehr tolerieren wollten und die Leitkultur-Anhänger lehnten den *Verfassungspatriotismus* ab, weil er die Geschichte und Kultur außer Acht lässt. Hier wie dort ist die Geschichte Deutschlands zentral.

532 Mayer, Tilman: Patriotismus – die neue bürgerliche Bewegung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1–2/2007. <http://www.bpb.de/files/UUXEEF.pdf>. 10.01.2010.

533 Im deutschen Bundestag am 28. November 2000: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/14/130/14135130.37.pdf>. 12.01.2010.

534 Koselleck 1972, S. XIV.

4.2.4.3 Wer ist Deutsche(r)?

Die vereinfachende Aufteilung der Argumentationen in Pro und Kontra einer *deutschen Leitkultur* könnte den Eindruck erwecken, es handele sich um zwei gegensätzliche Auffassungen vom Deutsch-Sein, einerseits nach dem Abstammungsprinzip (Blutsrecht) einer Volksnation und andererseits nach dem „Bodenrecht“ (Geburtsortsprinzip) einer republikanischen Staatsbürgernation. Nach einer genauen Betrachtung der Argumentationsstruktur ist jedoch deutlich geworden, dass die Verächter und Verfechter einer *deutschen Leitkultur* zwar kontroverse Meinungen zum Ausdruck *deutsche Leitkultur* und zur Integration von Migranten geäußert haben, aber sie sind sich alle im Kern einig darüber, wer Deutsche(r) ist und was das Adjektiv *deutsch* im Ausdruck *deutsche Leitkultur* bedeutet. Dass die einheimische Bevölkerung *deutsch* ist, weiß man. Gemeint ist nur, ob Migranten, die laut Gesetz auf ihre herkömmliche Staatsangehörigkeit verzichten mussten, einen deutschen Pass haben, die deutsche Sprache beherrschen und sich an deutschen Werten orientieren, auch außerhalb von gesetzlichen Kontexten als *Deutsche* bezeichnet und angesehen werden und wer als *Ausländer(in)* gilt. Im Hintergrund der gesamten Pro- und Kontra-Argumente wurde die Aufteilung der Einwohner Deutschlands in eine Wir-Gruppe und eine Sie-Gruppe sprachlich so konstruiert, dass der Ausdruck *Ausländer* beinahe alle Migranten aus kulturell als fremd empfundenen Ländern meint, abgesehen von ihrer offiziellen Staatsangehörigkeit, von ihren Sprachkenntnissen und von ihrem Integrationsgrad. Es ist dem Verfasser bei der Korpusauswertung nicht aufgefallen, dass man zwischen Migranten ohne deutschen Pass und Migranten mit deutschem Pass unterscheidet, auch wenn diese in Deutschland geboren sind und wie Einheimische sprechen und leben. Sowohl Verächter als auch Verfechter der Leitkultur hielten es für selbstverständlich, dass es bei der *deutschen Leitkultur* um die Kultur der *einheimischen Deutschen* geht, an der sich „Ausländer“ als eine Gruppe anpassen sollten. Umstritten war die Frage, ob die Kultur dieser Deutschen „mit deutschem Blut“ einen allgemeinen Geltungsanspruch erheben soll und was sie genau ist. Offensichtlich hatten weder das Pro- noch das Kontra-Lager den Ausdruck *deutsche Leitkultur* als Hyperonym für *die* Kulturen aller Inhaber der deutschen Staatsbürgerschaft interpretiert. Wenn die Kultur(en) der *eingebürgerten* „Deutschen“ ausländischen Ursprungs im Ausdruck *deutsche Leitkultur* mit gemeint wären, hätte die Diskussion bestimmt ganz anders und ohne die ausgeprägte emotionale Aufladung stattgefunden. Um diese These zu begründen und zugleich den Überblick zu behalten, wurde bei der Korpusauswertung exemplarisch untersucht, wie der Erfinder des Ausdrucks *Leitkultur*, Bassam Tibi, in den ausgewerteten Texten bezeichnet wurde. Er ist 1944 in Syrien geboren, kam 1962 nach Deutschland und ist seit 1976 Staats-

bürger der Bundesrepublik Deutschland. Er ist durch seine Professuren an vielen deutschen, europäischen und internationalen Universitäten – vor allem seiner Heimatuniversität Göttingen – als ein sehr erfolgreicher und intellektueller Wissenschaftler bekannt. Seine zahlreichen Publikationen in Deutsch und anderen Sprachen und seine Auszeichnungen – vor allem mit dem Bundesverdienstkreuz – zeugen davon, dass er zu der intellektuellen Spitze gehört, um die man in Deutschland wie auf der ganzen Welt konkurrieren wolle. Des Weiteren ist er ein strenger Kritiker des Islamismus, Multikulturalismus und Werterelativismus und ein leidenschaftlicher Befürworter einer *europäischen Leitkultur* mit europäischer Werteordnung. Weil er daher unbestreitbar als ein „idealer“ Migrant gelten kann und keine sprachlichen oder kulturellen Differenzen außer Name und Aussehen aufweist, war es für den Verfasser interessant herauszufinden, ob er im öffentlichen Sprachgebrauch als *deutsch* wahrgenommen wird, um Hypothesen über andere, weniger integrierte Migranten aufstellen zu können. Das Experiment hat ergeben, dass er kaum vorbehaltlos als *Deutscher* bezeichnet wurde. Die dem Verfasser häufiger begegnenden identitätskennzeichnenden Bezeichnungen lassen sich in drei Gruppen aufteilen: in der ersten Gruppe ist er „immer noch“ ein Syrer, in der zweiten Gruppe ist er irgendwo zwischen deutsch und syrisch und in der dritten Gruppe ist er zwar ein *Deutscher*, allerdings fast immer mit einem Hinweis auf seine ausländische Herkunft. Daraus lässt sich zusammenfassend erschließen, dass generell eine ethnisch-völkische Auffassung von Nation und Identität dominiert und dass das Ethnische eine zentrale Rolle spielt.

- Bassam Tibi als Syrer:

Exil-Syrer (SPIEGEL, 01.01.1998)

Der syrische Islam-Experte Bassam Tibi (FOCUS, 01.10.2001)

Syrer mit deutschem Pass (Berliner Zeitung, 07.10.2006)

- Tibi als Deutsch-Syrer:

deutsch-syrischer Islamkenner (WELT, 15.03.2001)

Syrer und Deutscher, Professor für Politikwissenschaft (SPIEGEL, 23.07.2000)

- Tibi als Deutscher:

Deutscher syrischer Herkunft (FOCUS, 30.10.2000)

deutscher Islam-Forscher aus Syrien (WELT, 23.12.2000)

Deutscher syrischer Abkunft (FOCUS, 09.09.1996)

4.3 Terrorismus

4.3.1 Einleitung

4.3.1.1 Der 11. September

Am 11. September 2001 entführten 19 arabischstämmige Selbstmordattentäter vier Passagierflugzeuge und steuerten drei davon auf beide Türme des World Trade Centers in New York und auf das Pentagon in Washington zu, während die vierte Maschine in der Nähe der Stadt Pittsburgh abstürzte. Bei diesen Anschlägen starben ca. 3000 Menschen.⁵³⁵ Beide Zwillingtürme stürzten kurz nach den Attacken ein. Die Bilder der Anschläge vom 11. September 2001 lösten in aller Welt Entsetzen und Trauer aus. Noch am selben Tag wurde der Führer einer Organisation namens Al-Qaida, der saudi-arabische Multimillionär Osama Bin Laden, als ein mutmaßlicher Hauptverantwortlicher und Auftraggeber verdächtigt. Der Verdacht stieg auf, als man eine Reisetasche eines der Attentäter namens Mohammad Atta im Bostoner Logan Airport fand, weil sie wegen Flugverspätung nicht rechtzeitig umgeladen wurde. In dieser Tasche wurden eine spektakuläre geistliche Anleitung⁵³⁶ mit dem bevorstehenden Verlauf der Operation in den Flugzeugen sowie ein Testament mit Selbstmordanweisungen gefunden, welches schon vor Jahren verfasst wurde und deutliche Hinweise auf islamistisch-religiöse Hintergründe und bevorstehende Angriffe enthielt. US-Geheimdienste sollen Atta bereits ca. ein Jahr vor dem 11. September als Mitglied der Al-Qaida in Hamburg identifiziert haben.

Der republikanische Abgeordnete und frühere Geheimdienstoffizier Curt Weldon hatte laut US-Medienberichten bereits vor rund zwei Wochen gesagt, Atta und drei weitere Flugzeugpiraten vom 11. September 2001 seien Mitte 2000 durch „Able Danger“ [eine besondere Geheimdiensteinheit, M. A.] identifiziert worden. Ihre Namen stünden auf einer Liste, die die Geheimdiensttruppe Mitte 2000 vorgelegt habe. Die Geheimdiensteinheit habe damals empfohlen, ihre Erkenntnisse über Atta und seine Komplizen an die US-Bundespolizei FBI weiterzuleiten. Dies sei aber nicht geschehen. (FOCUS, 23.08.2005)

Warum auch immer das nicht geschah, die ersten Spuren führten nach Hamburg, wo Atta und weitere Mordpiloten (Ziad Jarrah, Marwan Al-Shehhi) lebten und studierten. Auch Ramzi Binalshibah, der nach dem aktuellen Erkenntnisstand die Angriffe vorbereitete und koordinierte, hielt sich in Hamburg in einer

535 Vgl. Sack, Detlef/Steffens, Gerd: Gewalt statt Anerkennung. Aspekte des 11.9.2001 und seiner Folgen. Frankfurt am Main u. a. 2003, S. 10.

536 Mehr dazu: Seidenstricker, Tilman: Die „geistliche Anleitung“ der Attentäter des 1. September. In: Hans Kippenberg, Tilman Seiden Sticker (Hrsg.): Terror im Dienste Gottes. Frankfurt am Main 2004, S. 17–28.

Wohngemeinschaft mit Mohammed Atta auf.⁵³⁷ Im Herbst 1999 reisten die vier Attentäter nach Pakistan und danach zu einem Trainingslager nach Afghanistan, wo sie vermutlich Osama Bin Laden trafen.⁵³⁸ Intensive Ermittlungen ergaben, dass die Flugzeugentführer und mindestens drei weitere Attentäter (Said Bahaji, Zakariya Essabar, Mounir al Motassadeq) – bekannt als die „Hamburger Terrorzelle“ – der Organisation Al-Qaida angehörten, Ende 1999 nach Afghanistan reisten und seitdem an der Planung und Vorbereitung der Anschläge vom 11. September arbeiteten. Als die USA und Großbritannien Afghanistan angriffen, stritt Bin Laden die Anschläge noch ab, bevor er sie 2002 mehrfach in Videos zugab. Auch die Planer und Koordinatoren Chalid Scheich Mohammed und Ramzi Binalshibah übernahmen in den nächsten Jahren nach den Anschlägen die Verantwortung für den 11. September. Ersterer tat dies in Guantanamo, während der Letztere den ganzen Plan in einem Interview mit dem arabischen Sender Al-Jazeera im Jahre 2002 öffentlich eingestand und infolgedessen von pakistanischen und US-amerikanischen Sicherheitsdiensten verfolgt und festgenommen wurde. Allerdings gab und gibt es viele Verschwörungstheorien, die die Verantwortung von Al-Qaida in Frage stellen; diese wurden jedoch oft widerlegt und finden in der zumindest „westlichen“ Öffentlichkeit kein großes Echo. Erwähnenswert ist, dass die USA vor dem Angriff auf Afghanistan noch keine schlagenden Beweise vorlegen konnten. Auch das Amateurvideo, welches die CIA in einem Privathaus in Afghanistan fand und George W. Bush damals der Welt als den aussagekräftigsten Beweis vorlegte, wurde bezüglich seiner Echtheit und seiner angeblich fehlerhaften englischen Übersetzung in Frage gestellt.⁵³⁹ Allerdings hat Ramzi Binalshibah später seine Echtheit bei seinem Interview mit Al-Jazeera bestätigt. In diesem Video sprach Bin Laden mit einem Besucher in seinem Haus über die „erfolgreiche Operation“, lobte die teilweise namentlich erwähnten Attentäter und berichtete über die Vorbereitung der Aktion. Der damalige amerikanische Präsident forderte die Taliban ultimativ auf, Bin Laden und seine Helfer auszuliefern und alle Trainingslager für *Terroristen* zu schließen. Die Taliban verlangten jedoch überzeugende Beweise für die Schuld Osama Bin Ladens, was die USA ablehnten. Der sogenannte *Geistliche Rat* Afghanistans legte Bin Laden eine freiwillige Ausreise nahe, diese blieb jedoch aus. Am 07. Oktober 2001 begannen US-Streitkräfte mit der Bombardierung von Stützpunkten von Al-Qaida und Taliban. Noch im gleichen Jahr stürz-

537 Vgl. Schulte, Philipp H.: Terrorismus und Anti-Terrorismusgesetzgebung. Münster 2008, S. 94 f.

538 Vgl. Kippenberg, Hans: Gewalt als Gottesdienst. Religionskriege im Zeitalter der Globalisierung. München 2008, S. 172.

539 Mehr zu diesem Video: <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Terrorismus/binladen-video.html>. 04.10.2010.

ten sie die Taliban-Regierung in Afghanistan und bildeten eine Übergangsregierung unter Hamid Karzai. Mit der Einsetzung der Interimsregierung wurde der „Afghanistankrieg“ formal als beendet erklärt. Bin Laden blieb bis dahin unauffindbar. Am 20.12.2001 beschloss der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, eine „Internationale Sicherheitsunterstützungstruppe“, bekannt als ISAF, in Afghanistan einzusetzen, die bis heute die Staatsorgane Afghanistans unterstützt und gegen die Taliban als *friedens erzwingende* NATO-Truppe kämpft.

Mit Fug und Recht kann der 11. September als eine historische Zäsur mit weitreichenden Folgen charakterisiert werden. „Wenige Ereignisse haben die Welt so sehr erschüttert wie die Anschläge auf die USA am 11. September 2001.“⁵⁴⁰ Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete schon am nächsten Tag einstimmig die Resolution 1368, in der die Angriffe als eine „Gefährdung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“ eingestuft und streng verurteilt und den USA das Recht auf Selbstverteidigung gemäß Art. 51 der UN-Charta gegeben wurden, gefolgt von der Resolution 1373, die die Mitgliedstaaten zu weitgehenden Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung verpflichtete.⁵⁴¹ Zum ersten und bisher einzigen Mal wurde vom NATO-Rat am 12. September 2001 der Bündnisfall ausgerufen. Eine dramatische Wende in der Sicherheits- und Außenpolitik der NATO- und EU-Staaten zeichnete sich ab. Insbesondere in Deutschland beschäftigte sich die Öffentlichkeit intensiv mit dem *Terrorismus* und produzierte äußerst viele Beiträge und Kommentare jeglicher Art. Die Bundesregierung beschloss innerhalb weniger Wochen zwei Sicherheitspakete. Es wurden in Deutschland intensive Fahndungen nach weiteren mutmaßlichen, sogenannten *Schläfern* durchgeführt und viele Maßnahmenpakete beschlossen, die sich auf verschiedene Regelungen und Bereiche erstreckten und teilweise (beispielsweise bei Datenschutz, Bankgeheimnis, Telekommunikationsüberwachung, Einsatz der Bundeswehr im Inland und Befugnissen von Sicherheitsbehörden) hinsichtlich ihrer Effizienz und Tauglichkeit umstritten waren.⁵⁴²

540 Bundeszentrale für politische Bildung: Der 11. September 2001. <http://www.bpb.de/themen/SH5C5F.html>. 05.01.2012.

541 Vgl. Vereinte Nationen. http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_01-02/sr1368.pdf. 04.10.2010.

542 Die Terrorismusbekämpfungsgesetze sind auf der Homepage des BMI zu lesen: <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Standardartikel/DE/Themen/Sicherheit/Terrorismus/gesetzgebung.html?nn=107146>. 03.10.2010. Eine gute Zusammenfassung bietet auch Schulte 2008.

4.3.1.2 Al-Qaida

Es besteht weitgehender Konsens darüber, dass die Organisation Al-Qaida (Deutsche Übersetzung: *die Basis*) Ende der 80er Jahre in Afghanistan und Pakistan unter Unterstützung des afghanischen Geheimdienstes ISI, des amerikanischen Nachrichtendienstes CIA und der saudi-arabischen Regierung als Unterstützung des *Kampfes* der *Mudschahidin* gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans entstand.⁵⁴³ Der 1957 geborene Osama Bin Laden ließ ein *Verzeichnis der kämpfenden arabischen Brüder* als *Basisregister* anlegen und nannte diese Freiwilligenarmee *Al-Qaida*.⁵⁴⁴ Nach der Niederlage der Sowjets 1989 kehrten viele *Mudschahidin* in ihre Heimatländer zurück, darunter Osama Bin Laden, der sein Land Saudi-Arabien 1991 wegen seines Widerstandes gegen die Stationierung amerikanischer Streitkräfte in seiner Heimat nach dem zweiten Golfkrieg 1990/1991 verlassen musste und zusammen mit eigenen Anhängern in den Sudan flüchtete. Dort soll er an den Plänen einer internationalen Organisation zu arbeiten begonnen haben.⁵⁴⁵ Die heutige Organisation *Al-Qaida* bildete sich Mitte der 90er Jahre aus der Vereinigung von Bin Ladens Gefolgsleuten mit der ägyptischen *Jihad-Organisation* unter Aiman Al-Zawahiri heraus.⁵⁴⁶ Als Bin Laden 1996 wieder nach Afghanistan zurückkehrte, begann seine enge Zusammenarbeit mit Al-Zawahiri und beide gründeten, begünstigt durch die Eroberung der Macht durch die Taliban, eine einheitliche, gemeinsame Organisation. Daher gilt es als unwahrscheinlich, dass der erste Sprengstoffanschlag auf das World Trade Center im Jahre 1993, bei welchem sechs Leute starben und über tausend weitere verletzt wurden, systematisch von der Al-Qaida Bin Ladens geplant wurde, obwohl der Täter, ein *Islamist* aus Kuwait namens Ramzi Yusuf, ein Cousin des Planers der Angriffe vom 11. September, Khalid Shaikh Muhammad, war.⁵⁴⁷

Eine Wende in der strategischen Ausrichtung von Al-Qaida erfolgte erst im Jahre 1996, als Bin Laden den USA, Israel und der saudi-arabischen Regierung offiziell den Krieg erklärte, bevor er 1998 ein Fatwa, eine religiöse Rechtsauskunft, veröffentlichte und zum Töten von Israelis und US-Amerikanern auf-

543 Vgl. Steinbach, Josef: Globalisierung: Strukturen, Prozesse und Regulationsregime. Berlin 2009, S. 65.

544 Vgl. Schröm, Oliver: Al Qaida: Akteure, Strukturen, Attentate. Berlin 2003, S. 206.

545 Steinberg, Guido: Der nahe und der ferne Feind: die Netzwerke des islamistischen Terrorismus. München 2005, S. 49 f.

546 Vgl. Steinberg, Guido: Al-Qaida. <http://www.bpb.de/themen/OS150Q,0,AlQaida.html>. 05.01.2012.

547 Vgl. Steinberg 2005, S. 51.

rief.⁵⁴⁸ Er begründete dies damit, dass die USA nach dem 2. Golfkrieg militärische Stützpunkte in Saudi-Arabien errichteten und das Land der „heiligen Stätten“ Mekka und Medina quasi besetzten, wobei die saudi-arabische Regierung diese Besetzung angeblich bewilligte.⁵⁴⁹ Die Einbeziehung der Israelis wurde von ihm vor allem durch die Eskalation der Lage in Palästina und die Verstärkung der Besiedlung seitens der Israelis gerechtfertigt, die ihren Höhepunkt in der ersten Intifada der Palästinenser (Aufstand gegen Israel) von 1987–1993 erreichte, die Israel mit massiver militärischer Gewalt niederschlug. Dabei sollen nach Statistiken der israelischen Menschenrechtsorganisation B’Tselem mehr als 1100 Palästinenser und ca. 90 Israelis umgekommen sein.⁵⁵⁰ Der israelische Feldzug gegen den Libanon im Jahre 1982 und das Massaker in den palästinensischen Flüchtlingslagern *Sabra* und *Shatilla* im Libanon, bei welchem christlich-libanesischen Kampfseinheiten unter israelischer Überwachung als Reaktion auf die Ermordung des proisraelischen libanesischen Präsidenten Gemayel mehr als 800 palästinensische Zivilisten⁵⁵¹ ermordeten, hatten auch dazu beigetragen, dass Bin Laden auch die Ermordung von Israelis befürwortete. Seit Bin Ladens Erklärung gab es vonseiten Al-Qaida weltweite Anschläge auf US-amerikanische Ziele. Die bekanntesten sind ein Sprengstoffanschlag mit einem LKW in der Nähe des saudisch-amerikanischen Luftwaffenstützpunktes in Zahran in Saudi-Arabien 1996, der 19 Tote und 64 Verletzte zur Folge hatte, Bombenanschläge auf die amerikanischen Botschaften in Nairobi (Kenia) und Daresalam (Tansania) 1998 mit insgesamt 224 Toten und ca. 4500 Verletzten⁵⁵², ein Anschlag auf das Kriegsschiff USS Cole im Hafen von Aden (Jemen) 2000 mit 17 Toten und ca. 39 Verletzten⁵⁵³ und nicht zuletzt die Anschläge vom 11.09.2001 in den USA. Es begann darauf ein sogenannter *Krieg gegen den Terrorismus*, welcher unter anderem militärische Aktionen gegen Afghanistan mit einschloss. An zahlreichen Maßnahmen zur *Terrorbekämpfung* beteiligte sich Deutschland aktiv militärisch im Rahmen der vom UN-Sicherheitsrat beschlos-

548 Vgl. van de Pol, Robert: Al Qaida – Netz des Terrors – Entstehungs- und Funktionsweise transnationaler Terrorismus-Netzwerke anhand des Fallbeispiels Al-Qaida. Norderstedt 2005, S. 29.

549 Vgl. Kronfeld-Goharani, Ulrike: Friedensbedrohung Terrorismus: Ursachen, Folgen und Gegenstrategien. Münster 2005, S. 47.

550 Vgl. Johannsen, Margret: Der Nahost-Konflikt. Berlin 2005, S. 37.

551 Vgl. Schmidt, Yvonne: Die gegenwärtige Situation in Israel/Palästina aus völkerrechtlicher Sicht unter Mitberücksichtigung der historischen Dimensionen. Norderstedt 2006, S. 42.

552 Vgl. Sandschneider, Eberhard: Der Einbruch des Terrorismus in die Staatenwelt. Die Anschläge des 11. September 2001. In: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg.): Jahrbuch Internationale Politik 2001–2002. München 2004, S. 1–10, hier S. 3.

553 Vgl. Angerer, Florian: Der konventionelle Enthauptungsschlag im Kontext moderner Kriege. Zürich 2010, S. 143.

senen NATO-Operation „Enduring Freedom“ in Afghanistan . Diese vor allem militärischen Maßnahmen und die Beteiligung Deutschlands daran waren in der deutschen Öffentlichkeit weitgehend umstritten.

4.3.2 Argumentationsanalyse

4.3.2.1 Argumentationsmuster pro Militäraktionen

4.3.2.1.1 *Der juristische Topos*

Der juristische Topos besagt, dass man gegenüber einem bestimmten Verhalten eines Rechtssubjektes, das als rechtswidrig und schuldhaft qualifiziert wird, Sanktionen verhängen sollte. Konkret: Die Täter sowie ihre Unterstützer und Planer, die am 11. September mit Passagierflugzeugen Ziele in den USA angegriffen und dadurch viele unschuldige Menschen teilweise tödlich verletzt und fremde Güter zerstört oder beschädigt haben, haben schwere Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen und stellten nach der UN-Resolution eine Gefährdung des Weltfriedens dar. Sie müssten demnach aufgrund des als *kriegerisch* eingestuften Charakters der Angriffe und des Rechts der USA auf Selbstverteidigung bestraft werden. Die USA haben Osama Bin Laden als wichtigsten Drahtzieher der Angriffe vom 11. September benannt. Weil die amtierenden Taliban ihn nicht ausliefern wollten, seien sie, so der Topos, mitverantwortlich und strafbar. Anders als es bei dem Kosovo-Konflikt der Fall war, gab es bei den Angriffen auf Afghanistan eine (allerdings umstrittene) völkerrechtliche Grundlage.⁵⁵⁴

Es ist ein legitimer Krieg - ein Akt der Vergeltung und zugleich der vorbeugenden Selbstverteidigung. Überdies ist er legal, gedeckt durch den UN-Sicherheitsrat, unterstützt von der ganzen Welt, gebilligt auch von den Regierungen - wenngleich nicht unbedingt den Völkern - der meisten muslimischen Staaten. (ZEIT, 11.10.2001)

Die Täter müssten zur Verantwortung gezogen werden, (WELT, 21.09.2001)

„Das Böse wird bestraft werden.“ Mit diesem Ausdruck werden derzeit T-Shirts in New York angeboten und getragen. (WELT, 22.09.2001)

Die Täter müssen gesucht, zur Verantwortung gezogen und bestraft werden. (WELT, 15.09.2001)

554 Bei aller Nähe zwischen der Taliban-Regierung und Al-Qaida ist es für Völkerrechtler fragwürdig, ob die Taliban-Regierung unmittelbar für die Attentate verantwortlich ist, ob diese Attentate einen „Krieg“ gegen die USA darstellen und folglich, ob die USA vom Selbstverteidigungsrecht im Sinne zwischenstaatlicher Konflikte Gebrauch machen durften. Vgl. Arnould, Andreas von: Völkerrecht. Heidelberg 2012, S. 438.

Nach den grauenvollen Terroranschlägen in New York und Washington zweifelt kaum jemand daran, dass die USA einen Vergeltungsschlag gegen die in Afghanistan vermuteten Täter führen werden. (WELT, 13.09.2001)

Es ist richtig, nach den Tätern zu suchen, sie dingfest zu machen und zur Verantwortung zu ziehen. (WELT, 15.09.2001)

Amerika werde nicht ruhen, bis Osama Bin Laden "tot oder lebendig" zur Strecke gebracht sei, sagte der Präsident [Bush, M. A.]. (SPIEGEL, 24.09.2001)

Dieses juristische Argument kam häufig kurz nach den Anschlägen auf die USA vor, bevor der Gegenangriff auf Afghanistan klare Konturen gewann. Damals hieß es noch: „Wir werden die Täter finden [...] und wir werden sie vor Gericht bringen“ (WELT, 15.09.2001). Auch in den obigen Zitaten ist deutlich, dass *Terroristen* gesucht werden, damit sie zur Verantwortung gezogen und bestraft werden. Von einer Vernichtung der Taliban als einer religiösen Gruppe und einem Sturz ihrer Regierung als eines politischen Organs war noch nicht die Rede. Die Gegenangriffe sollten lediglich die Schließung der dortigen Trainingslager und die Auslieferung der *Terroristen* erreichen, damit diese vor Gericht gebracht werden konnten oder damit bei einer Weigerung der Taliban, sie auszuliefern, diese „ihr Schicksal teilen“ (WELT, 22.09.2001) müssten. Als das Ziel nicht mehr die *Terroristen* selbst, sondern die ganze Regierung der Taliban und das souveräne Land Afghanistan geworden war, sprach man kaum mehr vom *Gericht* und von den üblichen juristischen Maßnahmen gegen terroristische Attentate. Die Ausweitung des Ziels von der Ergreifung Bin Ladens und seiner Gefolgsleute auf den völkerrechtlich nicht unproblematischen Sturz eines ganzen Staates funktionierte in der Öffentlichkeit ohne große Anhaltspunkte.

4.3.2.1.2 *Der Interessen-Topos*

Dieses Topos besagt, dass Deutschland den *Terrorismus* auch militärisch bekämpfen solle, weil es vom *Terror* unmittelbar betroffen sei. Die Angriffe vom 11. September seien keineswegs bloß terroristische Angriffe auf konkrete Ziele in Washington und New York oder gar auf die USA als Ganzes, sondern eine kriegerische Handlung gegen den ganzen Westen als Lebenssystem, Zivilisation und Wertesystem. *Terroristen* haben den ganzen Westen getroffen und ihm den *Krieg* erklärt. Der Westen müsse sich verteidigen, bevor der *Terror* die Oberhand gewönne. Es findet sich also eine Ausweitung der „Opfer“-Seite, wobei diese Ausweitung im juristischen Topos auf der Täter-Seite stattfand. Dieser Topos zeichnet sich durch eine äußerst hohe Frequenz aus und soll vor allem die Beteiligung der NATO-Staaten, insbesondere Deutschlands, als Wertegemeinschaft am *Kampf gegen den Terror* rechtfertigen und legitimieren. Kurz: Weil

wir keine Dritten, Außenstehenden sind, sondern zur Zielscheibe des *Terrorismus* gehören, müssen wir uns mit aller Kraft wehren.

Diese Zielscheibe war nicht allein eine amerikanische; die Terroristen wollten nicht nur Amerika, sondern das Herz einer westlichen Zivilisation treffen, die sie mit mörderischer Inbrunst hassen [...] Sie hassen den freien Markt, die liberale Ordnung, das interessen geleitete Individuum, die Freiheit zur Selbstbestimmung, die Trennung von Kirche und Staat, die Europa erst nach Jahrhunderten blutiger Religionskriege verwirklichen konnte. (ZEIT, 13.09.2001)

Der Angriff galt nur vordergründig den USA, er galt der gesamten westlichen Zivilisation. Mindestens 100 Deutsche, mindestens sechs Berliner waren unter den Opfern. (WELT, 27.09.2001)

Der Terrorismus bedroht uns, und wir müssen ihn bekämpfen. (ZEIT, 31.10.2001)

Gerechtfertigt war auch der Beschluss des Nato-Rates, wonach der Bündnisfall eintritt, wenn festgestellt wird, dass der Anschlag gegen die USA aus dem Ausland kam. Gleiches gilt für die Beschlüsse von Bundesregierung und Bundestag zur uneingeschränkten Unterstützung der USA. Dies alles war moralisch geboten und zugleich vernünftig. Denn der globale Terrorismus bedroht sehr viele Staaten; wir Deutschen und unsere Nachbarn wissen das spätestens seit 1977. (ZEIT, 27.09.2001)

In solchen Köpfen (es gibt sie in jeder Kultur) ist der Feind der Mammon, das Fleisch und die Freiheit. Der Feind ist die offene Gesellschaft, die Moderne. (ZEIT, 20.09.2001)

Der Terror gegen New York und Washington ist nicht nur ein Anschlag auf unsere Werte. Er wirft auch die Frage auf, ob und wie die Atlantische Allianz der Herausforderung durch internationalen Terrorismus begegnen kann. (WELT AM SONNTAG, 30.09.2001)

Dass die gesamte westliche Welt ihre Hilfe und Solidarität nach den barbarischen Anschlägen von New York und Washington anbietet, überrascht nicht, denn die Attentate werden wohl zu Recht als Angriff auf die Führungsnation stellvertretend für die gesamte freie westliche Welt interpretiert. (WELT, 24.09.2001)

Wir verteidigen die Voraussetzungen kultureller Vielfalt. Mehr gibt es fürs Erste nicht zu deuten. (WELT, 21.09.2001)

Erwähnenswert ist, dass die damalige Bundesregierung Deutschlands die „uneingeschränkte Solidarität“ mit den USA erklärte und „fest an der Seite der Vereinigten Staaten von Amerika“ (SPIEGEL, 15.09.2001) stand. Sie zeigte deutlich, dass die *Terrorbekämpfung* keine Hilfeleistung gegenüber den Amerikanern, sondern eine deutsche Angelegenheit sei, und dass sie – so der Bundeskanzler – „mit den nationalen Interessen Deutschlands zu tun hat, mit den Interessen der Sicherheit unserer Bevölkerung, mit den Interessen, so zu leben, wie wir es uns vorstellen“ (ZEIT, 18.10.2001).

4.3.2.1.3 *Der Topos von der Ausweglosigkeit*

Dieser Topos besagt, dass eine militärische Aktion gegen den *Terror* unentbehrlich sei, weil es keine friedlichen Alternativen gebe, die effektiv und rechtzeitig den *Terror* eindämmen können. Gewalt müsse angewendet werden, wenn *Terroristen* keine andere Sprache verstünden. Dieses Argument kam verhältnismäßig weniger häufig vor, hatte aber trotzdem eine wichtige argumentative Funktion.

Die Terror-Organisationen und ihre Führer sind dem Argument und der Vernunft nicht zugänglich. (ZEIT, 27.09.2001)

Nihilisten, die den Mord zum Selbstzweck und ihr Unglück zum Freibrief machen, sind keine Patienten, die es zu therapieren, sondern Feinde, die es zu stoppen gilt. (ZEIT, 04.10.2001)

Natürlich kann niemand mit dem Militäreinsatz zufrieden sein, solange das verbrecherische Taliban-Regime noch an der Macht und Osama bin Laden in Freiheit ist. Doch wer Bin Ladens Netzwerk zerstören will, muss auch seine talibanische Schutzmacht besiegen – dies aber geht nicht mit einer Polizeiaktion, sondern nur militärisch. (SZ, 09.11.2001)

Ich meine, dass es leider keine Alternative zu militärischen Maßnahmen geben wird, weil die Terroristen keine andere Sprache verstehen und jede eigene Verantwortung für ihr Tun ablehnen und auf andere abschieben. (SZ, 05.11.2001)⁵⁵⁵

Man muss diesen Terror zu verhindern versuchen. Das geht offenbar nicht ohne militärische Mittel. Aber es gelingt nicht mit nur militärischen Mitteln. (SZ, 26.10.2001)

4.3.2.2 Argumentationsmuster kontra Militäraktionen

4.3.2.2.1 *Der Topos vom generellen Tötungsverbot*

Dieser Topos besagt, dass der militärische Angriff auf Afghanistan inakzeptabel sei, weil er vielen unschuldigen Zivilisten das Leben gekostet habe. Militärische Aktionen, die den Rahmen polizeilicher Gefahrenabwehrmaßnahmen bei weitem überschreiten und schwere Waffen einsetzen, seien bei aller Verurteilung der Angriffe vom 11. September illegitim, weil sie das Töten der zivilen Bevölkerung, das in solchen Aktionen unvermeidbar sei, bewusst in Kauf nähmen, da der militärische Angriff eine moralisch und juristisch gerechtfertigte Reaktion auf das Töten ziviler Menschen in New York und Washington sei. Unmoral auf der gegnerischen Seite dürfe nicht gleichermaßen nach der biblischen Devise des Alten Testaments „Auge um Auge, Zahn um Zahn“ erwidert werden. Im

555 Sebastian Gruber – Leserbrief.

Kosovo-Diskurs kritisierte man auch die Zerstörung der Infrastruktur Serbiens, hier lag der Akzent wegen der ohnehin schwachen Infrastruktur Afghanistans lediglich auf den Zivilisten.

Aber gab ihnen der Hass auf die nichtafghanischen (!) Terroristen, die im World Trade Center Tausende unschuldiger Menschen ermordet hatten, auch das Recht, afghanische Städte zu bombardieren? Hatten sie das Recht, unschuldige afghanische Frauen und Kinder zu töten, die mit den Terroranschlägen nichts, aber auch gar nichts zu tun hatten? (SZ, 29.12.2001)

Die Bomben auf afghanische Städte trafen vor allem Unschuldige. Wir werden nie erfahren, wie viel tausend afghanische Frauen und Kinder im Hagel der amerikanischen Bomben starben. Aber es waren [...] wahrscheinlich erheblich mehr als die über 3000 Menschen, die im World Trade Center ermordet wurden. (SZ, 29.12.2001)

Ich bin kein Pazifist. Aber ich plädiere dafür, dass die Grundsätze der Moral, des Rechts und der Verhältnismäßigkeit nicht nur bei der Schaffung des nationalen Friedens, sondern auch bei der Schaffung des internationalen Friedens gelten. Ohne diesen Paradigmenwechsel werden wir den Terrorismus nicht besiegen. (SZ, 29.12.2001)

Tatsächlich beginnt erst dann die wahre Bewährungsprobe für Rot-Grün, wenn den traumatischen Bildern aus Manhattan demnächst andere, etwa aus dem verwüsteten Afghanistan, folgen - mit amerikanischen Bomberflotten, zerstörten Häusern, toten Kindern. (SPIEGEL, 24.09.2001)

Von der Friedhofsruhe wurde Afghanistan durch die Vertreibung der Taliban befreit – doch die Friedhöfe sind dabei gewachsen. (SZ, 29.12.2001)

Dergleichen Vergeltung überschritte die Grenzen der in Jahrhunderten gewachsenen europäischen Ethik. (ZEIT, 27.09.2001)

Vor allem darf der Patient nicht getötet werden. Der Patient? Das sind die Geschundenen und Unterdrückten von Afghanistan, das sind wir - unsere liberale Staats- und Wirtschaftsordnung. (ZEIT, 04.10.2001)

Den Menschen als Person zu achten und seine Personwürde zu wahren, ist das Gebot der Stunde. Um dieser Würde willen muss Gewalt beendet und ihr möglicher Nährboden trocken gelegt werden. (SZ, 30.10.2001)

Keine Regierung der Welt hat das Recht, bewusst den Tod von Tausenden unschuldiger Zivilpersonen in Kauf zu nehmen, um ja nicht das Leben eines einzigen eigenen Soldaten zu riskieren. Jedes afghanische Kind, jede afghanische Frau zählt genauso viel wie ein amerikanischer, ein britischer, ein französischer oder ein deutscher Soldat. Wenn das nicht mehr gilt, sollten wir das Wort Menschenwürde nie wieder in den Mund nehmen. (SZ, 29.12.2001)

4.3.2.2.2 *Der Ursachen-Topos*

Dieser Topos besagt, dass ein militärischer Angriff nicht imstande sei, den Terror einzudämmen und dass es angemessener sei, die Ursachen und Motive terroristischer Handlungen zu analysieren und dauerhaft zu beseitigen. Ein angemessener Anti-Terrorkampf habe nicht die Aufgabe, Terroristen zu töten und ihr Umfeld zu zerstören, sondern dem Terrorismus vernünftig und gezielt den Boden zu entziehen. Freilich werden in diesem Topos militärische Mittel nicht generell abgelehnt, aber deutlich anderen wirtschaftlichen, diplomatischen, politischen und sozialen Maßnahmen zur Terrorabwehr untergeordnet. Es wird oft auf den Einfluss des Westens im Allgemeinen und der USA im Besonderen im arabisch-israelischen Konflikt, auf Armut und Ungerechtigkeit verwiesen.

Flächenbombardements sind gegen Terroristen so nützlich wie Presslufthämmer beim Zahnarzt. (ZEIT, 04.10.2001)

Wir müssen uns fragen, was wir falsch gemacht haben, dass wir als westliche Zivilisation angegriffen werden. (SZ, 17.11.2001)

Manchmal richten sie [Terroristen, M. A.] sich gegen korrupte oder brutale Regime, die sich dank wirtschaftlicher und militärischer Hilfe Amerikas behaupten können. Manchmal geht es um Solidarität mit der Forderung der Palästinenser nach einem Ende der Besatzung und nach wirklicher Selbstbestimmung. Manchmal geht es um das Schicksal der irakischen Kinder [...]. Manchmal geht es um das Gefühl, benutzt und weggeworfen worden zu sein, wie es bei vielen Pakistanis nach dem Ende des Krieges gegen die Sowjetunion in Afghanistan herrschte. Überall in der Dritten Welt wird die Ablehnung des amerikanischen Reichtums begleitet vom Protest gegen das Elend der Flüchtlinge oder die fortwährende Massenarmut. Es ist gefährlich, dies alles miteinander zu vermengen und in den Topf des Antiamerikanismus zu werfen. (ZEIT, 11.10.2001)

Wir brauchen eine Veränderung der Politik, insbesondere in Israel und Palästina. Nur ein politischer Wandel kann für die Zukunft eine solche barbarische und unmenschliche Attacke unmöglich machen. (WELT, 25.09.2001)

Der Kampf um die Herzen der muslimischen Welt ist nur durch Gerechtigkeit zu gewinnen. Wer den islamischen Terrorismus besiegen will, muss sicherstellen, dass dieser nicht täglich neuen Zulauf aus dem riesigen Menschenpotential von 1,3 Milliarden Muslimen erhält. Das werden wir nur schaffen, wenn wir zeigen, dass wir nicht nur stärker sind als Al-Qaida, sondern auch gerechter und menschlicher. (SZ, 29.12.2001)

Doch den Ernst der präzedenzlos neuen Lage wird nicht erkennen, wer die gerade jetzt nötige Selbstprüfung des Westens einzig unter "Antiamerikanismus" subsumiert. [...]Wir müssen uns mit den Augen unserer Feinde betrachten, um unsere Zivilisation verteidigen zu können (WELT, 25.09.2001)

Ist nicht bin Laden, so er's war, der Rächer der Palästinenser, die von den Israelis geknechtet werden? Hätten doch die Amerikaner nur mehr Druck auf den israelischen Verbündeten ausgeübt; dann wäre das Inferno von New York vielleicht nicht geschehen. (ZEIT, 20.09.2001)

Die Arroganz, mit der die Israelis und ihre Schutzmacht USA jede - diese völkerrechtswidrige Politik verurteilende - Uno-Resolution blockierten oder ignorierten, trieb den Radikalen immer mehr Anhänger zu. Darunter viele der entwurzelten jungen Arbeitslosen in den Slums der arabischen Großstädte. (SPIEGEL, 08.10.2001)

Respekt vor dem Anderssein und Bemühen um Verständnis für den anders Denkenden sind die Grundpfeiler. (SZ, 15.12.2001)

Wer glaubt, mit der Jagd nach Terroristen „überall auf der Welt“ den Terrorismus ausrotten zu können, ohne ernsthaft nach den Ursachen des Übels zu fragen, ist der ein Realist oder ein Narr?⁵⁵⁶ (SZ, 02.01.2002)

4.3.2.2.3 *Der Gefahren-Topos*

Nach diesem Topos sei ein militärischer Anschlag auf Afghanistan gefährlich, weil er vornehmlich aufgrund der Märtyrertodmentalität von *Islamisten* zu mehr *Terror* führen und sein ursprüngliches Ziel verfehlen könnte. Eine gewalttätige Reaktion auf den 11. September führe eher zu generellem Hass und somit zu Gegengewalt. Der Terror könnte mehr Anhänger bekommen, zumal *Terroristen* sich gerne für ihre Sache opfern wollten. „Was haben sie zu verlieren?“ (WELT, 24.09.2001)

Ein Militärschlag birgt das Risiko, dass er nicht zu weniger, sondern zu mehr Terror führen kann. (WELT AM SONNTAG, 30.09.2001)

Durch die Bombardements wird neuer Hass gesät, der Terrorismus wird nicht geschwächt, im Gegenteil. Es ist noch nie gelungen, Gewalt mit Gewalt zu bekämpfen! (SZ, 13.11.2001)

Die Bomben auf die Zivilbevölkerung heizen die muslimische Welt weiter auf. Jede Bombe, die ein afghanisches Kind tötet, treibt den muslimischen Terroristen unzählige neuer Sympathisanten zu. Wir haben mit dem Bombenkrieg gegen die afghanische Zivilbevölkerung die nächste Generation von Terroristen gezüchtet. Noch nie war es für muslimische Extremisten so leicht, potenzielle Selbstmordattentäter anzuwerben wie jetzt. (SZ, 29.12.2001)

Die amerikanischen Bombenflüge gegen Afghanistan belasten die internationale Allianz gegen den Terrorismus. Muslime in aller Welt fürchten einen Angriff auf ihren Glauben, westliche Verbündete geraten in Zweifel, ob Oberbefehlshaber Bush die richtige Strategie verfolgt. (SPIEGEL, 15.10.2001)

Denn die politisch-religiöse Kriegsanschauung des Fundamentalismus folgt mythologischen Erzählmustern und nicht der martialischen Logik des body count. Wer

556 Heinrich Brunner – Leserbrief.

stirbt, zieht als Sieger ins Paradies. Den Tod Osama bin Ladens würden seine Gefolgsleute zum heroischen Opfergang und heiligen Triumph verklären. In seinen Niederlagen blüht jeder Terrorismus neu auf, wie die Geschichte von Arafats PLO täglich neu belegt. (ZEIT, 08.11.2001)

In einer speziellen Variante dieses Topos wird vor einer möglichen Gefahr für Deutschland im Falle einer deutschen Beteiligung an militärischen Aktionen gegen die Taliban gewarnt. Wenn wir *Terroristen* angreifen, könnten sie sich brutal rächen und unser Land angreifen.

Wie weit geht die "uneingeschränkte Solidarität" mit den USA, wenn die Deutschen Gefahr laufen, selbst zur Zielscheibe von Terroristen zu werden? (SPIEGEL, 15.09.2001)

Dass die Deutschen selbst die nächsten Terroropfer sein könnten, wenn sie sich militärisch am angekündigten "Kreuzzug" der Amerikaner beteiligen würden, wofür der Bundestag am vergangenen Mittwoch mit überwältigender Mehrheit die Voraussetzungen schuf, befürchten 72 Prozent der Bundesbürger. (SPIEGEL, 24.09.2001)

4.3.2.2.4 *Der Missbrauchs-Topos*

Dieser Topos besagt, dass ein *Krieg gegen den Terrorismus* nicht pauschal akzeptiert werden könne, weil er möglicherweise zu anderen Zwecken ausgenutzt werden könnte, zumal fast die ganze Welt ihre Verurteilung des *Terrors* geäußert und ihre Unterstützung des Anti-Terrorkampfes angeboten habe. Neben den USA wurden Länder wie Russland, China, Israel und Pakistan skeptisch beobachtet, die bekanntlich an einigen Teilen des Landes bewaffnete Konflikte mit Rebellen und *Unabhängigkeitskämpfern* führten, die unter dem Argument der Terrorbekämpfung pauschal als *Terroristen* eingestuft werden könnten. Der damaligen USA-Administration wurde vor allem vorgeworfen, dass sie ihre Popularität im eigenen Lande durch Kriegführung steigern und ihren Einfluss in anderen Ländern mithilfe der sicheren Legitimierung der Terrorbekämpfung verstärken wollte. Dieser Topos begegnete uns beim *Afghanistan-Krieg*, zumindest in den ersten Kriegsjahren, deutlich seltener als die ersten Topoi, jedoch stand er später beim *Irak-Krieg* im Mittelpunkt der Argumentation der *Kriegsgegner*.

Mit dem Schlagwort der Terrorbekämpfung lässt sich derzeit alles begründen. (ZEIT, 11.10.2001)

Nach dem Beweis ihrer Überlegenheit kann den Amerikanern der Versteckte oder insgeheim Umgekommene, den man allzu gerne zum Feind erklärt hatte, weiterhin nützlich sein: als Legitimierung für die Erweiterung des Schicksalskriegs gegen den Terrorismus. (SZ, 29. 12.2001)

Der Kampf gegen den Terror macht aus Diktaturen noch keine Demokratien. Er lässt aber sehr schnell aus Aufständischen gegen Fremdherrschaft Terroristen werden und aus Terroristen Freiheitskämpfer. (ZEIT, 04.10.2001)

In dem von George W. Bush apostrophierten monumentalen Kampf des Guten gegen das Böse hat jeder zuerst den eigenen Vorteil im Sinn. (ZEIT, 04.10.2001)

Niemand wusste so recht, für welche Ziele der oberste Kriegsherr im Weißen Haus die weltweite Solidarität nutzte, die Partner und Freunde ihm immer wieder anboten. (SPIEGEL, 15.10.2001)

Symbolisch ist der Krieg außerdem, weil er der Beruhigung einer traumatisierten amerikanischen Öffentlichkeit dient – die jedoch andererseits ein Teppichbombardement mit ungezählten zivilen Opfern aus moralischen Gründen nicht lange hinnehmen würde. [Die Beruhigungsfunktion kann hier als ein Missbrauch gelesen werden, M. A.] (ZEIT, 08.11.2001)

Die mächtigen Partner beziehen den Begriff Terrorismus auf die innere Opposition oder, wie es dort heißt, den "inneren Feind": Russland sieht den Krieg gegen die Tschetschenen, China den Kampf gegen Falun Gong und die Insurgenten in den moslemischen Westprovinzen legitimiert: Alle sind nun "Terroristen", Feinde der Weltkoalition. (WELT, 26.09.2001)

4.3.3 Zentrale Schlagwörter

4.3.3.1 Terrorismus versus Freiheitskampf

Kaum ein Ausdruck machte im Untersuchungszeitraum eine ähnlich fulminante Karriere wie *Terrorismus*. Kaum ein Ausdruck hat das gleiche internationale Gewicht wie *Terrorismus* und kaum ein Ausdruck wurde, vermutlich international, so umstritten diskutiert und definiert wie *Terrorismus*. Seine historisch einmalige Brisanz gewann er durch die Ereignisse des 11. September, aber auch durch den darauf folgenden, bis heute andauernden *Krieg gegen den Terrorismus*. Sowohl in der Wissenschaft als auch in der Politik finden sich beileibe nicht mehr übersichtliche, äußert heterogene Definitionen, auf deren Aufzählung selbst Terrorismusforscher verzichten müssen, da sie für eine empirische Analyse zu umfangreich und komplex sind. „Beinahe jeder Terrorismus-Forscher, jede Regierungsbehörde, jede internationale Organisation arbeiten mit einem je eigenen Terrorismus-Begriff.“⁵⁵⁷ Auch unter den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen existiert bis heute kein Konsens darüber, wie *Terrorismus* objektiv zu definieren ist.⁵⁵⁸ In der sozialwissenschaftlichen Forschung existiert nach Jahrzehnten analytischer Reflexionen noch immer keine allgemein gültige Definition

557 Beermann, Torsten: Der Begriff „Terrorismus“ in deutschen Printmedien. Eine empirische Studie. Münster 2004, S. 16.

558 Vgl. Schmidt, Yvonne: „Krieg gegen Terrorismus...Terrorismus gegen Krieg?“ Ursachen, Hintergründe und Auswirkungen von Krieg und Terrorismus im Nahen und Mittleren Osten. Norderstedt 2007, S. 18.

dessen, was *Terrorismus* ist und welche Handlungen kein *Terrorismus* sind.⁵⁵⁹ Besonders problematisch ist die Abgrenzung des Ausdrucks *Terrorismus* zu Ausdrücken wie *Guerillakampf*, *Krieg*, *Widerstand*, *Freiheitskampf*, *Kriminalität* und anderen. Der Duden definiert *Terrorismus* als „Einstellung und Verhaltensweise, die darauf abzielt, politische Ziele durch Terror durchzusetzen“, wobei mit *Terror* die „systematische Verbreitung von Angst und Schrecken durch Gewaltaktionen besonders zur Erreichung politischer Ziele“ gemeint ist. Dieser allgemeinen Definition möchte der Verfasser eine deskriptive, analytische Begriffsbestimmung anschließen, die einen wissenschaftlichen Anspruch hat, manipulative und kritisch wertende Aspekte des Ausdrucks ausschließt sowie gängige und anwendbare sozialwissenschaftliche Ansätze berücksichtigt und zusammenfasst. Sie wurde von Torsten Beermann vorgelegt und stellt die folgenden Merkmale von *Terrorismus* fest, die *terroristische* Gewalttaten von anderen Formen politischer, krimineller oder sonstiger Gewalt abhebt.

- a) Es handelt sich um Gewalttaten gegen Menschenleben oder deren Androhung. [Gemeint ist, dass Angriffe auf Gegenstände ohne direkten Bezug auf Menschen keinen *Terrorismus* im analytischen Sinne darstellen, M. A.]
- b) Es handelt sich um eine Kampfmethod, derer sich staatliche wie nicht staatliche Akteure bedienen können – und zwar innerhalb wie außerhalb eines formalisierten Krieges. [Der Akzent liegt nicht auf Personen als *Terroristen*, sondern lediglich auf der *Kampfmethod*, die auch von Staaten verwendet werden kann, M. A.]
- c) Die Akteure verüben ihre Gewalttaten systematisch geplant und als eine organisierte Gruppe. Es handelt sich nicht um Einzeltäter.
- d) Der Einsatz von Gewalt erfolgt strategisch, es handelt sich nicht um Einzeltaten.
- e) Die Akteure verfolgen mit ihren Gewalttaten politische Ziele, wie den Erhalt des Status-quo, die Unterdrückung von Opposition und Widerstandsbewegungen, das Erlangen von Zugeständnissen einer Regierung, den Sturz einer Regierung, die Änderung von Staatsgrenzen etc. [Individuelle Motive ohne politischen Bezug sind lediglich *kriminell*, M. A.]
- f) Daneben wollen die Akteure Angst und Schrecken in der Öffentlichkeit oder einem wesentlichen Teil von ihr erzeugen, um Aufmerksamkeit auf ihren Kampf zu lenken und eine Botschaft zu verbreiten. [Es geht um die symbolische Bedeutung und nicht um die getöteten Menschen oder den tatsächlichen Wert der angegriffenen Ziele, M. A.]
- g) Mit ihren Gewalttaten ignorieren die Akteure die Regeln des Völkerrechts oder des Kriegsrechts, beispielsweise indem sie gezielt Zivilisten angreifen, Vergeltung an der Zivilbevölkerung üben, neutrale Gebiete oder die Kriegsgefangenenrechte missachten. [Dies grenzt Terroraktionen von „normalen“ Kriegen ab, M. A.]⁵⁶⁰

559 Vgl. a.a.O., S. 9.

560 Beermann, S. 73 f.

Sowohl in der Wissenschaft als auch in der politischen Öffentlichkeit herrscht die Auffassung, dass die Aktionen vom 11. September *Terrorismus* sind und dies war allgemeiner Konsens bereits wenige Minuten nach dem Aufprall des zweiten Flugzeugs auf den zweiten Turm des World Trade Center.⁵⁶¹ An keiner Stelle des ausgewerteten Korpus wird die Einstufung der Angriffe vom 11. September als *Terrorismus* in Frage gestellt. Die vorher erwähnte Umstrittenheit der *Terrorismus*-Definitionen betrifft nicht die Klassifizierung der Angriffe vom 11. September selbst, sondern vornehmlich den geführten *Krieg gegen den Terrorismus* und die Bestimmung dessen, wie und gegen wen dieser *Krieg* zu führen ist. Die weltweite Anti-Terror-Allianz, die sowohl demokratische wie auch undemokratische Staaten umfasste und keineswegs – so wird oft gesagt – als eine Wertegemeinschaft gelten kann, soll den Ausdruck *Terrorismus* operationalisiert und mit ihm innere oppositionelle Konflikte und militante Aufstände niedergeschlagen haben. Dies hat der Missbrauchs-Topos gezeigt. Spätestens seit dem *Irak-Krieg*, den die USA unter anderem mit dem Terrorargument zu rechtfertigen und legitimieren trachteten, sind die Rufe nach einer klaren Definition laut geworden.

Von Tschetschenien bis zum israelisch-palästinensischen Konflikt, von Befreiungskriegen und Widerstandsaktionen gegen Unterdrückung, von sozialen bis zu religiösen und ethnischen Konflikten - überall steht die Frage nach der Bewertung und legitimen Abwehr zur Beantwortung an. Mit Sicherheit kann es nicht so sein, dass jeder Staat auf der Grundlage seiner nationalen Interessen Terrorismus eigenständig definiert und auf dieser Grundlage internationale Solidarität einfordert. [...] Es ist bedauerlich, dass man sich bei der UNO noch immer nicht auf eine allgemein gültige Terrorismusdefinition verständigt hat. (WELT, 08.03.2002)

Seit dem 11. September besteht eine weltweite Allianz gegen den Terrorismus. Aber kein Regierungsbulletin erklärt exakt, was alles mit Terrorismus konkret gemeint ist.⁵⁶² (SZ, 02. 01.2002)

Terrorismus, den unsere Feinde begehen, hat als eigentlicher Terrorismus zu zählen; Terrorismus, den unsere Verbündeten begehen, ist hingegen „counter-terrorism“ und daher von jedem politisch Vernünftigen nach anderen Kategorien zu bewerten. (SZ, 01.12.2001)

Seit dem 11. September wird beständig vom Terror gesprochen. Was Terrorismus ist, weiß aber kaum einer verlässlich zu sagen. (WELT, 22.07.2002)

Auf Sri Lanka oder in Nordirland, auf Korsika oder in Tschetschenien, in Palästina oder in den baskischen Provinzen verstehen sich die Terroristen, ob zu Recht oder nicht, als "Freiheitskämpfer". (ZEIT, 11.10.2001)

561 Beim ersten Flugzeug ging man noch von einem Unfall aus.

562 Hermann Beck – Leserbrief.

Freiheitskämpfer lautet also das Stichwort, das eine Definition vom *Terrorismus* erschwert. Dies ist die positiv besetzte Bezeichnung, die dem negativ besetzten Ausdruck *Terrorist* gegenübersteht. *Freiheitskämpfer* sind Personen, „die sich für eine gute Sache einsetzen und sich gegen Diktatur und Unterdrückung wenden“.⁵⁶³ *Freiheitskämpfer* berufen sich unter anderem auf das Zusatzprotokoll I des Genfer Abkommens, das das allgemeine Gewaltverbot der UN-Charta aufgehoben und festgelegt hat, dass die „kolonial unterdrückten Völker mit dem Selbstbestimmungsrecht einen völkerrechtlichen Anspruch haben, sich mit allen Mitteln und internationaler Unterstützung gegen die Kolonialherrschaft zu wehren“.⁵⁶⁴ Jemanden als *Freiheitskämpfer* zu bezeichnen, impliziert demnach „eine positive Bewertung der Person und eine Billigung des Zwecks.“⁵⁶⁵ Das ist der positiv wertende und deontische Bedeutungsaspekt. *Terrorismus* ist hingegen mit Unrecht und unakzeptabler Verbreitung von Angst und Schrecken verbunden und hat dementsprechend eine abwertende Bedeutungskomponente. Die deontische Bedeutung lautet dann: Haltet euch vom *Terrorismus* fern. Es ist ein Stigmawort, was natürlich immer dazu führt, dass die eigenen gewalttätigen Handlungen in der Regel nicht als *Terrorismus* bezeichnet werden. Dies betrifft auch Osama Bin Laden selbst, der trotz weltweiter Verurteilung der Al-Qaida-Angriffe darauf beharrte, dass er und seine Anhänger *Freiheitskämpfer* seien. In deskriptiver Hinsicht unterscheiden sich die Bedeutungen von *Terrorist* und *Freiheitskämpfer* kaum. Beide versuchen politische Ziele durch Gewaltanwendungen ähnlichen Charakters zu erreichen. Da das Verständnis von *Freiheit* und *Unterdrückung* stark vom kulturellen und politischen Standpunkt des Betrachters abhängt, ist auch die Frage, ob es sich bei konkreten Gewalttaten um *Terroristen* oder *Freiheitskämpfer* handelt, nach Beobachtung des öffentlichen Sprachgebrauchs durch den Verfasser eine Sache der Wertung und Sympathie und überhaupt nicht der analytischen Differenzierung oder objektiven Reflexion der politischen Position des Gewalttäters. Es ist nach Ansicht des Verfassers – auch bei sehr genauer Beobachtung der jeweiligen Gewalttaten und ihrer politischen Konstellationen – gar nicht möglich, zu einem objektiven, allgemein gültigen Urteil zu kommen, wer in *terroristischer* Weise Gewalt anwendet und wer sich als *Freiheitskämpfer* „nur“ verteidigt, weil der Gegner zu Unterdrückung, Gewalt und Mord greift und mit den eigenen Waffen geschlagen werden soll. Der beste Beweis für diese Ansicht ist, dass dieselbe militante Gruppe von dem-

563 Hussy, Walter/Schreier, Margrit/Echterhoff, Gerald: Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaften. Berlin/Heidelberg 2010, S. 256.

564 Heintze, Hans-Joachim: Völkerrecht und Terrorismus. In: Kai Hirschmann (Hrsg.): Terrorismus als weltweites Phänomen. Berlin 2000, S. 217–240, S. 225.

565 Hussy/Schreier/Echterhoff 2010, S. 256.

selben Betrachter in verschiedenen Zeiträumen in eine jeweils andere Kategorie eingeordnet wird.

Die heute als »Terroristen« und »Feinde Afghanistans« Beschimpften wurden im Westen damals [beim Krieg gegen die Sowjets in Afghanistan, M. A.] als »Freiheitskämpfer« bezeichnet.⁵⁶⁶

So galten weltweit bei vielen Menschen die linksradikalen Sandinisten als Freiheitskämpfer. [...] Die US-Regierung nannte diese Freiheitskämpfer und die Sandinisten Aufrührer und sowjethörige Terroristen.⁵⁶⁷

„Freiheitsbewegungen entstehen und setzen sich durch [...], in den Bergen Afghanistans [...]. Es sind „Freiheitskämpfer“. Die Rede stammt nicht etwa vom Terroristenführer Osama Bin Laden oder irgendeinem Mitglied einer Terrororganisation, sondern von Ronald Reagan aus seiner Amtszeit als US-Präsident aus dem Jahr 1985.⁵⁶⁸

In den Sozialwissenschaften begegnen uns oft Ansätze, die etliche Aktivitäten insbesondere der CIA in die unmittelbare Nähe zum *Terrorismus* rücken:

Wenn es nach der CIA-Definition des Terrorismus geht [...], haben sich die Amerikaner der Finanzierung, Ausbildung und größtenteils auch der Leitung von Terrorgruppen schuldig gemacht.⁵⁶⁹

Solche häufig vorkommenden sprachreflexiven Äußerungen zeigen, wie sich Selbstverständlichkeiten, Denkweisen und Sprachgebräuche wandeln und wie ihre Geltungsansprüche bei diachronischer Sprachbetrachtung in der Öffentlichkeit kritisch markiert werden. Als *Freiheitskämpfer* wurden in deutschen Medien, wie bereits in der Analyse des Kosovo-Diskurses erläutert, oft die Mitglieder der albanischen UCK bezeichnet. Diese haben schwere Gewalttaten gegen Serbien begangen und galten in der deutschen Öffentlichkeit kaum diskursiv als *Terroristen*. Interessanterweise wurde ihre Bezeichnung als *Freiheitskämpfer* erst nach den Anschlägen vom 11. September rückblickend häufig problematisiert.

Die Kosovo-Befreiungsarmee UCK ist ein Ziehkind der Nato. Besonders die USA förderten die Freiheitskämpfer nach Kräften. Und auch der Bundesnachrichtendienst soll für Ausrüstung und Training gesorgt haben. (SPIEGEL, 21.03.2001)

566 Mellenthin, Knut: Milliarden für den Islamismus. <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Afghanistan/geschichte.html>. 02.01.2012.

567 <http://uni-protokolle.de/Lexikon/Freiheitsk%EA4mpfer.html>. 02.01.2012.

568 Kirstein, Dennis: Aktenzeichen 9/11. die ungelösten Rätsel des 11. September 2001. Stuttgart 2004, S. 66.

569 Adams, James: Geld und Gewalt. Wer finanziert den internationalen Terror? Bergisch-Gladbach 1990, S. 34.

Der gute Terrorist. Der Albaner Ali Ahmeti bekämpfte die mazedonische Regierung mit Gewalt. Verbrecher oder Freiheitskämpfer? Wir müssen lernen, zu unterscheiden. (ZEIT Online, 27.12.2001)

Die militante palästinensische Organisation (PLO) *Hamas* (Deutsche Übersetzung: *Islamische Widerstandsbewegung*), die gegen Israel kämpft, wird hingegen hierzulande allgemein, auch in Stellungnahmen, die explizit von einer *Besatzung* und einer *illegalen Siedlung* seitens der Israelis sprechen, als *terroristisch* eingestuft. In arabischen und islamischen Medien begegnen uns oft andere Betrachtungsweisen und begriffliche Zuordnungen. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es wird hier überhaupt nicht der Frage nachgegangen, ob auch Palästinenser, Tschetschenen, Kosovo-Albaner und andere als *Freiheitskämpfer* bezeichnet werden *sollen* und ob ihre sprachliche Konstituierung angemessen ist oder nicht. Es gilt lediglich zu betonen, dass es bei der sprachlichen Konstituierung von Wirklichkeiten und Weltansichten um *gültiges* Wissen und nicht unbedingt um *richtiges* Wissen geht.

Die Wörter „Terrorismus“ und „Terrorist“ sind keine Bezeichnungen wissenschaftlicher Klassifizierung. Sie sind ungenau und emotional. Wir gebrauchen sie weder für alle politisch motivierten Gewalttaten noch für jeden Menschen, der solche Taten begeht. Wir beschränken ihre Verwendung in der Praxis auf politisch motivierte Gewalt, die wir ablehnen. Die Begriffe implizieren ein Urteil [...] über den politischen Kontext, in dem jene, die wir Terroristen nennen, operieren, vor allem aber ein Urteil über den Charakter des Regimes, unter dem und gegen das sie handeln. Wir implizieren, dass das Regime legitim ist. Wenn wir sie „Freiheitskämpfer“ nennen, implizieren wir, dass das Regime illegitim ist. Nennen wir sie „Guerillas“, dann sind wir uns nicht ganz sicher, was wir von dem Regime halten sollen; zumindest implizieren wir, dass wir uns von ihm distanzieren möchten.⁵⁷⁰

4.3.3.2 Krieg gegen den Terrorismus

Vom "Krieg" ist in den Zeitungen jetzt zu lesen. Haben wir also Krieg? [...] Vielleicht gehen die Medien leichtfertig mit dem Wort "Krieg" um. Vielleicht erleben wir aber auch eine Neubewertung dieses Begriffs. (SZ, 15.09.2001)

In der Untersuchung der sogenannten *humanitären Intervention* im Kosovo, die zeitlich überhaupt nicht weit hinter dem *Krieg gegen den Terrorismus* zurücklag, hat sich herausgestellt, dass die NATO ihren Einsatz alles andere als einen *Krieg* nennen wollte und dass der Ausdruck *Krieg* in jener Debatte von den Kritikern weitgehend als ein Stigmawort zur Kennzeichnung der NATO-Position

570 O'Brien, Conor Cruise: Terrorism under Democratic Conditions. The Case of the IRA. In: Crenshaw, Martha (Hrsg.): Terrorism, Legitimacy, and Power. The Consequences of Political Violence. Middletown/Connecticut. 1983, S. 91–104, hier S. 12; übersetzt von Torsten Beermann.

verwendet wurde. Wie kommt es jedoch ca. zwei Jahre später dazu, dass vor allem die USA und die europäische Staatengemeinschaft im Kontext der *Terrorbekämpfung* doch einen *Krieg* führen und ihn explizit als solchen bezeichnen wollen? Bereits am Abend des 11. September verkündete der US-Präsident George Bush, dass die USA „the war against terrorism“ zu gewinnen habe. Danach wurde der Ausdruck, vermutlich weltweit, äußerst häufig in den Medien verwendet. In Deutschland war die Rede vom *Krieg gegen den Terrorismus* oder vom *Krieg gegen den Terror*. Von einem blitzartigen Bedeutungswandel des Ausdrucks *Krieg* kann hier nicht die Rede sein. Die im Kosovo-Diskurs bereits diskutierte negative Besetzung des Begriffs *Krieg* wurde hier durchaus nicht völlig aufgehoben, trotzdem wurde dieser Ausdruck, zumindest kurz nach den Anschlägen vom 11. September, oft positiv im Sinne eines Fahnenworts von beinahe allen politischen Parteien aufgegriffen.

Ein Krieg um die Aufklärung. (SPIEGEL, 03.12.2001)

Es gehe in diesem Krieg [...] gegen den Terrorismus und für die Freiheit. Hehre Werte, schöne Worte. (ZEIT, 18.10.2001)

Amerika und unsere Freunde und Verbündete schließen sich mit all denen zusammen, die Frieden und Sicherheit in der Welt wollen, und gemeinsam gewinnen wir den Krieg gegen den Terrorismus. (WELT, 13.09.2001)

Dies lässt wohl damit erklären, dass wir es hier mit dem Ausdruck *Krieg gegen den Terrorismus* zumindest in sprachlicher Hinsicht nicht mit einem Anschlag gegen einen souveränen Staat mit völkerrechtlichen Konsequenzen und Erinnerungen an totale Angriffskriege zu tun haben, sondern eben gegen *den Terrorismus*, ein Phänomen, das bekanntlich mit Schrecken und Entsetzen verbunden ist. Über seine Gefahr besteht prinzipiell ein Konsens und für seine Bekämpfung sind keine legitimitätsfördernden Sprachstrategien erforderlich. Das bestätigt wiederum, dass die „Bedeutung“ keine feste Entität ist und von der jeweiligen diskursiven Einbettung und vom Kontext abhängt. So wie man problemlos *Kriege* gegen Drogen (in den USA war es in den 80er Jahren besonders der *war on Drugs*) öffentlich erklären kann, lässt sich auch hier ein *Krieg* gegen den *Terrorismus* führen. Mit anderen Worten, es handelt sich auf den ersten Blick um eine metaphorische Verwendung des Ausdrucks.

Eine mögliche Erklärung dafür wäre folgende gewesen: Um den Ernst der Lage und die Größe der Aufgabe, die sich daraus ergab, zu betonen, griff der US-Präsident zu der Metapher, dass die USA jetzt einen „Krieg“ zu führen hätten. Zumal *war* im Englischen zwar prototypisch „Krieg“ bedeutet, aber metaphorisch in erweiterter Bedeutung absolut sprachüblich auch „Kampf“.⁵⁷¹

571 Hermanns, Fritz: „Krieg gegen den Terrorismus“. Über die Bedeutungen des Wortes Terrorismus im Diskurs der Medien und Experten. In: Claudia Fraas, Michael Klemm

Auch als Gerhard Schröder von einer „Kriegserklärung an die zivilisierte Welt“ sprach, ging man in den Medien offensichtlich davon aus, dass er mit dieser ‚Metapher‘ „seinen Schrecken in Worte zu fassen“ (FAZ, 18.09.2001) trachtete. Als die NATO bereits am nächsten Tag zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Bündnisfall erklärte und als Schröder später eine Beteiligung deutscher Streitkräfte an einem *Krieg gegen den Terrorismus* für möglich hielt, zeichnete sich deutlich ab, dass es doch keine Metapher war. „Es handele sich tatsächlich um einen Krieg im genauen, rechtlichen Sinn des Wortes“. (FAZ, 18.09.2001) Spätestens seit den Angriffen auf den Irak wurde der Ausdruck *Krieg* öffentlich explizit problematisiert und hinsichtlich seiner „normalen“ Semantik kritisch beobachtet. In der deutschen Öffentlichkeit griff man auf deutsche Kriegserfahrungen zurück und assoziierte unter *Krieg* militärische Konflikte vor allem zwischen geografisch bestimmten Völkerrechtssubjekten, die mehr oder minder über Armeen verfügen. Ausgehend von dieser Semantik von *Krieg* wurde in Frage gestellt, ob man einen *Krieg gegen den Terrorismus* oder gar einen *Krieg gegen Terroristen* führen kann.

Dieser Feind ist nicht ein bestimmter Staat. Das Ziel ist nicht die Befreiung eines Volkes. Der Feind ist unsichtbar. Es geht gegen den islamisch-fundamentalistischen Terror. Deshalb steht die Frage im Raum, ob das Wort ‚Krieg‘ zutreffend ist. (SZ, 22.09.2001)

Der Krieg [...] hatte nichts mit dem Krieg zu tun, der gegen Japan nach Pearl Harbor oder gegen Saddam Hussein nach der Invasion Kuweits geführt wurde. Ein solcher Krieg konnte mit militärischen Mitteln gegen einen klar umrissenen Feind geführt werden, der geschlagen und gedemütigt werden konnte. (WELT, 24.09.2001)

„Terror gegen Amerika“ wurde zu „Krieg gegen Amerika“. Im Fernsehen und im Radio sprechen alle davon: vom Krieg. Vom Krieg der USA gegen den internationalen Terror. [...] Was heißt dieser Krieg für uns? Befinden wir uns auch im Krieg [...]? Gegen wen genau führen wir überhaupt Krieg? Gegen den Terror, einen nicht greifbaren Feind. (SZ, 20.09.2001)

Der Ausdruck "Krieg gegen den Terrorismus" selbst ist ja schon eine Abstraktion, die in die Irre führt: Es wäre erst noch darzulegen, wie sich ein Krieg nicht gegen Staaten und die Zivilbevölkerung richten kann. (FAZ, 18.9.2001)

Dies sei ein Krieg gegen den Terrorismus, hört man nun überall. Aber wo wird dieser Krieg geführt? An welcher Front? Mit welchem konkreten Ziel? (WELT, 20.09.2001)

Amerika spricht zwar von einem „Krieg gegen den Terrorismus“, aber den USA steht in diesem Kampf kein feindlicher Staat gegenüber. Nach der Definition der

Regierung Bush ist dieser Krieg weder geografisch noch zeitlich begrenzt. (ZEIT, 15.04.2004)

Die Begriffe "Krieg" und "Solidarität" werden auf jeder Stufe in einem anderen Bedeutungsfeld gebraucht. (FAZ, 18.9.2001)

Problematisch an der Formulierung *Krieg gegen den Terrorismus* ist also der Umstand, dass der vermeintlich metaphorische Ausdruck Wirklichkeit und der *Krieg* gegen den abstrakten *Terrorismus* zu einem wirklichen *Krieg* gegen die Völkerrechtssubjekte Afghanistan und den Irak geworden ist. Es fand eine Objektverschiebung statt, die meist nicht explizit diskutiert wurde.⁵⁷² „Metaphorik kann Realität erzeugen oder, anders ausgedrückt, gesellschaftliches Wissen.“⁵⁷³

Statt sich mit den Arabern und den Muslimen gegen die wahren Feinde zu verbünden, schafft sich George W. Bush Feinde, die in Wirklichkeit keine sind. Mit Lügen und Plagiaten wird ein Feindbild aufgebaut, das nicht vorhanden ist. (SZ, 22.03.2003)

Ein Krieg gegen Terroristen ist zwar ein Ding der Unmöglichkeit, doch fand man bald und ohne große Mühe Ersatzfeinde, die kriegstauglich waren, nämlich die zwei Staaten Afghanistan und den Irak.⁵⁷⁴

Die Frage, was diese sprachliche Strategie, nämlich die Rede vom *Krieg*, zu bedeuten und welche kommunikativen Funktionen sie zu erfüllen habe, wurde vielerorts gestellt. Wie bereits aus dem Topos der Ausweglosigkeit hervorgegangen ist, konnten die USA, um die aufgeregte und erschrockene Nation zu beruhigen, auf militärische Aktionen nicht verzichten. Spätestens seit dem *Irak-Krieg* hat sich in den Medien – vornehmlich im Zusammenhang des Missbrauchstopos – der Verdacht erhärtet, dass die USA von *Kriegen* gegen Staaten, die sie irgendwie in Verbindung mit dem *Terrorismus* bringen, mehr profitieren und weiterhin andere Ziele mitverfolgen wollen, als dies bei bloßen polizeilichen und geheimdienstlichen Aktionen gegen einzelne *Terroristen* möglich wäre. Insofern wurde der Ausdruck *Krieg gegen den Terrorismus* kritisch verwendet und in Anführungszeichen gesetzt. In Deutschland war die Klassifizierung von *Terroristen* als Kriegsgegner, welche den *Krieg* begonnen haben, unentbehrlich zur Legitimierung der Beteiligung Deutschlands an militärischen Aktionen gegen Afghanistan, weil das Grundgesetz keine klassischen Angriffskriege gestattet.

Nur wenn Terroristen als Straftäter im Sinne des Strafgesetzbuches eingestuft werden können, bleiben Justiz und Strafverfolgungsbehörden zuständig. Stellt sich die Auseinandersetzung eines Staates oder der Staatengemeinschaft mit den Vertretern des internationalen Terrorismus demgegenüber als Krieg dar, so sind die Kompeten-

572 Vgl. Hermanns 2005, S. 158.

573 Ebd.

574 Ebd.

zen des Bundesministers für Verteidigung und der Bundeswehr betroffen. Insofern würde sich der Aufgabenbereich der Terrorismusbekämpfung von der „inneren Sicherheit“ in die „äußere Sicherheit“ verlagern.⁵⁷⁵

Hermanns liest in der sofortigen Bezeichnung der Situation des 11. September als Kriegszustand eine Strategie, um Kriegs- und Opferbereitschaft zu erzeugen und somit ein Bewusstsein oder besser: ein gesellschaftliches Wissen zu schaffen, um die Nation auf eine militärische Antwort vorzubereiten. „Dies geschah durch die Feststellung, dass sie bereits im Krieg seien“.⁵⁷⁶ Man braucht also nicht mehr darüber zu diskutieren, ob man einen *Krieg* gegen angebliche Unterstützer des *Terrorismus* beginnen sollte und ob die Einstufung dieses Zustandes als Kriegszustand zutreffend ist, sondern man sei *schon* mittendrin im *Krieg* und müsse nur noch siegen.

4.3.3.3 Schläfer

„Nicht alle Moslems sind Terroristen, aber alle Terroristen sind Moslems.“ (SZ, 04.12.2008) Bis auf sehr wenige Ausnahmen hat man sich in der Öffentlichkeit äußerst bemüht, sorgfältig zwischen *Islam* und *Islamismus* zu trennen. Der *Islam* ist die „jüngste der drei monotheistischen Offenbarungsreligionen“⁵⁷⁷ und wird im Korpus kaum als ein Stigmawort benutzt, während *Islamismus* „eine politische Ideologie“ ist, die „sich einer religiösen Sprache bedient und dabei gleichzeitig den Anspruch erhebt, die einzig wahre Auslegung des Glaubens darzustellen“⁵⁷⁸. In dieser Hinsicht ist der Ausdruck *Islamismus* ausgesprochen negativ besetzt. Zu den wesentlichen Grundzügen *islamistischen* Denkens gehört die Überzeugung, dass Staat und Religion im Islam nicht zu trennen seien sowie die Errichtung eines „islamischen Staates“, welcher auf islamischen Regeln basiert und die Scharia – zusammengesetzt aus dem Koran und Überlieferungen über das vorbildliche Leben des Propheten Mohammed – als Rechts- und Lebensordnung praktiziert, wobei der Scharia-Begriff nicht kritisch hinterfragt wird und eine Unwandelbarkeit des islamischen Rechts behauptet.⁵⁷⁹ Generell werden Mitglieder von Al-Qaida im Allgemeinen und die Planer und Akteure des 11. Septembers im Besonderen als *Islamisten* oder *Fundamentalisten* identifiziert. Wird jedoch das Wort *Terrorismus* verwendet, dann wird ihm oft das Adjektiv

575 Zöller, Mark: Terrorismusstrafrecht. Ein Handbuch. Heidelberg u. a. 2009, S. 107.

576 Hermanns 2005, S. 160.

577 Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Islamismus – Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke. Düsseldorf 2006, S. 69.

578 A.a.O., S. 8.

579 Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Islamismus – Missbrauch einer Religion. Düsseldorf 2006, S. 16 f.

islamisch (nicht *islamistisch*) vorangestellt, also „islamische Terroristen“ (SPIEGEL, 22.10.2001) oder „islamischer Terrorismus“ (ZEIT, 08.11.2001). Generell hat diese Trennung zwischen *Islam* und *Islamismus* nach Ansicht des Verfassers bestens funktioniert und kaum zur Diskussion in der Öffentlichkeit geführt.

Im Zusammenhang mit den Anschlägen in den USA ging es in Deutschland grundsätzlich darum, gewaltbereite, potenzielle *islamische Terroristen* aufzuspüren, um eventuelle Anschläge in Deutschland zu verhindern. Diese hießen nun *Schläfer*. „Der Begriff Schläfer in aller Munde“ (SPIEGEL, 28.11.2001), betitelte der Spiegel kurz nach den Anschlägen in den USA. Der umstrittene Ausdruck *Schläfer* ist in erster Linie im Rahmen der Einleitung der sogenannten *Rasterfahndung* sehr populär geworden, die von den Landespolizeibehörden unter Mitwirkung des Bundeskriminalamtes (BKA) zum Zwecke des Aufspürens potenzieller *Terroristen* durchgeführt und ihrerseits sehr kontrovers in politischer und juristischer Hinsicht diskutiert wurde. Sie konzentrierte sich auf – das sind die Merkmale von *Schläfern* – „männliche Studenten technischer Fächer, islamischer Glauben ohne nach außen tretende fundamentalistische Grundhaltung, kinderlos, mehrsprachig, finanziell unauffällig, nie kriminell auffällig, legal in Deutschland, häufig auf Reisen.“ (ZEIT, 25.10.2001) Diese Suchkriterien basieren auf Profilen von Personen wie Mohammed Atta, die sich in Deutschland aufhielten und an den Angriffen vom 11. September beteiligt waren. Die nach diesen Kriterien gerasterten Daten bekam das BKA von Universitäten, Einwohnermeldeämtern, dem Ausländerzentralregister sowie privaten Unternehmen, wie dem Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), dem Bundesverband der Gas- und Wasserwirtschaft (BGW) und dem Verband Chemische Industrie (VCI).⁵⁸⁰

Dabei wurden etwa 11.000 Datensätze von Personen identifiziert, die den bundesweit vereinbarten Rasterkriterien entsprachen. [...] Als Ergebnis der Überprüfungen verblieben 72 Verdachtsfälle. Nach weiteren Bürofahrungsmaßnahmen wurden schließlich gegen 8 Personen operative Maßnahmen polizeirechtlicher Natur durchgeführt. Diese Maßnahmen verliefen weitgehend erfolglos, insbesondere wurde kein Schläfer aufgedeckt.⁵⁸¹

Zuweilen freilich müssen selbst die Fahnder über die Fische lachen, die ihnen bei der Rasterfahndung ins Netz gehen. So konnte der ins LKA Hamburg vorgeladene Libanese Ziad G., 21, Student der Hochschule für Angewandte Wissenschaften, schnell jeden Terroristenverdacht ausräumen. Der vermeintliche Islamist präsentier-

580 Vgl. Thiel, Markus: Die „Entgrenzung“ der Gefahrenabwehr. Tübingen 2011, S. 242.

581 Brenneisen, Hartmut/Brenneisen, Julia (Hrsg.): Rechtsprechung des BVerfG. Berlin 2009, S. 81.

te den Beamten ein entlastendes Papier – seine Mitgliedsurkunde von den Zeugen Jehovas. (SPIEGEL, 11.03.2002)

Bei der Definition von *Schläfer* hat man sich also an die Merkmalsemantik angelehnt, wobei Merkmale wie „Moslem, gut integriert“ besonders umstritten waren, weil sich dadurch viele Migranten „diskriminiert“ (SPIEGEL, 09.01.2003) fühlten. Wenn wir uns die Analyse des Leitkulturdiskurses vergegenwärtigen, so lässt sich unschwer feststellen, dass der Fokus hier nicht auf weniger integrierten Migranten liegt, die durch *Parallelgesellschaften* auffallen, wie es in der Leitkulturdebatte der Fall war, sondern ausdrücklich auf den scheinbar integrierten, die „über Jahre unauffällig unter uns leben“ (WELT, 25.09.2001). Weil man merkmalsemantisch nicht wirklich zwischen „unauffälligen Schläfern“ und „normalen, integrierten Mitbürgern“, unterscheiden konnte, wurde der Ausdruck *Schläfer* kurz danach öffentlich problematisiert und zumeist in Anführungszeichen gesetzt.

Wer die Fahndung nach möglichen "Schläfern", also besonders harmlos wirkenden Ausländern, ernst nimmt, beginnt sich auch vor dem netten Türken zu fürchten, in dem, wer weiß, ebenfalls ein Terrorist stecken könnte. (ZEIT, 31.10.2001)

Durch die öffentliche Diskussion von "Raster-Kriterien" werden die Terroristen gewarnt und eine Kultur des Misstrauens kann zwischen den Menschen entstehen. (SPIEGEL, 03.10.2001)

Wenn die Terroristen so unauffällig agierten wie die Zelle um Atta, wo sollten „die Ermittler dann ansetzen“? (FOCUS, 01.10.2001)

Das Gefühl der Bedrohung mündete in allgemeinem Verdacht. (ZEIT, 31.10.2001)

Die Bevölkerung könnte nun sagen, gerade der, der integriert ist, ist ein „Schläfer“ und wirklich gefährlich. (SZ, 26.10.2001)

Die Rasterfahndung, die ohne konkreten Verdacht an Hand allgemeiner Suchkriterien vorgeht, (dürfte) stigmatisierend und demütigend wirken. Eine solche Maßnahme schafft eher Feinde als dass sie Schläfer aufdeckt. (ZEIT, 02.02.2007)

4.3.3.4 German Angst

Heute vergehen keine sieben Tage ohne vermeintliche oder tatsächliche, auf jeden Fall aber medienvermittelte Katastrophe, ohne ihre „Angst der Woche“.⁵⁸²

Es geht in diesem Abschnitt nicht um die Medienwirkung im Allgemeinen oder um spezielle medizinische oder philosophische Definitionen von *Angst* und *Katastrophe*. Es handelt sich um eine allem Anschein nach diskursive Erscheinung, die in der Terrorismusdebatte oft angesprochen wurde und auf der These beruht, dass die politische Kultur und Öffentlichkeit im Deutschland der Nachkriegszeit

582 Krämer, Walter/Mackenthun, Gerald: Die Panik-Macher. München 2003. S. 155.

weitgehend von unangemessener Angst und Überreaktion geprägt sind und dass insbesondere die Medien, verglichen mit anderen Medien in anderen demokratischen Ländern, „Gefahren, die keine sind“ (ZEIT, 22.08.2011) überbetonen und sie als Bedrohungen und Sicherheitsrisiken darstellen. Es gibt viele politische Ansätze, die bei der Diskussion über politische Reformen oder deren Zurückhaltung in der Innen- und Außenpolitik Deutschlands von der Existenz einer „German Angst“ ausgehen.⁵⁸³ Der Ausdruck *German Angst* ist sowohl im amerikanischen als auch im britischen Sprachgebrauch üblich geworden. Im ausgewerteten Korpus war die Rede zumeist von *Angst*. „German Angst“ wird schon längst klischeehaft als charakteristische „typisch deutsche“ Eigenschaft von Nachkriegsdeutschen angesehen. Bekannt ist beispielsweise Friedrich Anis Roman *German Angst*.⁵⁸⁴ Die vorliegende Arbeit geht nicht von einem derartigen statischen Kulturverständnis aus und vertritt diese These nicht. Sie sagt auch nichts darüber aus, ob die im Korpus problematisierten „Ängste“ begründet, berechtigt oder krankhaft sind. Es geht lediglich um eine deskriptive Darstellung einer öffentlichen Problematisierung von *German Angst*.

In einer interessanten mentalitätsgeschichtlichen Analyse hat Axel Schildt versucht, die sogenannte *German Angst* nicht als eine statische, nationale Spezifik darzustellen, sondern als Resultat zeitgeschichtlicher Erfahrungen zu historisieren und stellt vier kollektive Ängste fest: die Angst vor Krieg und äußeren Feinden, die Angst vor der Zerstörung der inneren Ordnung, die Angst vor einem ökonomischen Kollaps und die Angst vor apokalyptischen Gefahren in der Risikogesellschaft.⁵⁸⁵ *German Angst* wird meist soziopsychologisch im Zusammenhang der beiden Weltkriege und der „Kriegstraumata“ deutscher „Kriegskinder“ behandelt und im sogenannten öffentlichen Erinnerungsdiskurs verortet.⁵⁸⁶ Sie wird zuweilen sogar als eine interpretative Kategorie zeitgenössischer Politik und Kultur betrachtet.

583 Zum Beispiel Aschmann, Birgit (Hrsg.): Gefühl und Kalkül: der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts. München 2005.

584 Ani, Friedrich: *German Angst*. München 2000.

585 Vgl. Schildt, Axel: „German Angst“. Überlegungen zur Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik. In: Daniela Münkel, Jutta Schwarzkopf (Hrsg.): *Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert*. Frankfurt am Main 2004, S. 87–98, hier S. 89.

586 Heinlein, Michael: Das Trauma der deutschen Kriegskinder zwischen nationaler und europäischer Erinnerung. Kritische Anmerkungen zum gegenwärtigen Wandel der Erinnerungskultur. In: Helmut Schmitz, Annette Seidel-Arpaci (Hrsg.): *Narratives of Trauma: Discourses of German Wartime Suffering in National and International Perspective*. Amsterdam/New York 2011, S. 111–128, hier S. 111.

Trauma verweist damit nicht mehr auf individuelle Zusammenhänge [...], sondern wird zu einer Metapher für kollektive Erfahrungen von politischer, kultureller oder religiöser Unterdrückung und Verfolgung, Genozid, Terrorismus und Krieg.⁵⁸⁷

In ihrem 2006 erschienenen Buch *Die Deutsche Krankheit – German Angst* argumentiert Sabine Bode dafür, dass die politische Kultur Deutschlands seit dem Zweiten Weltkrieg von einem auf Angst und Bedrohung basierenden kollektiven Denkmuster geprägt ist und bringt dieses Denkmuster in enge Verbindung mit einer Kollektivvergangenheit.⁵⁸⁸ Sie stellt fest, dass deutsche Medien potentielle Gefahren und Bedrohungsszenarien in Deutschland übermäßig einschätzen und als wahrscheinliche Szenarien durch unangemessene Bezüge zu Problemen in anderen Ländern darstellen. Als Beispiel führt sie den Bericht des *Kölner Express* über die Unruhen in Frankreich im Herbst 2005 an, bei denen ca. 1000 Autos angezündet wurden. Obwohl in Berlin nur drei Wagen verbrannt wurden, hieß es: „Auch in Berlin brennen die Autos“.

In der Tat. Drei Wagen waren angezündet worden, 997 weniger als in Frankreich. Aber die Schlagzeile klang verheißungsvoll. Ein Anfang, so versprach sie, ist gemacht.⁵⁸⁹

Im ausgewerteten Korpus finden sich direkte und indirekte Bezüge auf eine scheinbar kollektive Erkenntnis, die besagt, dass die oben beschriebene emotionale Erscheinung in gewissem Maße eine kollektive, alltägliche und gesellschaftliche Praxis ist. Dies ist eine kleine Auswahl:

Die Deutschen haben einen Ruf als Sorgenkrämer. In vielen Ländern ist die „German Angst“ sprichwörtlich. (FOCUS Online, 09.09.2010)

Ein Milzbrandtoter, und eine ganze Nation gerät an den Rand einer Massenpanik [...]. Der Einzelfall löst eine Kettenreaktion weiterer Ängste aus. [...] Wie können wir uns schützen? (ZEIT, 25.10.2001)

Sobald auf der Welt etwas Schlimmes passiert, geht in Deutschland eine Debatte los, die sich in kürzester Zeit vom jeweiligen Ereignis abkoppelt und sich nur noch um unsere nationale Befindlichkeit dreht. [...] Was auch immer passiert, wir wähen uns besonders betroffen und nutzen es zum Anlass einer peinlichen Selbstbespiegelung. Wäre die Welt eine Party, hätten die anderen sich schon längst von uns weggedreht. (WELT Online, 11.08.2011)

Man muss nicht 30.000 Kilometer durch Deutschland fahren, um festzustellen, dass die Deutschen gern Angst haben. Sie haben Angst vor Oberleitungen und unterirdischen Bahnhöfen, vor Dioxin im Frühstücksei und vor der Klimaerwärmung. Letztere ist bekanntlich ein globales Phänomen, aber niemand fürchtet sie so sehr wie die Deutschen. Angst ist das deutsche Lebenselixier. (ZEIT Online, 10.03.2011)

587 A.a.O., S. 113.

588 Bode, Sabine: *Die Deutsche Krankheit – German Angst*. Stuttgart 2006.

589 A.a.O., S. 23.

Eine neue Phobie zieht durchs Land. Außerhalb Europas wird die deutsche Angst vor dem Internet-Giganten Google allenfalls belächelt.⁵⁹⁰ (SZ, 15.01.2010)

Deutschland ist verunsichert: Wo steckt der EHEC-Keim? [...] Denn nicht nur Tomaten, Gurken und Salat werden beim Kauf gemieden. [...] „Auch bei Erdbeeren und Spargel wird derzeit weniger gekauft.“ (FOCUS Online, 06.06.2011)

Den Japanern hätte eine Dosis deutsche Angst bei der Planung ihrer nuklearen Anlagen gut getan. (WELT, 10.04.2011)

Kaum ist die Panikwelle wegen des Tsunamis in Japan (wohlgermerkt: in Japan und nicht in Deutschland) abgeklungen, rollt schon die nächste Panikwelle über Deutschland. Jetzt hat er sie wieder, seine geliebte Panik, der deutsche angst-geile Wutbürger. Jetzt kann er endlich wieder krakeelen.⁵⁹¹ (FOCUS Online, 28.05.2011)

Der Schweizer Psychologe Carl Gustav Jung hat mal postuliert, dass es ein kollektives Unterbewusstsein gibt. Demnach sind die Mitteleuropäer – und speziell die Deutschen – kollektiv ängstlicher als andere wegen der Erfahrungen, die sie in der Geschichte gemacht haben. (ZEIT, 22.08.2011)

Im Kontext der Berichterstattung zum Terrorismusdiskurs und ihrer Verhältnismäßigkeit wurde oft kritisch auf eine angeblich „typisch deutsche“ *Angst* verwiesen. Es ist hier nicht die Aufgabe des Verfassers dieser Arbeit zu sagen, ob die Auswirkung des 11. September auf die Sicherheitslage in Deutschland zu gering, zu hoch oder angemessen eingeschätzt wurde. Ob die Reaktion auf den 11. September in Deutschland „normal“ gewesen ist, kann und soll hier nicht bewertet werden. Auch für Kritiker ist es nicht einfach zu behaupten, dass es sich hier im Kontext der *Terrorbekämpfung* um Hysterie und übertriebene Panik handelt, da es nach wie vor eine Sache der Perspektive ist. Geht man von der Argumentation aus, dass der Angriff auf die USA ein Angriff auf *unsere* Freiheit und Zivilisation war und Deutschland unmittelbar betraf, so kommt man zu anderen Bewertungen als bei der Annahme, dass die Angriffe sich lediglich gegen die USA richteten. In gewissem Maße kollektiv scheint lediglich der Glaube zu sein, dass eine „typisch deutsche“ Angst existiert. Der Ausdruck *German Angst* wurde nicht in dem Sinne problematisiert, ob er passend wäre oder durch ein anderes Wort ersetzt werden sollte. Es ging in den ausgewerteten Texten darum, ob die Reaktion Deutschlands vom „Normalen“ abweicht und begrifflich in die Kategorie *deutsche Angst* einzuordnen ist. Bei der Korpusauswertung sind viele Texte aufgefallen, die den Umgang Deutschlands mit den Anschlägen vom 11. September aus der Perspektive von der (unbewiesenen) These von der *German Angst* betrachteten und Deutschland mit anderen Ländern verglichen. Gene-

590 Es geht um die Einstellung der Erweiterung von Google Street View in Deutschland als einzigem Land.

591 Leser-Kommentar von H. Bauer.

rell hatte der Ausdruck (*German*) *Angst* in diesen Texten klischeehaft eine kritische Konnotation.

Im Terrorismus erfahren, wie man ist, halten sich Aufregung und Angst, in denen wir Deutschen wieder mal Weltmeister werden wollen, in engen Grenzen. Natürlich berichten die Zeitungen täglich auf den ersten Seiten über den Stand der Dinge. (WELT, 29.09.2001)

Während die vom Terror mitten ins Herz getroffenen Amerikaner [Laut einer Studie des Umfrageinstituts Emnid, M. A.] Optimismus ausstrahlen und sich mit patriotischen Gesängen gegenseitig wieder aufrichten, bleiben die Deutschen liegen – von Selbstzweifel und Selbstmitleid tief in den Schlamm gedrückt. (FOCUS, 29.12.2001)

Nicht selten wird auch bedauert, dass die Deutschen den drohenden terroristischen und kriegerischen Gefahren im Unterschied zu den US-Amerikanern nicht mit tatkräftigem Optimismus, sondern mit einer bis „ins Absurde gesteigerten Eskalationsangst“ begegneten. (SPIEGEL Online, 12.09.2011)⁵⁹²

Wir haben unsere Sorglosigkeit verloren. [...] Die Menschen fühlen sich hilflos und erkennen, wie verletzbar sie sind. (FOCUS, 29.12.2001)

Der Überwachungsstaat kommt. Die Terrorangst (*German Angst*) wird missbraucht, um den gläsernen Bürger zu schaffen. Warum sind denn keine Anschläge erfolgt? War alles wieder nur ein Fake? Wo sind denn die kritischen Medien, die die Panikmache hinterfragen?⁵⁹³

Geht also eine ganze Nation irrational mit Gefährdungen um? Wenn es nur nach der statistischen Wahrscheinlichkeit ginge, wäre die Antwort schlicht: ja. Der Umgang des Menschen mit seinen Lebensrisiken und Ängsten an sich und insbesondere in diesem Fall ist ziemlich irrational. (SZ, 03.08.2011)

Kommt der Terror auch nach Deutschland? 57 Prozent aller Bürger glauben es – und fürchten sich davor. Es ist wieder da, jenes unbestimmte Gefühl, das Amerikaner einfach mit dem deutschen Wort beschreiben, wenn sie von den Germans sprechen: "Angst". (SPIEGEL, 01.12.2003)

4.3.4 Übergreifendes diskursives Wissen

4.3.4.1 Ein Angriff auf die USA oder auf „uns“?

In der gesamten Pro- und Kontra-Argumentation zum *Terrorismus* wird explizit oder implizit davon ausgegangen, dass am 11. September ein Angriff auf den Westen als ganzen, auf „uns alle“, stattgefunden hat und nicht nur auf die USA. Dies ist keine rhetorische Metapher, die etwa eine Art Solidarität oder Beistand ausdrücken soll, sondern soziales Wissen. Der beste Beweis, dass man von die-

592 Schildt 2004, S. 87.

593 Forum-Kommentar von „franzdenker“.

sem Wissen ausgeht, ist der Umstand, dass man danach *handelt*.⁵⁹⁴ Die in Deutschland eingeführten Sicherheitsmaßnahmen, die Gesetzesänderungen und die unüberschaubare Anzahl der Debatten über einen angemessenen Umgang mit dem *Terror* zeugen davon, dass Deutschland tatsächlich „mittendrin“ ist. Das Luftsicherheitsgesetz, das die Bundeswehr ermächtigt, im Notfall entführte Passagierflugzeuge im Inland abzuschießen und das vom Bundesverfassungsgericht als grundgesetzwidrig erklärt wurde, und die dem Profil Mohammad Attas entnommenen Kriterien der Rasterfahndung machen deutlich, dass Deutschland sich völlig in die Perspektive der USA versetzte. Ob Deutschland tatsächlich in vergleichbarem Maße vom *Terrorismus* betroffen ist, vermag der Verfasser nicht zu beurteilen. Nach der Auswertung vieler, von Osama Bin Laden in arabischer Sprache veröffentlichten Videos, ist der Verfasser jedoch zum Ergebnis gekommen, dass Bin Laden die USA einerseits und Deutschland und andere europäische Staaten auf der anderen Seite sprachlich nicht in denselben Korb warf, wie es hierzulande allgemein angenommen wird. In der Tat adressierte er seine Botschaften und Drohungen namentlich an die USA und ließ – nach dem Verständnis seiner arabischen Texte durch den Verfasser – nicht deutlich und definitiv erkennen, dass Europäer auch immer mit gemeint sind. Wenn er auf diese Bezug nahm, dann nannte er sie „die europäischen Völker“ (SPIEGEL Online, 25.09.2009) oder die „Völker Europas“ (WELT, 29.11.2007). Es handelte sich meistens um Forderungen, ihre Truppen aus Afghanistan abzuziehen und die USA in Afghanistan nicht zu unterstützen. Laut NATO-Statistiken hatte Deutschland in Afghanistan die drittgrößte Truppe (4590 Soldaten) nach den USA (78430 Soldaten) und Großbritannien (9500 Soldaten).⁵⁹⁵ Die Europäer sollten „von den Fehlern anderer lernen“ (ZEIT Online, 25.09.2009), sagte Bin Laden. Er zieht also in seinen Formulierungen eine mehr oder minder klare Grenze zwischen Europa und den USA. Seine Botschaften an die USA äußerte er meist in offensichtlich anderen Kontexten, die sich in vielen Videos wiederholten. Insbesondere betonte Bin Laden – das sind seine Behauptungen – die Kolonisierung Palästinas durch die Israelis unter Unterstützung der USA, die Stationierung amerikanischer Truppen in arabischen Staaten, die Ungerechtigkeit, die Doppelmoral und den Imperialismus der USA, die Tötung von Millionen Zivilisten im Irak und die Kontrolle arabischer Ölquellen. Wenn es um diese Anhaltspunkte ging, war die Rede explizit von den USA. Nicht selten sprach er von den „Ungläubigen“, jedoch meines Wissens meist in allgemeinen Kontexten und ohne einen konkreten Bezug auf Europa oder gar Deutschland. Ähnlich re-

594 Vgl. Hermanns 2005, S. 158.

595 Vgl. <http://www.isaf.nato.int/images/stories/File/Placemats/100804%2oRev%20Placemat.pdf>. 19.09.2011. Die Statistiken von ISAF beziehen sich auf das Jahr 2010.

det man in deutschen Medien oft vom „*islamischen* Terrorismus“ und meint *Islamisten*, obwohl *Islamisten* nach dem öffentlich weitgehend allgemeingültigen Verständnis nicht mit *dem Islam* verwechselt werden können. Dieser Hinweis sagt nichts über den Gefährdungsgrad in Deutschland und Europa aus und soll lediglich bedeuten, dass Europäer in Bin Ladens arabischen Texten nach dem Verständnis des Verfassers nicht mit den US-Amerikanern gleichgesetzt und nicht in denselben Kontexten gleichermaßen betont werden.

In deutschen Medien werden oft „Chroniken“ über den „Terrorismus in Deutschland“ erstellt, die sich über Verschiedenes erstrecken, von dem erfolglosen Angriff eines 15-jährigen Jungen mit zwei weiteren Jugendlichen auf zwei Polizisten in Köln, um einen „Heiligen Krieg“ zu führen, bis zur sogenannten Sauerland-Gruppe.⁵⁹⁶ Auch freigesprochene „Verdächtige“ und erfolglose Durchsuchungen von Wohnungen findet man in einigen Chroniken als „Ereignisse“. Meist zitiert wird die Sauerland-Gruppe, die 2007 mit Autobomben amerikanische Einrichtungen angreifen wollte, und die zwei Männer, die 2006 auf dem Kölner Hauptbahnhof zwei Kofferbomben in Regionalzügen deponierten. Diese explodierten bekanntlich wegen eines Konstruktionsfehlers nicht.

Zuweilen wird zwar in den ausgewerteten Texten behauptet, dass eine „terroristische“ Gefährdung Deutschlands von seiner Zusammenarbeit mit den USA abhängt und nicht durch seine Zugehörigkeit zum freien Westen begründet ist. Es lässt sich jedoch unschwer feststellen, dass derartige Texte zumeist Zitate und Interviews mit arabisch-islamischen Personen darstellen, die offenbar aus einem anderen Kulturkreis kommen und ein anderes soziales Wissen repräsentieren.

Qaradawi [Islam-Gelehrter, M. A.]: Dennoch hat er [Bin Laden, M. A.] viele Anhänger. Denn seine Anhänger hassen das Unrecht. Das Unrecht, dem viele Muslime unterworfen sind. Das Unrecht in Palästina, das Unrecht der israelischen Gewalttätigkeit. Das Unrecht, das Muslimen in Kaschmir und in Tschetschenien widerfährt. Und das Unrecht gegen die Kinder im Irak. Bin Ladens Anhänger haben keine spezielle Vorliebe für ihn. Aber sie kritisieren Amerikas Gewalttätigkeit, durch die viel Unrecht in der Welt unterstützt wird. (SZ, 09.11.2001)

Die Angriffe der Terroristen seien kein „Angriff auf die Freiheit“, sondern ein Angriff auf die Vereinigten Staaten gewesen, als „Konsequenz der Politik, Interessen und Handlungen“ der einzigen Supermacht. (ZEIT, 11.10.2001)

Keine kurzfristige Entspannung der Lage meldet das Bundeskriminalamt, vor allem amerikanische, britische, israelische und jüdische Einrichtungen in Deutschland gelten als "hoch gefährdet". [...] Allein ein Grundsatz gilt als unumstritten: je enger der

596 Z.B. die Chronik der Rheinischen Post: http://www.rp-online.de/panorama/deutschland/Chronik-Zehn-Jahre-Terror-in-Deutschland_bid_67394.html. 13.09.2011.

Gleichschritt mit den Amerikanern, umso größer die Gefahr. (SPIEGEL, 01.12.2003)

Solche Betrachtungsweisen werden zumeist mit Anführungszeichen oder Konjunktivsätzen distanzierend ausgedrückt. Der Ursachen-Topos hat deutlich gezeigt, dass „wir“ die politischen und wirtschaftlichen Ursachen des Terrorismus beseitigen sollen. Erwähnenswert ist, dass die Angriffe vom 11. September in arabischen Medien bei Beobachtung des öffentlichen Sprachgebrauchs wohl zumeist im Kontext konkreter US-amerikanischer Politik in der arabisch-islamischen Region thematisiert und kaum pauschal als Angriffe gegen den gesamten „freien Westen“ dargestellt werden. Es wird oft so argumentiert, dass die sogenannte *Hamburger Terrorzelle* in die USA geflogen ist, um ihre Aktionen ausgerechnet dort durchzuführen und nicht zum Bundestag nach Berlin. Es wird auch oft bemerkt, dass Al-Qaida europäischen Ländern, wie Portugal, Griechenland, Polen, die Schweiz, Tschechien, Rumänien, Schweden oder Norwegen, keine *Kriege* erklärt hat, geschweige denn den *Ungläubigen* auf anderen Kontinenten. Die im Korpus weitgehend vorherrschende Meinung besagt jedoch, dass sich die Aktionen vom 11. September unmittelbar gegen den Westen und seine Zivilisation richten und die Freiheit der Menschen in Deutschland, die als Ungläubige angesehen werden, in unmittelbarer Weise betreffen. Gleich, ob man für oder gegen einen militärischen Umgang mit dem *Terrorismus* ist, ob man die Gründe in Armut und sozialen Komplexen oder in der islamischen Religion sieht, wird zumeist nicht mehr in Frage gestellt, dass, aus welchen Gründen auch immer, eine neue „terroristische“ Gedankenrichtung von Andersdenkenden, die sich gegen *Ungläubige* gewalttätig durchsetzen wollen, auf Deutschland zukommt. Es geht nur noch darum, wie man damit umgehen soll.

Unser Kampf gegen den Terrorismus ist eine Verteidigung unserer offenen Gesellschaft, unserer Liberalität, unserer Art zu leben. Der Terrorismus wird es nicht so weit bringen, dass wir die Werte, die wir gegen den Terrorismus verteidigen, selber in Frage stellen. Und der Terrorismus darf und wird uns auch nicht daran hindern, ein modernes, auf die Anforderungen unserer Volkswirtschaft abgestimmtes Zuwanderungsrecht zu beschließen. (Regierungserklärung von Schröder vor dem Bundestag zu den Anschlägen) (WELT, 20.09.2001)

Befreiungsschlag gegen die Ungläubigen (SPIEGEL, 08.10.2001)

Alle Bürger müssen nun lernen, im Schatten des Terrors zu leben - und zu hoffen. (WELT, 27.09, 2001)

Solcher Wahn, der sich meist in Gewalt gegen Andersdenkende austobt, grassiert selbst in so "sanften" Religionen wie dem Hinduismus und dem Buddhismus. (SPIEGEL, 08.10.2001)

Der Absolutheitsanspruch der abrahamitischen Religionen [Christentum, Judentum, Islam, M. A.] hat in der Geschichte immer wieder Fanatiker verführt, den eigenen Glauben gegen Ungläubige und Dissidenten durchzusetzen. (SPIEGEL, 08.10.2001)

Die Zusammenarbeit wird uns nur gelingen, wenn wir uns unserer eigenen Werte und Überzeugungen bewusst sind, wenn wir Respekt vor der Verschiedenheit haben. Das macht einen wirklichen Dialog nötig. Dazu gehört es zu akzeptieren, dass auch andere Kulturkreise Vorstellungen haben und Forderungen an uns, unser Verhalten zu korrigieren oder zu verändern. (SZ, 15.12.2001)

Beide [Bin Laden und sein Stellvertreter, M. A.] hatten sich aber schon bald dem radikalen Islamismus verschrieben, überzeugt davon, dass Ungläubige mit dem Flammenschwert bestraft werden müssten. (SPIEGEL, 24.09.2001)

In vielen Belegen, wie den vier letzten, fällt ebenfalls der Umstand auf, dass die Argumentation Bin Ladens – deren Logik uns hier nicht interessiert –, die den arabisch-israelischen Konflikt und den nach Bin Laden ungerechten *Krieg* im Irak betont, entweder gar nicht oder nur am Rande erwähnt wird. In den Vordergrund gerückt wird oft der Gedanke, dass *Gotteskrieger*, die „vom unmittelbaren Übergang ins Paradies, von den dort wartenden willigen Jungfrauen (träumen)“ (SPIEGEL, 08.10.2001), einen *Krieg* gegen *Ungläubige* und Andersdenkende führen wollen.

Diesen Terroristen sind die Gründe völlig egal, denen geht es nur darum, dass der "böse Westen" mit seiner Demokratie zerstört/getroffen wird und möglichst viele Unschuldige getötet werden! Ein Gewissen haben diese sogenannten Menschen nicht, sie wollen rein ideologisch die zivilisierte Welt zerstören und ins Chaos stürzen.⁵⁹⁷ (FOCUS Online, 17.11.2010)

Für einen Forscher, der aus dem deutschen Kulturkreis kommt, könnte dieses gültige Wissen so selbstverständlich sein, dass er es gar nicht mehr in einer Dissertation thematisieren würde. Dass es in der vorliegenden Arbeit mit einem Hinweis auf arabische Medien thematisiert wird, will seine Richtigkeit nicht in Frage stellen. Gültiges Wissen kann auch richtiges Wissen sein.

4.3.4.2 Die Normalisierung Deutschlands

Eng mit dem Interessen-Topos verbunden ist der bereits im Kosovo-Diskurs aufgefallene und in der Terrorismusdebatte noch deutlicher gewordene epistemische Aspekt der Normalisierung Deutschlands, welcher zwar selten explizit thematisiert wurde, doch dauernd im Hintergrund der Argumentation stand. Während man im Kosovo-Diskurs vor allem mit humanitären und historisch verantwortlichen Gesichtspunkten argumentiert hat, zeigt vornehmlich der Interessen-Topos in der Terrorismusdebatte unmissverständlich auf, wie deutsche

597 Leserkommentar von „Apollon“.

„Eigeninteressen“ reibungslos mit militärischen Mitteln durchgesetzt wurden und nicht im Mittelpunkt der politischen Kontroverse standen. Das militärisch zurückhaltende Deutschland der Nachkriegszeit hat sich geändert und beteiligt sich, so wie jedes andere Land der EU oder NATO, an militärischen Aktionen, um seinen Interessen nachzugehen, seine Sicherheit zu verteidigen und seine internationale Verantwortung für Frieden und Freiheit wahrzunehmen. Deutschland ist ein „normaler“ und zuverlässiger Bündnispartner. „Eine solche nüchtern-interessenbasierte Begründung für den Einsatz militärischer Gewalt wäre ohne den externen Schock des 11. September kaum denkbar gewesen.“⁵⁹⁸ Dieses neue Selbstverständnis beschränkt sich offensichtlich nicht auf die rot-grüne Regierung, sondern umfasst weitgehend die gesamte politische Öffentlichkeit. Abgesehen von Pro- oder Kontra-Argumentationen, die in der Debatte vertreten wurden, wurde generell von diesem übergreifenden sozialen Wissen ausgegangen. Eine erwähnenswerte Kontroverse im Bundestag gab es nicht. Auch auf begrifflicher Ebene sind Parallelen zum selben Prozess im Kosovo-Diskurs deutlich. Hier wie dort kommen häufig Begriffe vor wie *Entschlossenheit*, *Verantwortung*, *Selbstbewusstsein*, *neues Selbstverständnis*, *Solidarität* und *entschlossenes Handeln*, die sich, wie bereits in der Analyse des Kosovo-Diskurses gezeigt wurde, im Kontext eines umfassenden deutschen Normalisierungsprozesses verorten.

Die Etappe sekundärer Hilfeleistung ist endgültig vorbei. Nicht länger können wir uns mit Milliardenzahlungen um den Krieg herumdrücken, nicht länger reichen Tornados und Aufklärungsdrohnen als deutscher Beitrag aus wie 1995 in Bosnien und 1999 im Kosovo nicht länger geht es bloß um Friedenssicherung wie seitdem auf dem Balkan. Diesmal sind wir voll mit dabei. (ZEIT, 08.11.2001)

Je enger man in die Einsätze eingebunden werde, desto integrierter wird man auch in deren Planung. (SZ, 07.11.2001)

Das hat mir [Gerhard Schröder, M. A.] gezeigt, dass ein neues Realitätsbewusstsein im Parlament eingekehrt ist. [...] Militärische Interventionen darf man jedenfalls – streng abgewogen im Einzelfall – nicht tabuisieren. (ZEIT, 18.10.2001)

Zunächst kehrte jedoch das "Kosovo-Syndrom" zurück - für die rot-grüne Bundesregierung gab es wieder nur zwei Möglichkeiten: an der Seite der Amerikaner und des Nato-Bündnisses einen Krieg zu befürworten oder sich im Bündnis zu isolieren. Ein Ausscheren aus der Allianz des Westens [...] würde einem unverantwortlichen Ausstieg der Deutschen aus der Geschichte gleichkommen. (SPIEGEL, 15.09.2001)

Entschlossenes Handeln nach den Anschlägen ist wichtig. (WELT, 24.09.2001)

598 <http://www.theuropean.de/kai-oppermann/8092-normalisierung-der-deutschen-aussenpolitik>. 21.11.2011.

Doch kaum ein verantwortlicher Politiker traut sich derzeit, Vorschlägen Widerstände entgegenzusetzen. (SPIEGEL, 24.09.2001)

Kritik von der Union hat die Regierung an ihrer Anti-Terror-Politik nicht zu fürchten. [...] Im Prinzip hat die Union an Schröders Politik der "uneingeschränkten Solidarität" nichts auszusetzen. (SPIEGEL, 24.09.20019)

4.3.4.3 Die Lehre vom „gerechten Krieg“

Zwar ist die juristische Argumentation in der Terrorismusdebatte anders als in der Kosovo-Debatte, da dort ein UN-Mandat völlig fehlte, trotzdem sind die moralischen Argumente in beiden Debatten weitgehend identisch. Es liegen im Terrorismusdiskurs mehrere Beschlüsse des Sicherheitsrats vor, die das Recht auf Selbstverteidigung bestätigen und die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen zur *Terrorbekämpfung* verpflichten. Völkerrechtlich umstritten ist lediglich die Objektverschiebung vom *Krieg gegen den Terrorismus* zum *Krieg* gegen souveräne Länder. Diese Lücke wurde mit moralischen Argumenten gefüllt. Der gewaltsame Sturz der Taliban-Regierung des souveränen Staates Afghanistan wurde in Kauf genommen, obwohl er unter Völkerrechtlern keine Selbstverständlichkeit ist, weil es „höhere“ Ziele gebe, nämlich die Bekämpfung des internationalen *Terrorismus*. Bis auf den juristischen Topos, nach dem *Terroristen* gesucht werden und sich vor Gericht verantworten müssen, bezogen sich alle anderen Argumente auf Elemente der Lehre vom *gerechten Krieg*, wie sie im Kosovo-Diskurs expliziert wurde.⁵⁹⁹ Besonders in der Kontra-Argumentation wurde die militärische Aktion gegen Afghanistan nur dahingehend kritisiert, dass sie nicht angemessen und nicht unvermeidlich gewesen sei, viele Zivilisten getötet oder verletzt und nicht die wirklichen Ursachen von Terrorismus beseitigt habe, missbraucht werde und möglicherweise zu mehr Terror führen könnte. Es wurde gar kein juristischer Topos gegen diesen Angriff erkannt, der etwa so aussehen könnte: Die Militäraktion ist illegitim, weil sie gewaltsam eine Regierung von außen stürzt. Dadurch wird die These bestätigt, dass *gerechte Kriege* unter Umständen abgesehen von ihrer juristischen Begründung geführt werden dürfen, ohne ein breites öffentliches Interesse an ihrer Legitimität zu wecken. Voraussetzung ist, dass das (humanitäre) Ziel in der Gesellschaft mehr als das (bloße) Gesetz wiegt. Selbstredend will diese Analyse gültiges soziales Wissen rekonstruieren und Mentalitäten beschreiben, ohne die Richtigkeit dieses Wissens zu bewerten.

599 Siehe Abschnitt 4.1.4.1.

4.4 Zusammenfassung

Nach der Analyse der drei Diskurse (*Humanitäre Intervention*, *Leitkultur* und *Terrorismus*) ist deutlich geworden, was eine wortbezogene Schlagwort- beziehungsweise Begriffsanalyse leisten kann und wo ihre Grenzen sind. Es hat sich deutlich gezeigt, wie sehr ein Ausdruck in umfassenden Wissenssystemen eingebettet und zusammen mit anderen Ausdrücken vernetzt ist. Deutlich ist auch geworden, wie oberflächlich eine reine Begriffsanalyse sein kann, wenn sie sich lediglich mit isolierten, abstrakten Begrifflichkeiten ohne jeden Bezug auf tiefere Ebenen sozialen Wissens und sprachlicher Bedeutung befasst. Die Analyse hat ebenfalls gezeigt, dass eine Begriffsanalyse unter bestimmten Voraussetzungen sinnvoll ist, nämlich wenn sie über das Vorkommen des einzelnen Lexems hinaus auch tiefere Argumentationsstrukturen und epistemische Grundlagen expliziert, die das Vorkommen des einzelnen Begriffs überhaupt erst ermöglichen und bestimmen.

Die Untersuchung des Kosovo-Diskurses hat ergeben, dass die *Bezeichnung* der NATO-Aktion stark von der Argumentation abhängt. Für das Pro-Lager war sie eine *humanitäre Intervention* mit unvermeidlichem *Kollateralschaden*, für das Kontra-Lager dagegen ein *Krieg*. Ob die Kosovo-Albaner, die gewalttätig gegen Jugoslawien vorgingen, *Freiheitskämpfer* oder *Terroristen* waren, ist auch von der Weltsicht und der Argumentation abhängig, die in der Analyse expliziert wurde. Für das Kontra-Lager war die NATO-Aktion ein *Krieg*, weil ihre Form und Intensität unangemessen gewesen seien, weil sie unschuldigen Zivilisten das Leben gekostet habe und weil sie vermeidbar gewesen sei. Für das Pro-Lager war sie hingegen eine *humanitäre Intervention*, weil sie angeblich eine menschliche Katastrophe verhindern wollte und daher moralisch legitim gewesen sei. Die dadurch getöteten Zivilisten seien „nur“ *Kollateralschaden*. Die Argumentationsanalyse hat also gezeigt, warum bestimmte Begrifflichkeiten verwendet oder abgelehnt werden. Dies ist aber noch nicht alles. Es wurde in der Analyse argumentiert, dass das Pro und Kontra zwar unterschiedliche Argumente und Begrifflichkeiten vorgeführt haben, aber beide von der *Lehre vom gerechten Krieg* ausgingen, die in der Debatte kaum diskutiert oder gar expliziert wurde und ohne deren Kenntnis Äußerungen beziehungsweise Ausdrücke zu diesem Thema nicht angemessen zu *verstehen* sind. Sowohl das Pro als auch das Kontra hielten es für möglich, dass militärische Angriffe auf souveräne Länder ohne ein UN-Mandat legitim sein könnten, wenn sie zum Zweck der Abwendung humanitärer Katastrophen bestimmte Voraussetzungen, wie den Schutz von Zivilisten und die Anwendung angemessener und zielführender Gewalt, beachten. Die Kontra-Argumente haben die NATO-Aktion zumeist nicht generell in Frage gestellt, sondern nur insofern kritisiert, dass sie diese Voraussetzungen nicht er-

füllt habe. Die Lehre vom *gerechten Krieg* gehört also zum gültigen, selbstverständlichen Wissen beider Lager. Wie soll man die Ausdrücke *Krieg*, *humanitäre Intervention*, *Kollateralschaden*, *Freiheitskämpfer*, *Terrorist* und sogar alle Äußerungen zu diesem Thema verstehen, wenn man dieses epistemische Wissen, bestehend aus Argumentationen und gültigem diskursivem Wissen hinter der Argumentationen, nicht expliziert und das Verhältnis dieser Ausdrücke zueinander nicht erklärt?

Ähnliches betrifft die Leitkulturdebatte und die Bedeutungen von *Leitkultur*, *Verfassungspatriotismus*, *Parallelgesellschaft*, *Deutsch*, *Ausländer*, *Integration*, *Assimilation* und *Multikulti*, die ebenfalls dem argumentativen Standpunkt der Sprecher unterliegen. Während in konservativen Kreisen unter Betonung von „deutscher“ Identität und Kultur, der sich *Ausländer* anpassen sollen, der Ausdruck *deutsche Leitkultur* benutzt wurde, bevorzugten linksliberale Kreise unter Betonung von Staatsbürgernation und Kulturwandel den Ausdruck *Verfassungspatriotismus*. Das Erkennen der kollektiven diskursiven Basis, nämlich der Assoziationen an das Dritte Reich und der Normalisierung Deutschlands, war ebenfalls unentbehrlich, damit die Definitionsprobleme und die Umstrittenheit der Ausdrücke nachvollziehbar werden. Beide Lager orientierten sich an der Geschichte Deutschlands, gleich, ob sie für mehr Identität im Sinne einer *deutschen Leitkultur* oder gegen eine leitkulturelle Überheblichkeit, Anmaßung und Hierarchie kultureller Leistungen und für einen *Verfassungspatriotismus* plädierten. Beide zielten auf eine Vergangenheitsbewältigung und beide gingen vom historischen Wissen aus, welches zur Bedeutung dieser Ausdrücke gehört. Deshalb hat die Analyse die historische Identitätsproblematik Deutschlands sowie die Assoziationen an das Dritte Reich thematisiert, damit der Gebrauch beider und anderer Ausdrücke plausibel wird. Kollektiv war auch die Auffassung, dass Migranten, abgesehen von ihrer Integration, ihren Deutschkenntnissen und ihrem (deutschen) Pass, generell entweder gar nicht oder nur mit einem ethnischen Hinweis auf ihre Abstammung als *Deutsche* zu bezeichnen sind. Eine völkisch-ethnische Definition von Kultur und Identität im Sinne des Abstammungsrechts ist demnach sowohl dem Pro als auch dem Kontra einer *Leitkultur* nicht fremd. Beide haben unter dem Ausdruck *deutsch* das gleiche verstanden und lediglich die Identität und Kultur der „Einheimischen“ assoziiert. Ferner wurde in der Analyse erklärt, wie die Ausdrücke *Multikulti*, *Multikulturalismus* und *multikulturell* unter dem Einfluss des Anpassungs-Topos pro Leitkultur (Migranten müssen sich nicht anpassen, damit keine *Parallelgesellschaften* entstehen) negativ besetzt und auch von linken Politikern vermieden wurden. Auf der anderen Seite wurde der Ausdruck *Assimilation* unter dem Einfluss des Freiheits-Topos kontra Leitkultur in der Regel auch von konservativen Politikern nicht mehr im positiven Sinne benutzt. Wir haben es in diesem Diskurs wieder mit kontroversen Be-

griffligkeiten auf der Oberfläche zu tun, die auf bestimmten Argumentationen aufbauen, während diese scheinbar kontroversen Argumentationen auf einer gemeinsamen und übergreifenden epistemischen Basis beruhen. Auch hier wäre es nicht sinnvoll, diese Ausdrücke isoliert in alphabetischer Reihenfolge zu untersuchen, ohne sie miteinander zu vernetzen und ihre gemeinsamen argumentativen und epistemischen Grundlagen zu erfassen.

Im Terrorismus-Diskurs war der Ausdruck *Terrorismus* in der deutschen Öffentlichkeit zwar weniger umstritten als andere Ausdrücke in anderen Diskursen, aber wenn man die internationale Diskussion beobachtet, die in deutschen Medien oft nur distanziert zitiert wurde, dann kommt die Problematik der Bedeutung von *Terrorismus* und der Abgrenzung zu *Freiheitskampf* deutlicher zum Vorschein. Hier stellt sich die Frage, wer etwas als *Terrorismus* und wer etwas als *Freiheitskampf* bezeichnet und welche diskursive und argumentative Grundlage dahinter steht. Trotz kontroverser Argumentationen für oder gegen einen militärischen Umgang mit dem *Terrorismus* herrschte die kollektive Überzeugung vor, dass die Angriffe vom 11. September Deutschland unmittelbar betreffen und dass die Terrorbekämpfung eine deutsche Angelegenheit sei. In arabischen Medien, die allerdings nicht in das Korpus aufgenommen wurden, fällt häufig auf, dass dort ein anderes Wissen gültig ist, nämlich dass europäische Länder vom *Freiheitskampf* nur insofern betroffen seien als sie die Politik der USA in der arabischen Welt unterstützten. Dieser grobe Hinweis will ausdrücken, dass gültiges Wissen nicht unbedingt richtiges Wissen ist. Evident sollte auch die diskursive Verschiebung von *türkischen Parallelgesellschaften* zu *muslimischen Parallelgesellschaften* und von *nicht-integrierten* Migranten zu scheinbar integrierten und unauffälligen *Schläfern* sein. Dass man das Wort *Schläfer* nicht mithilfe eines Katalogs von Merkmalen im Sinne der Merkmalssemantik definieren konnte, ist ein Beweis dafür, dass die Bedeutung eines Wortes nicht abstrakt und kontextfrei adäquat zu beschreiben ist. Einen weiteren Beweis dafür liefert der Ausdruck *Krieg*, der im Kosovo-Diskurs sowie im Terrorismusdiskurs analysiert wurde. Im Kosovo-Diskurs war *Krieg* ein Stigmawort und wurde von den Gegnern der NATO-Aktion verwendet, im Terrorismusdiskurs war *Krieg* jedoch ein Fahnenwort der Befürworter der Angriffe auf Afghanistan und wurde für die Bezeichnung der eigenen Aktivität im *Krieg gegen den Terrorismus* positiv verwendet. Dies hat ebenfalls evident gemacht, dass Bedeutungen alles andere als feste Entitäten sind und sich erst im jeweiligen diskursiven Zusammenhang erklären lassen. Auch die positive oder negative Besetzung von Begriffen lässt sich demnach nicht unabhängig vom Kontext beschreiben.

Rückblickend auf die ganze empirische Analyse hat sich inhaltlich ergeben, dass die drei analysierten Diskurse trotz ihrer unterschiedlichen Themen gemeinsame Argumentationsmuster haben. In den beiden „Kriegsdiskursen“, dem

Kosovo-Diskurs und dem Terrorismusdiskurs, haben sich vor allem der Moral-Topos, jeweils konkurrierend mit einem juristischen Topos, der Topos vom generellen Tötungsverbot, der Topos von der Ausweglosigkeit und generell die Lehre vom *gerechten Krieg* als eine gemeinsame diskursive Grundlage erwiesen. In beiden Themen stand eine moralische Argumentation von Militäraktionen im Vordergrund, in dem Sinne, dass Menschenrechte mehr als die völkerrechtliche Legitimität wiegen. Juristische Argumente kamen nur vereinzelt vor und wurden nur am Rande der Debatte diskutiert. Sie erschienen meist nur, nachdem die moralischen Erwartungen an die jeweilige Militäraktion nicht erfüllt worden waren. Beide Diskurse hatten mit dem Leitkulturdiskurs den Aspekt der Normalisierung und Identitätsdefinition Deutschlands als eine Vergangenheitsbewältigung gemeinsam. Die Arbeit hat dafür argumentiert, dass jenseits der Umstrittenheit der Begrifflichkeiten und Argumente Konsens bestand, Deutschland als eine „normale“ Nation zu zeigen, die sich nach außen an militärischen Aktionen beteiligt und sich nach innen für die Bildung und Bewahrung einer nationalen Identität interessiert.

Die empirische Analyse hat dokumentiert, dass die Einbettung von Sprache in ihre kulturellen Hintergründe für eine reiche Semantik unentbehrlich ist. Die Überschreitung der Grenzen der Textlinguistik und die Auswertung eines Korpus haben bewiesen, dass sich durch eine Vernetzung vieler Texte bedeutungs- und verstehensrelevantes Wissen ergibt, das die Analyse einzelner Wörter oder gar Texte nicht erfasst. Die Analyse zentraler Schlagwörter hat gezeigt, wie relevantes diskursives Wissen in Form von Begriffen vorkommt und dass eine Schlagwort- oder Begriffsanalyse sinnvoll ist. Ersichtlich sollte geworden sein, dass die Schlagwörter nicht kontextfrei in ihrer Form erschienen sind, sondern komplexe Argumentationsstrukturen auf den Punkt bringen. Deshalb wurde immer versucht zu beobachten, im Rahmen welches Topos ein Schlagwort häufig vorkam. Die Einbettung von Schlagwörtern in ihre argumentativen Zusammenhänge hat sich demnach als sinnvoll herausgestellt. Wissens Elemente, welche die Schlagwortanalyse nicht erfassen konnte, wurden in der Argumentationsanalyse beschrieben. Als hilfreich hat sich auch die Einführung der Analyseeinheit *Übergreifendes diskursives Wissen* erwiesen, denn sie konnte in den drei behandelten Diskursen nicht verbalisiertes, bedeutungsrelevantes Wissen mit einbeziehen, das weder in der Schlagwortanalyse noch in der Argumentationsanalyse diskutiert wurde. Dieses Wissen ist kein sekundäres Wissen und nicht weniger relevant als sogenanntes lexikalisches Wissen, denn wir möchten nicht nur einzelne Begriffe oder Schlagwörter verstehen, sondern alle Äußerungen zu einem Thema. Die Leitkulturdebatte ist beispielsweise keine Leistung des Wortes *Leitkultur*; es gibt sehr viele Äußerungen zum Thema, in denen das Wort

Leitkultur gar nicht vorkommt. Das Wort *Leitkultur* war nur eine *Chiffre*⁶⁰⁰ des Wissens. Es gibt aber Topoi und Wissens Elemente, die keine eindeutigen Chiffren haben, die man als Schlagwörter oder Begriffe analysieren könnte. Diese Topoi müssen aber trotzdem in die Analyse mit einbezogen werden, weil wir die kommunikative Funktion aller einschlägigen Äußerungen, die mit und ohne Chiffren sind, verstehen wollen. Chiffren leisten vieles, aber nicht alles.

Die hier vorgelegte Version einer etwas umfangreicheren Schlagwortanalyse könnte den Anschein erwecken, dass diese Dissertation die Grenzen der Linguistik als eigenständiger Disziplin überschritten und zu viel Historisch-Politisches berücksichtigt hätte. Dies ist nach Ansicht des Verfassers nicht der Fall. Wenn man eine merkmalsemantische oder grammatikalische Analyse erwartet hätte, könnte dies zutreffen. Selbstverständlich wurden im empirischen Teil historisch und politisch relevante Erkenntnisse thematisiert. Dies erfolgte jedoch nicht aus historischem oder politischem Interesse, sondern es wurde stets vom Schlagwort und von der kommunikativen Sprachhandlung als linguistischen Kategorien ausgegangen und fortwährend der Frage nachgegangen: Was muss ich *wissen*, um dieses Schlagwort und die ganze Diskussion angemessen zu verstehen? Nach dem Sprachverständnis des Verfassers ist dies eine linguistische Frage, zumal dieser Arbeit ein Abschnitt des *öffentlichen* Sprachgebrauchs zugrunde liegt, welcher an eine *allgemeine* Sprachgemeinschaft gerichtet ist und keinen Fachdiskurs darstellt.⁶⁰¹

600 So bezeichnete Hermanns den Begriff. Vgl. Hermanns 1995, S. 72 f.

601 Für Charles Fillmore ist die Frage „Was ist die Bedeutung dieser Form?“ grundsätzlich falsch und müsse durch die Frage ersetzt werden: „Was muss ich wissen, um eine sprachliche Form angemessen verwenden zu können und andere Leute zu verstehen, wenn sie sie verwenden?“. Vgl. Fillmore, Charles: Verbs of judging: an exercise in semantic description. In: *Studies in Linguistic Semantics*. New York 1971, S. 272–289, hier S. 274. Auch Wittgenstein will „jede Tatsache, deren Bestehen Voraussetzung für den Sinn eines Satzes ist, als zur Sprache gehörig rechnen.“ In: Wittgenstein, Ludwig: *Philosophische Bemerkungen*. Frankfurt am Main 1984, § 45.

5 Literaturverzeichnis

5.1 Methodisch-Theoretisches

- Al-Shameri, Moshtaq: Linguistische Diskursanalyse. Unveröffentlichte Arbeit.
- Altmayer, Claus: Kulturelle Deutungsmuster in Texten. Prinzipien und Verfahren einer kulturwissenschaftlichen Textanalyse im Fach Deutsch als Fremdsprache. Zeitschrift für Interkulturellen Fremdsprachenunterricht. <http://zif.spz.tu-darmstadt.de/jg-06-3/beitrag/deutungsmuster.htm>. 12.04.2010.
- Auer, Peter: Die Linguistik auf dem Weg zur Kulturwissenschaft? In: Freiburger Universitätsblätter 147. Freiburg 2000. S. 55–68.
- Bauer, Wilhelm: Das Schlagwort als sozialpsychische und geistesgeschichtliche Erscheinung. In: Historische Zeitschrift (122). 1920. S. 189–240.
- Bloh, Ute von/Vollhardt, Friedrich (Hrsg.): Germanistik als Kulturwissenschaft. Mitteilungen des Deutschen Germanistikverbandes. 4/1999.
- Bloh, Ute von/Vollhardt, Friedrich: Literaturwissenschaft und Kulturwissenschaft. Prolegomena. In: Ders. (Hrsg.): Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes. 1999.
- Bluhm, Claudia/Deissler, Dirk/Scharloth, Joachim/Stukenbrock, Anja: Linguistische Diskursanalyse: Überblick, Probleme, Perspektiven. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht. 31. 2000. S. 3–19.
- Böhme, Hartmut/Matussek, Peter/Müller, Lothar: Orientierung Kulturwissenschaft. Was sie kann, was sie will. 2. Auflage. Reinbek bei Hamburg 2002.
- Böke, Karin/Wengeler, Martin/Liedtke, Frank: Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Berlin 1996.
- Böke, Karin/Jung, Matthias/Niehr, Thomas/Wengeler, Martin: Vergleichende Diskursanalyse. Überlegungen zur Analyse internationaler und intralingualer Textkorpora. In: Thomas Niehr, Karin Böke (Hrsg.): Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien. Opladen 2000. S. 11–36.
- Böke, Karin: Politische Leitvokabeln in der Adenauer Ära. Zu Theorie und Methodik. In: Karin Böke, Frank Liedtke, Martin Wengeler (Hrsg.): Sprache, Politik, Öffentlichkeit. Berlin 1996a. S. 19–50.
- Böke, Karin: Überlegungen zu einer Metaphernanalyse im Dienste einer "parzellierten" Sprachgeschichtsschreibung. In: Karin Böke, Matthias Jung, Martin Wengeler (Hrsg.): Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven. Opladen 1996b. S. 431–452.

- Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Stuttgart 1972–1997.
- Bühler, Karl: *Sprachtheorie. Die Darstellungsfunktion der Sprache*. Jena 1982.
- Busch, Albert: *Der Diskurs: ein linguistischer Proteus und seine Erfassung – Methodologie und empirische Gütekriterien für die sprachwissenschaftliche Erfassung von Diskursen und ihrer lexikalischen Inventare*. In: Ingo Warnke (Hrsg.): *Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände*. Berlin 2007. S. 141–64.
- Busse, Dietrich/Niehr Thomas/Wengeler, Martin: *Brisante Semantik. Neuere Konzepte und Forschungsergebnisse einer kulturwissenschaftlichen Linguistik*. Tübingen 2005.
- Busse, Dietrich/Hermanns, Fritz/Teubert Wolfgang: *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik*. Opladen 1994.
- Busse, Dietrich/Teubert, Wolfgang: *Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik*. In: Dietrich Busse, Fritz Hermanns, Wolfgang Teubert (Hrsg.): *Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik*. Opladen 1994. S. 10–28.
- Busse, Dietrich: *„Das Eigene und das Fremde“*. In: Matthias Jung, Martin Wengeler, Karin Böke (Hrsg.): *Die Sprache des Migrationsdiskurses. Das Reden über „Ausländer“ in Politik, Medien und Alltag*. Opladen. 1997. S. 17–35.
- Busse, Dietrich: *Architekturen des Wissens – Zum Verhältnis von Semantik und Epistemologie*. In: Ernst Müller (Hrsg.): *Begriffsgeschichte im Umbruch*. Berlin 2005b. S. 43–57.
- Busse, Dietrich: *Begriffsgeschichte oder Diskursgeschichte: Zu theoretischen Grundlagen und Methodenfragen einer historisch-semantischen Epistemologie*. In: Carsten Dutt (Hrsg.): *Herausforderungen der Begriffsgeschichte*. Heidelberg 2003. S. 17–38.
- Busse, Dietrich: *Historische Diskurssemantik. Ein linguistischer Beitrag zur Analyse gesellschaftlichen Wissens*. In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht*. Heft 86. 31. Jg. 2000. S. 39–53.
- Busse, Dietrich: *Historische Semantik. Analyse eines Programms*. Stuttgart 1987.
- Busse, Dietrich: *Kommunikatives Handeln als sprachtheoretisches Grundmodell der Historischen Semantik*. In: Ludwig Jäger (Hrsg.): *Zur historischen Semantik des deutschen Gefühlswortschatzes. Aspekte, Probleme und Beispiele seiner lexikographischen Erfassung*. Aachen 1988. S. 247–272.

- Busse, Dietrich: Sprachwissenschaft als Sozialwissenschaft? In: Dietrich Busse/Thomas Niehr/Martin Wengeler (Hrsg.): *Brisante Semantik. Neuere Konzepte und Forschungsergebnisse einer kulturwissenschaftlichen Linguistik*. Tübingen 2005a. S. 21–43.
- Busse, Dietrich: Text – Sprache – Wissen. Perspektiven einer linguistischen Epistemologie als Beitrag zur Historischen Semantik. In: *Scientia Poetica* 10. Berlin/New York 2006. S. 101–137.
- Cassirer, Ernst: *Versuch Über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur*. Hamburg 2007.
- Dainat, Holger: Zukunftsperspektiven. Anmerkungen zur kulturwissenschaftlichen Orientierung der Germanistik. In: *Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes* 46. H. 4. 1999. S. 496–506.
- Dieckmann, Walther: Vielleicht ist Wortsemantik doch noch erlaubt? In: *Zeitschrift für germanistische Linguistik*. Heft 17. 1989. S. 221–225.
- Dieckmann, Walther: *Information oder Überredung. Zum Wortgebrauch der politischen Werbung in Deutschland seit der Französischen Revolution*. Marburg 1964.
- Dieckmann, Walther: *Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache*. Heidelberg 1975.
- Duden – *Deutsches Universalwörterbuch*, 5. Aufl. Mannheim 2003.
- EGGS, Ekkehard: *Die Rhetorik des Aristoteles. Ein Beitrag zur Theorie der Alltagsargumentation und zur Syntax von komplexen Sätzen*. Frankfurt/Bern/New York 1984.
- Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlhöfer, Reimut: Einführung. Eine Topographie des rot-grünen Projekts. In: Ders. (Hrsg.): *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*. Wiesbaden 2003.
- Erhart, Walter (Hrsg.): *Grenzen der Germanistik. Rephilologisierung oder Erweiterung?* Stuttgart/Weimar 2004.
- Felbick, Dieter: *Schlagwörter der Nachkriegszeit (1945 – 1949)*. Berlin 2003.
- Fink-Eitel, Hinrich: *Michel Foucault zur Einführung*. Hamburg 1980.
- Fleischer, Michael: *Kulturtheorie: systemtheoretische und evolutionäre Grundlagen*. Oberhausen 2001.
- Foucault, Michel: *Archäologie des Wissens*. Frankfurt am Main. 1973a.
- Foucault, Michel: *Die Geburt der Klinik*. München 1973c.
- Foucault, Michel: *Die Ordnung der Dinge*. Frankfurt am Main. 1971.
- Foucault, Michel: *Die Ordnung des Diskurses*. München 1974.
- Foucault, Michel: Entretien. Michel Foucault. In: Adelbert Reif (Hrsg.): *Antworten der Strukturalisten: Roland Barthes, Michel Foucault, Francois Jacob, Roman Jakobson, Claude Levi-Strauss*. Hamburg 1973b. S. 147–156.

- Gardt, Andreas: Sprachwissenschaft als Kulturwissenschaft. In: Ulrike Haß, Christoph König (Hrsg.): Literaturwissenschaft und Linguistik von 1960 bis heute. Göttingen 2003. S. 271–288.
- Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt am Main 1987.
- Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Frankfurt am Main 1987.
- Geertz, Clifford: Kulturbegriff und Menschenbild. In: Rebekka Habermas, Nils Minkmar (Hrsg.): Das Schwein des Häuptlings. Sechs Aufsätze zur Historischen Anthropologie. Berlin 1992. S. 56–82.
- Gehring, Petra: Foucault – Die Philosophie im Archiv. Frankfurt am Main 2004.
- Goodenough, W. H.: Cultural Anthropology and Linguistics. In: Garvin P. L. (Hrsg.): Report of the Seventh Annual Round Table Meeting on Linguistics and Language Study 1957. Number 9. Washington 1957. S. 167–173.
- Günther, Horst: Einleitung zu: In: Ders. (Hrsg.): Freiheit, Herrschaft und Geschichte. Semantik der historisch-politischen Welt. Frankfurt am Main 1979. S. 7–63.
- Hammel, Lina: Der Kulturbegriff im wissenschaftlichen Diskurs und seine Bedeutung für die Musikpädagogik. Versuch eines Literaturberichts. <http://home.arcor.de/zfkm/07-hammel1.pdf>. 04.04.2010.
- Hermanns, Fritz: Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: Herbert Ernst Wiegand (Hrsg.): Studien zur heu- hochdeutschen Lexikographie II. Germanistische Linguistik 3. 6/80. Hildesheim/Zürich/New York 1982. S. 87–102.
- Hermanns, Fritz: Linguistische Anthropologie. Skizze eines Forschungsfeldes der historischen Semantik. In: Busse/Hermanns/Teubert (Hrsg.): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen 1994. S. 29–59.
- Hermanns, Fritz: Linguistische Hermeneutik. Überlegungen zur überfälligen Einrichtung eines in der Linguistik bislang fehlenden Teilfaches. In: Linke/Ortner/Portmann-Tselikas 2003. S. 125–163.
- Hermanns, Fritz: Sprache, Kultur und Identität. Reflexionen über drei Totalitätsbegriffe. In: Andreas Gardt, Ulrike Haß-Zumkehr, Thorsten Roelcke (Hrsg.): Sprachgeschichte als Kulturgeschichte. Berlin/New York 1999. S. 351–391.
- Hermanns, Fritz: Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. Überlegungen zu Sinn und Form und Gegenstand historischer Semantik. In: Andreas Gardt, Klaus Mattheier, Oskar Reichmann (Hrsg.): Sprachgeschichte des Neu-

- hochdeutschen. Gegenstände, Methoden, Theorien. Tübingen 1995. S. 69–101.
- Herrmanns, Fritz: Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Klein 1989. S. 69–149
- Hornscheidt, Antje: Sprach(wissenschaft)liche Kulturen. http://www.linguistik-online.de/14_03/hornscheidt.pdf. 01.02.2010.
- Humboldt, Wilhelm von: Ueber das vergleichende Sprachstudium in Beziehung auf die verschiedenen Epochen der Sprachentwicklung. In: Wilhelm von Humboldt. Über die Sprache. Hrsg. und kommentiert von Jürgen Trabant. Tübingen/Basel 1994.
- Isaac, Rhys: Der entlaufene Sklave. Zur ethnographischen Methode in der Geschichtsschreibung. Ein handlungstheoretischer Ansatz. In: Rebekka Habermas, Nils Minkmar (Hrsg.): Das Schwein des Häuptlings. Sechs Aufsätze zur Historischen Anthropologie. Berlin 1992. S. 147–185.
- Jäger, Siegfried/Jäger, Margarete: Deutungskämpfe. Theorie und Praxis Kritischer Diskursanalyse. Wiesbaden 2007.
- Jäger, Siegfried: Diskurs und Wissen. In: Reiner Keller et al. (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1. Theorien und Methoden. Opladen. 2001. S. 81–112
- Jäger, Siegfried: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster 2004.
- Jäger, Siegfried: Diskurs als "Fluß von Wissen durch die Zeit". Ein transdisziplinäres politisches Konzept. In: Jürgen Schiewe, Martin Wengeler (Hrsg.): Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur. Bremen 2005. S. 52–72.
- Jung, Matthias: Diskurshistorische Analyse als linguistischer Ansatz. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht. 31. Heft 86. 2000. S. 20–38.
- Kaempfert, Manfred: Das Schlagwörterbuch. In: Franz Josef Hausmann et al. (Hrsg.): Wörterbücher. Ein internationales Handbuch zur Lexikographie. Band 2. Berlin/New York 1990a. S. 1199–1206.
- Kaempfert, Manfred: Noch einmal zur Wortgeschichte und zum lexikologischen Begriff. In: Muttersprache 100. 1990b. S. 192–203.
- Kammler, Clemens: Historische Diskursanalyse. Michel Foucault. In: Klaus Michael Bogdal (Hrsg.): Neue Literaturtheorien. Eine Einführung. Göttingen 2005. S. 32–56.
- Keller, Reiner: Diskursforschung: eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden 2007.
- Keller, Reiner: Wissenssoziologische Diskursanalyse. Grundlegung eines Diskursprogramms. Wiesbaden 2011.

- Kienpointner, Manfred: Alltagslogik. Struktur und Funktion von Argumentationsmustern. Stuttgart 1992.
- Klein, Josef (Hrsg.): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen 1989.
- Knobloch, Clemens: Überlegungen zur Theorie der Begriffsgeschichte aus sprach- und kommunikationswissenschaftlicher Sicht. In: Archiv für Begriffsgeschichte. Bonn 1992.
- Koselleck, Reinhart: Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte. In: Ders. (Hrsg.): Historische Semantik und Begriffsgeschichte. Stuttgart 1978. S. 19–36.
- Koselleck, Reinhart: Einleitung zu: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 1. Stuttgart 1972. S. XIII – XXVII.
- Koselleck, Reinhart: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt am Main 1989.
- Kremer-Marietti, Angele: Michel Foucault. Der Archäologe des Wissens. Frankfurt am Main 1976.
- Ladendorf, Otto: Historisches Schlagwörterbuch. Ein Versuch. Straßburg. Berlin 1906.
- Liebert, Wolf-Andreas: Metaphernbereiche der deutschen Alltagssprache. Kognitive Linguistik und die Perspektiven einer Kognitiven Lexikographie. Frankfurt am Main 1992.
- Linke, Angelika/Ortner, Hanspeter/Portmann, Paul (Hrsg.): Sprache und mehr. Ansichten einer Linguistik der sprachlichen Praxis. Tübingen 2003.
- Link, Jürgen: Was ist und was bringt Diskurstaktik. In: KultuRRevolution 2. 1983. S. 60–66.
- Lipczuk, Ryszard (Hrsg.): Diskurslinguistik – Systemlinguistik. Theorien – Texte – Fallstudien. Hamburg 2010.
- Löbner, Sebastian: Semantik. Eine Einführung. Berlin 2003.
- Maset, Michel: Diskurs, Macht und Geschichte. Foucaults Analysetechniken und die historische Forschung. Frankfurt am Main 2002.
- Michael Pielenz: Argumentation und Metapher. Tübingen 1993.
- Müller, Hans-Harald: „Aus dem fremdartigsten Säften zusammengebaut“. Die verlorene Einheit der Philologie im Medium der Kulturwissenschaft – Zwei Legenden. In: Frankfurter Rundschau vom 2.9.1997.
- Musolff, Andreas: Krieg gegen die Öffentlichkeit. Terrorismus und politischer Sprachgebrauch. Opladen 1999.
- Niehr, Thomas/Böke, Karin (Hrsg.): Einwanderungsdiskurse. Vergleichende diskurslinguistische Studien. Opladen 2000.

- Niehr, Thomas: Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966 bis 1974. Wiesbaden 1993.
- Nunn, David: Politische Schlagwörter in Deutschland seit 1945. Ein lexikographischer und kritischer Beitrag zur Politik. Gießen 1974.
- Ortner, Hanspeter/Sitta, Horst: Was ist der Gegenstand der Sprachwissenschaft? In: Linke/Ortner/Portmann 2003. S. 3–64.
- Pecheux, Michel: Über die Rolle des Gedächtnisses als interdiskursives Material. In: Manfred Geier, Harold Woetzel (Hrsg.): Das Subjekt des Diskurses. Beiträge zur sprachlichen Bildung von Subjektivität und Intersubjektivität. Berlin 1983. S. 50–58.
- Pielenz, Michael: Argumentation und Metapher. Tübingen 1993.
- Polenz, Peter von: Deutsche Sprachgeschichte: vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart. Berlin/New York 1999.
- Prantl, Heribert: Rot-Grün eine erste Bilanz. Hamburg 1999.
- Prokić, Tanja: Einführung in Michel Foucaults Methodologie: Archäologie – Genealogie – Kritik. Hamburg 2009.
- Puhl, Klaus: Kultur als Struktur oder Differenz: Strukturalismus und Poststrukturalismus. <http://www.uibk.ac.at/philosophie/institut/mitarbeiter/strukturalismus.html>. 10.04.2010.
- Reichardt, Rolf/Schmitt, Eberhard: Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680–1820. München 1985.
- Roelcke, Thorsten: Kommunikative Handlung und Diskurs. Aspekte und Probleme einer handlungstheoretisch begründeten historischen Diskurssemantik. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik. Heft 17. 1989. S. 211–220.
- Saussure, Ferdinand de: Grundfragen der allgemeinen Sprachwissenschaft. Hrsg. von Charles Bally, Albert Sechehaye. Mit einem Nachwort von Peter Ernst. Berlin/New York 2001.
- Schau, Albrecht: Von AWACS bis Zwangsanleihe. ABC aktueller Schlagwörter. Göttingen 1985.
- Schmidt, Siegfried J.: Kognitive Autonomie und soziale Orientierung. Konstruktivistische Bemerkungen zum Zusammenhang von Kognition, Kommunikation, Medien und Kultur. Münster 2003.
- Scholz, Antje: Verständigung als Ziel interkultureller Kommunikation: Eine kommunikationswissenschaftliche Analyse am Beispiel des Goethe-Instituts. Münster 2000.
- Schottmann, Christian: Politische Schlagwörter in Deutschland zwischen 1929 und 1934. Stuttgart 1997.

- Schultz, Heiner: Begriffsgeschichte und Argumentationsgeschichte. In: Reinhardt Koselleck (Hrsg.): Historische Semantik und Begriffsgeschichte. Stuttgart 1978. S. 43–74.
- Spitzmüller, Jürgen: Linguistik – Impulse & Tendenzen. Metasprachdiskurse: Einstellungen zu Anglizismen und ihre wissenschaftliche Rezeption. Berlin 2005.
- Stierle, Karlheinz: Historische Semantik und die Geschichtlichkeit der Bedeutung. In: Reinhart Koselleck (Hrsg.): Historische Semantik und Begriffsgeschichte. Stuttgart 1979. S. 154–189.
- Stötzel, Georg/Eitz, Thorsten: Zeitgeschichtliches Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache. Hildesheim 2002.
- Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (Hrsg.): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/New York 1995.
- Stötzel, Georg: Einleitung. In: Georg Stötzel, Martin Wengeler (Hrsg.): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/New York 1995. S. 1–18.
- Strauß, Gerhard/Haß, Ulrike/Harras, Gisela: Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Berlin 1989.
- Warnke, Ingo: Diskurslinguistik nach Foucault – Dimensionen einer Sprachwissenschaft jenseits textueller Grenzen. In: Ders. 2007. S. 3–24.
- Warnke, Ingo: Diskurslinguistik als Kulturwissenschaft. In: Walter Erhart (Hrsg.): Grenzen der Germanistik. Rephilologisierung oder Erweiterung? Stuttgart u. a. 2004. S. 308–324.
- Warnke, Ingo: Diskurslinguistik nach Foucault. Theorie und Gegenstände. Berlin/New York 2007.
- Warnke, Ingo/Spitzmüller, Jürgen (Hrsg.): Methoden der Diskurslinguistik: Sprachwissenschaftliche Zugänge zur transtextuellen Ebene. Berlin/New York 2008
- Warnke, Ingo/Spitzmüller, Jürgen: Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse. Berlin/Boston 2011.
- Welsch, Wolfgang: Transkulturalität. http://www.forum-interkultur.net/uploads/tx_textdb/28.pdf. 08.04.2010.
- Wengeler, Martin (Hrsg.): Sprachgeschichte als Zeitgeschichte. Konzepte, Methoden und Forschungsergebnisse der Düsseldorfer Sprachgeschichtsschreibung für die Zeit nach 1945. Hildesheim/New York 2005.
- Wengeler, Martin: „Das Szenario des kollektiven Wissens einer Diskursgemeinschaft entwerfen“. Historische Diskurssemantik als „kritische Linguistik“.

- In: Jürgen Schiewe, Martin Wengeler (Hrsg.): *Aptum. Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur*. 1. Jg. Heft 3. 2005b. S. 262–282.
- Wengeler, Martin: Assimilation, Ansturm oder Armen und die Grenze der Aufnahmefähigkeit: Bausteine einer linguistisch „integrativen“ Diskursgeschichte. In: Claudia Fraas, Michael Klemm (Hrsg.): *Medien Diskurse. Bestandsaufnahme und Perspektiven*. Frankfurt am Main 2005a. S. 39–57.
- Wengeler, Martin: Gastarbeiter sind auch Menschen. In: Ders. (Hrsg.): *Sprachgeschichte als Zeitgeschichte*. Hildesheim/Zürich 2005.
- Wengeler, Martin: Linguistik als Kulturwissenschaft. Eine Einführung. In: Ders. (Hrsg.): *Linguistik als Kulturwissenschaft*. Hildesheim/Zürich/New York 2006. S. 1–23.
- Wengeler, Martin: Topos und Diskurs – Möglichkeiten und Grenzen der topologischen Analyse gesellschaftlicher Debatten. In: Warnke 2007. S. 165–186.
- Wengeler, Martin: *Topos und Diskurs. Begründung einer argumentationsanalytischen Methode und ihre Anwendung auf den Migrationsdiskurs (1960–1985)* Tübingen 2003.
- Wengeler, Martin: Vom Nutzen der Argumentationsanalyse für eine linguistische Diskursgeschichte. Konzept eines Forschungsvorhabens. In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht*. 80, 1997. S. 96–109.
- Wittgenstein, Ludwig: *Philosophische Bemerkungen*. Frankfurt am Main 1984. § 45.
- Wodak, Ruth: *Zur diskursiven Konstruktion nationaler Identität*. Frankfurt am Main 1998.
- Wülfing, Wulf: *Schlagworte des Jungen Deutschland*. Berlin 1982.

5.2 Empirisches

5.2.1 Humanitäre Intervention

- Ahlbrecht, Kathrin/Bendiek, Annegret/Meyers, Reinhard/Wagner, Sabine: *Konfliktregelung und Friedenssicherung im internationalen System*. Wiesbaden 2009.
- Albrecht, Ulrich/Kalman, Michael/Riedel, Sabine/Schäfer, Paul (Hrsg.): *Das Kosovo-Dilemma. Schwache Staaten und Neue Kriege als Herausforderung des 21. Jahrhunderts*. Münster 2002.
- Albrecht, Ulrich/Schäfer, Paul (Hrsg.): *Der Kosovo Krieg. Fakten, Hintergründe, Alternativen*. Köln 1999.

- Bittner, Rüdiger: HUMANITÄRE INTERVENTIONEN SIND UNRECHT. In: Meggle 2004. S. 99–106.
- Chomsky, Noam: Der neue militärische Humanismus. Lektionen aus dem Kosovo. Zürich 2000.
- Die Tageszeitung: Dokumentation: Auszüge aus dem Abkommen von Rambouillet. <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=1999/04/06/a0082>. 05.01.2012.
- Eilders, Christiane/Lüter, Albrecht: Gab es eine Gegenöffentlichkeit während des Kosovo-Krieges? Eine vergleichende Analyse der Deutungsrahmen im deutschen Mediendiskurs. In: Ulrich Albrecht, Jörg Becker (Hrsg.): Medien zwischen Krieg und Frieden. Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung e.V. Bd. 29. Baden-Baden 2002. S. 103–122.
- Friedrich, Roland: Die deutsche Außenpolitik im Kosovo-Konflikt. Wiesbaden 2005.
- Georg Meggle (Hrsg.): Humanitäre Interventionsethik. Was lehrt uns der Kosovo-Krieg? Paderborn 2004.
- Heintze, Hans-Joachim: Völkerrecht und Terrorismus: In: Kai Hirschmann (Hrsg.): Terrorismus als weltweites Phänomen. Berlin 2000. S. 217–240.
- Henke, Christoph: Die humanitäre Intervention. Völker- und verfassungsrechtliche Probleme unter besonderer Berücksichtigung des Kosovo-Konfliktes. Dissertation. Münster 2001.
- Hinsch, Wilfried/Janssen, Dieter/Folscheid, Lex: Menschenrechte militärisch schützen: ein Plädoyer für humanitäre Interventionen. München 2006.
- Hussy, Walter/Schreier, Margrit/Echterhoff, Gerald: Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaften. Berlin/Heidelberg 2010.
- Jaecker, Tobias: Die deutschen Medien und der Kosovo-Krieg. <http://www.jaecker.com/1999/03/besiegt/>. 13.07.2009.
- Jäger, Margarete/Jäger, Siegfried (Hrsg.): Medien im Krieg. Der Anteil der Printmedien an der Erzeugung von Ohnmachts- und Zerrissenheitsgefühlen. Duisburg 2002.
- Loquai, Heinz: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Baden-Baden 2000.
- Meggle, George: NATO-Moral und Kosovo-Krieg. Ein ethischer Kommentar ex post. In: Ders. 2004. S. 31–58.
- Melčić, Dunja: Der Jugoslawien-Krieg: Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen. Wiesbaden 2007.
- Müller, Olaf L.: WAS WISSEN SIE ÜBER KOSOVO? Fallstudie über Pazifismus, Propaganda und die Verquickung von Fakten und Werten. In: Meggle 2004. S. 59 – 96.

- Peters, Anne/Peter, Simone: Lehren vom „gerechten Krieg“ aus völkerrechtlicher Sicht. In: Georg Kreis (Hrsg.): Der „gerechte Krieg“. Zur Geschichte einer aktuellen Denkfigur. Basel 2006. S. 43–96.
- Reuter, Jens/Clewing, Konrad (Hrsg.): Der Kosovo-Konflikt. Ursachen, Verlauf, Perspektiven. Klagenfurt 2000.
- Rüb, Matthias: Kosovo: Ursachen und Folgen eines Krieges in Europa. München 1999.
- Schmitt, Oliver Jens: Kosovo. Kurze Geschichte einer zentralbalkanischen Landschaft. Wien/Köln/Weimar 2008.
- Steinvorth, Ulrich: Zur Legitimität der Kosovo-Intervention. In: Meggle 2004. S. 19–30.
- Sutor, Bernhard: Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden. Stationen und Chancen eines geschichtlichen Lernprozesses. Schwalbach 2004.
- Tenbergen, Rasmus: Der Kosovo-Krieg. Eine gerechte Intervention? Aachen 2000.
- Teubert, Wolfgang: Politische Vexierwörter. In: Josef Klein (Hrsg.): Politische Semantik. Opladen 1989. S. 51–68.
- Vereinte Nationen: Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrats 1998. Offizielles Protokoll: Dreiundfünfzigstes Jahr. New York 2000.
- Walzer, Michael: Erklärte Kriege – Kriegserklärungen. Hamburg 2003.
- Walzer, Michael: Gibt es den gerechten Krieg? New York 1977.

5.2.2 Leitkultur

- Albert, Karl/Jain, Elenor: Leitkultur, Demokratie und Patriotismus. Fünf aktuelle philosophisch-politische Essays zur interkulturellen Problematik. Bochum/Freiburg 2006.
- Arbeitsgrundlage für die Zuwanderungs-Kommission der CDU Deutschlands. Berlin. 06.11.2000. http://www.cdu.de/doc/pdfc/1100_arbeitsgrundlage.pdf. 03.08.2009.
- Beckstein, Günther: ZWISCHEN HYSTERIE UND UTOPIE. <http://www.ifa.de/index.php?id=beckstein>. 05.01.2012.
- Bialas, Wolfgang (Hrsg.): Die nationale Identität der Deutschen. Philosophische Imaginationen und historische Mentalitäten. Frankfurt am Main 2002.
- Bücking, Hans-Jörg/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Deutsche Identität in Europa. Berlin 2008.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Nikodem, Claudia/Schulze, Erika/Yildiz, Erol (Hrsg.): Was heißt hier Parallelgesellschaft? Zum Umgang mit Differenzen. Wiesbaden 2007.

- Bukow, Wolf-Dietrich: Die Rede von Parallelgesellschaften. Zusammenleben im Zeitalter einer metropolitanen Differenzgesellschaft. In: Bukow et al. 2007. S. 29–51.
- Busch, Andreas: Extensive Politik in den Klippen der Semisouveränität: Die Innen- und Rechtspolitik der rot-grünen Koalition. In: Christoph Egle, Tobias Ostheim, Reimut Zohlnhöfer (Hrsg.): Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998 – 2002. Wiesbaden 2003. S. 305–327.
- Busse, Dietrich: Deutschland, die "schwierige Nation" – Mythos oder Wirklichkeit? In: Ruth Reiher, Rüdiger Läger (Hrsg.): Wer spricht das wahre Deutsch? Erkundungen zur Sprache im vereinigten Deutschland. Berlin 1993. S. 8–27.
- Butterwegge, Christoph: Normalisierung der Differenz oder Ethnisierung der sozialen Beziehungen? In: Bukow et al. 2007. S. 65–80.
- Eagleton, Terry: Was ist Kultur? Eine Einführung. Aus dem Englischen von Holger Fliessbach. München 2001.
- Egle, Christoph/Ostheim, Tobias/Zohlnhöfer, Reimut (Hrsg.): Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002. Wiesbaden 2003.
- Flimm, Jürgen. Antwort an Norbert Lammert. In: Lammert 2006. S. 54–56.
- Gestring, Norbert: Parallelgesellschaften – ein Kommentar. In: Ders. (Hrsg.): Jahrbuch StadtRegion. Wiesbaden 2005. S. 63 – 69.
- Glaser, Hermann: Nationalkultur – Leitkultur – Kulturkultur. In: Kulturpolitische Mitteilungen 92/1. Bonn 2001. S. 22 – 26.
- Glück, Alois. Antwort an Norbert Lammert. In: Lammert (Hrsg.) S. 58–60.
- Habermas, Jürgen: Vorphilosophische Grundlagen des demokratischen Rechtsstaates? In: Ders.: Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze. Frankfurt (M) 2005. S. 106–118.
- Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Ders. (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main 2002. S. 15– 4.
- Hentges, Gudrun: Das Plädoyer für eine „deutsche Leitkultur“ – Steilvorlage für die extreme Rechte? In: Christoph Butterwegge et al. (Hrsg.): Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein. Opladen 2002. S. 95–121.
- Herder, Johann Gottfried: Auch eine Philosophie der Geschichte zur Bildung der Menschheit. Frankfurt am Main 1967. http://de.wikipedia.org/wiki/J%C3%BCrgen_R%C3%BCttgers. 01.08.2009.
- http://de.wikipedia.org/wiki/Nationalismus#cite_note-6. 22.08.2009.
- Janßen, Andrea/Polat, Ayca: Soziale Netzwerke türkischer Migrantinnen und Migranten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament*. 1–2. 2006. S. 11–17.

- Jung, Matthias/Niehr, Thomas Böke, Karin: *Ausländer und Migranten im Spiegel der Presse*. Wiesbaden 2000.
- Kauder, Volker: „Selbst“-Bewusstsein als Voraussetzung für Integration. Zur Diskussion um den Begriff der Leitkultur. In: Lammert 2006. S. 80–85.
- Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen. Bonn, 20. Oktober 1998. <http://archiv.gruene-partei.de/gremien/rot-gruen/vertrag/vertrag-i.html>. 31.07.2009.
- Kronenberg, Volker: „Verfassungs-Patriotismus“ im vereinten Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. <http://www.bpb.de/publikationen/B8EJIE.html>. 08.09.2009.
- Krummacher, Michael: Zum Umgang mit „Minderheitenghettos“ – Differenzen in der „Sozialen Stadt“. In: Bukow et al. 2007. S. 109–120.
- Lammert, Norbert (Hrsg.): *Verfassung – Patriotismus – Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält*. Hamburg 2006.
- Lammert, Norbert: Gewissheiten und Zweifel. Zur deutschen Debatte über einen umstrittenen Begriff und einen wachsenden Konsens. In: Lammert 2006. S. 134–145.
- Leibold, Jürgen/Kühnel, Steffen/Heitmeyer, Wilhelm: Abschottung von Muslimen durch generalisierte Islamkritik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*. 1–2. 2006. S. 3–10.
- Mayer, Tilman: Patriotismus – die neue bürgerliche Bewegung. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. 1–2. 2007. <http://www.bpb.de/files/UUXEEF.pdf>. 10.01.2010.
- Meyer, Thomas: Die öffentliche Bibliothek in der Zivilgesellschaft. Vortrag. <http://www.b-i-t-online.de/archiv/2002-01/fach1.htm>. 11.08.2009.
- Meyer, Thomas: Parallelgesellschaft und Demokratie. In: Herfried Münkler, Marcus Llanque, Clemens K. Stepina (Hrsg.): *Der demokratische Nationalstaat in den Zeiten der Globalisierung. Politische Leitideen für das 21. Jh. Festschrift zum 80. Geburtstag von Iring Fetscher*. Berlin 2002. S. 193 – 230.
- Mönkedieck, Sonja: *Deutsche Leitkultur: Widersprüche einer rassistischen Begriffskonstruktion*. Saarbrücken 2007.
- Oberndörfer, Dieter: Leitkultur und Berliner Republik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. <http://www.bpb.de/publikationen/KOL2JJ.html>. 08.01.2010.
- Pautz, Hartwig: *Die deutsche Leitkultur: Eine Identitätsdebatte. Neue Rechte, Neorassismus und Normalisierungsbemühungen*. Stuttgart 2005.
- Schneider, Kerstin: Leben in der „Parallelgesellschaft“. Türkische Einwanderer und die Integrationsdebatte. In: *Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte*. H. 7/8. 2002. S. 483–486.

- Sternberger, Dolf: Verfassungspatriotismus. In: Ders.: Verfassungspatriotismus. Bd. 10. 1. Auflage. Frankfurt (M) 1990.
- Storz, Henning/Wilmes, Bernhard: Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und das neue Einbürgerungsrecht. <http://www.bpb.de/themen/OHCOPK.html>. 01.08.2009.
- Tepe, Peter: Grundsätzliches über Feindbilder. In: Aufklärung und Kritik. Nürnberg. 02/2002, S. 51–60.
- Tibi Bassam: Europa ohne Identität? die Krise der multikulturellen Gesellschaft. München 1998.
- Tibi, Bassam: Leitkultur als Wertekonsens. <http://www.bpb.de/apuz/26535/leitkultur-als-wertekonsens?p=all>. 07.08. 2009.
- Tibi, Bassam: Multikultureller Werte-Relativismus und Werte-Verlust. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* 52-53. 1996. S. 27–36.
- Wallerstein, Immanuel: Die Konstruktion von Völkern: Rassismus, Nationalismus, Ethnizität. In: Etienne Balibar, Immanuel Wallerstein (Hrsg.): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg 1990. S. 87–106.

5.2.3 Terrorismus

- Adams, James: Geld und Gewalt. Wer finanziert den internationalen Terror? Bergisch-Gladbach 1990.
- Angerer, Florian: Der konventionelle Enthauptungsschlag im Kontext moderner Kriege. Zürich 2010.
- Ani, Friedrich: German Angst. München 2000.
- Arnould, Andreas von: Völkerrecht. Heidelberg u. a. 2012.
- Aschmann, Birgit (Hrsg.): Gefühl und Kalkül: der Einfluss von Emotionen auf die Politik des 19. und 20. Jahrhunderts. München 2005.
- Beermann, Torsten: Der Begriff „Terrorismus“ in deutschen Printmedien. Eine empirische Studie. Münster 2004.
- Bode, Sabine: Die Deutsche Krankheit – German Angst. Stuttgart 2006.
- Brenneisen, Hartmut/Brenneisen, Julia (Hrsg.): Rechtsprechung des BVerfG. Berlin 2009.
- Bundeszentrale für politische Bildung: Der 11. September 2001. <http://www.bpb.de/themen/SH5C5F.html>. 05.01.2012.
- Deutscher Bundestag: 14. Wahlperiode – 135. Sitzung. Berlin, Dienstag, den 28. November 2000. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/14/130/14135130.37.pdf>. 08.10.2009.

- Fraas, Claudia/Klemm, Michael (Hrsg.): Mediendiskurse. Frankfurt am Main 2005.
- Frank, Hans/Hirschmann, Kai (Hrsg.): Die weltweite Gefahr. Terrorismus als internationale Herausforderung. Berlin 2002.
- Glück, Antje: Terror im Kopf. Terrorismusberichterstattung in der deutschen und arabischen Elitepresse. Berlin 2007.
- Heinlein, Michael: Das Trauma der deutschen Kriegskinder zwischen nationaler und europäischer Erinnerung: Kritische Anmerkungen zum gegenwärtigen Wandel der Erinnerungskultur. In: Helmut Schmitz, Annette Seidel-Arpaci (Hrsg.): Narratives of Trauma: Discourses of German Wartime Suffering in National and International Perspective. Amsterdam/New York 2011. S. 111–128.
- Heintze, Hans-Joachim: Völkerrecht und Terrorismus: In: Kai Hirschmann (Hrsg.): Terrorismus als weltweites Phänomen. Berlin 2000.
- Hermanns, Fritz: „Krieg gegen den Terrorismus“. Über die Bedeutungen des Wortes Terrorismus im Diskurs der Medien und Experten. In: Claudia Fraas, Michael Klemm (Hrsg.): Mediendiskurse. Frankfurt am Main 2005. S. 142–68.
- Hussy, Walter/Schreier, Margrit/Echterhoff, Gerald: Forschungsmethoden in Psychologie und Sozialwissenschaften. Berlin/Heidelberg 2010.
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Islamismus – Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke. Düsseldorf 2006.
- Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen: Islamismus – Missbrauch einer Religion. Düsseldorf 2006.
- International Security Assistance Force: Key Facts and Figures.
<http://www.isaf.nato.int/images/stories/File/Placemats/100804%20Rev%20Placemat.pdf>. 19.09.2011.
- Johannsen, Margret: Der Nahost-Konflikt. Berlin 2005.
- Kippenberg, Hans: Gewalt als Gottesdienst. Religionskriege im Zeitalter der Globalisierung. München 2008.
- Kirstein, Dennis: Aktenzeichen 9/11. Die ungelösten Rätsel des 11. September 2001. Stuttgart 2004.
- Krämer, Walter/Mackenthun, Gerald: Die Panik-Macher. München 2003.
- Krämer, Walter: Die Angst der Woche. Warum wir uns vor den falschen Dingen fürchten. München 2011.
- Kronfeld-Goharani, Ulrike: Friedensbedrohung Terrorismus: Ursachen, Folgen und Gegenstrategien. Münster 2005.
- Mellenthin, Knut: Milliarden für den Islamismus: <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/Afghanistan/geschichte.html>. 02.01.2012.

- Musolff, Andreas: Krieg gegen die Öffentlichkeit: Terrorismus und politischer Sprachgebrauch. Opladen 1996.
- O'Brien, Conor Cruise: Terrorism under Democratic Conditions. The Case of the IRA. In: Crenshaw, Martha (Hrsg.): Terrorism, Legitimacy, and Power. The Consequences of Political Violence. Middletown/Connecticut. 1983. S. 91–104.
- Peucker, Mario/Heckmann, Friedrich: Migration und Integration in Deutschland. In: Klaus J. Bade, Michael Bommers, Rainer Münz (Hrsg.): Migrationsreport 2004: Fakten, Analysen, Perspektiven. Frankfurt am Main 2004.
- Sack, Detlef/Steffens, Gerd: Gewalt statt Anerkennung. Aspekte des 11.9.2001 und seiner Folgen. Frankfurt am Main 2003.
- Sandschneider, Eberhard: Der Einbruch des Terrorismus in die Staatenwelt. Die Anschläge des 11. September 2001. In: Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (Hrsg.): Jahrbuch Internationale Politik 2001–2002. München 2004. S. 1–10.
- Schildt, Axel: „German Angst“. Überlegungen zur Mentalitätsgeschichte der Bundesrepublik. In: Daniela Münkler, Jutta Schwarzkopf (Hrsg.): Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main 2004. S. 87–98.
- Schmidt, Yvonne: „Krieg gegen Terrorismus...Terrorismus gegen Krieg?“. Ursachen, Hintergründe und Auswirkungen von Krieg und Terrorismus im Nahen und Mittleren Osten. Norderstedt 2007.
- Schmidt, Yvonne: Die gegenwärtige Situation in Israel/Palästina aus völkerrechtlicher Sicht unter Mitberücksichtigung der historischen Dimensionen. Norderstedt 2006.
- Schröm, Oliver: Al Qaida: Akteure, Strukturen, Attentate. Berlin 2003.
- Schulte, Philipp H.: Terrorismus und Anti-Terrorismusgesetzgebung. Münster 2008.
- Seidenstricker, Tilman: Die „geistliche Anleitung“ der Attentäter des 11. September. In: Hans Kippenberg, Tilman Seiden Sticker (Hrsg.): Terror im Dienste Gottes. Frankfurt am Main 2004.
- Steinbach, Josef: Globalisierung: Strukturen, Prozesse und Regulationsregime. Berlin 2009.
- Steinberg, Guido: Al-Qaida: <http://www.bpb.de/themen/OS150Q,0,AlQaida.htm> l. 05.01.2012
- Steinberg, Guido: Der nahe und der ferne Feind: die Netzwerke des islamistischen Terrorismus. München 2005.
- Thiel, Markus: Die „Entgrenzung“ der Gefahrenabwehr. Tübingen 2011.
- Tibi, Bassam: Der neue Totalitarismus. »Heiliger Krieg« und westliche Sicherheit. Darmstadt 2004.

van de Pol, Robert: Al Qaida – Netz des Terrors – Entstehungs- und Funktionsweise transnationaler Terrorismus-Netzwerke anhand des Fallbeispiels Al-Qaida. Norderstedt 2005.

Vereinte Nationen: http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_01-02/sr1368.pdf.
04.10.2010.

Zöller, Mark: Terrorismusstrafrecht. Ein Handbuch. Heidelberg u. a. 2009.